

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER

AUS DEM INHALT

ANSELM DOERING-MANTEUFFEL
Deutsche Zeitgeschichte nach 1945

ANDREAS WIRSCHING
Auf dem Weg zur Kollaborationsideologie
Die französische extreme Rechte vor 1939

JOSEF HENKE
Quellenschicksale und Bewertungsfragen
Archivische Probleme bei der Sicherung von Quellen
zur Verfolgung der Sinti und Roma im Dritten Reich

INGO JUCHLER
Revolutionäre Hybris und Kriegsgefahr
Die Kuba-Krise von 1962

PER FISCHER
Der Deutsch-Französische Vertrag von 1963

DOKUMENTATION
Hitlers Besuch in Finnland 1942
(Bernd Wegner)

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben von
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER

in Verbindung mit
Theodor Eschenburg, Walter Bußmann,
Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion:
Hellmuth Auerbach, Norbert Frei, Udo Wengst, Andreas Wirsching
Chefredakteur: Hermann Graml
Stellvertreter: Hans Woller

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46 b, 8000 München 19, Tel. 12 68 80, FAX 123 17 27

41. Jahrgang

Heft 1

Januar 1993

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

- Anselm Doering-Manteuffel* Deutsche Zeitgeschichte nach 1945. Entwicklung und Problemlagen der historischen Forschung zur Nachkriegszeit. 1
- Andreas Wirsching* Auf dem Weg zur Kollaborationsideologie. Antibolschewismus, Antisemitismus und Nationalsozialismus im Denken der französischen extremen Rechten 1936 bis 1939 31
- Josef Henke* Quellenschicksale und Bewertungsfragen. Archivische Probleme bei der Überlieferungsbildung zur Verfolgung der Sinti und Roma im Dritten Reich 61
- Ingo Juchler* Revolutionäre Hybris und Kriegsgefahr: Die Kuba-Krise von 1962 79

II

Inhaltsverzeichnis

MISZELLE

<i>Per Fischer</i>	Der diplomatische Prozeß der Entstehung des Deutsch-Französischen Vertrages von 1963	101
--------------------	---	-----

DOKUMENTATION

<i>Bernd Wegner</i>	Hitlers Besuch in Finnland. Das geheime Tonpro- tokoll seiner Unterredung mit Mannerheim am 4. Juni 1942	117
---------------------	--	-----

NOTIZ

	Bemerkungen zur russischen Archivsituation (<i>Jürgen Zarusky</i>)	139
--	--	-----

ABSTRACTS		148
---------------------	--	-----

ANSELM DOERING-MANTEUFFEL

DEUTSCHE ZEITGESCHICHTE NACH 1945

Entwicklung und Problemlagen der historischen Forschung zur Nachkriegszeit

Die zweite Republik ist in die dritte übergegangen. Die an Brüchen wahrlich nicht arme deutsche Geschichte hat einen weiteren tiefreichenden Einschnitt zu verzeichnen. Nicht nur die Notwendigkeit zur Verschmelzung zweier unterschiedlicher Gesellschaften, sondern auch die Beendigung des Zwangs und der Chance zu reiner Westintegration bilden die Herausforderungen an Deutschland in den neunziger Jahren. Sie werden verstärkt durch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisenerscheinungen in allen Ländern, die bis gestern den gegnerischen Lagern im Ost-West-Konflikt angehörten. Die Ordnung der Nachkriegszeit, die den Antagonismus konkurrierender Systeme als festes Fundament hatte, besteht nicht mehr. In Deutschland war der Ost-West-Konflikt nie allein ein Problem der äußeren Sicherheit, sondern immer auch eines der inneren politischen und gesellschaftlichen Ordnung. Deshalb bedeutet sein Ende hierzulande eine existenzielle Herausforderung an Staat und Gesellschaft. Auf die Fragestellungen der Zeitgeschichtsforschung wird das unmittelbar einwirken, und angesichts dieser Perspektive erscheint es sinnvoll und notwendig, die Trends und Probleme der bisherigen westdeutschen Forschung zur Nachkriegsgeschichte zu resümieren.

Es kommt hinzu, daß im Frühjahr 1992 der Tod des Gründungskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, bereits ein Vierteljahrhundert zurückliegt. Erst beim Blick auf jenen 19. April 1967 tritt deutlich genug ins Bewußtsein, wie tief diese Zeit inzwischen in die Vergangenheit eingetaucht ist. Adenauers Todesjahr hat als Datum der jüngeren Zeitgeschichte zudem längst Symbolbedeutung gewonnen. Denn kaum war der Staatsakt in Bonn und Köln mit Würde und Ernst absolviert, stand in Berlin der Besuch des Schahs von Persien an. Am 2. Juni 1967, dem Tag der großen Demonstration in Berlin und des gewaltsamen Todes des Studenten Benno Ohnesorg, begann „1968“. Die Studentenbewegung wurde zum Katalysator des konfliktreichen politisch-sozialen Emanzipationsprozesses in der Gesellschaft der Bundesrepublik, der die frühen siebziger Jahre bestimmte. 1967/68 markiert das Ende der „Nachkriegszeit“ im engeren, bis 1989 üblichen Sinn sowie einen ersten Höhepunkt in dem transnationalen Prozeß des „Wertewandels“ der westlichen Industriegesellschaften.

Vor dem Hintergrund dieses Symboldatums für einen Epochenwechsel in der Geschichte der Bundesrepublik soll im vorliegenden Beitrag die zeithistorische Forschung über die Phase von 1945 bis zur Mitte der sechziger Jahre skizziert werden. Die Absicht besteht nicht darin, einen detaillierten Forschungsbericht zu geben, denn das

würde ein Buch erforderlich machen¹. Sie geht vielmehr dahin, die Entwicklungslinien in der Formulierung von Fragestellungen und Interpretationen zu zeigen und vor allem die methodischen Veränderungen in diesem Teilfach der Geschichtswissenschaft anschaulich zu machen. Gezielte Hinweise auf einzelne Forschungsarbeiten dienen in erster Linie diesem Zweck. Der einleitende Abschnitt enthält einen kursorischen Rückblick auf die Forschungstrends von den fünfziger bis zum Ende der siebziger Jahre (I). Den Schwerpunkt bildet die Übersicht über Fragestellungen und Untersuchungsgegenstände während der achtziger Jahre (II). Sie wird ergänzt durch einige Bemerkungen über den Wandel von Interpretationsstereotypen in der Nachkriegszeit (III). Abschließende Überlegungen gelten den Perspektiven der Zeitgeschichtsforschung nach dem Ende der Nachkriegsordnung von 1989/90 (IV).

I.

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist von den zünftigen Neuzeithistorikern mindestens bis zum Ende der siebziger Jahre gar nicht als vordringliches Forschungsfeld betrachtet worden. Das hatte seinen Grund zunächst in der Tatsache, daß die Geschichtswissenschaft Distanz zu ihrem Gegenstand braucht und zumeist erst nach Ablauf der Lebensspanne einer Generation die nötige produktive Neugier für die Hinwendung zur jüngsten Vergangenheit entwickelt. Eine weitere, komplexe Ursache dürfte sodann darin zu sehen sein, daß nach 1945 der politisch-ideelle Bezugsrahmen nicht mehr bestand, innerhalb dessen sich in Deutschland geschichtswissenschaftliches Fragen und Forschen zu entfalten gewohnt war. Die Reichsnation war zerteilt, die Tradition des kleindeutschen Nationalstaats preußischer Prägung erlosch. Diesem Verlust und der Frage nach den Gründen galt das vordringliche Interesse der Historiker in der Bundesrepublik. Es überrascht daher nicht, daß in den fünfziger und sechziger Jahren zwar das Problem der deutschen Teilung und die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten zum Gegenstand geschichtswissenschaftlicher Arbeit gemacht wurden², nicht aber die Entstehungsbedingungen der Bundesrepublik und der DDR sowie die politisch-gesell-

¹ Zum Forschungsstand, wie er sich am Beginn der achtziger Jahre darstellte, vgl. Anselm Doering-Manteuffel, *Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer. Außenpolitik und innere Entwicklung 1949–1963*, Darmstadt² 1988; bis 1987 reicht die umfassende Darstellung von Rudolf Morsey, *Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969*, München² 1990.

² Vgl. etwa den Band, der eine Vortragsreihe von Mitgliedern des Friedrich-Meinecke-Instituts der FU Berlin aus dem Jahr 1958/59 enthält: *Die deutsche Einheit als Problem der europäischen Geschichte*, hrsg. von Carl Hinrichs/Wilhelm Berges, Stuttgart o. J.; Werner Conze, *Die deutsche Nation. Ergebnis der Geschichte*, Göttingen 1963; *Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Bonn 1954–1961*. Diese Dokumentation wurde vom Vertriebenenministerium herausgegeben, die Bearbeitung leitete Theodor Schieder in Verbindung u. a. mit Peter Rassow, Hans Rothfels und Werner Conze. Die Einleitungen zu den einzelnen Bänden verfaßten u. a. Martin Broszat und Hans-Ulrich Wehler; vgl. auch: *Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluß auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben*, hrsg. von Eugen Lemberg/Friedrich Edding, 3 Bde., Kiel 1959.

schaftlichen Entwicklungen hüben und drüben³. Thilo Vogelsangs Buch über „das geteilte Deutschland“ von 1966 bildete eine Ausnahme und stammte bezeichnenderweise von einem Autor, der nicht in die Zirkel der Historikerverunft einbezogen, sondern Leiter der Bibliothek des Münchener Instituts für Zeitgeschichte war⁴. Als „Zeitgeschichte“ galt den Historikern in jenen Jahren die Epoche von 1918 bis 1945. Das heißt, die „Zeitgeschichte“ war noch ein integrierender Bestandteil der Geschichte des Deutschen Reichs, welche insgesamt die Forschungsenergien der Neuzeithistoriker auf sich zog.

Die Fundamente der westdeutschen Historiographie zur Vorgeschichte der beiden deutschen Teilstaaten und dann zur Frühgeschichte vornehmlich der Bundesrepublik wurden von Politikwissenschaftlern gelegt. Die grundlegenden ersten Werke entstanden mithin außerhalb der Historikerverunft, wenn auch nicht völlig abseits der gewohnten methodischen Pfade einer Geschichtsschreibung, die primär politisch orientiert und auf das Handeln von staatlichen Instanzen und Führungspersonlichkeiten ausgerichtet war. Aber der politische Grundtatbestand der Einbeziehung Westdeutschlands in die Verflechtungen des westlichen Bündnissystems wurde hier zur Basis der wissenschaftlichen Reflexion⁵. Die Fragestellung der frühen Studien galt einerseits dem Ort des westdeutschen Provisoriums im bipolaren Staatensystem⁶ und andererseits den verfassungsrechtlichen Grundlagen und der politischen Ordnung des neuen Staats⁷.

Die außenpolitischen Rahmenbedingungen der Bundesrepublik ließen sich gar nicht adäquat bestimmen, wenn man in den Kategorien des autonom handelnden nationalen Machtstaats dachte, wie er von 1871 bis 1945 existiert hatte. Hier war vielmehr die systematische Untersuchung eines neuartigen multilateralen Verbunds gefordert, in dem die USA die politisch-ökonomischen Strukturen vorgezeichnet hatten, die Handlungsabläufe dominierten und die ideologische Orientierung maßgeblich beeinflussten.

³ Der von Karl Dietrich Erdmann verfaßte Band IV/2 von Gebhardts „Handbuch der deutschen Geschichte“, der ein abschließendes Kapitel über das „Ende des Reiches und die Entstehung der Republik Österreich, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“ enthielt, erschien 1976 in Stuttgart – nachdem die Ostverträge die deutsche Teilung politisch anerkannt hatten.

⁴ Thilo Vogelsang, *Das geteilte Deutschland*, München 1966.

⁵ Die in dieser Hinsicht prägenden Professoren der Politischen Wissenschaft waren Ernst Fraenkel, Arnold Bergsträsser, Theodor Eschenburg und Dolf Sternberger.

⁶ In der Reihenfolge des Erscheinens: Hans-Peter Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945 bis 1949*, Neuwied 1966; Gerhard Wettig, *Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943–1955. Internationale Auseinandersetzungen um die Rolle der Deutschen in Europa*, München 1967; Arnulf Baring, *Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft*, München/Wien 1969; Klaus von Schubert, *Wiederbewaffnung und Westintegration. Die innere Auseinandersetzung um die militärische und außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik 1950–1952*, Stuttgart 1970; Waldemar Besson, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe*, München 1970.

⁷ Vgl. Rupert Breiting, *Die Verbände in der Bundesrepublik. Ihre Arten und ihre politische Wirkungsweise*, Meisenheim a. G. 1955; Heinz Josef Varain, *Parteien und Verbände. Eine Studie über ihren Aufbau, ihre Verflechtung und ihr Wirken in Schleswig-Holstein 1945–1958*, Köln/Opladen 1964; Thomas Ellwein, *Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen² 1965.

Ebenso konnte die Frage nach den Wurzeln der Demokratie in Deutschland⁸ und nach dem Gefüge der politischen Willensbildung – der Organisation des Parteien- und Verbändewesens – nicht allein vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte untersucht, sondern sie mußte stets auch im Hinblick auf politische Vorbilder im westlichen Ausland formuliert werden.

Wenn man sagen wollte, daß sich die „Zeitgeschichte nach 1945“ wegen dieser sachlich notwendigen, anderen Perspektive von der Neuzeithistorie des 19. und 20. Jahrhunderts unter Einschluß der „eigentlichen“ Zeitgeschichte abge sondert habe, wäre das falsch. Beide Bereiche entwickelten sich vielmehr nebeneinander her, ohne viel gegenseitigen Austausch in sachlicher, thematischer oder methodologischer Hinsicht zu pflegen. Das galt insbesondere für die etwa zehnjährige Zeitspanne zwischen 1965 und 1975, als die „Zeitgeschichte nach 1945“ ihre Konturen auszubilden begann. Deshalb wirkten sich die soziokulturellen Veränderungen in der Bundesrepublik der sechziger und frühen siebziger Jahre recht unterschiedlich auf die beiden geschichtswissenschaftlichen Teildisziplinen aus.

In der „Neueren Geschichte“ wurde die „Fischer-Kontroverse“ über Deutschlands Schuldanteil am Ausbruch des Ersten Weltkriegs, die die sechziger Jahre durchzog, zum Katalysator einschneidender Veränderungen⁹. Verstärkt durch einen Generationenwechsel auf zahlreichen neuhistorischen Lehrstühlen trug sie maßgeblich dazu bei, daß in ihrem Verlauf historistische Denkmuster allmählich abgelöst¹⁰ und die traditionelle Fixierung auf das Walten des Individuums oder auf „politisches und administratives Führungshandeln“¹¹ relativiert wurden durch die Hineinnahme sozial- und strukturgeschichtlicher Forschungsansätze in die Arbeit des Fachs¹². Das zeittypische

⁸ Die Historiker konzentrierten sich 1948 anläßlich der Zentenarfeier der Revolution und des Paulskirchen-Parlaments auf den Fehlschlag des Liberalismus und die Unmöglichkeit der Reichsgründung nach den Vorstellungen der Nationalversammlung; das Dilemma des deutschen Nationalstaats bewegte dabei die Gemüter oftmals mehr als das Dilemma der Demokratie in Deutschland. Vgl. die Textsammlung: *Die Deutsche Revolution von 1848/49*, hrsg. von Dieter Langewiesche, Darmstadt 1983.

⁹ Arnold Sywottek, *Die Fischer-Kontroverse. Ein Beitrag zur Entwicklung historisch-politischen Bewußtseins in der Bundesrepublik*, in: Imanuel Geiss/Bernd Jürgen Wendt (Hrsg.), *Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts*, Düsseldorf 1973, S. 19–47.

¹⁰ Vgl. Wolfgang J. Mommsen, *Geschichtswissenschaft jenseits des Historismus*, Düsseldorf 1971.

¹¹ Lutz Niechammer, *Stufen der historischen Selbsterforschung der Bundesrepublik Deutschland. Ein Forschungssessay*, in: *Zugänge zur deutschen Nachkriegsgeschichte*, Tübingen 1986 (*Deutsche Geschichte nach 1945. Teil 1: Nachkriegsjahre und Bundesrepublik Deutschland*).

¹² Vgl. Wolfgang J. Mommsen, *Gegenwärtige Tendenzen in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik*, in: *GG 7* (1981), S. 149–188. Der Zusammenhang zwischen den Veränderungen in der Geschichtswissenschaft und dem gesellschaftlichen Wandel in den sechziger Jahren ist noch nicht näher untersucht worden. Es handelt sich jedoch um kein isoliertes Phänomen, wie ein Blick auf die Germanistik beweist, und die Veränderungen haben zwar eine spezifisch deutsche Dimension, zeigen sich jedoch zugleich als Bestandteil eines gesamtwestlichen Wandlungsprozesses. Vgl. Karl Otto Conrady, *Miterlebte Germanistik. Ein Rückblick auf die Zeit vor und nach dem Münchner Germanistentag von 1966*, in: *Diskussion Deutsch 17* (1988), S. 126–143; *Die sog. Geisteswissenschaften: Innenansichten*, hrsg. v. Wolfgang Prinz/Peter Weingart, Frankfurt a. M. 1990.

Bedürfnis nach Erweiterung des geschichtswissenschaftlichen Methodenspektrums äußerte sich zudem in vielfältigen Diskussionen über die Theorie der Geschichte¹³, die aus der Rückschau deutlich werden lassen, wie scharf der bis dahin herrschende Mangel an Theorie empfunden wurde¹⁴.

Auf die „Zeitgeschichte nach 1945“ wirkte das zunächst gar nicht weiter ein. Die Autoren der frühen Werke insbesondere zu außenpolitischen Themen standen infolge ihrer Konzentration auf die Nachkriegszeit der Geschichte des Deutschen Reichs indifferent gegenüber¹⁵. Auch als Politikwissenschaftler brauchten sie sich, obwohl sie historische Fragestellungen behandelten, von der „Fischer-Kontroverse“ nicht berührt zu fühlen. Deshalb verhielten sie sich distanziert gegenüber den daraus resultierenden Sach- und Theoriendebatten. Gleichwohl erwiesen sie sich in ihren Arbeiten doch stark geprägt vom geistigen Klima des Wissenschaftsbetriebs der späten fünfziger Jahre, in denen sie ihr Studium absolviert hatten. Methodischer Konservatismus war allenthalben spürbar¹⁶, und die Fixierung auf die „Große Politik“ reflektierte nicht nur die hohe Bedeutung des internationalen Geschehens für die Reorganisation Deutschlands, sondern auch den großen Einfluß, den die Tradition des Historismus im Geistesleben der Bundesrepublik noch besaß¹⁷.

Indensiebziger Jahren wurde die empirische Erforschung der Sozialgeschichte des Kaiserreichs und sukzessive auch der Zwischenkriegszeit intensiviert. Die politikgeschichtliche Interpretation des Zeitalters der Nationalstaaten wurde um die sozialgeschichtliche Interpretation des Zeitalters der Industriegesellschaften erweitert, die Modernisierungstheorie bestimmte das erkenntnisleitende Interesse¹⁸. Das stand in direktem Zusammenhang mit dem technikorientierten, rundum optimistischen Fortschrittsglauben, der von der Möglichkeit einer rationalen Beherrschung des Lebens und der Lebenswelt überzeugt war und sein klassisches Symbol in der Mondlandung des Sommers 1969 erhielt¹⁹.

¹³ Als wissenschaftliche Studien wie als Dokumente des Zeitgeists der späten sechziger Jahre gleichermaßen reizvoll: Karl Georg Faber, *Theorie der Geschichtswissenschaft*, München 1971; Dieter Groh, *Kritische Geschichtswissenschaft in emanzipatorischer Absicht*, Stuttgart 1973.

¹⁴ Die anhaltende Bedeutung und Wirkung der Diskussionen repräsentiert die Reihe „Theorie der Geschichte. Beiträge zur Historik“, hrsg. von Reinhart Koselleck/Wolfgang J. Mommsen/Jörn Rüsen (bisher 6 Bde.), München 1977–1990.

¹⁵ Vgl. die in Anm. 6 genannten Titel.

¹⁶ Das trifft noch am wenigsten auf die Arbeiten von Schwarz und Baring zu, deren systematische Konzeption den Einfluß der amerikanischen „political science“ auf die Politologie in der Bundesrepublik andeutet, während die Durchführung der einzelnen Abschnitte das Vorbild der deutschen Geschichtsschreibung erkennen läßt.

¹⁷ Derjenige Zweig der Politikwissenschaft, der sich mit politischen Systemen sowie Parteien- und Verbandsforschung befaßte, war allerdings in stärkerem Maße vom amerikanischen Vorbild gekennzeichnet. Zu diesem Einfluß auf die Politik- und Sozialwissenschaften im Nachkriegsdeutschland vgl. Bernhard Plé, *Wissenschaft und säkulare Mission. „Amerikanische Sozialwissenschaft“ im politischen Sendungsbewußtsein der USA und im geistigen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1990.

¹⁸ Vgl. Wolfgang Zapf (Hrsg.), *Theorien des sozialen Wandels*, Köln/Berlin 1969; Hans-Ulrich Wehler, *Modernisierungstheorie und Geschichte*, Göttingen 1975.

¹⁹ Vgl. das skeptisch gestimmte Porträt von Karl Dietrich Bracher, *Politik und Zeitgeist. Tendenzen der*

Die frühen Siebziger waren jedoch auch die Jahre der Entspannungspolitik, und das damit verbundene politisch-intellektuelle Klima²⁰ beherrschte die Entwicklung in der Zeitgeschichtsforschung. Hier überdeckte eine zunehmende Ideologisierung einzelner Schlüsselbegriffe und -interpretationen die Tatsache, daß es vorerst nicht zu einer Ausweitung des Methodenspektrums noch zu irgendwelchen wissenschaftsrelevanten Theoriediskussionen kam. Die frühen Deutungen der Besatzungsjahre und der Demokratiegründung waren von einer prowestlichen, insbesondere proamerikanischen Sicht bestimmt gewesen, die vom amerikanischen Einfluß auf die Politik- und Sozialwissenschaften noch verstärkt worden war²¹. Seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre verliefen die zunehmende Verstrickung der USA in Vietnam und die beginnende Entspannungspolitik parallel; das bewirkte in den Vereinigten Staaten eine Revision der bisherigen, schroff antisowjetischen Interpretationen des Kalten Krieges²² und hier in Westdeutschland zum einen die Diskreditierung des politischen Vorbilds der Nachkriegszeit und zum andern die Enttabuisierung der Welt des ideologischen Gegners im Osten. Östliche Interpretationen der Nachkriegsgeschichte, die den Grund für die Teilung Europas in der imperialistischen Politik der kapitalistischen USA und der Mitwirkung der bürgerlichen Parteien Westdeutschlands bei der Verhinderung gesellschaftspolitischer Veränderungen sahen²³, wurden verstärkt rezipiert. Im Sinne der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft beanspruchten sie, die Entwicklung aus den sozioökonomischen Bedingungen zu erklären. Obendrein bildeten sie die Antithese zum soeben erst etablierten und „systemkonformen“ westdeutschen Geschichtsbild der Nachkriegszeit. Damit entsprachen sie, äußerlich betrachtet, durchaus dem Trend in Wissenschaft und Gesellschaft, der in Abkehr von der konservativen Grundstimmung der fünfziger Jahre nach kritischer Neuorientierung verlangte.

Die gesellschaftspolitische und ökonomische Ausrichtung der marxistischen Wissenschaft diente nun dazu, auch in der „Zeitgeschichte nach 1945“ den Anschein einer verstärkten Hinwendung zu strukturgeschichtlichen Fragestellungen zu erwecken. Obendrein konnte das Angebot an marxistischer Theorie das auch hier verbreitete Bedürfnis nach Theoriediskussion anfänglich und teilweise befriedigen, aber vor allem schränkte es den Einfluß der westlich geprägten, sozialwissenschaftlich orientierten „Kritischen

siebziger Jahre, in: Ders./Wolfgang Jäger/Werner Link, Republik im Wandel. Die Ära Brandt, Stuttgart/Mannheim 1986, S. 283–406.

²⁰ Der jüngste Versuch zur Strukturierung und Interpretation stammt von Jeffrey Herf, Demokratie auf dem Prüfstand. Politische Kultur, Machtpolitik und die Nachrüstungsdebatte in Westdeutschland, in: VfZ 40 (1992), S. 1–28.

²¹ Charakteristisch hierfür waren Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, und Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965.

²² Eine knappe Skizze bietet Wilfried Loth, Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955, München 1980, S. 9–21.

²³ Bekanntestes Beispiel aus der Feder von DDR-Historikern: Rolf Badstübner/Siegfried Thomas, Restauration und Spaltung. Entstehung und Entwicklung der BRD 1945–1955, Köln 1975. Das Buch kombiniert und ergänzt Einzelpublikationen der beiden Verfasser, die 1965 und 1966 erschienen waren.

Theorie“ der Frankfurter Schule stark ein²⁴. Über Ansätze führte dies alles indes nicht hinaus, weil zeitweilig das Bestreben überhandnahm, Teilelemente des Geschichtsbildes der DDR in der Bundesrepublik zur Geltung zu bringen, mithin Ideologie zu transferieren, anstatt das Methodenspektrum aufzufächern und neue Fragestellungen zu formulieren. Die ermüdenden Debatten über die These von der „Restauration“ in Westdeutschland sind hierfür das bekannteste²⁵, aber nicht das einzige Beispiel²⁶. Dieser Einfluß wirkte lähmend. Denn die zeithistorischen Interpretationen aus der DDR waren methodisch höchst konventionell. Sie boten nichts anderes als eine auf Staat und Autoritäten fixierte politische Ereignisgeschichte, drapiert und systemkritisch aufpoliert mit Argumentationssträngen aus der Parteidoktrin. Sozialgeschichtliche Untersuchungen und Strukturanalysen waren mit diesem Instrumentarium nicht möglich, obwohl eben das vorgespiegelt wurde²⁷. Die „Restaurationsthese“ blieb bis zum Ende der siebziger Jahre in der Diskussion, auch wenn sie schon frühzeitig von einem jüngeren westdeutschen, prononciert „linken“ Zeithistoriker als undifferenziert, eng und oberflächlich kritisiert worden war²⁸. In der Tat versperrte diese These aufgrund ihrer suggestiven Einfachheit jedem subtileren Gedankengang und zumal jedem nuancierten theoretischen Konzept erst einmal den Weg. Sie wirkte denkhemmend und nicht anregend. Als die empirische archivalische Forschung zu Themen der Nachkriegszeit am Ende der siebziger Jahre verstärkt einsetzte, verblaßte die „Restaurationsthese“ denn auch recht schnell.

Solange die detaillierte Archivforschung noch nicht möglich war, bot sich die ideen- und ideologiegeschichtliche Interpretation der Epoche des Kalten Krieges, des Weltkonflikts der Supermächte und seiner Bedeutung für Deutschland geradezu an. Gegen die DDR-nahe Ideologisierung zeitgeschichtlicher Sichtweisen richtete sich 1974 Ernst Noltes weit ausholendes Werk „Deutschland und der Kalte Krieg“²⁹, welches die Wurzeln des Kalten Krieges aus der Geschichte des europäischen „Liberalen Systems“ zu bestimmen suchte sowie die Ähnlichkeiten und Unterschiede im ideologischen Selbstverständnis der USA und der UdSSR herausarbeitete³⁰. Seine aktuelle Be-

²⁴ Vgl. Rolf Wiggershaus, Die Frankfurter Schule. Geschichte, Theoretische Entwicklung, Politische Bedeutung, München 1988, S. 676–705.

²⁵ Dazu ausführlicher: Doering-Manteuffel, Bundesrepublik, S. 7–14.

²⁶ Vgl. dazu den Band des Pahl-Rugenstein Verlags: Beiträge zu einer Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Ulrich Albrecht/Frank Deppe/Jörg Huffschild, Köln 1979.

²⁷ Vgl. etwa André Leisewitz, Die Klassen- und Sozialstruktur der Bundesrepublik; Frank Deppe/Heinz Jung, Entwicklung und Politik der herrschenden Klasse in der Bundesrepublik; Georg Fülberth/Jürgen Harrer, Geschichte und Besonderheiten der demokratischen Bewegung und der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik, alle in: ebenda, S. 78–121, S. 433–486, S. 487–526. Des Weiteren: Rolf Badstübner, Restaurationsapologie und Fortschrittsverteufelung. Das spannungsfeldbürgerliche Nachkriegsgeschichtsbild in der BRD, Frankfurt a. M. 1978.

²⁸ Lutz Niethammer, Zum Verhältnis von Reform und Rekonstruktion in der US-Zone am Beispiel der Neuordnung des öffentlichen Dienstes, in: VfZ 21 (1973), S. 177–191.

²⁹ Ernst Nolte, Deutschland und der Kalte Krieg, München 1974.

³⁰ Siehe dazu insbesondere die Abschnitte: Das europäische System, seine Linke und seine Rechte; Der erste Staat der Linken: die USA; Die erfolgreichste Linke: der Marxismus; Der Marxismus als Staat: die UdSSR, in: ebenda, S. 73–123.

deutung erhielt das Buch durch diese Konzeption. Denn sie ermöglichte es, „die Bundesrepublik und die DDR im Brennpunkt des Kalten Krieges“³¹ mit Blick auf den ideologischen Antagonismus darzustellen und daran die Frage zu knüpfen, welche Bedeutung die „Renaissance der Linken im Westen“³² seit den sechziger Jahren denn habe. In der Atmosphäre der Entspannungspolitik bildete das Buch ein eindringliches Plädoyer dafür, trotz aller Rüstungskontrollvereinbarungen und politischen Annäherungsbestrebungen den Systemgegensatz nicht zu ignorieren und die grundsätzliche Feindschaft der leninistischen Einparteien-Diktaturen gegenüber jeder offenen Gesellschaft nicht leicht zu nehmen oder gar zu übersehen. Noltes Interpretation des Kalten Krieges baute auf dem Gegensatz zwischen den Kategorien „Links“ und „Rechts“ auf und versuchte zu zeigen, daß „die Linke“ dort, wo sie sich nicht selbst als integrierender Bestandteil des pluralistischen Systems des „Westens“ begriff und nicht zum ideellen Engagement für das „Liberale System“ bereit war, zur Partei des „Ostens“ und damit notwendigerweise zum Feind des westlichen Pluralismus werden mußte. Die Befürchtung, daß „die Linke“ in der Bundesrepublik sich dies nicht eingestehen könnte, bestimmte die Argumentation. Die apodiktische Schärfe vieler Passagen war nicht zuletzt eine Folge des Gegensatzes von Ernst Nolte zu seinem Marburger Kollegen und Antipoden Wolfgang Abendroth am Fachbereich Politikwissenschaft³³, der die Schuld an der Teilung Deutschlands und an der Genese des Kalten Krieges auf seiten der Westmächte und des deutschen Kapitals sah. Abendroth hatte eine wichtige intellektuelle Leitfunktion für „die Linke“ in der Bundesrepublik der sechziger und frühen siebziger Jahre. In einer eindringlichen Schrift über das Grundgesetz hatte er 1966 die restaurative Disposition des Parlamentarischen Rats herausgestrichen³⁴ und auf die verfassungsrechtliche Bestätigung des Sachverhalts hingewiesen, daß „die sozialökonomische Struktur Deutschlands, wie sie vor dem Ende des Dritten Reiches bestanden hatte, über den Zusammenbruch hinaus bewahrt bzw. wiederhergestellt“ worden sei³⁵. Abendroth argumentierte in den Kategorien von „Kapitalismus“ und „Sozialismus“, und da der Kapitalismus Kennzeichen des „Westens“ war, ergab sich aus der Befürwortung sozialistischer Konzeptionen in den Jahren nach 1945 nun im aktuellen Kontext der sechziger Jahre die Parteinahme gegen den „Westen“ und für die Länder des sozialistischen Blocks. Im Widerstreit der Thesen von Abendroth und Nolte fand das hochgradig ideologisierte Denken in der Ära der Entspannungspolitik einen besonders pointierten Ausdruck. Der zeitgenössische politisch-ideelle Konflikt entzündete sich hier an zeitgeschichtlichen Fragen und Urteilen.

Aus der Rückschau erweisen sich die Siebziger als ein Jahrzehnt, in dem – den so-

³¹ Ebenda, S. 371–471.

³² Ebenda, S. 536–551.

³³ Vgl. ebenda, S. 543 f.

³⁴ Wolfgang Abendroth, *Das Grundgesetz. Eine Einführung in seine politischen Probleme*, Pfullingen 1966, S. 37 ff.; vgl. auch seinen Aufsatz von 1962: Bilanz der sozialistischen Idee in der Bundesrepublik Deutschland, in: Ders., *Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. Aufsätze zur politischen Soziologie*, Neuwied/Berlin 1967.

³⁵ Ebenda, S. 64.

zialwissenschaftlichen Trends im Fach Geschichte zum Trotz – der politikgeschichtliche Zugriff in der Zeithistorie dominierte. Die Forschungen, die mehr und mehr vom historischen Nachwuchs geleistet wurden, galten überwiegend der Außen- und Sicherheitspolitik, dem Wiedervereinigungsproblem, der Frage nach der Rolle des Militärs im demokratischen Staat sowie der Parteiengeschichte. Der Zusammenhang von Außen- und Außenwirtschaftspolitik wurde allerdings noch fast gar nicht beachtet. Überhaupt blieb die Wirtschaftsentwicklung nach der Währungsreform vorerst im Schatten, und die Frage nach der Bedeutung der wirtschaftlichen Verflechtung Westeuropas seit dem Marshallplan für die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland wurde noch kaum gestellt³⁶.

Eine deutliche Intensivierung vollzog sich auf dem Feld der Adenauer-Forschung, wodurch der Eindruck des überwiegend politikgeschichtlichen Arbeitens in jenen Jahren noch verstärkt wurde. Die Hinwendung zu Adenauer hatte verschiedene Gründe. Zum einen waren zwischen 1965 und 1968 die „Erinnerungen“ erschienen und ermöglichten erstmals ein genaueres Studium seines politischen, zumal des außenpolitischen Konzepts³⁷. Sodann waren, zweitens, bereits die Jahre von der ‚Spiegel‘-Krise 1962 bis zu Adenauers Tod 1967 von der verbreiteten Neigung gekennzeichnet gewesen, Adenauers Regiment in den Fünfzigern kritisch zu beurteilen, worin sich nicht zuletzt der Wandel in den Wertorientierungen der westdeutschen Gesellschaft äußerte, der um 1957 herum eingesetzt hatte und zehn Jahre später zum Durchbruch kam³⁸. In der Aufbruchstimmung seit 1967 und infolge der politischen und mentalen Öffnung nach Osten wurde das Urteil über die Nachkriegszeit und die Wiederaufbaujahre nicht selten einseitig negativ. Man achtete weniger auf die Bemühungen um die Stabilisierung des politischen Systems und der Rechtsstaatlichkeit, weniger auf den Aufbau der Wirtschaft und die Grundlegung des Wohlfahrtsstaats, auf die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen, sondern jetzt stach die unterbliebene Neugestaltung der Wirtschaftsordnung ins Auge und der konservative Zuschnitt der Kanzlerdemokratie, der schroffe Antikommunismus des Kalten Krieges mit dem KPD-Verbot, meist auch der Konfessionalismus, ja Klerikalismus in Parteien, Verwaltung und Bildungswesen. Der Aufschwung der Adenauer-Forschung verdankt sich zu einem Gutteil dem Wunsch, dieser Tendenz zu undifferenzierter kritischer Wertung ein im Grundton positives, bisweilen apologetisches, aber auf jeden Fall abwägenderes Urteil über den ersten Kanzler und die Aufbaujahre der Republik entgegenzusetzen³⁹. Drittens fielen in die siebziger Jahre drei Jubiläen – der 25. und 30. Gründungstag der Bundesrepublik sowie

³⁶ Vgl. hierzu die in Anm. 1 aufgeführten Forschungsüberblicke; sowie Lutz Niethammer, *Stufen der historischen Selbsterforschung*.

³⁷ Hans-Peter Schwarz, *Das außenpolitische Konzept Konrad Adenauers*, in: *Adenauer-Studien I*, hrsg. v. Rudolf Morsey/Konrad Repgen, Mainz 1971, S. 71–108.

³⁸ Repräsentativ für diesen Trend sind Rüdiger Altmann, *Das Erbe Adenauers. Eine Bilanz*, München 1963; *Die Ära Adenauer. Einsichten und Ausblicke*, Frankfurt a. M. 1964.

³⁹ Vgl. die von Rudolf Morsey und Konrad Repgen herausgegebenen *Adenauer-Studien I-III*, Mainz 1971–1974.

1976 Adenauers 100. Geburtstag. Das waren jeweils Anlässe, um in Sammelbänden den Kenntnis- und Forschungsstand über die Adenauerzeit zu resümieren⁴⁰.

Als die Republik dreißig Jahre alt wurde, ließ sich bereits erkennen, daß der Gegensatz zwischen dem unfruchtbaren ideologiekritischen Ansatz einerseits und dem affirmativen Zugriff andererseits abnahm. Schwarz und Weiß begannen sich zu mischen, und das noble Grau der wissenschaftlichen Nuancierung breitete sich allmählich aus⁴¹. Darin deutete sich an, daß im Schatten dieses Gegensatzes eine rege Einzelforschung in Gang gekommen war.

II.

Versucht man, die Entwicklung des Fachs „Zeitgeschichte nach 1945“ in den achtziger Jahren mit wenigen Worten zu charakterisieren, so wird man sagen können, daß sich jetzt eine deutliche Angleichung an das wissenschaftliche Profil der „Neueren Geschichte“ vollzog und die abgesonderte, von der „Zunft“ oftmals gar nicht beachtete Existenz im Winkel zwischen den beiden Referenzdisziplinen Geschichtswissenschaft und Politologie zu Ende ging.

Der augenfällige Grund liegt natürlich im verbesserten Zugang zu den Archiven angesichts der Sperrfrist von dreißig Jahren. Die beträchtliche Anzahl von wissenschaftlichen Quelleditionen machte obendrein anschaulich, daß die „Zeitgeschichte nach 1945“ dem Stadium, wo sie noch als „Journalismus“ bespöttelt werden konnte, endgültig erwachsen war. Neuere Forschungen zu den Langzeitstrukturen der Industriegesellschaft oder zulebensgeschichtlichen Erfahrungen der Menschen vor, während und nach der NS-Zeit trugen mit dazu bei, daß die scharfe Zäsur des Jahres 1945 erheblich relativiert wurde.

Eine Tendenz in der Neueren Geschichte nachvollziehend, verstärkte sich nunmehr auch die Differenzierung in primär politikgeschichtliche bzw. auf die Außenpolitik hin orientierte Forschung, in struktur- und sozialgeschichtliche Forschung und in die alltagsgeschichtliche Forschung der „Oral History“. In dialektischer Verbindung mit diesem Prozeß entstanden seit Beginn der achtziger Jahre die ersten zusammenfassenden Darstellungen. Spätestens jetzt war die Nachkriegszeit Geschichte geworden.

Den Anfang in der Reihe von Gesamtdarstellungen machte 1981 Hans-Peter Schwarz mit dem ersten Band seines kompakten Werks über die Adenauer-Ära – der zweite folgte 1983 – im Rahmen des groß angelegten Unternehmens „Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“⁴². 1983 und 1984 erschienen die beiden, die Darstellung von Schwarz einrahmenden Werke über die Jahre der Besetzung aus der Feder von Theodor Eschenburg,

⁴⁰ Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, hrsg. von Richard Löwenthal/Hans-Peter Schwarz, Stuttgart-Degerloch 1974; Nach dreißig Jahren ... Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Walter Scheel, Stuttgart 1979; Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers, hrsg. von Dieter Blumenwitz/Klaus Gotto/Hans Maier u. a., 2 Bde., Stuttgart 1976.

⁴¹ Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945–1953, hrsg. von Heinrich-August Winkler, Göttingen 1979; Dreißig Jahre Bundesrepublik. Tradition und Wandel, hrsg. von Josef Becker, München 1979.

⁴² Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957, Stuttgart/Wiesbaden 1981; ders., Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963, Stuttgart/Wiesbaden 1983.

Wolfgang Benz und Hermann Graml⁴³ sowie über die wichtige Zwischenphase zwischen der Ära Adenauer und der Ära der sozialliberalen Koalition von Klaus Hildebrand⁴⁴. Schwarz hatte mit seinem ersten Band über die „Gründerjahre der Republik“ die Maßstäbe für das Gesamtwerk gesetzt: Aus den Archiven gearbeitet, bot er hier eine chronologisch vorgehende Erzählung des politischen Prozesses; große Aufmerksamkeit galt den Protagonisten in Bund und Ländern, Regierungen und Parlamenten, in Politik, Wirtschaft und Kultur. Wegweisend wurde das Kapitel über den „Geist der fünfziger Jahre“⁴⁵, weniger deshalb, weil es ein zu schönes und positives Bild vom Geistesleben der fünfziger Jahre zeichnete⁴⁶, sondern weil es methodisch in eine Richtung deutete, die die bis dahin dominierende Historiographie zur Nachkriegszeit durchweg ignorierte. Schwarz hatte mit den Studien für diesen Abschnitt sowohl die Sozialgeschichte als auch den politischen Prozeß der Nachkriegsjahre in den Blick genommen, und er kam zu dem Schluß, daß die fünfziger Jahre „eine Periode aufregender Modernisierung“⁴⁷ gewesen seien. Als das geschrieben wurde, befand sich die „Restaurationsthese“ noch in der Diskussion. In einem programmatischen Aufsatz von 1984 über die Fragestellungen der künftigen Sozialgeschichtsforschung zur Nachkriegsgeschichte stellte er die Begriffe „Modernisierung“ und „Restauration“ gegeneinander⁴⁸. Soweit diese Fragen schon Thesen in sich schlossen, sind sie durch die seither geleistete Forschung weitgehend bestätigt worden. Schwarz, der als historisch orientierter Politologe 1966 begonnen hatte und sich zunächst der politikgeschichtlichen Erforschung der „Zeitgeschichte nach 1945“ verschrieb, leistete durch die Aufnahme von Fragestellungen, Methoden und Untersuchungsergebnissen der Sozialwissenschaften und im Mitvollzug der methodischen Reflexion in der „Neuere Geschichte und Zeitgeschichte“ einen maßgeblichen Beitrag dazu, daß sozialwissenschaftliche Forschung in der „Zeitgeschichte nach 1945“ nunmehr eine etablierte Position einnahm. Die Eigenart des Schwarz'schen Anteils an der Öffnung des Fachs ist darin zu sehen, daß er in seinen Darstellungen nicht hinter die Schwelle von 1945 zurückgriff und die alte Indifferenz zur politischen Reichsgeschichte auch gegenüber der Sozialgeschichte des Deutschen Reichs zeigte. Die Entwicklung der Bundesrepublik nahm sich, so gesehen, nur umso vorteilhafter vor dem Hintergrund der Trümmerzeit und der Zusammenbruchsgesellschaft aus, und die DDR blieb weitgehend ausgeblendet. Seine auf die Bundesrepublik zentrierte Sicht hat Schwarz zuletzt noch einmal mit Verve durch seine zweibändige, ein weiteres Mal neue Forschungsperspektiven anbietende Adenauer-Biographie unterstrichen⁴⁹.

⁴³ Theodor Eschenburg, *Jahre der Besatzung 1945–1949*, Stuttgart/Wiesbaden 1983.

⁴⁴ Klaus Hildebrand, *Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969*, Stuttgart/Wiesbaden 1984.

⁴⁵ Schwarz, *Die Ära Adenauer. Gründerjahre*, S. 375–464.

⁴⁶ Vgl. Doering-Manteuffel, *Bundesrepublik*, S. 208 f.

⁴⁷ Schwarz, *Die Ära Adenauer, Gründerjahre*, S. 382.

⁴⁸ Hans-Peter Schwarz, *Modernisierung oder Restauration? Einige Vorfragen zur künftigen Sozialgeschichtsforschung über die Ära Adenauer*, in: Kurt Düwell/Wolfgang Köllmann (Hrsg.), *Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter*, Bd. 3, Wuppertal 1984, S. 278–293.

⁴⁹ Hans-Peter Schwarz, *Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952*, Stuttgart 1986; ders., *Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967*, Stuttgart 1991.

Im Kontrast zu dieser prononciert bundesdeutschen Geschichtsschreibung stand Christoph Kleßmanns „Deutsche Geschichte“ von 1945 bis 1955⁵⁰. Er richtete sein Augenmerk auf die Besatzungszeit, die Entwicklung in den Westzonen und der Ostzone und dann in den beiden deutschen Teilstaaten. Der Schwerpunkt des Buchs, dem 1988 ein zweiter Band über die Zeit von 1955 bis 1970 folgte⁵¹, lag auf den frühen Jahren bis 1949/50, das Gewicht seiner Argumentation in der moderaten Zurückweisung der „Restaurationsthese“ durch die Darlegung der Neuansätze einerseits und der traditionellen, bisweilen unzweideutig restaurativen Aspekte andererseits. Die dezidierte Beachtung der westlichen und östlichen Seite war als Absage an das nur auf die Bundesrepublik zentrierte Geschichtsbild zu verstehen⁵². Adolf M. Birkes „Nation ohne Haus“ von 1989⁵³ bedurfte nicht der Abgrenzung gegen die „Schwarz“- oder „Weiß“-Positionen der siebziger Jahre und konzentrierte sich auf die Darstellung der politischen Geschichte bis 1961 unter den Bedingungen der Teilung – eine Perspektive, die bis dahin so konsequent noch von niemandem eingenommen worden war und dem Buch im Jahr der Wende besondere Aktualität verschaffte.

Am Beginn der achtziger Jahre war die Literatur über die Geschichte der Bundesrepublik bis etwa 1961 bereits so reichhaltig geworden, daß es sinnvoll und notwendig erschien, die Ergebnisse zusammenzufassen und damit einen Umriss der Geschichte der Adenauer-Ära zu geben, bevor als Resultat der beginnenden Quellenforschungen das Geschichtsbild, das die unmittelbar Miterlebenden gezeichnet hatten, vom Geschichtsbild der eigentlichen Historiker überlagert werden würde⁵⁴. Die Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland bis 1969 faßte 1987 in einer pointierten Skizze Rudolf Morsey zusammen und zeichnete, darauf bezogen, den Stand der zeithistorischen Forschung nach⁵⁵. Hermann Webers paralleler Band über die DDR bis 1986 folgte ein Jahr später⁵⁶. Bis 1989, als die Geschichte der alten Bundesrepublik und der DDR abrupt zu Ende ging, waren die beiden ersten Dekaden, insbesondere mit Blick auf den Westen, von der Geschichtswissenschaft sortiert und aufgearbeitet worden. Daß nach wie vor gänzlich unbehandelte Partien ans Licht kommen und viele Themen einer intensiveren analytischen Durchdringung noch bedürfen, zeigt der Blick auf die Forschungsfelder in den unterschiedlichen Bereichen

- (a) der politischen Geschichte einschließlich der Außen- und Außenwirtschaftspolitik sowie der Parteien- und Institutionengeschichte, sodann
- (b) der strukturorientierten Sozialgeschichte, zuletzt
- (c) der Alltags- und Erfahrungsgeschichte.

⁵⁰ Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Göttingen 1982.

⁵¹ Ders., Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Göttingen 1988.

⁵² Ders., Ein stolzes Schiff und krächzende Möwen. Die Geschichte der Bundesrepublik und ihre Kritiker, in: GG 11 (1985), S. 476–494.

⁵³ Adolf M. Birke, Nation ohne Haus. Deutschland 1945–1961, Berlin 1989.

⁵⁴ Doering-Manteuffel, Bundesrepublik.

⁵⁵ Morsey, Die Bundesrepublik Deutschland.

⁵⁶ Hermann Weber, Die DDR 1945–1986, München 1988.

In allen Fällen liegt der Schwerpunkt der Arbeit derzeit auf dem Jahrzehnt vom Ende der vierziger bis zum Ende der fünfziger Jahre.

(a) Die Interpretationen der Bonner Außenpolitik wurden um 1970 durch zwei unterschiedliche, ja gegensätzliche Sichtweisen bestimmt. Die eine, von Andreas Hillgruber, nahm die Nationsidee und das Faktum der Teilung zum roten Faden der Darstellung⁵⁷. Die andere, von Waldemar Besson, fragte nach der Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland⁵⁸. Hillgruber zeichnete das westliche Bündnis als Allianz souveräner Nationalstaaten und versuchte das Dilemma der teilsouveränen, nicht-nationalen Bundesrepublik in dieser Allianz zu skizzieren; er sah auf das eigenstaatliche Moment in der Bonner Außenpolitik. Besson achtete mehr auf Bonns Anteil an der Bündnispolitik des westlichen Lagers auch und gerade beim Blick auf die Deutschland- und Ostpolitik; er sah auf das integrative Moment in der Bonner Außenpolitik.

Seither haben die neueren Arbeiten zu den Auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik immer stärker den Integrationsaspekt in den Vordergrund gerückt, wobei sich zwei Forschungsschwerpunkte herauskristallisierten: die Sicherheitspolitik⁵⁹ und die Außenwirtschaftspolitik⁶⁰. Die Ergebnisse fußen auf der intensiven Auswertung immer größerer Mengen an Archivalien und sind entsprechend hochgradig differenziert. Der jüngste Versuch einer Zusammenfassung und Bündelung von Wolfram F. Hanrieder macht das nur allzu deutlich⁶¹.

Die Gemeinsamkeit der Arbeiten zu beiden Themenbereichen besteht in der starken Konzentration auf den konzeptuellen Anteil der amerikanischen Politik zwischen 1945/47 und 1958/61 an der Integration Europas, ohne daß dabei die positiven oder negativen Voreingenommenheiten aus früheren Dekaden noch eine nennenswerte

⁵⁷ Andreas Hillgruber, *Deutsche Geschichte 1945–1972. Die „Deutsche Frage“ in der Weltpolitik*, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1974.

⁵⁸ Waldemar Besson, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe*, München 1970.

⁵⁹ Vgl. *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956*, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA), Bd. 1: *Von der Kapitulation bis zum Plevan-Plan*, München/Wien 1982; Bd. 2: *Die EVG-Phase*, München 1990; *Die westliche Sicherheitsgemeinschaft 1948–1950. Gemeinsame Probleme und gegensätzliche Nationalinteressen der Nordatlantischen Allianz*, im Auftrag des MGFA hrsg. von Norbert Wiggershaus/Roland G. Foerster, Boppard 1988; *Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung*, im Auftrag des MGFA hrsg. von Hans-Erich Volkmann/Walter Schwengler, Boppard 1985; *Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung. Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik im Mächtesystem der Jahre 1953–1956*, im Auftrag des MGFA hrsg. von Bruno Thoß/Hans-Erich Volkmann, Boppard 1988.

⁶⁰ Hanns Jürgen Küsters, *Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*, Baden-Baden 1982; Alan S. Milward, *The Reconstruction of Western Europe 1945–51*, London 1984; Christoph Buchheim, *Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945–1958*, München 1990; *Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt*, hrsg. von Ludolf Herbst/Werner Bührer/Hanno Sowade, München 1990; Charles S. Maier (Hrsg.), *The Marshall Plan and Germany. West German development within the framework of the European Recovery Program*, New York/Oxford 1991.

⁶¹ Wolfram F. Hanrieder, *Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989*, Paderborn 1991.

Rolle spielten⁶². Die Frage nach den Motiven der USA bringt nicht nur die bekannte Antwort des amerikanischen Interesses an Dollardominanz und ökonomischer Präponderanz. Sie erweist vielmehr, daß namentlich die Erfahrung der USA mit den nationalen Rivalitäten der autonomen europäischen Staaten in der Zwischenkriegszeit dann nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu dem Konzept führte, die rivalisierenden Europäer einschließlich ihrer deutschen Feinde von gestern durch materiellen Druck an einen Tisch und damit zur Kooperation zu zwingen. Die westeuropäische Integration vom Marshallplan über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft bis zum NATO-Beitritt der Bundesrepublik lag zuvörderst im amerikanischen Interesse, das seinerseits – indem es sich hegemonial definierte – national orientiert war. Die Einigung Europas erwies sich als praktikabler Weg, um einen Ausgleich zwischen den europäischen „Erbfeinden“ Frankreich und Deutschland herbeizuführen und auf diese Weise die Bundesrepublik in die westliche Allianz einzubinden⁶³. Hier traf sich das nationale und hegemoniale Interesse der USA, wie es die Administrationen von Truman und Eisenhower vertraten, mit dem nicht-nationalen, westeuropäisch-integrativen Interesse der Bundesrepublik, dem Adenauer gegen den erbitterten Widerstand der nationalen Kräfte den Durchbruch verschaffte⁶⁴.

Die europäische Strategie der USA entstand nicht gezielt. Sie wuchs eher tastend, bevor sie sich im Verlauf der fünfziger Jahre zur verbindlichen Leitlinie verfestigte. Darin erwies sich der hegemoniale Aspekt als eher unreflektiertes Element, das aus innenpolitischen Reaktionen auf die Außenpolitik der Regierung erwuchs. Dessen Bedeutung darf aber nicht unterschätzt werden, weil es die Staaten in Westeuropa zum Schulteranschlag veranlaßte. Mit der Sowjetunion als Gegner „des Westens“ im Rücken und dem hegemonialen Anspruch der USA vor Augen, bot sich eine europäische Einigung auf der Grundlage der nationalen Souveränität aller Partner geradezu an. Das war das Konzept, auf dem seit 1957 die EWG fußte, nachdem 1954 das idealistische Konzept der supranationalen Föderation mit der EVG gescheitert war und der Kalte Krieg eine Lockerung des gesamtwestlichen Bündnisses wiederum nicht erlaubte. Die „funktionale Integration Westeuropas“ erwies sich „als die ideale Lösung“: In dieser Form der Integration, wie wir sie seit der EWG-Gründung kennen, wurde die nationale Souveränität der Einzelstaaten in Westeuropa verknüpft mit der kollektiven Autonomie Westeuropas gegenüber dem Allianzpartner USA – zum Zwecke der effizienteren Abwehr amerikanischer Hegemonieansprüche⁶⁵. Diese Verknüpfung bestimmt das westliche Bündnis bis zur Gegenwart und folglich auch die Außenpolitik Bonns.

⁶² Vgl. Hermann-Josef Rupieper, *Der besetzte Verbündete. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1949–1955*, Opladen 1991.

⁶³ Wilfried Loth, *Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939–1957*, Göttingen 1990.

⁶⁴ Vgl. hierzu insbesondere: *Westdeutschland 1945–1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration*, hrsg. von Ludolf Herbst, München 1986; *Der Marshall-Plan und die europäische Linke*, hrsg. von Othmar Nikola Haberl/Lutz Nierhammer, Frankfurt a. M. 1986; Herbst/Bührer/Sowade (Hrsg.), *Vom Marshallplan zur EWG*.

⁶⁵ Gunther Mai, *Osthandel und Westintegration 1947–1957. Europa, die USA und die Entstehung einer*

Solche Thesen machen plausibel, daß es schwerlich angemessen sein kann, die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik gewissermaßen unilateral allein aus Bonner Perspektive zu untersuchen. Die Außenpolitik der Bundesrepublik wird nur aus der Analyse ihrer Verflochtenheit in die europäischen und atlantischen Bündnisstrukturen verständlich.

Allerdings darf die primär deutsche Sicht nicht völlig vernachlässigt werden, weil dann das Problem der Teilung aus dem Blick geriete. Neuere Forschungen zur alliierten Deutschlandpolitik, die infolge der frühen Öffnung der britischen Archive in erster Linie aus englischer Perspektive dargeboten wurden und die bisher dominierende amerikanische Sicht ergänzten und relativierten, haben deutlich machen können, wie sehr bei den Siegern des Zweiten Weltkriegs das Denken in der Kategorie des autonomen nationalen Staats die Deutschlandplanung beeinflusste und eine dauerhafte Teilung der deutschen Nation nicht recht vorstellbar war⁶⁶. Eben dieser Sachverhalt beeinflusste indirekt auch die in der Mitte der achtziger Jahre wieder aufgelebte Debatte um die Stalin-Noten des Jahres 1952. Den von Rolf Steininger veröffentlichten britischen und amerikanischen Dokumenten jenes Frühjahrs war zu entnehmen, daß die Westmächte fürchteten, auf das Verhandlungsangebot Stalins eingehen zu müssen, weil sie nicht glaubten, das Recht der deutschen Nation auf den einheitlichen Staat schlichtweg ignorieren zu können⁶⁷. Deshalb nahmen sie Adenauers Erklärung mit Erleichterung auf, man solle erst die vertragliche Westintegration der Bundesrepublik unwiderruflich festschreiben, bevor man über die deutsche Einheit rede. Der alte Kanzler betrachtete die Bindung des westlichen Deutschland an die Demokratien des Westens als unabdingbare Voraussetzung, um die politisch instabilen, mit Demokratie und Parlamentarismus kaum vertrauten Deutschen nicht wieder sich selbst zu überlassen, wie seine Generation das in der Zwischenkriegszeit erlebt hatte. In einer methodisch fragwürdigen argumentativen Engführung wurde nun daraus der Vorwurf abgeleitet, den schon die Zeitgenossen der fünfziger Jahre erhoben hatten, daß Adenauer die Einheit Deutschlands nicht gewollt habe⁶⁸. Diese Behauptung ließ sich nur dann formulieren,

hegemonialen Partnerschaft, in: Herbst/Bührer/Sowade (Hrsg.), Marshall-Plan, S.203–225, zit. S.225.

⁶⁶ Josef Foschepoth/Rolf Steininger (Hrsg.), *Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949*, Paderborn 1985; Josef Foschepoth (Hrsg.), *Kalter Krieg und Deutsche Frage. Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945–1952*, Göttingen/Zürich 1985; Martina Kessel, *Westeuropa und die deutsche Teilung. Englische und französische Deutschlandpolitik auf den Außenministerkonferenzen von 1945 bis 1947*, München 1989; Anne Deighton, *The Impossible Peace. Britain, the Division of Germany and the Origins of the Cold War*, Oxford 1990; Elisabeth Kraus, *Ministerien für das ganze Deutschland? Der Alliierte Kontrollrat und die Frage gesamtdeutscher Zentralverwaltungen*, München 1990.

⁶⁷ Rolf Steininger, *Eine Chance zur Wiedervereinigung? Die Stalin-Note vom 10. März 1952*, Bonn 1985; Steiningers zweibändige *Deutsche Geschichte 1945–1961. Darstellung und Dokumente*, Frankfurt a. M. 1983, basiert im wesentlichen auf britischen Quellen und ist um das 16. Kapitel „1952: Eine Chance zur Wiedervereinigung!“ herumgruppiert. Thema der Bände ist in erster Linie die deutsche Teilung, so daß der Titel irreführend wirkt.

⁶⁸ Steininger, *Chance zur Wiedervereinigung?*, S. 73–91; vgl. Anselm Doering-Manteuffel, *Die deutsche*

wenn man das gesamte Umfeld der internationalen Politik von 1947 bis 1952, der innerwestlichen Bündnisbestrebungen und der dagegenstehenden unterschiedlichen nationalen Interessen ausblendete und die Handlungsautonomie des nationalen Staats in einer Zeit unterstellte, wo es ihn in Deutschland gar nicht gab und es in den westeuropäischen Hauptstädten mit der Autonomie nicht sehr weit her war. Daß gerade 1951/52 zudem das einzige Jahr der gesamten Nachkriegszeit war, in dem die Hoffnungen der europäischen Föderalisten in Erfüllung zu gehen schienen, weil man nach der Gründung der Montan-Union gerade vor dem Abschluß des EVG- und Deutschlandvertrages stand, wurde ebenfalls nicht weiter bedacht. Wer in dieser Phase einer scheinbar erfolgreichen Föderationspolitik zwischen den westeuropäischen Nationalstaaten jetzt die Forderung erhob, daß die Regierungen, zumal die in Bonn, der nationalen Selbstbestimmung den Vorrang zu geben hätten, verlangte von ihnen, die eigene, mit viel Energie betriebene Politik der zurückliegenden Jahre einfach zu verleugnen⁶⁹.

Diese Debatte erregte die Gemüter nicht deshalb, weil sie wirklich neue Erkenntnisse oder wichtige Forschungsperspektiven ermöglicht hätte, sondern weil sie in den Jahren der feuilletonistischen Diskussion über die nationale Identität der Deutschen den Kritikern des kategorischen Westkurses, der damals in Bitburg und Hambach mit problematischen Symbolen einmal mehr nachdrücklich unterstrichen wurde, zusätzliche Argumente lieferte. Auf die Zeitgeschichtsforschung hat sie nicht weiter einwirken können, weil Fragestellung und Reflexionshorizont eher einer politischen Konstellation aus der Zeit vor 1945 angemessen waren als der der frühen fünfziger Jahre.

Im Bereich der Geschichte der Verfassungsorgane, Institutionen und Parteien wurde im Verlauf der achtziger Jahre nunmehr greifbar, was sich seit 1975/79 nach der Öffnung der Archive abgezeichnet hatte: Hier intensivierte sich die geschichtswissenschaftliche Spezialforschung, wobei die Resultate sowohl als Quelleneditionen als auch als Darstellungen bemerkenswert waren. Neben den großen Editionsunternehmen des Bundesarchivs, die den Akten des Parlamentarischen Rats⁷⁰ sowie den Kabinettsprotokollen der Bundesregierung⁷¹ gelten, sind besonders die Arbeiten herauszuheben, die innerhalb der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien oder in Anlehnung an sie geleistet wurden. Die bisher edierten Bände der Quellenreihe IV (Deutschland nach 1945) betreffen zum einen die Gesetze aus dem Jahr 1951 über die Montanmitbestimmung und über das Bundesver-

Teilung, der Kalte Krieg und die Deutschlandpolitik der Sowjetunion 1945–1952, in: GWU 38 (1987), S. 744–753.

⁶⁹ Vgl. Rolf Steininger, Freie, gesamtdeutsche Wahlen am 16. November 1952?, in: Jürgen Weber (Hrsg.), Die Republik der fünfziger Jahre. Adenauers Deutschlandpolitik auf dem Prüfstand, München 1989; S. 88–111; siehe dagegen Rudolf Morsey, Die Deutschlandpolitik Adenauers, in: Vierzig Jahre Deutschlandpolitik im internationalen Kräftefeld, hrsg. von Alexander Fischer, Köln 1989, S. 16–31.

⁷⁰ Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle, hrsg. von Kurt G. Wernicke/Hans Booms, bisher 4 Bde., Boppard 1975–1989.

⁷¹ Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, hrsg. von Hans Booms, bisher 6 Bde. (1949–1953), Boppard 1982–1989.

fassungsgericht, die wesentliche Bedeutung erlangten für die Stabilisierung der Bundesrepublik in der ersten Legislaturperiode und damit der Regierung Adenauer⁷²; sie betreffen zum andern die Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Neuordnung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Eisen- und Stahlindustrie, mithin einen Bestandteil der Verfassungsverfassung, durch die sich die Bundesrepublik fundamental vom Deutschen Reich unterschied⁷³; sie gelten zum dritten der Entwicklung der Parteiendemokratie⁷⁴. Dieser Schwerpunktsetzung entsprechen auch die Themen der stets überaus sorgfältig gearbeiteten Einzelstudien in der Schriftenreihe der Parlamentarismuskommision: Staat und Regierung, Rechtsetzung, Beamtentum⁷⁵; Wahlrecht und Parteien⁷⁶. In der Aufarbeitung der eige-

⁷² Montanmitbestimmung. Das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 21. Mai 1951, bearb. von Gabriele Müller-List, Düsseldorf 1984; Grundlegung der Verfassungsgerichtsbarkeit. Das Gesetz über das Bundesverfassungsgericht vom 12. März 1951, bearb. von Reinhard Schiffers, Düsseldorf 1984.

⁷³ Die Ruhrfrage 1945/46 und die Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen. Britische, französische und amerikanische Akten, eingeleitet u. bearb. von Rolf Steininger, hrsg. in Verb. m. Walter Först, Düsseldorf 1988; Nordrhein-Westfalen. Deutsche Quellen zur Entstehungsgeschichte des Landes. Eingeleitet u. bearb. von Wolfgang Hölscher, hrsg. in Verb. m. Walter Först, Düsseldorf 1988; Neubeginn bei Eisen und Stahl im Ruhrgebiet. Die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der nordrhein-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie 1945–1948, bearb. von Gabriele Müller-List, Düsseldorf 1990.

⁷⁴ Auftakt zur Ära Adenauer. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949, bearb. von Udo Wengst, Düsseldorf 1985; FDP-Bundesvorstand. Sitzungsprotokolle 1949–1967: Die Liberalen unter dem Vorsitz von Theodor Heuss und Franz Blücher von 1949–1954, bearb. von Udo Wengst, 2 Halbbde., Düsseldorf 1990; Die Liberalen unter dem Vorsitz von Thomas Dehler und Reinhold Maier 1954–1960, bearb. von Udo Wengst, Düsseldorf 1991.

⁷⁵ Udo Wengst, Staatsaufbau und Regierungspraxis 1948–1953. Zur Geschichte der Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf 1984; ders., Beamtentum zwischen Reform und Tradition. Beamtengesetzgebung in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland 1948–1953, Düsseldorf 1988; zu beachten ist in diesem Zusammenhang auch die in der Reihe „Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte“ erschienene Studie von Ulrich Reusch, Deutsches Berufsbeamtentum und britische Besatzung. Planung und Politik 1943–1947, Stuttgart 1985; Dorothee Buchhaas, Gesetzgebung im Wiederaufbau. Schulgesetz in Nordrhein-Westfalen und Betriebsverfassungsgesetz. Eine vergleichende Untersuchung zum Einfluß von Parteien, Kirchen und Verbänden in Land und Bund 1945–1952, Düsseldorf 1985; Reinhard Schiffers, Zwischen Bürgerfreiheit und Staatsschutz. Wiederherstellung und Neufassung des politischen Strafrechts in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1951, Düsseldorf 1989.

⁷⁶ Hans-Jürgen Grabbe, Unionsparteien, Sozialdemokratie und Vereinigte Staaten von Amerika 1945–1966, Düsseldorf 1983; Dieter Hein, Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945–1949, Düsseldorf 1985; Karsten Schröder, Die FDP in der britischen Besatzungszone 1946–1948. Ein Beitrag zur Organisationsstruktur der Liberalen im Nachkriegsdeutschland, Düsseldorf 1985; hier ist auch zu verweisen auf die von der Friedrich-Naumann-Stiftung publizierte Studie von Theo Rütten, Der deutsche Liberalismus 1945 bis 1955. Deutschland- und Gesellschaftspolitik der ost- und westdeutschen Liberalen in der Entstehungsphase der beiden deutschen Staaten, Baden-Baden 1984; Eckhard Jesse, Wahlrecht zwischen Kontinuität und Reform. Eine Analyse der Wahlsystemdiskussion und

nen Geschichte ist die SPD durch die maßgebliche Gesamtdarstellung von Kurt Klotzbach und vertiefende Einzelstudien von Michael Schneider, Tilman Fichter und Beatrix Bouvier ein großes Stück weitergekommen⁷⁷, während die CDU Maßstäbe gesetzt hat für die künftige Edition zentraler Parteiquellen vor allem mit der Veröffentlichung der Protokolle des Bundesparteiorgans⁷⁸. Die „Rhöndorfer Ausgabe“ der Briefe und Teegespräche Konrad Adenauers hat sich sowohl für die Regierungsgeschichte als auch für die Parteigeschichte als eine zentrale Quelle erwiesen⁷⁹.

Einzelforschungen zu Themen der politischen Geschichte, zu Aspekten des politischen Systems tragen mit ihrer Blickrichtung auf die innere Entwicklung der Bundesrepublik ebenso wie alle Untersuchungen zu Fragen der Wirtschaft⁸⁰ und *political eco-*

der Wahlrechtsänderungen in der Bundesrepublik Deutschland (1949–1983), Düsseldorf 1985; Josef Müller, Die gesamtdeutsche Volkspartei. Entstehung und Politik unter dem Primat nationaler Wiedervereinigung 1950–1957, Düsseldorf 1990; Edgar Wolfrum, Französische Besatzungspolitik und deutsche Sozialdemokratie. Politische Neuansätze in der „vergessenen Zone“ bis zur Bildung des Südweststaats 1945–1952, Düsseldorf 1991; als Biographie eines liberalen Politikers: Klaus-Jürgen Matz, Reinhold Maier (1889–1971). Eine politische Biographie, Düsseldorf 1989; auf einer strukturgegeschichtlichen Fragestellung basiert die Langzeitanalyse von Stefan Goch, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur im Ruhrgebiet. Eine Untersuchung am Beispiel Gelsenkirchen 1848–1975, Düsseldorf 1990.

⁷⁷ Kurt Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945–1965, Berlin/Bonn 1982; Michael Schneider, Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest (1958–1968), Bonn 1986; Tilman Fichter, SDS und SPD. Parteilichkeit jenseits der Partei, Opladen 1988; Beatrix W. Bouvier, Zwischen Godesberg und Großer Koalition – Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung. Außen-, sicherheits- und deutschlandpolitische Umorientierung und gesellschaftliche Öffnung der SPD 1960–1966, Bonn 1990.

⁷⁸ Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953, bearb. von Günter Buchstab, Stuttgart 1986; Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1953–1957, bearb. von Günter Buchstab, Stuttgart 1990; in dieser Reihe „Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte“ erschien auch: Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953, bearb. von Klaus Gotto/Hans-Otto Kleinmann/Reinhard Schreiner, Düsseldorf 1989; die wichtigste Monographie zur Parteigeschichte stammt von Horstwalter Heitzer, Die CDU in der britischen Zone 1945–1949. Gründung, Organisation, Programm und Politik, Düsseldorf 1988.

⁷⁹ Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe, hrsg. von Rudolf Morsey/Hans-Peter Schwarz. Briefe 1945–1947; 1947–1949; 1949–1951; 1951–1953, bearb. von Hans-Peter Mensing, Berlin 1983–1987. Teegespräche 1950–1954; 1955–1958; 1959–1961, bearb. von Hanns Jürgen Küsters, Berlin 1984–1988.

⁸⁰ An dieser Stelle ist zuerst zu verweisen auf die frühe Pilotstudie von Werner Abelshausen, Wirtschaft in Westdeutschland 1945–1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone, Stuttgart 1975; sodann ist auf einzelne Bände der landesgeschichtlichen Reihe „Düsseldorfer Schriften zur Geschichte Nordrhein-Westfalens“ zu verweisen: Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet 1945–1949, hrsg. von Dietmar Petzina/Walter Euchner, Düsseldorf 1984; Werner Plumpe, Vom Plan zum Markt. Wirtschaftsverwaltung und Unternehmerverbände in der britischen Zone, Düsseldorf 1987; Gloria Müller, Mitbestimmung in der Nachkriegszeit. Britische Besatzungsmacht – Unternehmer – Gewerkschaften, Düsseldorf 1987. Darstellung und Quellen bietet Werner Abelshausen, Die Langen Fünfziger Jahre. Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland 1949–1966, Düsseldorf 1987.

*nomy*⁸¹ ganz besonders dazu bei, die Grundlagenkenntnisse zu verfestigen, auf denen jede perspektivisch weiter konzipierte, zumal strukturgeschichtlich angelegte Darstellung notwendigerweise aufbauen muß.

(b) Die wissenschaftlich vorwärtstreibenden Thesen wurden während der achtziger Jahre auf dem Feld der Sozialgeschichte formuliert. Darin äußerte sich zunächst einmal ein gewisser Nachholbedarf oder auch Anpassungsdruck an den Forschungs- und Diskussionsprozeß in der „Neueren Geschichte und Zeitgeschichte bis 1945“, der sich in den Siebzigern angestaut hatte. Vor allem aber ging der geschichtswissenschaftliche Diskurs zu Themen des 20. Jahrhunderts in eine Richtung, aus der die Kontinuitätslinien immer deutlicher in den Blick gerieten. Die Bedeutung der Zäsur von 1945 wurde mit der Zeit fragwürdig, und je mehr dieser Prozeß voranschritt, desto mehr verwischten sich auch bis dahin unangetastete Trennlinien zwischen „Neuerer Geschichte und Zeitgeschichte“ einerseits und „Zeitgeschichte nach 1945“ andererseits. Im Verlauf der achtziger Jahre kam es zu verstärkter Kooperation zwischen Zeithistorikern, deren forschungsspezifisches Bezugsfeld entweder die Gesellschaft des Deutschen Reichs der zwanziger, dreißiger oder vierziger Jahre war oder die Gesellschaft der Westzonen und der Bundesrepublik von den späten vierziger bis zu den fünfziger oder gar sechziger Jahren. Das hatte erhebliche Rückwirkungen auf die Arbeit des Fachs. Es erwies sich immer häufiger als sinnvoll und weiterführend, die Zäsur der ominösen „Stunde Null“ zu transzendieren. Die Nachkriegsgeschichte lag inzwischen offenbar weit genug zurück, daß sich ihre Konturen hier und da als sehr ähnlich mit denen der Kriegs- und Vorkriegszeit erwiesen. Hinzu kam, daß die Veränderungen hin zur postindustriellen Gesellschaft und der damit verbundene Wertewandel, die die sechziger Jahre geprägt hatten, aus unserer Perspektive von – sagen wir – 1985 die Lebensverhältnisse am Beginn der Adenauer-Ära plötzlich seltsam fremd erscheinen ließen – Lebensverhältnisse einer früheren Welt. Damit schienen die Fünfziger in die Nähe der Dreißiger zu rücken.

Den frühesten und vielleicht wichtigsten Hinweis auf kommende Veränderungen gab der 1983 erschienene, von Werner Conze und M. Rainer Lepsius verantwortete Band „Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland“⁸². Der Untertitel „Beiträge zum Kontinuitätsproblem“ deutete auf das Ziel, „die Schließung des historischen Horizontes“ weder mit der Gründung noch mit dem Ende des Deutschen Reiches zuzulassen⁸³. Die einzelnen Studien waren aus Kolloquien des Heidelberger „Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte“ am Ende der siebziger Jahre hervorgegangen. Unverkennbar dominierte bei einigen Autoren die gewohnte Sicht auf die Epoche des Reichs, und eine gewisse Fremdheit beim Umgang mit der Nachkriegsgeschichte war

⁸¹ Ordnungspolitische Weichenstellungen nach dem Zweiten Weltkrieg, hrsg. von Dietmar Petzina, Berlin 1991; Volker Berghahn, Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 1985.

⁸² Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, hrsg. von Werner Conze/M. Rainer Lepsius, Stuttgart 1983.

⁸³ Ebenda, S. 6.

nicht zu übersehen. Aber der Band enthielt nicht weniger als drei Studien von grundlegender Bedeutung allein für das Verständnis des Wohlfahrtsstaats in der Bundesrepublik⁸⁴: Das allmähliche Verschwinden des Industriearbeiters als Proletarier einerseits und des Angestellten als Stehkragenproletarier mit deutlichem Abgrenzungsbedürfnis gegenüber dem Arbeiter andererseits, welches in den sechziger Jahren zur Herausbildung des „Arbeitnehmers“ führte, wie wir ihn kennen und wie er heute die Gesellschaft prägt, begann ansatzweise am Beginn der dreißiger Jahre. Möglich wurde es jedoch nur durch den Wirtschaftsaufschwung in den Fünfzigern mit der kontinuierlichen Erhöhung des Bruttosozialprodukts und damit des Lebensstandards sowie durch die Dynamisierung der Renten seit 1957. Das Gespenst der Altersarmut verschwand, das Ansparen des „Notgroschens“ wurde für weite Teile der Arbeitnehmer überflüssig, und dieses Geld war nun für den Konsum freigesetzt⁸⁵.

Während es in allen Beiträgen dieses Bandes um die Frage nach Kontinuitätslinien vom 19. Jahrhundert bis ins 20. ging und die Sozialgeschichte der Bundesrepublik hinsichtlich Dauer und Verwandlung mit der des Reichs in Verbindung gesetzt wurde, ging es in einem weiteren wegweisenden Band direkt um die Relativierung der Zäsur von 1945: „Von Stalingrad zur Währungsreform“ zielte auf eine „Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland“⁸⁶. Martin Broszat und seine beiden Mitherausgeber Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller bezeichneten in der Einleitung exakt die Sollbruchstelle zwischen „Zeitgeschichte“ und „Zeitgeschichte nach 1945“, wenn sie sagten, „daß die Gesellschaftsgeschichte der Not- und Umbruchszeit nicht synchron mit der politischen Geschichte verläuft, sondern die Zäsur des Regimewechsels übergreift“⁸⁷. Auf diesen Gesichtspunkt wird noch eigens einzugehen sein. Bereits im Krieg, so die These des Bandes, seien Erosion und Mobilisierung überkommener Gesellschaftsstrukturen in Gang gekommen, und die Not- und Katastrophenperiode sei für lange Zeit den Menschen sehr lebendig in Erinnerung geblieben, weshalb sie „lebensgeschichtlich ein Kapitel mit sehr dicht beschriebenen Blättern wurde“⁸⁸. Die Herauslösung aus den gewohnten Verankerungen habe nach den Jahren des Chaos, der

⁸⁴ Josef Mooser, Abschied von der „Proletarität“. Sozialstruktur und Lage der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik in historischer Perspektive; Jürgen Kocka/Michael Prinz, Vom „neuen Mittelstand“ zum angestellten Arbeitnehmer. Kontinuität und Wandel der deutschen Angestellten seit der Weimarer Republik; Hans Günter Hockerts, Sicherung im Alter. Kontinuität und Wandel der gesetzlichen Rentenversicherung 1889–1979, alle in: ebenda, S. 143–186, S. 210–255, S. 296–323.

⁸⁵ Vgl. auch die Monographien von Hans Günter Hockerts, Sozialpolitische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945 bis 1957, Stuttgart 1980; Josef Mooser, Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970. Klassenlagen, Kultur und Politik, Frankfurt a. M. 1984. Mit Nachdruck ist an dieser Stelle auch hinzuweisen auf den Band: Arbeiter im 20. Jahrhundert, hrsg. von Klaus Tenfelde, Stuttgart 1991.

⁸⁶ Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, hrsg. von Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller, München 1988. Zur Kritik an These und Konzeption des Buchs siehe Heinrich-August Winkler, Sozialer Umbruch zwischen Stalingrad und Währungsreform?, in: GG 16 (1990), S. 403–409.

⁸⁷ Ebenda, S. XXX.

⁸⁸ Ebenda, S. XXVI.

Flucht, des Ausgebombtseins bei der deutschen Bevölkerung den starken Drang nach Rückkehr zu den gewohnten Umgangsformen, Sicherheit und Ordnung erzeugt, der dann in den fünfziger Jahren dominierte und die konservative, ordentliche, traditionelle Physiognomie der Adenauer-Ära als Wiederaufbauzeit beeinflusste⁸⁹.

Sind wir damit nicht wieder bei der Frage nach „Restauration“ oder „Neubeginn“ angelangt, wie wir sie aus den siebziger Jahren kennen? Ja und nein. Denn zum einen war den Vertretern der „Restaurations“-These nie bestritten worden, daß der Neuaufbau nach 1945 in vielerlei Hinsicht ein Wiederaufbau war – einschließlich der Restitution alter Eliten, z. B. in der Verwaltung und Rechtsprechung⁹⁰. Aber zum anderen war es ihnen nicht gelungen, die Ursachen und Zusammenhänge des hohen Tempos beim Wiederaufbau zu benennen, das schon in den fünfziger Jahren eine weitreichende Modernisierung in Wirtschaft und Gesellschaft mit sich brachte⁹¹ und insofern über die „Restauration“ hinausführte. Diese Fragen werden nun durch empirische Untersuchungen sukzessive beantwortet⁹². Der materiell definierten Modernisierungsforschung hat sich eine Hamburger Arbeitsgruppe zugewandt und anhand von Analysen der Verkehrsentwicklung, Technisierung und Komfortsteigerung des Haushalts, Freizeitgestaltung sowie Veränderungen in den Medien das Spannungsfeld zwischen dem beharrlichen Festhalten der Menschen an *alten* und – nach dem Chaos der Trümmerzeit – zugleich *wiedergewonnenen* Gewohnheiten auf der einen Seite und der raschen Veränderung der materiellen Grundlagen des Lebens und Wirtschaftens auf der anderen Seite ausgeleuchtet⁹³. Am Ende der fünfziger Jahre war der Punkt erreicht, wo sich der Wandel der Produktions- und Existenzbedingungen auch im Verhalten der Menschen erkennbar niederschlagen begann. Jetzt bedarf der Zusammenhang zwischen dem Phänomen „Modernisierung im Wiederaufbau“ und den Veränderungen des geistigen Klimas namentlich bei den Intellektuellen in Wissenschaft, Politik und Kultur der gezielten Aufarbeitung⁹⁴.

⁸⁹ Vgl. Anselm Doering-Manteuffel, Strukturmerkmale der Kanzlerdemokratie, in: *Der Staat* 30 (1991), S. 1–18.

⁹⁰ Theodor Eschenburg, Der bürokratische Rückhalt, in: *Die zweite Republik*, hrsg. von Löwenthal/Schwarz, S. 64–94; Niethammer, Zum Verhältnis von Reform und Rekonstruktion.

⁹¹ Abelshauser, Die Langen Fünfziger Jahre; Axel Schildt/Arnold Sywottek, „Wiederaufbau“ und „Modernisierung“. Zur westdeutschen Gesellschaftsgeschichte in den fünfziger Jahren, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 6–7/89 (1989), S. 18–32.

⁹² Rainer Hudemann, Sozialpolitik im deutschen Südwesten zwischen Tradition und Neuordnung 1945–1953. Sozialversicherung und Kriegspopferversorgung im Rahmen französischer Besatzungspolitik, Mainz 1988, bes. S. 455–539; Paul Erker, Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft. Bauern und Arbeiterschaft in Bayern 1943–1953, Stuttgart 1990.

⁹³ Die Einzelstudien sowie die Referate der Abschlußtagung des Forschungsprojekts „Modernität‘ und ‚Modernisierung‘ in der Bundesrepublik der 50er Jahre“ sind noch nicht veröffentlicht. Bisher liegt vor: Axel Schildt, *Freizeit, Massenmedien und „Zeitgeist“*. Studien zur sozialkulturellen Modernisierung der westdeutschen Gesellschaft der 1950er Jahre, phil. Habil.schr. Hamburg 1991. Vgl. auch den instruktiven Zwischenbericht von Schildt/Sywottek, „Wiederaufbau“ und „Modernisierung“.

⁹⁴ Ein diesbezügliches Forschungsprojekt wird am Seminar für Zeitgeschichte der Universität Tübingen bearbeitet.

Noch weitgehend unbelichtet blieb dagegen der konfessionelle Aspekt der gesellschaftlichen Veränderungen in den fünfziger und sechziger Jahren⁹⁵. Die wegweisende Untersuchung des Soziologen Gerhard Schmidtchen⁹⁶ hat die Historiker bisher kaum zu intensiven Forschungen angetrieben. Im kleinen Rahmen dessen, was bisher geleistet wurde, hat aber die Katholizismusforschung einen deutlichen Vorsprung sowohl in thematischer als auch in methodischer Hinsicht⁹⁷ vor der Protestantismusforschung gewonnen; hier bilden – mit wenigen Ausnahmen⁹⁸ – die beiden Problemfelder „kirchlicher Widerstand, Verstrickung und Schuldbekennnis“ sowie „Geschichte kirchlicher Institutionen“ die Arbeitsschwerpunkte⁹⁹. Daß die Kirchen nicht nur um ihrer selbst willen da sind und kirchliche Zeitgeschichte nicht nur die Amtskirche zu bedenken hat, sondern daß das spannungsreiche Wirken von Konfessionalität innerhalb der Gesellschaft – selbst in einer stark entkonfessionalisierten Gesellschaft! – einen Gutteil ihrer Bedeutung ausmacht, wird besonders auf der evangelischen Seite nur unzureichend bedacht.

(c) Neben den Anspruch der Sozialgeschichte, die Konturen der Nachkriegsgesellschaft und deren Kontinuitätslinien herauszupräparieren, traten recht bald die konkurrierenden, rivalisierenden Versuche zur alltagsgeschichtlichen Annäherung an das Kontinuitätsproblem. Die plakative Überschrift „Der verdrängte Kontinuitätsfaktor: Das Volk“¹⁰⁰ war eine Herausforderung an die traditionelle Sozialgeschichte, die auf „die Gesellschaft“, auf deren Klassen und Schichten sah und mit solchen Kategorisierungen theoretisch entworfene Raster zur Grundlage ihrer Forschungen machte. „Das Volk“ gegen „die Gesellschaft“ zu stellen hieß, das theoretisch und systematisch definierte Selbstverständnis der Sozialgeschichte, wie es seit den sechziger Jahren erarbei-

⁹⁵ Dies zeigen die Forschungsberichte von Ulrich von Hehl, *Der deutsche Katholizismus nach 1945 in der zeitgeschichtlichen Forschung*; sowie Clemens Vollnhals, *Kirchliche Zeitgeschichte nach 1945. Schwerpunkte, Tendenzen, Defizite*, in: Jochen-Christoph Kaiser/Anselm Doering-Manteuffel (Hrsg.), *Christentum und politische Verantwortung. Kirchen im Nachkriegsdeutschland*, Stuttgart 1990, S. 146–175, S. 176–191.

⁹⁶ Gerhard Schmidtchen, *Protestanten und Katholiken. Soziologische Analyse konfessioneller Kultur*, Bern/Münster 1973.

⁹⁷ Thomas Brehm, *SPD und Katholizismus – 1957–1966. Jahre der Annäherung*, Frankfurt a. M./Bern/New York 1989; Thomas M. Gauly, *Kirche und Politik in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1976*, Bonn 1990; Thomas Großmann, *Zwischen Kirche und Gesellschaft. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken 1945–1970*, Mainz 1991; Wolfgang Schroeder, *Der Streit um die Einheitsgewerkschaft und der Niedergang des traditionellen Sozialkatholizismus 1945–1960*, Phil. Diss. Frankfurt a. M. 1991.

⁹⁸ Hartmut Rudolph, *Evangelische Kirche und Vertriebene 1945–1972*, 2 Bde., Göttingen 1984/85; Clemens Vollnhals, *Evangelische Kirche und Entnazifizierung 1945–1949. Die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit*, München 1989.

⁹⁹ Die seit 1988 von Gerhard Besier herausgegebene Zeitschrift „Kirchliche Zeitgeschichte“ bestätigt und verfestigt diesen Trend. Einen entgegengesetzten Anspruch erhebt die seit 1989 von Jochen-Christoph Kaiser u. a. verantwortete Reihe „Konfession und Gesellschaft. Beiträge zur Zeitgeschichte“.

¹⁰⁰ Lutz Niethammer (Hrsg.), „Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute einsetzen soll.“ *Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet*, Berlin/Bonn 1983, S. 8.

tet worden war, zu negieren. Dementsprechend konstatierte Lutz Niethammer, der Protagonist der alltags- und erfahrungsgeschichtlichen Forschungen zur Nachkriegszeit, daß die Leitbegriffe der einschlägigen Theoriendebatten der siebziger Jahre „für die derzeitige Forschung dort, wo sie sich mit konkreten Kontinuitätsfragen beschäftigt, kaum eine Rolle“ spielten¹⁰¹.

Schon am Anfang der achtziger Jahre haben jedenfalls die ersten Ergebnisse der „Oral History“ im Ruhrgebiet¹⁰² in die Richtung gewiesen, die seither von der sozialgeschichtlichen und auch der politikgeschichtlichen Forschung mehr und mehr bestätigt wird: Es gibt so etwas wie eine „Einheit der Epoche“ von der Weltwirtschaftskrise bis zum Ende der fünfziger Jahre. Welches Gewicht den politischen Zäsuren von 1933, 1939 und 1945 in diesem erfahrungsgeschichtlichen Rahmen dann zukommt, wäre im einzelnen zu bestimmen.

Die Bereicherung des sozialhistorischen Diskurses in der „Zeitgeschichte nach 1945“ durch „Oral History“ oder Alltagsgeschichte ist ganz wesentlich in der Einbeziehung des Subjektivitätsfaktors in die historische Analyse zu sehen. Hier liegt allerdings auch das größte methodische Problem der Alltagsgeschichte, es besteht obendrein in der Handhabung des massenweisen Sammelns mündlicher Berichte von Miterlebenden aus „dem Volk“, sodann in der Analyse und der Präsentation des Ertrags. Darum kreist die Diskussion¹⁰³. Daß die Empfindungen und Wahrnehmungen von Menschen in einer historischen Konstellation mittlerweile ihren festen Platz in den Arbeiten zur Gesellschaftsgeschichte gewonnen haben, daß sie die Fragestellungen beeinflussen und dann auch die „Erzähl“perspektive¹⁰⁴, erscheint heute bereits vielfach als Selbstverständlichkeit. Allerdings ist die analytische Reichweite der Alltagsgeschichte als Erfahrungsgeschichte nicht groß, weil sie kaum über die Zeitspanne von zwei Generationen hinausgehen kann. Wird die Länge von Kontinuitätslinien deshalb womöglich vorgegeben durch die begrenzte Dimension einer wissenschaftlichen Methode? Überdies, welche Triebkräfte im Sinne von Fortschritt und Modernisierung entwickelt „das Volk“? Schließt die Konzentration auf die Erfahrungswelt „des Volks“ nicht die Analyse von langfristig wirksamen gesellschaftlichen Strukturveränderungen

¹⁰¹ Ders., Zum Wandel der Kontinuitätsdiskussion, in: Herbst (Hrsg.), Westdeutschland 1945–1955, S. 65–83, hier S. 72.

¹⁰² Neben dem in Anm. 100 zitierten Bd. 1 „Die Jahre . . .“ des Forschungsprojekts „Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960“ erschien als Bd. 2: Lutz Niethammer (Hrsg.), „Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist.“ Nachkriegs-Erfahrungen im Ruhrgebiet, Berlin/Bonn 1983; sowie als Bd. 3: ders./Alexander von Plato (Hrsg.), „Wir kriegen jetzt andere Zeiten.“ Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern, Berlin/Bonn 1985.

¹⁰³ Abwägend und mit ausführlichen Verweisen: Klaus Tenfelde, Schwierigkeiten mit dem Alltag, in: GG 10 (1984), S. 376–394; Alexander von Plato, Oral History als Erfahrungswissenschaft. Zum Stand der „mündlichen Geschichte“ in Deutschland, in: Bios 1991, H. 1, S. 97–119; Richard van Dülmen, Historische Anthropologie in der deutschen Sozialgeschichtsschreibung, in: GWU 42 (1991), S. 692–709.

¹⁰⁴ Vgl. Jürgen Kocka, Zurück zur Erzählung? Plädoyer für historische Argumentation, in: GG 10 (1984), S. 395–408.

aus? Selbst wenn man berücksichtigt, daß eine nicht unerheblich modernisierungsskeptische Grundemotion bei der Verbreitung der Alltagsgeschichte eine Rolle gespielt hat¹⁰⁵, muß doch die Frage beantwortet werden, in welcher Weise der alltags- und erfahrungsgeschichtliche Zugriff in der Zeitgeschichte unser Wissen über die Stoßrichtung und die Antriebe struktureller Entwicklungen vertiefen kann.

Die Notwendigkeit, Kontinuitätslinien in der Geschichte des 20. Jahrhunderts zu beachten, ist jedenfalls durch den erfahrungsgeschichtlichen Ansatz unterstrichen worden. Das stand in direktem Bezug zum Wandel von Interpretationsstereotypen, der sich in den achtziger Jahren vollzog.

III.

Bekannt ist Arnulf Baring's Eröffnungsfanfare in seinem Buch über die Kanzlerdemokratie: „Im Anfang war Adenauer“¹⁰⁶. Darin wird nicht nur der schon erwähnte Einfluß des späthistoristischen Denkens auf die zeitgeschichtlichen Pionierwerke der sechziger Jahre anschaulich, sondern auch die kategorische Bedeutung, die der Zäsur von 1945 in der Wahrnehmung der Menschen jener Nachkriegsjahre zukam. Persönliche Erinnerungen spielten natürlich eine Rolle: an den 8. Mai, das Schweigen der Waffen; an den Eindruck, den die Besatzungsmächte machten; an Umorientierung und Umerziehung – und so weiter¹⁰⁷. Wichtiger als die persönliche Erinnerung dürfte indes das allmählich gewachsene kollektive Bewußtsein von der Bedeutung des Einschnitts 1945 gewesen sein, in dem sich Illusionen mit politischen Hoffnungen und klaren pragmatischen Zielen vermischt hatten: „Stunde Null“, antifaschistische Neuordnung von Grund auf, demokratischer Wiederaufbau.

Da in der politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit der fünfziger Jahre noch sehr viele Denk- und Verhaltensmuster von gestern fortlebten, erschien es umso notwendiger, die *Behauptung* vom Neuanfang mit allem Nachdruck zu formulieren. Der Blick nach vorn half zu verdrängen. Wir wissen, welche immense Bedeutung der Vertuschung der NS-Vergangenheit in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten zukam, ganz ungeachtet aller Gedenkreden oder der ersten Prozesse¹⁰⁸. Es ist bekannt, daß diese kollektive Mentalität des Nicht-mehr-Hinsehens, des Ärmelaufkrepmpelns und des Blicks nach vorn Ausdruck einer doppelten Instabilität der bundesdeutschen Gesellschaft war und zugleich zu ihrer Stabilisierung beigetragen hat: Instabil war sie

¹⁰⁵ Tenfelde, Schwierigkeiten mit dem Alltag, S. 381.

¹⁰⁶ Baring, Außenpolitik, S. 1.

¹⁰⁷ Arnulf Baring, 8. Mai 1945, in: Bundesrepublikanisches Lesebuch. Drei Jahrzehnte geistiger Auseinandersetzung, hrsg. von Hermann Glaser, München/Wien 1978, S. 34–42.

¹⁰⁸ Hermann Lübke, Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewußtsein, in: HZ 236 (1983), S. 579–599; Peter Steinbach, Nationalsozialistische Gewaltverbrechen. Die Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit nach 1945, Berlin 1981.

wegen des verlorenen Krieges und der NS-Vergangenheit, instabil aber auch wegen der Zerteilung der Nation¹⁰⁹.

Zu prüfen wäre, ob nicht die fraglose Überzeugung von der „Zäsur von 1945“ oben-drein eng mit der ideologischen Selbsteinschätzung der Westdeutschen in der Nachkriegszeit zusammenhing: der Selbsteinschätzung, das „bessere“ Deutschland zu verkörpern. Dann nämlich wäre im Gedanken der „Zäsur von 1945“ die Vorstellung von einer doppelten Abgrenzung enthalten, ganz im Sinne der Totalitarismusthese, mit deren Hilfe man sich durch die Distanzierung von der braunen Diktatur zugleich auch von der roten absetzte¹¹⁰. Mit anderen Worten: Das Interpretationsstereotyp „Zäsur von 1945“ trägt sehr wahrscheinlich ein gerüttelt Maß an Ideologie aus der Zeit des Kalten Krieges in sich.

Natürlich bildet das Jahr 1945 einen höchst wichtigen Einschnitt in der politischen und sozialen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Das gilt für alle Staaten, die am 2. Weltkrieg beteiligt waren, und es gilt in besonderem Maß für Deutschland, weil damit die Geschichte des Deutschen Reichs beendet war. Aber schon für die Entstehung der Konfliktkonstellation der Nachkriegszeit gilt es – wenn man präzise sein will – nicht mehr, denn da sind die Jahre 1947/48 wichtiger¹¹¹. Selbst wo man Fragestellungen der politischen Geschichte ausführt, erweist sich die Zäsur als Zeitspanne, die ihrerseits fest in bestimmte mittelfristige Entwicklungstendenzen eingebunden war. Und mit dem Blick auf die Erfahrung der Heimatvertreibung und Entwurzelung, auf die demographischen Umschichtungen in Deutschland bilden Winter und Frühjahr 1944/45 zwar den Fluchtpunkt schlimmster Erinnerungen, aber diese bleiben eingebunden in den längeren Zeitabschnitt von der Endphase des Krieges bis in die Anfangsjahre der beiden deutschen Staaten.

Insofern mag es sinnvoll sein, nach den Zeitumständen zu fragen, unter denen das Denkmuster „Zäsur von 1945“ in den Schatten geriet. Zu den wissenschaftsinternen objektiven Sachverhalten gehört das Faktum, daß die ersten größer angelegten Forschungsprojekte zur Alltagsgeschichte, „Geschichte von unten“, mit Blick auf die NS-Zeit und auf „Faschismuserfahrungen“ den entscheidenden Anstoß gaben, Kontinuitätslinien über die Schwelle von 1945 hinweg auf breiter Ebene zu erforschen¹¹². Beide Projekte waren in den siebziger Jahren konzipiert und zum Teil auch schon durchgeführt worden. Während aber das Ruhrgebietsprojekt ausschließlich dem Konzept der

¹⁰⁹ Vgl. Hans Braun, Das Streben nach ‚Sicherheit‘ in den 50er Jahren. Soziale und politische Ursachen und Erscheinungsweisen, in: Archiv für Sozialgeschichte 18 (1978), S. 279–306.

¹¹⁰ Vgl. Doering-Manteuffel, Bundesrepublik, S. 124 ff.; Karl Dietrich Bracher, Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie, München 1976.

¹¹¹ Mit Nachdruck wird dies herausgearbeitet von Hans-Peter Schwarz, Die außenpolitischen Grundlagen des westdeutschen Staates, in: Löwenthal/Schwarz (Hrsg.), Die zweite Republik, S. 27–63.

¹¹² Das eine Projekt galt „Widerstand und Verfolgung in Bayern 1933–1945“ und wurde von Martin Broszat geleitet; der Ertrag ist niedergelegt in dem 6-bändigen Werk, das von Broszat u. a. herausgegeben wurde: Bayern in der NS-Zeit, München 1977–1983. Das zweite Projekt, „Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960“, wurde von Lutz Niethammer verantwortet. Siehe oben Anm. 100 und 102.

„Oral History“ folgte und wesentlich dazu beitrug, daß 1984/85 ein scharfer Methodenstreit zwischen Vertretern der „Sozialgeschichte“ und der „Alltagsgeschichte“ stattfand¹¹³, war das (ältere) Bayern-Projekt methodisch konservativer, aber mittelbar folgenreicher. Denn von hier gingen die Anregungen aus, die „Sozialgeschichte des Umbruchs“ zu erforschen. Das Ergebnis war 1988 der zitierte Band „Von Stalingrad zur Währungsreform“, der den Durchbruch manifestierte¹¹⁴. Dessen Beiträge verbanden sozialgeschichtliche und alltagsgeschichtliche Sichtweisen, und sie marginalisierten das Interpretationsstereotyp „Zäsur nach 1945“. Das entsprach dem politischen Trend der Zeit: Seit der Mitte der achtziger Jahre befand sich die Nachkriegsordnung in der Auflösung, und damit verschwanden unwiderruflich die ideologischen Restbestände in der „Zäsur von 1945“. Der große publizistische Erfolg des Buchs dürfte auch damit zusammenhängen.

Die hier ins Auge gefaßten Forschungen wurden in einem Prozeß von gut zehn Jahren geleistet. In dieser Zeit intensivierte sich einerseits die sozialgeschichtliche Forschung zur NS-Zeit mit differenzierten, abgewogenen Ergebnissen, und andererseits gab es in der Öffentlichkeit einen Boom emotionaler Klischees als Folge des Holocaust-Films und in direktem Bezug zum innenpolitischen aufgeheizten Klima der Friedensbewegung. Gegen eine solche, ideologisch verkürzte Nutzenanwendung unserer Fachkenntnisse von der NS-Zeit richtete sich 1985 Martin Broszats Plädoyer für die „Historisierung“ des Nationalsozialismus¹¹⁵. Dieses Plädoyer, das wissenschaftlich gewiß wirkungsvoller war als der Historikerstreit, wirkte motivierend insbesondere für Forschungen zu den Fragen der Modernisierung in der Geschichte des 20. Jahrhunderts, und durch deren Ergebnisse wurden die strukturellen Kontinuitäten in der Entwicklung der deutschen Gesellschaft als Industriegesellschaft von den frühen zwanziger zu den frühen und mittleren sechziger Jahren zunehmend deutlicher faßbar¹¹⁶. Angesichts all dessen war es schwerlich ein Zufall, daß 1989 auf einem Kolloquium des Instituts für Zeitgeschichte die „Zäsuren nach 1945“ zum Thema gemacht wurden¹¹⁷.

Die sozialgeschichtliche Forschung des letzten Jahrzehnts hat an den Tag gebracht, daß neben der politisch wichtigen Zäsur von 1945/48 eine ebenso wichtige gesellschaftliche Zäsur in der Zeit zwischen 1957 und 1967 auszumachen ist – der Übergang

¹¹³ Franz-Josef Brüggemeier/Jürgen Kocka (Hrsg.), „Geschichte von unten – Geschichte von innen“. Kontroversen um die Alltagsgeschichte, Fernuniversität Hagen 1985; Winfried Schulze, Mikrohistorie versus Makrohistorie? Anmerkungen zu einem aktuellen Thema, in: Historische Methode, hrsg. von Christian Meier/Jörn Rüsen, München 1988, S. 319–341.

¹¹⁴ Wie Anm. 86.

¹¹⁵ Martin Broszat, Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus, zuerst in: Merkur 39 (1985), S. 373–385.

¹¹⁶ Vgl. insbesondere die Beiträge des Bandes Nationalsozialismus und Modernisierung, hrsg. von Michael Prinz/Rainer Zitelmann, Darmstadt 1991; kritisch, vor allem angesichts der Perspektive, aus der hier auf den Prozeß der „Modernisierung“ gesehen wird: Hans Mommsen, Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft, Reinbek 1991.

¹¹⁷ Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, hrsg. von Martin Broszat, München 1990.

von der industriellen zur postindustriellen Gesellschaft. Damit ist eine ältere soziologische These geschichtswissenschaftlich erhärtet worden¹¹⁸. Die genauere Erforschung muß nunmehr erfolgen. Im Verlauf der innerwissenschaftlichen und soziokulturellen Entwicklung in der Bundesrepublik seit den siebziger Jahren sind auch die „Zeitgeschichte vor 1945“ und die „Zeitgeschichte nach 1945“ zu einer Einheit verschmolzen, und man wird zu überlegen haben, was man in der Zukunft unter „Zeitgeschichte“ verstehen will, wo ihr historischer Horizont nunmehr zu suchen ist.

IV.

Welches sind nun die Perspektiven der Zeitgeschichtsforschung nach der Wende von 1989/90? Die Fragestellungen der Zeithistorie vor und nach 1945 sind bisher ganz überwiegend so konzipiert worden, daß sich eine Abfolge von der Weimarer Republik über das „Dritte Reich“ hin zur Bundesrepublik ergab. Die DDR wurde in aller Regel nicht mit einbezogen, und wenn es doch geschah, eher als Sonderentwicklung, als Abweichung vom Hauptweg der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert. Das galt noch nicht einmal so sehr für die politische Geschichte, weil der Blick auf die beiden Teilstaaten in Deutschland das Bewußtsein von der einen Nation eher noch schärfte, wie es sich noch jüngst in den Buchtiteln „Zwei Staaten – eine Nation“ oder „Nation ohne Haus“ niederschlug¹¹⁹. Es galt vielmehr vor allem für die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, die auf ein westliches Modell politischer und sozioökonomischer Modernisierung fixiert war und mit ihren theoretischen Prämissen die Realität der sozialistischen planwirtschaftlichen Einparteiendiktatur nicht erfaßte.

Und die DDR entwarf ja auch ihrerseits ein Geschichtsbild, das gegenüber der deutschen Vergangenheit und den deutschen Traditionen einen scharfen Schnitt zog. In der DDR konnte die Zwischenkriegszeit niemals zur „Zeitgeschichte“ gehören¹²⁰. Nicht zuletzt infolge ihrer starken Anlehnung an die Sowjetunion – auch und gerade in der Geschichtswissenschaft – hatte die DDR in der deutschen Geschichte der Neuzeit ihren Platz irgendwo außerhalb, gewissermaßen auf exterritorialem Gelände.

Die westdeutschen Forschungen zum Kontinuitätsproblem haben unsere westliche Blickrichtung nur noch verstärkt, manchmal aus archivalischen Gründen verstärken müssen, weshalb viele Studien zu Themen der Weimarer Republik und des „Dritten Reichs“ eben nicht nur in geographischem, sondern oftmals auch in übertragenem Sinne nur „die Bundesrepublik“ behandeln. Man sollte das niemandem zum Vorwurf machen. Es war Ausdruck der forschungspraktischen und politischen Realitäten. Aber es hat natürlich unser Bewußtsein von uns selbst beeinflusst. Die Fragen nach den strukturellen Voraussetzungen der Modernisierung sind bisher vor dem Hintergrund der Gegebenheiten in der Bundesrepublik formuliert worden. Unsere Kenntnisse über die inneren Zusammenhänge des 20. Jahrhunderts haben sich dadurch vertieft. Aber es

¹¹⁸ Vgl. Probleme der postindustriellen Gesellschaft, hrsg. von Lucian Kern, Köln 1976.

¹¹⁹ Anm. 51 und 53.

¹²⁰ Weber, DDR, S. 106–115.

ist uns heute längst klar geworden, daß das nur Teilkenntnisse, Teil-Erkenntnisse sind, weil wir nicht genau wissen, inwieweit die DDR-Entwicklung im säkularen Prozeß der Modernisierung halbwegs parallel verlaufen ist oder vielleicht nicht. Lutz Niethammers erfahrungsgeschichtliche Forschungen in Industrieregionen der DDR¹²¹, die vor der Wende begonnen wurden und damals den Hauch des ganz Geheimnisvollen, die Aura einer Expedition in völlig unbekannte Gefilde hatten, brachten ja ans Licht, daß es deutliche Ähnlichkeiten gibt und daß dieser vermeintlich exterritoriale Bereich genuines Territorium der deutschen Geschichte ist.

Die zeitgeschichtliche Forschung in Deutschland steht vor neuen Aufgaben. Dazu gehört gewiß, die Sozialgeschichte der DDR aufzuarbeiten und zu der der Bundesrepublik in Beziehung zu setzen, denn eine Fortentwicklung von der industriellen zur postindustriellen Gesellschaft und den damit verbundenen Wertewandel gab es in der DDR strukturell und konzeptionell nicht, sondern allenfalls in der Form des verzerrten Nachvollzugs westdeutscher Konsum- und Verhaltensmuster. Überhaupt ist es notwendig, die innere Geschichte der DDR und die Eigenart ihres politischen Systems intensiv anhand der nunmehr verfügbaren Archivalien zu untersuchen. Es geht hier sehr stark darum, daß erst einmal das Ungleichgewicht der Kenntnisse über den westlichen und östlichen Teil Deutschlands verringert wird.

Dazu gehört ebenso, den Anstoß des neuen Förderungsschwerpunkts der Stiftung Volkswagenwerk aufgreifend, Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts vergleichend zu erforschen und auch aus dieser Perspektive die Zusammenhänge des ganzen Jahrhunderts präziser auszuleuchten¹²². Das wird vermutlich die „Zäsur von 1945“ noch stärker marginalisieren. Insbesondere ist die Frage nach der *Überwindung* von Diktaturen in politischer, gesellschaftlicher und mentalitätsspezifischer Hinsicht zu untersuchen, wobei sich in der Tat der Vergleich von Entwicklungen in Westeuropa nicht nur unmittelbar nach 1945, sondern bis in die siebziger Jahre hinein (Spanien, Portugal) und in Mittel- und Osteuropa seit 1989/90 anbietet.

Mit dem Blick auf die Bundesrepublik und die DDR, angesichts der gemeinsamen Geschichte vor 1945 und der gemeinsamen Gegenwart seit 1990, muß aber noch ein weiterer Aspekt ganz wesentlich dazugehören: Deutschland besaß bis 1945 keine historisch gewachsene und insofern fraglos gültige Einwurzelung in der westeuropäisch-atlantischen Tradition der selbstverantwortlichen Staatsbürgerlichkeit; auch nicht in der Tradition eines Parlamentarismus, dessen primäre Funktion – *idealiter* – in der Vermittlung zwischen dem Gemeinnutzen und den Partikularinteressen besteht. Hingegen gab es in Deutschland eine starke Tradition der Autoritätsfixierung und des Verständnisses von Staatsbürgertugend als Gehorsamspflicht¹²³; und es gab, zumal in

¹²¹ Lutz Niethammer/Alexander von Plato/Dorothee Wierling, *Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR. 30 biographische Eröffnungen*, Berlin 1991.

¹²² Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts. Ein neuer zeitgeschichtlicher Förderschwerpunkt der Stiftung Volkswagenwerk (Notiz von Edgar Wolfrum), in: VfZ 40 (1992), S. 155–158.

¹²³ Vgl. die Auswertung von Meinungsumfragen in der Skizze von Martin und Sylvia Greiffenhagen, *Ein schwieriges Vaterland. Zur Politischen Kultur Deutschlands*, München 1979, S. 65–84.

Krisenzeiten, die Idee von der „Volksgemeinschaft“, des schlimmsten Gegensatzes zu jedem lebendigen und „modernen“ Pluralismus. Politisch verstandener Individualismus war in Deutschland kein Grundbestandteil der nationalen Eigenschaften, sondern ein Zugewinn der alten Bundesrepublik. Und in der DDR gab es nie eine Chance, daß sich so etwas entwickelte. Hier übte man sich weiter in der alten deutschen Kunst, beherrscht zu werden. So erweist sich die DDR-Gesellschaft heute in ihren politischen Verhaltensweisen und staatsbürgerlichen Mentalitäten in beträchtlichem Ausmaß als „traditionell deutsch“. Sie scheint Strukturen verhaftet geblieben zu sein, die im Westen des geteilten Landes zwar noch in den fünfziger Jahren anzutreffen waren, aber im Verlauf der sechziger doch mehr und mehr überwunden wurden. Für die Zeitgeschichtsforschung heißt das allerdings nicht nur, daß es nun darum gehen muß, mit distanzierter Neugier die Existenzform einer unfreien und deshalb in ihrer Entwicklung gehemmten Gesellschaft zu untersuchen, sondern es heißt insbesondere auch, daß der allmähliche Prozeß hier im Westen von 1945 bis in die sechziger Jahre gründlich erforscht werden muß, in dem sich die Abwendung von überlieferten Obrigkeitsvorstellungen und Autoritätsfixierungen und die Angleichung an die Gesellschaften der Nachbarländer vollzog. Auf welchem Wurzelboden wuchs die Bereitschaft zu Selbstbestimmung und politisch-gesellschaftlicher Emanzipation, und welche Schlüsse kann man daraus für die Gegenwart ziehen? Wie tief reichen denn überhaupt diese Wurzeln?

Angesichts der vor uns liegenden Probleme brauchen wir vergleichende Forschung nicht nur hinsichtlich der Diktaturen im 20. Jahrhundert, sondern vor allem auch hinsichtlich der Entstehung und Stabilisierung freier Gesellschaften.

ANDREAS WIRSCHING

AUF DEM WEG ZUR KOLLABORATIONSIDEOLOGIE

Antibolschewismus, Antisemitismus und Nationalsozialismus
im Denken der französischen extremen Rechten 1936 bis 1939

I.

Die schwere innenpolitische Krise, welche Frankreich in den 1930er Jahren durchlebte, ist seit geraumer Zeit ein zentraler Gegenstand der französischen Zeitgeschichte. Neben der Untersuchung einzelner wichtiger Ereignisse und der Analyse der dominierenden politischen Kräfte stehen insbesondere intellektuelle und ideologische Strömungen im Vordergrund des wissenschaftlichen Interesses. Doch liegt bisher – trotz der inzwischen recht umfangreichen Einzelforschung über den zu Extremismus und Antidemokratismus neigenden „Geist der dreißiger Jahre“¹ – eine unbestrittene Einschätzung der Epoche nicht vor. Angesichts des Labyrinths der sich überschneidenden Denktraditionen mag dies auch nicht weiter verwundern. Nicht zuletzt über die Frage, ob man mit Fug und Recht von einem bedeutsamen französischen „Faschismus“ sprechen könne, divergieren die Meinungen erheblich.

Bei allem Interesse, welches die vielfach neuartigen politisch-ideologischen Entwicklungen der dreißiger Jahre auf sich gezogen haben, ist es doch erstaunlich, daß ein wesentliches Phänomen lange Zeit fast völlig unbeachtet geblieben ist, nämlich der in dieser Zeit erneut auf breiter Ebene raumgreifende Antisemitismus. Zwar konnte es so scheinen, als ob für den französischen Antisemitismus die Dreyfus-Affäre Höhepunkt und Katharsis zugleich gewesen war. Die „union sacrée“ des Ersten Weltkriegs hatte den französischen Juden Raum zur Integration geboten², und in den zwanziger Jahren blieb der Antisemi-

¹ Siehe z. B. Jean Touchard, *L'esprit des années trente: une tentative de renouvellement de la pensée politique française*, in: Ders., *Tendances politiques dans la vie française depuis 1789*, Paris 1960; Jean-Louis Loubet del Bayle, *Les Non-conformistes des années trente. Une tentative de renouvellement de la pensée politique française*, Paris 1969; Michel Winock, *Histoire politique de la revue „Esprit“*, Paris 1975; Zeev Sternhell, *Ni droite, ni gauche. L'idéologie fasciste en France*, Brüssel² 1987; Danielle Bonnaud-Lamotte/Jan-Luc Rispail (Hrsg.), *Intellectuel(s) des années trente entre le rêve et l'action*, Paris 1989. Siehe auch demnächst: Gilbert Merlio (Hrsg.), *Ni gauche, ni droite: Les chassés-croisés idéologiques des intellectuels français et allemands dans l'entre-deux-guerres*, erscheint Bordeaux 1993.

² Vgl. Paula Hyman, *From Dreyfus to Vichy. The Remaking of French Jewry, 1906–1939*, New York 1979, S. 54 ff.; Pierre Pierrard, *Juifs et catholiques français*, Paris 1970, S. 229 ff.

tismus in Frankreich ein im wesentlichen unbedeutendes Minderheitenphänomen. Dafür, daß die dreißiger Jahre erneut eine antisemitische Welle erlebten, die sich an propagandistischer Intensität durchaus mit der Zeit der Dreyfus-Affäre vergleichen ließ³, waren mehrere Gründe verantwortlich. Zum einen erfuhr Frankreich seit 1932 die vollen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise mit all ihren sozialen Folgeproblemen. Gleichzeitig verwandelte sich die latente Staatskrise der Dritten Republik – wie sie sich z. B. seit dem Ersten Weltkrieg in der notorischen Instabilität der Regierungen niederschlug – in eine offene Krise des parlamentarischen Systems. Angesichts der Verschärfung des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Problemdrucks gewann im Frankreich der dreißiger Jahre der antiparlamentarische und antiliberaler Affekt auf der Rechten ein so bedeutendes Gewicht, daß es mehr als einmal schien, als ob die Tage der Republik gezählt seien.

Die Bedeutung, welche der in diesem Kontext hervortretende Antisemitismus besaß, ist lange Zeit unterschätzt worden, möglicherweise, weil er zu keiner übergreifenden politischen Organisation gelangte, möglicherweise aber auch, weil in Frankreich nach Vichy und Okkupation ein gewisses Bedürfnis zur „Verdrängung“ bestand⁴. Wenn also bis in die 1970er Jahre hinein der französische Antisemitismus der dreißiger Jahre nur selten thematisiert wurde⁵, so ist seitdem doch eine gewisse Trendwende der Forschung zu beobachten. Ein 1983 von Paul Kingston publizierter Band über Organisation, Personen und Propaganda des französischen Antisemitismus der Epoche⁶ zeichnet sich vor allem durch die Edition eines umfangreichen Geheimberichts der Pariser politischen Polizei vom Juli 1939 über die antisemitischen Gruppen der Hauptstadt aus. Die Veröffentlichung dieses Berichts erlaubte erstmals einen tiefen und detailgesättigten Einblick in das ganze Panorama des antisemitischen Milieus am Ende der dreißiger Jahre⁷. Doch auch darüber hinaus ist Kingstons Arbeit von

³ Siehe jetzt die breit dokumentierte Studie von Ralph Schor, *L'antisémitisme en France pendant les années trente*, Brüssel 1992. Schors Arbeit zeichnet sich vor allem durch die Erfassung und Präsentation der Masse des antisemitischen Schrifttums aus. Schor bezieht in sein Quellencorpus überdies die philosemitische Verteidigungsliteratur mit ein, wodurch der dokumentarische Wert der Arbeit noch weiter erhöht wird.

⁴ Vgl. dazu Henri Ménudier, *Der Fall Darquier de Pellepoix . . . oder Antisemitismus auf französisch*, in: *Dokumente* 35 (1979), S. 157–167. Über den Umgang des Nachkriegsfrankreichs mit der Vichy-Vergangenheit siehe Henry Rousso, *Le syndrome de Vichy 1944–198 . . .*, Paris 1987. Vgl. jetzt auch den instruktiven Literaturbericht von Stefan Martens, „*Drôle de Guerre*“ – Occupation – Épuration: Frankreich im Zweiten Weltkrieg, in: *Neue Politische Literatur* 37 (1992), S. 185–213.

⁵ Auch das grundlegende Werk von Léon Poliakov, *Histoire de l'antisémitisme*, Bd. IV: *L'Europe suicidaire 1870–1933*, Paris 1977, v. a. S. 281 ff., geht auf die dreißiger Jahre nur noch am Rande ein. Siehe aber die bis heute wichtigen Standardwerke von Eugen Weber, *Action Française. Royalism and Reaction in Twentieth-century France*, Stanford, Calif. 1962, zum Antisemitismus der dreißiger Jahre v. a. S. 373 ff. und von Pierrard, *Juifs et catholiques français*. Vgl. auch die bis in die dreißiger Jahre zurückreichende Arbeit von Jean Laoum, *La France antisémite de Darquier de Pellepoix*, Paris 1979.

⁶ Paul J. Kingston, *Anti-semitism in France during the 1930s: Organisations, Personalities and Propaganda*, Hull 1983. Allerdings ist dieser Band von der französischen Forschung kaum rezipiert worden.

⁷ Ebenda, S. 10–64. Das Original des Berichts liegt im Archiv der Pariser Polizeipräfektur.

Interesse, da er sich als erster um eine Analyse des historischen Kontextes des berüchtigtsten antisemitischen Pamphlets der Zeit bemühte, nämlich der „Bagatelles pour un massacre“ von Céline⁸. Wird dessen haßerfüllter und fanatischer Antisemitismus nicht selten als wenig repräsentativ, ja als „pathologischer“ Fall betrachtet⁹, so gelingt es Kingston überzeugend, Célines Stereotypen in den breiteren Kontext der zeitgenössischen antisemitischen Literatur einzuordnen¹⁰. Seine Ergebnisse werden durch die neue, breiter dokumentierte Studie von Schor vollauf bestätigt¹¹.

Die Wurzeln des modernen französischen Antisemitismus reichen in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück. Trotz vielfältiger Berührungspunkte mit dem mittel- und osteuropäischen Antisemitismus weist er doch eine ganze Reihe autochthoner Elemente auf, die unter anderem mit der Wirkungsgeschichte der Französischen Revolution zusammenhängen. Insbesondere spielte der Rassengedanke im französischen Antisemitismus eine nur untergeordnete, höchstens akzidentielle Rolle. Der in Deutschland vielrezipierte Gobineau etwa blieb in Frankreich selbst weitgehend unbeachtet¹²; ähnliches widerfuhr später Vacher de Lapouge, der zwar in deutschen völkischen Kreisen hoch geachtet wurde, in Frankreich aber keine allgemeine Anerkennung erlangte¹³. Mithin begründete sich der französische Antisemitismus in seinem Selbstverständnis durchgehend eher „politisch“ als rassistisch. Seine Durchschlagskraft schöpfte er aus zwei voneinander zu unterscheidenden Quellen, die sich indes wechselseitig durchdrangen und sich bis in das 20. Jahrhundert zu einer kompakten antisemitischen Ideologie verbanden. Zum einen bildeten die Juden einen scheinbar augenfälligen Bezugspunkt – man denke etwa an die Rothschilds – für die antikapitalistischen Affekte des 19. Jahrhunderts. Vermittelt durch Frühsozialisten wie Fourier, Toussenel und Proudhon, etablierte sich der Antisemitismus als fester Bestandteil eines kleinbürgerlich-populären Ressentiments gegen Liberalismus und Kapitalismus¹⁴. Dies war nicht unvereinbar mit der anderen Quelle des Antisemitismus, der gegenrevolutionären Tradition, die insbesondere im katholisch-klerikalen Frankreich beheimatet war und auf die zurückzukommen sein wird. Diejenige antisemitische Schrift, die im 19. Jahrhundert bei weitem die stärkste Wirkung ausübte, Edouard Drumonts „La France juive“ von 1886, bildete zugleich eine Synthese antikapitalistischer, gegen-

⁸ Louis-Ferdinand Céline (=Destouches), *Bagatelles pour un massacre*, Paris 1937.

⁹ So Rita Thalmann, *L'antisémitisme en Europe occidentale et les réactions face aux persécutions nazies des Juifs pendant les années trente*, in: François Furet (Hrsg.), *L'Allemagne nazie et le génocide juif*, Paris 1985, S. 134–158, hier: S. 152.

¹⁰ Kingston, *Anti-semitism in France*, S. 75 ff. Siehe auch Michel Winock, *Le scandale Céline*, in: ders., *Nationalisme, antisémitisme et fascisme en France*, Paris ²1990, S. 374–392, der die Kontinuität des Céline'schen Antisemitismus zu Drumont betont.

¹¹ Schor, *L'antisémitisme en France*.

¹² Siehe Robert F. Byrnes, *Antisemitism in Modern France*, Bd. I: *The Prologue to the Dreyfus Affair*, New Brunswick, N. J. 1950, S. 112 f. (mehr nicht erschienen).

¹³ Details bei Marco Schütz, *Die Rasse als ideologischer Grundbegriff in der Sozialwissenschaft bei Gumpłowicz, Le Bon, Vacher de Lapouge und Woltmann*, Diss. masch. Freiburg 1992.

¹⁴ Byrnes, *Dreyfus Affair*, S. 114 ff.

revolutionärer, aber auch rassistischer Elemente antijüdischen Denkens. Sie war das Spitzenprodukt eines populären Antisemitismus mit antiliberaler Stoßrichtung, der auch in der Dreyfus-Affäre eine wichtige Rolle spielte¹⁵.

Wenn es um das Paradox geht, daß sich in demjenigen Land, das den Juden als erstes die Emanzipation und darüber hinaus ungewöhnlich gute Assimilationschancen gewährte, zugleich auch ein stark ausgeprägter Antisemitismus entwickelte, verdienen die Überlegungen von Pierre Birnbaum besonderes Interesse. Birnbaum geht der Frage nach, welche Rolle der einzelne Staatstypus für den sich je länderspezifisch manifestierenden Antisemitismus spielte und welche Bedeutung dies für eine historische Theorie des Antisemitismus haben könne¹⁶. Dabei geht er von der Beobachtung aus, daß der moderne politische Antisemitismus in der westlichen Welt in denjenigen Ländern besondere Durchschlagskraft entwickelte, wo ein „starker“ Staat mit ausgeprägten bürokratischen Traditionen und Strukturen bestand. Während dies auf der Ebene der Krisenperzeption die Identifizierung der Juden mit „dem“ Staat und „dem“ System erleichterte, kannten umgekehrt die eher „schwachen“ Staaten des anglo-amerikanischen Raums nur einen marginalen und politisch wenig einflußreichen Antisemitismus. Innerhalb eines sich schon früh auf pluralistischen Grundlagen bewegendem regen gesellschaftlichen und assoziativen Lebens hätten sich demzufolge die Juden erheblich problemloser integrieren können als in den kontinentalen Flächenstaaten¹⁷. Im Falle Frankreichs, den Birnbaum eingehend untersucht, hatte der republikanische Etatismus, der einerseits keinen Partikularismus duldet, andererseits aber den Juden schon früh die politische Emanzipation gewährt hatte, unter der Dritten Republik seinen Höhepunkt erreicht. Die Verknüpfung von etatistischem Zentralismus und dem universalistischen Prinzip des republikanischen Bürgerrechts habe demzufolge zum einen den tatsächlichen Eintritt von Juden an die Spitze des Staates ermöglicht, zum anderen aber als Gegenreaktion die Entstehung eines politischen Antisemitismus bewirkt, der sein Angriffsziel primär in den „juifs d'Etat“ und in der „république juive“ erblickte. Auch wenn er Elemente des traditionellen, religiös begründeten Antisemitismus aufnahm, sei dieser politische Antisemitismus im Kern doch ein gänzlich neues Phänomen gewesen¹⁸.

Birnbaums theoretischer Ansatz erklärt zu einem guten Teil, warum der französische Antisemitismus in der Zeit von 1936 bis 1939 eine solch tiefgreifende Intensivierung erfuhr, daß von ihm das politisch-gesellschaftliche Klima zumindest in der Hauptstadt Paris nachdrücklich beeinflusst worden ist. Nach dem Sieg der Volksfront und dem Amtsantritt Léon Blums, eines Ministerpräsidenten jüdischer Abstammung, waren die Juden im öffentlichen Leben der Hauptstadt zunehmend Anpöbelungen

¹⁵ Zeev Sternhell, *The Roots of Popular Anti-Semitism in the Third Republic*, in: Frances Malino/Bernard Wasserstein (Hrsg.), *The Jews in Modern France*, Hannover, New England 1985, S. 103–134. Zu Drumont siehe ferner Michel Winock, *Edouard Drumont et Cie. Antisémisme et fascisme en France*, Paris 1982 (z. T. neu in ders., *Nationalisme*, S. 117 ff.); Byrnes, *Dreyfus Affair*, S. 137 ff.

¹⁶ Pierre Birnbaum, *Un mythe politique: la „République juive“ de Léon Blum à Pierre Mendès France*, Paris 1988.

¹⁷ Ebenda, S. 18 ff.

¹⁸ Ebenda, S. 30 ff.

ausgesetzt, und das Klima gegenüber den Emigranten aus Mitteleuropa schlug von anfänglicher wohlwollender Toleranz in kaum verhohlene Ablehnung um. Das Jahr 1936 stellt mithin ein entscheidendes Datum dar, und es ist kein Zufall, daß von ihm innerhalb der französischen Rechten ein sich verstärkender Trend zum extremistischen Denken ausging. Nachdem nun die Erforschung des französischen Antisemitismus der dreißiger Jahre durch die Arbeiten von Kingston, Birnbaum und Schor auf eine solide Grundlage gestellt worden ist, hat die vorliegende Studie einen speziellen Aspekt jener Radikalisierung nach 1936 im Auge, nämlich die ideologische Verschränkung von Antisemitismus und Antibolschewismus bei der extremen Rechten. Die Signifikanz und die erheblichen politischen Mobilisierungschancen, welche von diesem ideologischen Paradigma ausgingen, verdienen eine nähere Untersuchung. Nach der Analyse des rechtsextremen antibolschewistischen Diskurses der Jahre 1936–39 (II) wird daher der Frage nachgegangen, inwieweit damit eine Verschärfung der antisemitischen Propaganda korrespondierte (III). Ein letzter Gedankengang schließlich ist dem Problem gewidmet, welche Wirkung die untersuchten ideologischen Phänomene auf die Perzeption des nationalsozialistischen Deutschlands durch die französische extreme Rechte ausübten (IV). Neben dem Antisemitismus im Frankreich der 1930er Jahre ist also auch die ideologische Tiefendimension der Kollaboration Gegenstand vorliegender Abhandlung.

Der Begriff der „extremen Rechten“ erfordert einige terminologische Vorbemerkungen. Zunächst gilt es, sie abzugrenzen gegen die klassische, liberal-konservative Rechte, die im wesentlichen auf dem Boden der parlamentarischen Republik stand¹⁹. Demgegenüber setzte sich die extreme Rechte idealtypisch aus drei verschiedenen politischen „Familien“ zusammen, die sich zwar in vielfältiger Weise berührten, jedoch deutlich unterschiedlichen ideologischen Traditionen entstammten. Erstens gab es die in Frankreich häufiger anzutreffende Bewegung von der Linken oder extremen Linken zur extremen Rechten. Prominenteste Beispiele hierfür sind die späteren Kollaborateure Jacques Doriot und Marcel Déat²⁰. Dieser Teil der extremen Rechten wird im folgenden insbesondere deshalb nur am Rande stehen, weil der Antisemitismus der Linken in den dreißiger Jahren zwar latent noch vorhanden war, faktisch aber nur noch eine geringe Bedeutung besaß. Weder Déat noch Doriot zeichneten sich in ihrer Frühzeit durch antisemitische Affekte aus, und beide – Déat erst nach 1940 – schlossen sich der antisemitischen Bewegung erst relativ spät an²¹. Der Antisemitismus der von

¹⁹ Allgemein zur Geschichte der politischen Rechten in Frankreich René Rémond, *Les droites en France*, Paris 1987. Zur liberal-konservativen, parlamentarischen Rechten vgl. William D. Irvine, *French Conservatism in Crisis. The Republican Federation of France in the 1930's*, Baton Rouge, Louisiana 1979; Hermann Weinreis, *Liberales oder autoritäre Republik. Regimekritik und Regimekonsens der französischen Rechten zur Zeit des nationalsozialistischen Aufstiegs in Deutschland (1928–1934)*, Göttingen 1986.

²⁰ Philippe Burrin, *La dérive fasciste. Doriot, Déat, Bergery 1933–1945*, Paris 1986.

²¹ Schor, *L'antisémitisme en France*, S. 79; Jean-Paul Brunet, Jacques Doriot. *Du communisme au fascisme*, Paris 1986, S. 262 ff.; Reinhold Brender, *Kollaboration in Frankreich im Zweiten Weltkrieg. Marcel Déat und das Rassemblement national populaire*, München 1992, S. 259 ff.

links kommenden extremen Rechten dürfte daher eher als akzidentiell Phänomen zu betrachten sein. Nicht zuletzt aus Gründen der Opportunität folgte er der Dynamik der antisemitischen Welle eher nach, als daß er sie aktiv hervorgebracht hätte.

Das zweite wichtige Element der extremen Rechten bildeten die außerparlamentarischen Verbände, die „ligues“, die von Rémond in die „bonapartistische“ Richtung der französischen Rechten eingeordnet worden sind²². Mit Ausnahme einiger kleinerer Verbände, wie der „Solidarité Française“ oder Marcel Bucards „Francisme“, kannte die Ideologie dieser Verbände keinen signifikanten Antisemitismus. Und insbesondere das Deutschlandbild etwa der Croix de feu/Parti Français Social und der Jeunesses Patriotes/Parti National Populaire unterschied sich, wie Klaus J. Müller in einer scharfsinnigen Untersuchung gezeigt hat, nur unwesentlich von den traditionellen Positionen der klassischen nationalistischen Rechten²³. Die Führer von P. S. F. und P. N. P., Colonel de la Rocque und Pierre Taittinger, sollten sich denn auch für die Kollaboration nicht als wirklich anfällig erweisen.

Das dritte Element der französischen extremen Rechten, um das es im folgenden vor allem gehen wird, gruppierte sich um die katholische gegenrevolutionäre Tradition, deren Anhänger wir zum Zwecke der Analyse „Fundamentalkatholiken“ nennen wollen. Die gegenrevolutionäre Ideologie, die in ihren Anfängen auf den Abbé de Barruel zurückgeht und zuerst von de Maistre systematisch entfaltet wurde, speiste sich aus einer Verschwörungstheorie, deren Kern in der These vom „jüdisch-freimaurerischen“ Komplott bestand. Wichtigste Vermittler dieser Lehre, in deren Argumentation, wie Pierrard bemerkte, gelegentlich Lächerlichkeit und Monotonie miteinander wetteiferten²⁴, mit dem modernen Massenzeitalter des 20. Jahrhunderts waren Charles Maurras und seine Action Française. Zumindest bis zu ihrer Verurteilung durch Rom im Jahre 1927 blieb die Action Française das unbestrittene geistige Haupt des fundamental-katholisch-gegenrevolutionären Denkens in Frankreich²⁵. In ihrem Kielwasser bewegten sich weitere, durchaus einflußreiche antisemitische Organe der gegenrevolutionären Tradition wie v. a. die Zeitschriften „Le Bloc Anti-révolutionnaire“ und die „Revue Internationale des Sociétés Secrètes“ (=R. I. S. S.)²⁶.

²² Rémond, *Les droites en France*, S. 44 f.

²³ Klaus-Jürgen Müller, *Betrachtungen zum Deutschlandbild der französischen extremen Rechten*, in: Ursula Büttner (Hrsg.), *Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus*, Bd. I: Ideologie – Herrschaftssystem – Wirkung in Europa, Hamburg 1986, S. 469–488. Vgl. aber das tendenziell „kollaborationistische“ Deutschlandbild Bucards, in: ebenda, S. 483 ff. Siehe auch Philippe Machefer, *Les Croix de feu devant l'Allemagne*, in: *La France et l'Allemagne 1932–1936. Communications présentées au Colloque franco-allemand tenu à Paris du 10 au 12 mars 1977*, Paris 1980, S. 109–129.

²⁴ Pierrard, *Juifs et catholiques français*, S. 29. Zur gegenrevolutionären Tradition und ihrer Integration antisemitischen Gedankenguts vgl. auch Byrnes, *Dreyfus Affair*, S. 125 ff.

²⁵ Siehe Weber, *Action Française*; Ernst Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche. Die Action Française. Der italienische Faschismus. Der Nationalsozialismus*, München 1963, S. 61 ff.

²⁶ Pierrard, *Juifs et catholiques français*, S. 238 ff.

Während der Krise der dreißiger Jahre erlebte nun die gegenrevolutionäre These mit ihrer Komplottheorie zum einen eine enorme Aktualisierung und Wiederbelebung, zum anderen aber auch eine grundlegende Transformation. Insbesondere bei einer neuen Generation, die größtenteils durch die Schule von Maurras gegangen war, brach sich das Bedürfnis nach verstärkter Aktion Bahn. Zwar hielt diese neue Generation an der unbedingten Notwendigkeit eines universalen und organischen Ordnungsprinzips fest, doch fand sie in der katholischen Kirche und ihrer Lehre kein Lösungspotential mehr für die sich zuspitzenden Probleme. Im Ergebnis entwuchsen die Vertreter dieser Denkrichtung der gegenrevolutionären Tradition, indem sie Teile von ihr aufnahmen und zu modernisieren suchten, etwa durch die Integration eines „nationalen“ Sozialismus. Man könnte gewissermaßen von einem „verirrten“ (Fundamental)-Katholizismus sprechen, auch wenn manche seiner Repräsentanten durchaus zum Agnostizismus oder Antiklerikalismus tendierten. Nicht zuletzt für die mentalen Antriebskräfte der Kollaboration selbst – etwa bei Bucard, Darnand und Henriot – ist eine solchermaßen verformte katholische Tradition als bedeutsam erkannt worden²⁷. Und für die geistige Vorbereitung der Kollaboration haben die Vertreter eines solchen „verirrten“ Katholizismus eine herausragende Rolle gespielt, welche diejenige der von links kommenden Kollaborateure wie Doriot, Déat und Bergéry bei weitem übertraf. In diese Kategorie fallen politische Publizisten und Aktivisten wie die Jung-Maurassianer Robert Brasillach und Lucien Rebatet sowie überhaupt das Umfeld der Wochenzeitung „Je suis partout“²⁸. Aber ihr sind auch im einzelnen so unterschiedliche Erscheinungen wie der bretonische Schriftsteller aus altem Adelsgeschlecht Alphonse de Châteaubriant, der Pariser Bürgersohn Drieu la Rochelle und der Arzt und Bestsellerautor Louis-Ferdinand Céline zuzurechnen. Besonders präsent ist jenes Phänomen eines „verirrten“ Katholizismus schließlich in den unzähligen politischen Zirkeln und Gruppierungen, welche gegen Ende der dreißiger Jahre das antisemitische Milieu der französischen Hauptstadt prägten²⁹. Gemeinsam war ihnen, daß sie eine auf die moderne Zivilisation gemünzte Dekadenztheorie – die mit der katholisch-gegenrevolutionären Tradition entscheidende Berührungspunkte aufwies – mit der Sehnsucht nach einer kraftvollen Regeneration, einer Art „europäischem“ Faschismus verbanden³⁰.

²⁷ Bertram M. Gordon, *Collaborationism in France during the Second World War*, Cornell, Ithaca 1980, S. 336f. Vgl. Pierrard, *Juifs et catholiques français*, S. 257; Robert Soucy, *Fascist Intellectual*, Drieu La Rochelle, Berkeley, Calif. 1979, S. 42, 384.

²⁸ Siehe Pierre-Marie Dioudonnat, *Je suis partout 1930–1944. Les Maurrassiens devant la tentation fasciste*, Paris 1973.

²⁹ Siehe dazu den Polizeibericht in Kingston, *Anti-semitism in France*, S. 10ff. Für eine Fallstudie über dieses antisemitische Milieu siehe Andreas Wirsching, *Tradition contre-révolutionnaire et socialisme national: Le Parti Français National-Communiste 1934–1939*, in: Merlio, *Ni gauche, ni droite*.

³⁰ Vgl. Pierrard, *Juifs et catholiques français*, S. 258. Einen guten Überblick über den „Antimodernismus“ im Frankreich der dreißiger Jahre vermittelt Marc Simard, *Intellectuels, fascisme et antimodernité dans la France des années trente*, in: *Vingtième Siècle* 29 (1988), S. 55–75. Vgl. die Darstellung bei Alastair Hamilton, *L'illusion fasciste. Les intellectuels et le fascisme 1919–1945*, Paris 1973 (zuerst engl. 1971), S. 191ff. Siehe auch Paul Séran, *Les dissidents de l'Action Française*, Paris 1978; Sternhell, *Ni droite, ni gauche*.

II.

Wie der französische Kommunismus selbst, so war auch der Antibolschewismus in Frankreich eine Frucht des Ersten Weltkriegs³¹. Von Beginn an wurde der Kommunismus dabei als etwas Unfranzösisches, Fremdartiges und als Todfeind der okzidentalen Welt begriffen. Angesichts der Nähe der Kriegserfahrung mit ihrem tiefempfundenen Gefühl der Bedrohung durch die deutschen Truppen ist es nicht überraschend, daß sich dieser frühe Antibolschewismus in den Kategorien eines grundsätzlichen Antigermanismus artikuliert. Das Trauma des „Verrats“ Lenins und des Friedens von Brest-Litowsk noch in frischer Erinnerung, galt der marxistische Bolschewismus als Instrument, ja nachgerade als Erfindung des deutschen Imperialismus zwecks innerer Zersetzung und schließlicher Unterwerfung Frankreichs. Besonders vehement vertreten wurde diese These während der unmittelbaren Nachkriegszeit von der „Action Française“³², doch während des Wahlkampfes im Herbst 1919 zeigte sich, daß sie auf der politischen Rechten mehr oder minder zum Allgemeingut geworden war³³. Und selbst von einem so bedeutenden Theoretiker des Sozialismus wie Célestin Bouglé wurde der vorgebliche Kausalzusammenhang zwischen wilhelminischem Imperialismus und russischem Bolschewismus in modifizierter Form aufgenommen³⁴.

Der militante Antibolschewismus erlebte mithin in Frankreich seinen ersten Höhepunkt in den krisengeschüttelten Jahren 1919 und 1920, also noch vor der Gründung des Parti Communiste Français im Dezember 1920. Während der insgesamt ruhigeren zwanziger Jahre konsolidierte er sich als fester ideologischer Bestandteil der politischen Rechten. Seine Höhepunkte erlebte er zumeist dann, wenn die innere Konfliktlage es den Kommunisten zu erlauben schien, ihre Ziele mittels gewaltsamer Agitation voranzutreiben, wie dies etwa während der Regierungszeit des Cartel des Gauches (1924–1926) der Fall war³⁵.

Dafür, daß sich der französische Antibolschewismus seit der Mitte der 1930er Jahre enorm radikalisierte und in seiner Sprache gewaltsamer wurde, gibt es im wesentlichen drei Gründe, die allesamt den Zäsurcharakter des Jahres 1936 unterstreichen. Erstens schien auf außenpolitischer Ebene die französisch-sowjetische Annäherung, die mit der diplomatischen Anerkennung von 1924 ihren Ausgang genommen hatte, durch den Abschluß des französisch-sowjetischen Beistandspaktes am 2. Mai 1935 und seine Ratifizierung am 28. Februar 1936 ihren Höhepunkt erreicht zu haben. War bei der Unterzeichnung des Vertrags durch Pierre Laval noch wenig Protest zu hören gewe-

³¹ Vgl. allgemein Jean-Jacques Becker/Serge Berstein, *Histoire de l'anti-communisme en France*, Bd. I: 1917–1940, Paris 1987.

³² Siehe z. B. Léon Daudet, *Excitations criminelles*, in: *Action Française* vom 15. 4. 1919; ders., *La propagande bolchevik en France*, in: ebenda vom 28. 2. 1919; ders., *L'alliance socialo-allemande et la manœuvre de Cachin*, in: ebenda vom 2. 6. 1919.

³³ Becker/Berstein, *Histoire de l'anti-communisme*, S. 29 ff.

³⁴ Ebenda, S. 35.

³⁵ Vgl. Robert Soucy, *French Fascism. The First Wave, 1924–1933*, New Haven 1986.

sen, so lehnte im Februar 1936 die parlamentarische Rechte die Ratifizierung des Paktes geschlossen ab³⁶. Jetzt schien es, als ob der Beistandspakt den Sowjets ein gefährliches Einfallstor in die französische Innen- und Außenpolitik biete, und es griff die Furcht um sich, Stalin könne das Bündnis als Hebel nutzen, um Frankreich an sich zu binden und gewissermaßen in einen Ideologiekrieg gegen das „faschistische“ Deutschland zu treiben. „Der Bolschewismus befindet sich mit Deutschland im Krieg“, so brachte es der Historiker und das Mitglied der „Action Française“, Pierre Gaxotte, auf die Formel. „Für die [französisch-sowjetische] Allianz zu stimmen, heißt daher für den Krieg zu stimmen.“³⁷

Die Auffassung, das Bündnis mit der Sowjetunion setze Frankreich einer tödlichen inneren und äußeren Gefahr aus, verband sich eng mit dem zweiten hier zu erwähnenden Ereignis, dem Sieg der Volksfront bei den Wahlen vom Mai 1936. Im Zuge der Volksfronttaktik bekannten sich die französischen Kommunisten nunmehr zumindest rhetorisch zu den „republikanischen Freiheiten“ und bemühten sich, das ihnen anhaftende Image der unversöhnlichen Systemfeindschaft abzustreifen. Symbolisiert durch das Schlagwort der „ausgestreckten Hand“, kam es seit 1935 zu einer vormals unvorstellbaren Kooperation zwischen Kommunisten, Sozialisten, Linkskatholiken und Radikalsozialisten im Zeichen des „Antifaschismus“. Auf der extremen Rechten bewirkte dies dagegen eine Radikalisierung der politischen Argumentation, die sich von der Rhetorik der zurückliegenden Jahre, etwa im Gefolge des 6. Februars 1934, deutlich abhob. Angesichts des als nationale Katastrophe empfundenen Machtwechsels fand keine Differenzierung mehr statt zwischen den einzelnen politischen Kräften, sondern die in der Volksfront vertretenen Gruppierungen galten global als bewußte oder mißbrauchte Erfüllungsgehilfen des auf die Diktatur zusteuernenden Bolschewismus. Unter einer kommunistisch beherrschten Volksfrontregierung, so befürchtete man schon im Februar 1936, geriete der Beistandspakt mit der UdSSR zu einem Instrument sowjetischer Fremdherrschaft über Frankreich³⁸. Der Wahlsieg der Volksfront setzte denn auch eine bis dahin beispiellose Welle antikommunistischer Propaganda in Gang. Die Rechte und extreme Rechte bewiesen gleichermaßen ihre prinzipielle Unfähigkeit bzw. ihren Unwillen, das Votum des Wählers zu akzeptieren. Statt dessen sei eine „bolschewistische Revolution“ durchgeführt worden³⁹, wobei es keinen großen Unterschied machte, „ob sie legal, durch die Volksfront, oder blutig, durch den Gewalt-

³⁶ Siehe die kompakte Minorität von 164 Stimmen; vgl. *Le Temps* vom 29.2. 1936. Zur Geschichte der Allianz siehe die materialreiche, aber noch nicht aus den Archiven gearbeitete Studie von William E. Scott, *Alliance against Hitler. The Origins of the Franco-Soviet Pact*, Durham, North Carolina 1962.

³⁷ *Je suis partout* vom 15. 2. 1936. (Alle Übersetzungen aus dem Französischen stammen vom Autor.) Allgemein zur Opposition gegen die Allianz vgl. Charles Micaud, *The French Right and Nazi Germany 1933–1939*, New York² 1964, S. 67 ff. Zusatz A. W.

³⁸ Ebenda, S. 69f.

³⁹ *Revue Internationale des Sociétés Secrètes* vom 15. 6. 1936, S. 375 ff. (Im folgenden zitiert R. I. S. S.).

streich kommt⁴⁰. Und die den Maiwahlen folgenden spontanen Streiks und Fabrikbesetzungen im Juni 1936 wurden als Komplott Moskaus dargestellt⁴¹.

Welche Konsequenzen eine Volksfrontregierung nach sich ziehen würde, bewies der französische Rechten schließlich drittens der Spanische Bürgerkrieg. Mit seiner starken ideologischen und internationalen Dimension geriet dieser Krieg zum Präludium des Zweiten Weltkriegs. Ebenfalls unter Ignorierung der im Februar 1936 stattgehabten Wahlen, aus welchen die spanische Volksfront als klarer Sieger hervorgegangen war, wies die französische extreme Rechte den spanischen „Marxisten“ sowie der Moskauer Zentrale die Intention zum und folglich die Alleinschuld am Bürgerkrieg zu. Der Bürgerkrieg vor Frankreichs Haustür war mithin im Denken eines Großteils der französischen Rechten ein paradigmatisches Schreckbild dafür, was in einem Frankreich geschehen könnte, das sich widerstandslos der Herrschaft der Volksfront ergab⁴².

Berücksichtigt man die drei genannten Ereignisstränge, so ist leicht einzusehen, warum sich die Krise, welche Frankreich während der 1930er Jahre durchlief, seit 1936 akut verschärfte und sich insbesondere im engen Zusammenspiel innenpolitischer, außenpolitischer und ideologischer Faktoren verdichtete. Für die extreme Rechte bedeutete diese Zuspitzung ein Doppeltes: Sie beschleunigte zum einen ihre politische Mobilisierung. Von einem ihrer wichtigsten Exponenten, Robert Brasillach, wissen wir etwa, daß bei ihm erst der Spanische Bürgerkrieg den politischen Publizisten gegenüber dem Literaten hervortreten ließ und seine Parteinahme für einen europäischen Faschismus präjudizierte⁴³. Zum anderen korrespondierte der Verschärfung der Krise die Radikalisierung des Denkens, welche die hier untersuchten politischen Kräfte deutlich von der traditionellen parlamentarischen Rechten aber auch von den Führern der großen Kampfverbände wie de la Rocque und Pierre Taittinger entfernte. Die Aufnahme des Antisemitismus in ein auf der Rechten allgemein akzeptiertes antibolschewistisches Weltbild sowie die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem nationalsozialistischen Deutschland oder zumindest ein wohlwollendes Verständnis für den Nationalsozialismus waren die spezifischen ideologischen Kennzeichen dieser „neuen“ Rechten seit 1936.

Nun hätte es allerdings auch kaum vorstellbarer ideologischer Verrenkungen bedurft, den Bolschewismus auch nach Hitlers Machtübernahme und dem nationalsozialistischen Terror gegen Kommunisten und Sozialdemokraten noch als Instrument

⁴⁰ Face au Front Populaire. Pour le pain, la paix, la liberté. Rassemblement, Paris 1937, S. 19f.

⁴¹ Siehe das enorm einflussreiche Pamphlet von Jacques Bardoux, Les Soviets contre la France (Quel jour éclatera la Révolution communiste?), Paris 1936. Vgl. Est-ce que je deviens antisémite?, Paris 1938, S. 196 ff.

⁴² Vgl. zur Diskussion in Frankreich Wolf-Dieter Ullmann, Kritik und Haltung der Pariser Presse gegenüber der Französischen Regierungspolitik während des Spanischen Bürgerkrieges (Juli bis September 1936), Diss. Saarbrücken 1967. Allgemein zum Spanischen Bürgerkrieg vgl. jetzt Walther L. Bernecker, Krieg in Spanien 1936–1939, Darmstadt 1991.

⁴³ Hilary A. Footitt, Robert Brasillach and the Spanish Civil War, in: European Studies Review 6 (1976), S. 123–137. Vgl. William Tucker, The Fascist Ego. A Political Biography of Robert Brasillach, Berkeley, Calif. 1975, S. 203 ff.

eines deutschen Hegemonialstrebens zu deklarieren. Insofern, als man auf dem grundsätzlich fremdartigen Charakter des Bolschewismus beharrte, ist es daher kein Zufall, daß wir im Frankreich der dreißiger Jahre immer häufiger der Auffassung von seiner wesentlich asiatischen Herkunft begegnen, jenem schon älteren Topos also, der z. B. Mitte der zwanziger Jahre von den Faisceau des Georges Valois propagiert worden war. Schon die Klassenkampfdiee erschien vielen katholischen „Fundamentalisten“ als „Triumph des Orients mit seinem asiatischen Kastensystem“; und für den Maurassianer, Antisemiten und späteren Chef des „Commissariat Général aux Questions Juives“ unter Vichy, Xavier Vallat, repräsentierte der Bolschewismus schlicht den „asiatischen Kollektivismus“⁴⁴. „La Russie, c'était l'Asie“, so brachte es ein anderer Autor kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs auf den Begriff: „Asien, mit seinem Fatalismus, seinen Träumen und Verlockungen; aber auch mit all seinen Exzessen, an denen es sich zu Zeiten seiner Hungersnöte und Wanderungen berauscht. Aus der Tiefe der barbarischen Existenz – wo sie schliefen – erheben sich dann die morbiden Neigungen zu abscheulicher Wollust, zum Verrat, zur Begierde, zur Käuflichkeit, zur Grausamkeit. Der Wesenskern bleibt sich durch die Zeitalter hindurch gleich. Die Formen entwickeln sich. Die Namen wechseln. Gegenwärtig nennt sich das Bolschewismus.“⁴⁵

Der Charakterisierung des Bolschewismus als etwas Fremdes, Asiatisch-Barbarisches, entsprach die Überzeugung, er sei der Todfeind und präsumtive Zerstörer der westlichen, europäisch-christlichen Zivilisation. Mittels ihres Klassenkampfdogmas predigten demzufolge die Kommunisten – von Moskau ferngesteuert – den Franzosen den Haß und unterminierten so den dringend benötigten Zusammenhalt der Nation. Für die Rechte im allgemeinen und die extreme Rechte im besonderen unterstand es dabei keinem Zweifel, daß sich hinter dieser Propaganda des Hasses, wie man sie insbesondere in der Volksfront zu erkennen glaubte, der Wille zu Gewalt, Terror und Vernichtung verbarg. Ein Frankreich, welches infolge der bolschewistischen Zersetzung dem Bürgerkrieg ausgeliefert und infolgedessen seiner Lebenskraft beraubt sein würde, werde schließlich wie eine reife Frucht dem Bolschewismus und seiner terroristischen Klassendiktatur in den Schoß fallen⁴⁶. Die Rede von den bolschewistischen Greuelthaten – schon immer ein stehender Topos des militanten Antikommunismus – wurde nun in hundertfacher Weise aktualisiert. So erklärte etwa der frühere Senator und Katholik Frédéric Eccard im März 1937: „Die Qualen, die die Roten ihren unglücklichen Opfern bereiten, den Frauen, den Priestern, sind von solch ausgeklügelter Grausamkeit, daß man sich fragt, wie das menschliche Tier so tief sinken konnte, um sie sich auszudenken und sie auszuführen.“⁴⁷

Volksfront und spanischer Bürgerkrieg lieferten im Denken der extremen Rechten einen unwiderlegbaren Beweisgrund für eine solche Sichtweise. Gustave Hervé etwa, der sich nach dem Weltkrieg vom Sozialisten zum Nationalrevolutionär gewandelt

⁴⁴ Le Communisme contre la chrétienté, la chrétienté contre le communisme, Paris 1937, S. 140, 174.

⁴⁵ Louis Salomon-Koechlin, Le temps de la raison, Paris 1939, S. 239.

⁴⁶ Siehe etwa L'Affranchi vom 9. 4. 1936, S. 29; Gringoire vom 17. 1. 1936.

⁴⁷ Le Communisme contre la chrétienté, S. 183 f.

hatte, resümierte im März 1936, als sich Frankreich in der heißen Wahlkampfphase befand: „National zu wählen, das bedeutet, keine Kandidaten zu wählen, die den Haß zwischen den Franzosen predigten, die den Geist des Klassenkampfes und Klassenhasse säen und die davon sprechen, Frankreich den Schrecken eines Bürgerkrieges von der Art auszuliefern, von der uns Spanien das traurige Schauspiel liefert.“⁴⁸ Francos Aufstand gegen die spanische Republik erschien aus diesem Blickwinkel wie die selbstlose Tat eines edlen Ritters, welche die volle Solidarität Frankreichs erforderte: „Niemand war ein Aufstand legitimer, notwendiger und in höherem Maße von der Vorsehung geleitet. Indem er gegen die sowjetischen Horden die rot-goldene Fahne des wahren Spaniens aufpflanzte, hat Franco die Zivilisation und die gesamte Christenheit gerettet.“⁴⁹

Wenn ein sich aus den beschriebenen Wurzeln speisender militanter Antibolschewismus ein kennzeichnendes Merkmal der gesamten französischen Rechten, aber auch eines Teils der Radikalen Partei bildete⁵⁰, so war damit allerdings noch nichts darüber ausgesagt, mit welcher Einstellung sich dies gegenüber dem Liberalen System bzw. der parlamentarischen Demokratie verband. In dieser Hinsicht unterschied sich die extreme Rechte in Frankreich deutlich von der traditionellen, aber auch von der „bonapartistischen“ Rechten. Mit dem Kampf gegen den Bolschewismus verknüpfte sie die Frontstellung gegen Parlamentarismus und Liberalismus, so wie dies seit jeher die Action Française, aber auch z. B. Georges Valois, der Begründer der Faisceau, Mitte der zwanziger Jahre getan hatten⁵¹. Auf der Ebene des politischen Denkens bedeutete dies, daß der Bolschewismus nicht ausschließlich als fremdes, antizivilisatorisches Phänomen betrachtet wurde, sondern auch als mehr oder minder logisches Resultat der Dekadenz der westlichen Zivilisation. Für die in der gegenrevolutionären Tradition verankerten katholischen „Fundamentalisten“ unterstand es ohnehin keinem Zweifel, daß jener Dekadenzprozeß 1789 begonnen und in der laizistischen liberalen Dritten Republik seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht hatte⁵². Die christliche Zivilisation, an deren Wurzel die katholisch-naturrechtlich verstandenen Institutionen wie Familie,

⁴⁸ La Victoire vom 26. 3. 1936. Vgl. für gleichlautende Stimmen Eccard, in: Le Communisme contre la chrétienté, S. 183 f.; Gringoire vom 20. 3., 27. 3. und 24. 4. 1936; Le Bloc Anti-révolutionnaire, avril-mai 1936, S. 387; R. I. S. S vom 15. 12. 1936, S. 716; Georges Batault, Israël contre les nations, Paris 1939, S. 98; Jacques Doriot, La France avec nous, Paris 1937, S. 32 f.; Dorsay (i. e. Pierre Villette), Honteuses et dangereuses hypocrisies, in: Je suis partout vom 25. 11. 1938. Vgl. allgemein Micaud, French Right, S. 108 ff. sowie Becker/Berstein, Histoire de l'anti-communisme, S. 302 ff.

⁴⁹ Le Bloc Anti-révolutionnaire, juin-juillet 1938, S. 472. Eine in diesem Sinne gefärbte Darstellung und Dokumentation des Spanischen Bürgerkriegs bei Léon de Poncins, Histoire secrète de la Révolution espagnole, Paris 1938.

⁵⁰ Vgl. Robert Michael, The Radicals and Nazi Germany. The Revolution in French Attitudes Toward Foreign Policy, 1933-1939, Washington, D. C. 1982, S. 49 ff.

⁵¹ Siehe z. B. Le Nouveau Siècle vom 2. 4. 1925: „Nous rendrons le bolchevisme impossible dans la mesure où nous guérison le monde moderne de la lèpre parlementaire, démocratique et ploutocratique qui le ronge.“

⁵² Le Communisme est le dernier enfant du laïcisme, in: Le Bloc Anti-révolutionnaire, novembre-décembre 1937, S. 279.

soziale Hierarchie und politische Herrschaft lagen⁵³, war demzufolge durch die „Vergöttlichung“ des Menschen und die damit einhergehende „anarchische“ Individualisierung, Egalisierung und Zentralisierung im Gefolge der Revolution in ihrem Herz getroffen worden⁵⁴. Aber auch die jungen Maurassianer, die eher wie Brasillach zum Agnostizismus oder wie Rebatet zum Antiklerikalismus neigten, erblickten in dem 1789/1792 geborenen republikanischen System in erster Linie ein Dekadenzprodukt, eine Abirrung von einer Werteordnung, die in der Vergangenheit z. T. existiert haben mochte, vor allem aber erst in der Zukunft zu schaffen war. Diese Werteordnung würde sich nicht materialistisch und individualistisch definieren, sondern auf einer neuen solidarischen und konstruktiven Ethik beruhen⁵⁵. Der Bolschewismus war unter diesem Aspekt der hervorstechendste Faktor eines größeren Ganzen, das es zu bekämpfen galt. „Frankreich wiederherzustellen“, so erklärte Brasillach, „das heißt nicht nur, mit Moskau zu brechen. Das heißt, mit einer ganzen Ideologie zu brechen, die über andere Bereiche des menschlichen Geistes herrscht. Das heißt, die wahren Probleme anzugehen, die des Empire, der Armee, der Gesellschaft, der Diplomatie und des Friedens. Das heißt auch, gegen die Übelstände anzukämpfen, die von Moskau angeprangert und ausgenutzt werden. Das heißt, einen gerechten Staat aufzubauen, der sich den Mächten des Geldes und der irrationalen Herrschaft der Masse entzieht. Es gibt nicht nur das kommunistische Schreckbild: Es gibt auch den Sozialismus, es gibt auch die Demokratie.“⁵⁶

Insbesondere das Denken von Alphonse de Châteaubriant, dem wohl genuinsten französischen Bewunderer des nationalsozialistischen Deutschlands, besaß seinen Dreh- und Angelpunkt im tiefen Empfinden der Dekadenz und Entchristianisierung des Okzidents. Die Zivilisation des Westens hatte für Châteaubriant im allmählichen und kontinuierlichen Aufbau einer ethisch fundierten Hierarchie der Werte, Ideen und Gefühle bestanden⁵⁷. „Dies alles hatte sich allmählich gestaltet durch Anbetung und Ehrfurcht, durch die Furcht vor dem Bösen und das Streben nach dem Göttlichen.“ Wenn in der Vorstellung Châteaubriants diese „Christianisierung“ im Laufe der Jahrhunderte in die Tiefe der menschlichen Seele vorgedrungen war und sie nachgerade zu einer „Kathedrale“ ästhetisiert hatte, so bestand das Spezifikum des modernen Zeitalters in der Abtötung jenes organischen Seelenlebens und in der Zerstörung der Kathedrale⁵⁸. Mit ihrer „monströsen“ maschinellen Entwicklung, der allgemeinen Ver-

⁵³ *Civilisation maçonnique contre civilisation catholique*, in: R. I. S. S. vom 1. 2. 1934, S. 77.

⁵⁴ *Les ravages de la „civilisation“ maçonnique*, in: R. I. S. S. vom 15. 1. 1934, S. 49–62.

⁵⁵ Vgl. dazu Paul Sérant, *Le romantisme fasciste*, Paris 1959, S. 13 ff., 93 ff., *passim*.

⁵⁶ *Je suis partout* vom 4. 11. 1938.

⁵⁷ Vgl. ganz ähnlich Batault, Israël, S. 156: „La base de toute civilisation étant un système de référence, une norme, autour desquels s'ordonnent et se hiérarchisent des valeurs: idées ou sentiments.“

⁵⁸ Châteaubriant an Hedwig Petzold [1945], in: Alphonse de Châteaubriant, *Procès posthume d'un visionnaire*. Préface de Robert Cauzillon, Paris 1987, S. 32. Es handelt sich hier um eine Sammlung ungedruckter nachgelassener Schriften Châteaubriants, durchmischt von apologetischen Kommentaren. Ebenfalls durch einen unkritischen und apologetischen Charakter ist die Biographie von Louis Alphonse Maugeudre, *Alphonse de Châteaubriant 1877–1951*, Paris 1977, gekennzeichnet.

massung, der vollständigen Abnutzung der traditionellen Eliten und dem Ende jeglichen religiösen Gefühls, so notierte Châteaubriant 1935, hatte die Moderne eine allumfassende Materialisierung und Entseelung des individuellen und gesellschaftlichen Lebens bewirkt⁵⁹. Wenn die inneren Widersprüche dieses „voie matérialiste“ notwendig in den Zustand eines permanenten Klassenkampfes mündeten⁶⁰, so erschien der Bolschewismus nachgerade als die letzte Organisationsform der bürgerlichen Gesellschaft⁶¹. „Der Bolschewismus (. . .) nimmt den Massenmensch so wie er ist: jeglichen edlen Bilde entleert und macht aus ihm das Füllmaterial, mit welchem er seine Mauern zementiert“⁶². „So ist der Bolschewismus das Gefälle, dem die Menschheit folgt, sobald sich zwei Phänomene bemerkbar machen: die Dekomposition des kulturellen Lebens und der Niedergang des religiösen Geistes.“⁶³ Das in der Moderne entseelte und entwurzelte Individuum erhielt mithin im Bolschewismus seine letzte, ihm kongeniale Organisationsform, innerhalb derer es – in Form eines dialektischen Umschlags – endgültig verlöschte: „[Der Bolschewismus] ist ein Versuch, die [individualistische] Gesellschaft durch die Anwendung derselben Methoden zu organisieren, die ihr Ende herbeigeführt haben. Hier ist das Individuum nichts mehr und es wird durch nichts ersetzt, was nur die logische Konsequenz jener Doktrin ist, die aus dem Individuum eine Realität zu machen begann, auf welcher man alles aufbauen konnte. Die Gründung der Gesellschaft auf dieser anonymen Basis, die weder Gott noch Mensch ist, mußte zwangsläufig mit der Herrschaft dessen enden, der sich über den Menschen stellt: im vollständig Negativen, dortselbst, was man einst die Hölle nannte.“⁶⁴

Wenn auch der Mystizismus Châteaubriants ein eher singuläres Phänomen blieb und keinesfalls als repräsentativ anzusehen ist, so steht seine ihm entspringende politische Haltung doch stellvertretend für eine breitere Strömung innerhalb der französischen extremen Rechten. Der Schlüssel ihres politischen Denkens lag in ihrem militanten Antibolschewismus, mittels dessen sie freilich zugleich die diagnostizierte Dekadenz der westlichen Demokratien aufzuheben hofften. Für die französische Republik galt dies im besonderen, und nicht zufällig erkannte Châteaubriant im Bolschewismus nur eine „Verschärfung des nihilistischen Sinnes des französischen Jakobinergeistes“⁶⁵. Jener „verirrte“ Katholizismus, von dem einleitend die Rede war und der nach einem Substitut für das verlorengegangene organische und hierarchisch geordnete Weltbild suchte, dürfte eine der bewegenden Kräfte dieser Geisteshaltung gewesen sein. Für einen Augenblick glaubten diese „christlichen Faschisten“ in der Möglichkeit eines vermeintlich europäischen Faschismus ein solches Substitut gefunden zu haben,

⁵⁹ Alphonse de Châteaubriant, *Cahiers 1906–1951*, Paris 1955, S. 159 (16. 7. 1935); ders., *La gerbe des forces*, Paris 1937, S. 132ff.

⁶⁰ Châteaubriant, *La gerbe des forces*, S. 194.

⁶¹ Ebenda, S. 140.

⁶² Châteaubriant, *Cahiers*, S. 179 (8. 7. 1939).

⁶³ Châteaubriant, *La gerbe des forces*, S. 258.

⁶⁴ Ebenda, S. 133. Zusätze A. W.

⁶⁵ Ebenda, S. 259.

mittels dessen die erstrebte geistige Erneuerung und gewissermaßen die „Resakralisierung“ des sozialen Lebens erreicht werden konnte⁶⁶.

III.

Für das im Frankreich der dreißiger Jahre gesteigerte Bedürfnis, jenes Mißbehagen an einer als dekadent empfundenen Zivilisation, aber auch die profunde Furcht vor Gewalt, Krieg und Bürgerkrieg zu artikulieren, stellte die wohletablierte „fundamentalkatholische“ und gegenrevolutionäre Tradition, wie sie sich paradigmatisch im Denken von Maurras verdichtete, ein ebenso handliches wie suggestives begriffliches und kategoriales Instrumentarium bereit. Mit ihrem traditionellen Antisemitismus war sie darüber hinaus aber auch geeignet, noch ein weiteres Bedürfnis zu befriedigen, welches der totalitären Signatur der Zeit entsprach. Denn ein extremistisches Denken, das die strukturellen Probleme der Epoche strikt moralischen Kategorien unterordnete, tendierte dazu, für die beobachteten politischen und gesellschaftlichen Übelstände konkrete Personengruppen haftbar zu machen. Ein Antisemitismus, der einerseits fest in der gegenrevolutionären Tradition verankert war, andererseits aber der Modernisierung und Aktualisierung offenstand, befriedigte am ehesten dieses Bedürfnis zur Imputation oder – um einen Begriff von Ernst Nolte aufzunehmen – zur „kollektivistischen Schuldzuschreibung“⁶⁷. Kulturkritik, Antiliberalismus und Antibolschewismus verdichteten sich in der antisemitischen Imputation zu einem unauflöselichen Zusammenhang und ließen sich propagandistisch kanalisieren. Der französische Antisemitismus der dreißiger Jahre oszillierte mithin zwischen dem traditionellen Antisemitismus der gegenrevolutionären Tradition und seiner aktualisierten und militanteren Ausprägung, die ihre hauptsächliche Dynamik aus dem antibolschewistischen Paradigma schöpfte⁶⁸.

Die gegenrevolutionäre Tradition verband über weite Strecken ihre Dekadenzanalyse – die derjenigen Châteaubriants nicht unähnlich war – mit der Behauptung eines jüdisch-freimaurerischen Komplotts⁶⁹. Die historische Etappenfolge, die sich der hieraus speisende Antisemitismus konstruierte, begann konsequenterweise mit der Französischen Revolution. Seit dem 18. Jahrhundert hätten demzufolge die „jüdischen

⁶⁶ Vgl. Sérant, *Le romantisme fasciste*, S. 122. Der Begriff der „christlichen Faschisten“ bei Gordon, *Collaborationism*, S. 336 f.

⁶⁷ Ernst Nolte, *Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus*, Frankfurt a. M. 1987, S. 185, *passim*.

⁶⁸ Trotz aller Kontinuitäten in der politisch-ideologischen Rhetorik ist es daher fraglich, ob es sich beim französischen Antisemitismus der dreißiger Jahre letztlich um eine mehr oder minder lineare Fortsetzung der Dreyfus-Affäre handelt. Dies ist die These von Michel Winock, *Les affaires Dreyfus, in: Vingtième Siècle* 26 (1985), S. 19–38.

⁶⁹ Vgl. dazu Pierrard, *Juifs et catholiques français*, S. 27 ff. Allgemein zur Komplottheorie im Denken der französischen extremen Rechten Ariane Chebel d'Appollonia, *L'extrême-droite en France. De Maurras à Le Pen*, Brüssel 1988, S. 80 f.

Werte“ den „christlichen Werten“ unwiederbringliches Terrain abgezwungen, und daß sich die Juden 1789 ff. im französischen Staat ein entscheidendes politisches und wirtschaftliches Übergewicht verschafft hätten, war in den 1930er Jahren ein stehender Topos der antisemitischen Literatur. Ganz im Stile der Komplottheorie wurde der Wille des Judentums zur materiellen Ausbeutung und zur Weltherrschaft behauptet. Durch die Zerstörung der gewachsenen korporativen Strukturen habe die jüdisch gesteuerte Revolution den Weg bereitet für hemmungslosen Individualismus, Materialismus und moralischen Verfall. An die Stelle eines organischen, durch die christliche Werteordnung fundierten gesellschaftlichen Zusammenlebens seien Verrohung, Verhetzung und Klassenkampf getreten. Profiteure dieser Entwicklung waren aus der Sicht des gegenrevolutionären Antisemitismus allein die Juden, für deren Ausbeutungszwecke die Desorganisation und Anarchie der westlichen Demokratien nur nützlich sein konnten⁷⁰.

Das Scharnier, welches die pseudo-historische Analyse der gegenrevolutionären Tradition mit dem militanten Antisemitismus der 30er Jahre vermittelte, bestand mithin in der Auffassung von dem grundsätzlich revolutionären Charakter der Juden. In dem Maße, wie es jüdischem „Weltherrschafts“-Interesse entsprochen habe, den christlichen Okzident von innen her zu zersetzen, machten sich die Juden zu Vorkämpfern revolutionärer, vorgeblich „progressiver“ und „humanistischer“ Ideale. Mit dem jüdischen „Messianismus“ verband sich demzufolge die „idéologie juive“, d. h. ein spezifischer Intellektualismus und Rationalismus, welche der „konkreten Humanität“ zuwiderliefen⁷¹. „Überall wird [der Jude] ein Revolutionär sein, ein Feind des sozialen Gleichgewichts und der natürliche Verbündete der Zerstörer und der angeblichen Fortschrittler.“⁷²

Wenn aus dieser Sicht schließlich soziale Polarisierung und Klassenkampf das unausweichliche Resultat des jüdischen Zersetzungswerkes waren, so mußten Marxismus und Bolschewismus dessen gefährlichste Instrumente sein. Die Zurechnung von Marxismus und Bolschewismus auf das Konto des Judentums begründete denn auch die besondere und neue Qualität des französischen Antisemitismus während des Untersuchungszeitraums. Nirgendwo fand die gegenrevolutionäre Verschwörungstheorie ein fruchtbareres Betätigungsfeld als in der Denunziation von Bolschewismus und Weltrevolution. Umgekehrt erfüllte der tradierte Antisemitismus innerhalb eines vehement

⁷⁰ Siehe z. B.: Charles Hagel, *Le péril juif*, Alger 1934, S. 164f., 198; H. Lever, *Qu'est-ce que le fascisme?*, in: R. I. S. S. vom 1. 12. 1937, S. 669; Hermann De Vries de Heekelingen, *Israël. Son Passé. Son Avenir*, Paris 1937, S. 78; *Le Bloc Anti-révolutionnaire*, juin-juillet 1938, S. 442; A. J. S.-M. de la Cambre-Mialet, *Français, vous êtes trahis! Le rôle des Juifs et de la Franc-Maçonnerie dans la politique contemporaine*, Paris 1938, S. 35 ff., passim. Vgl. Winock, *Nationalisme*, S. 218f.; Schor, *L'antisémitisme en France*, S. 111f., 119f.

⁷¹ Salomon-Koechlin, *Le temps de la raison*, S. 253; Batault, *Israël*, S. 108; *Est-ce que je deviens antisémite?*, S. 52f.; Pierre Milès, *Voici la cause de nos maux: la juiverie*, Paris [1938]; Léon de Poncins, *La mystérieuse internationale juive*, Paris 1936, S. 8f.; Robert Vallery-Radot, *Israël et nous*, Paris 1940, S. 36f., 45.

⁷² Hagel, *Le péril juif*, S. 37. Zusatz A. W.

antibolschewistischen Diskurses die Funktion eines Katalysators und zugleich eines Mobilisierungsinstruments. Der infolge der Verschärfung der inneren und äußeren Krise radikalisierte Antibolschewismus und der in breiten Schichten der Bevölkerung weiterwirkende Antisemitismus verbanden sich so zu einem explosiven weltanschaulichen Ferment, das nach 1936 zum kennzeichnenden ideologischen Merkmal der französischen extremen Rechten wurde⁷³. Es gewann in dem Maße an Bedeutung, wie die ältere Zuordnung von Bolschewismus und Germanismus obsolet wurde und Frankreich sich mit einem Strom jüdischer und kommunistischer Emigranten aus Hitlers Deutschland konfrontiert sah.

Die vorgebliche Beweisführung für die Identifizierung von Judentum und Bolschewismus beruhte im wesentlichen auf zwei Argumentationsfiguren. Erstens elaborierte die antisemitische Propaganda die alte These vom revolutionären Grundcharakter des jüdischen Geistes. So erschien der Marxismus als „doctrine d'inspiration judaïque“, der die Elemente der deutschen Philosophie und der britischen Politischen Ökonomie lediglich als funktionslose Verkleidung dienten⁷⁴. Wenn sich Marx auch virtuos dieser verschiedenen Traditionen zu bedienen gewußt habe, so bestehe der Kern seiner Lehre doch in der exklusiven Teleologie des jüdischen Messianismus: „eine kunstvolle Mischung, aus der sich im nachhinein genau das zu ergeben scheint, was man a priori als bewiesen annimmt: der unabwendbare, zwangsläufige und unwiderstehliche Charakter sowie die ‚wissenschaftliche‘ Notwendigkeit der Verwirklichung der alten messianischen Träume Israels. Dies und nichts anderes ist der Marxismus. Wenn man ihm seine pseudo-hegelianische und pseudo-wissenschaftliche Verkleidung wegnimmt und ihn unverhüllt betrachtet, erscheint der Marxismus als die letzte und modernste Verkörperung des jüdischen Messianismus mit seinem Schatz an eingewurzelten Hoffnungen, an Rachsucht und über die Jahrtausende hinweg angesammeltem Haß.“⁷⁵ Wenn Revolutionen also im allgemeinen als Werke der Juden galten, so mußte der Bolschewismus als angewandter Marxismus die konsequenteste Weiterentwicklung jüdischen Destruktions- und Herrschaftswillens verkörpern. Ausgehend vom Hinweis auf die jüdische Abstammung z. B. von Marx und Trotzki, wurde daher zweitens die besonders große Präsenz von Juden unter den Revolutionsführern der Sowjetunion, aber z. B. auch in Ungarn hervorgehoben⁷⁶. Im Einklang mit der rechtsextremen Kom-

⁷³ Allerdings gilt es darauf hinzuweisen, daß es keine zwangsläufige Parallelität zwischen diesen beiden Ideologemen gab. Zwar wird man Antisemiten, die nicht zugleich Antikommunisten waren, mit der Lupe zu suchen haben. Doch längst nicht alle Antikommunisten waren Antisemiten. Beispiele hierfür sind etwa Gustave Hervé, Jacques Bardoux und Colonel François de la Rocque, der Führer der Croix de Feu.

⁷⁴ Batault, Israël, S. 144 f.

⁷⁵ Ebenda, S. 145. Vgl. Est-ce que je deviens antisémite?, S. 55 ff.; Louis Massoutié, Judaïsme et marxisme, Paris² 1939, S. 138; Alain Normand, Le National-communisme résumé en six points, Paris 1939. Vgl. Schor, L'antisémitisme en France, S. 123.

⁷⁶ Face au Front Populaire. Pour le pain..., S. 39 f.; Est-ce que je deviens antisémite?, S. 67 f., 82 ff.; Le Communisme est juif!, in: Le Documentaire illustré vom 1. I. 1939, S. 15; Henry R. Petit, Les juifs au pouvoir, Paris 1938, S. 3 ff.; Mathieu Degeilh, Les Juifs en U. R. S. S., Paris 1935; de Poncins, Interna-

plottheorie, die Revolutionen ausschließlich als Werk von verschwörerischen Minderheiten zu begreifen vermochte, projizierte so das antisemitische Schrifttum jenes haßerfüllte Gemenge aus Furcht und Aggression, die den antibolschewistischen Diskurs prägten, auf die Juden. „Der Bolschewismus“, um nur eine repräsentative Stimme zu zitieren, „ist ein Kampfmittel, das die Juden benutzen, um sich die Universalherrschaft zu sichern und so ihr weltliches messianisches Ideal zu verwirklichen, das seinerseits die Frucht des Fluches ist, der seit dem Verbrechen von Golgatha auf ihnen lastet“⁷⁷. Sei es, daß man hinter dem Abschluß des französisch-sowjetischen Beistandspaktes „jüdische Kräfte“ vermutete⁷⁸, sei es, daß der Spanische Bürgerkrieg als Zerstörungswerk der Juden erschien⁷⁹ – die Juden erfuhren die Schuldzuweisung für all jene Krisensymptome, die ein radikalierter Antibolschewismus seit 1936 wahrzunehmen glaubte. Céline befand sich im Hauptstrom der antisemitischen Literatur, wenn er konstatierte: „Juden und Kommunisten sind für mich Synonyme.“⁸⁰

Besondere Virulenz erhielt diese Propaganda in der Agitation gegen die Volksfront, in deren Führungsfigur Léon Blum man die Verkörperung der jüdischen Machtübernahme und das Vorspiel zur bolschewistischen Diktatur zu erkennen meinte. Gegen Blum und seine Regierung richtete sich von Beginn an eine systematische Hetzkampagne, die radikal antibolschewistische und antisemitische Elemente miteinander verschränkte. Die jüdisch-bolschewistische „Diktatur“, welche die Regierung Blum demzufolge ausübte, konnte unter diesem Vorzeichen nachgerade als Realisierung der „Protokolle der Weisen von Zion“ gelten, ungeachtet dessen, daß diese schon längst als Fälschung entlarvt worden waren⁸¹. Das Ziel dieses „clan juif-pollack pro-soviétique“⁸² bestand demzufolge in der Plünderung und Instrumentalisierung Frankreichs zur Verteidigung Sowjetrußlands und zur Führung eines jüdischen Revanchekrieges gegen das nationalsozialistische Deutschland⁸³.

Waren tatsächliche oder angebliche Greuelthaten des Bolschewismus schon immer ein zentrales Element des antikommunistischen Credos gewesen, so wurden in der antisemitischen Variante dieser Propaganda die Juden für den bolschewistischen Terror

tionale, S. 83 ff.; Cambre-Mialet, *Franc-Maçonnerie*, S. 13 ff.; René Gontier, *Vers un racisme français*, Paris 1939, S. 141; Vries de Heekelingen, *Israël*, S. 70. Vgl. Becker/Berstein, *Histoire de l'anti-communisme*, S. 320 ff.; Kingston, *Anti-semitism in France*, S. 95 ff.

⁷⁷ *Le Bloc Anti-révolutionnaire*, janvier-mars 1937, S. 42.

⁷⁸ *Xénophilie et gallicanisme*, in: *Gringoire* vom 6. 3. 1936.

⁷⁹ Batault, *Israël*, S. 98 f.; *La Révolution Mondiale*, in: *R. I. S. S.* vom 15. 12. 1936, S. 715 f.; *Le Bloc Anti-révolutionnaire*, avril-mai 1936, S. 387.

⁸⁰ Céline, *Bagatelles*, S. 51.

⁸¹ Urbain Gohier, *La dictature Blum*, in: *Réveil du Peuple* vom 1. 6. 1936. Über die Haltung der französischen Antisemiten gegenüber den „Protokollen“ vgl. Schor, *L'antisémitisme en France*, S. 127 f.

⁸² *Charybe ou Scylla?*, in: *R. I. S. S.* vom 15. 7. 1936, S. 442.

⁸³ *Gringoire* vom 24. 4. 1936; *Je suis partout* vom 20. 6. 1936; *La Révolution Mondiale*, in: *R. I. S. S.* vom 15. 12. 1936, S. 718; Jacques Ditte, *Voulons-nous la guerre ou la paix? Cela dépend de nous*, in: *Le Réveil du Peuple* vom 15. 2. 1937; *Face au Front Populaire. Pour le pain...*, S. 14 f.; *Face au Front Populaire. Contre la Guerre*, Paris 1937, S. 45.

verantwortlich gemacht. Auch wenn die Juden selbst meist nicht Hand angelegt hätten, so seien sie doch die Organisatoren und Drahtzieher unzähliger Massaker gewesen: „Es ist nur an die unzählbare Zahl der Opfer der Russischen Revolution zu denken, an alle diese Morde, Exilierungen, Deportationen, Erschießungen, Ertränkungen und Erhängungen, die auf Geheiß der Tscheka und der GPU ausgeführt wurden, wo die Söhne Israels herrschen.“⁸⁴ Angesichts der von der extremen Rechten empfundenen oder auch nur propagierten Furcht vor Terror, Gewalt und Krieg, vor dem behaupteten jüdisch-bolschewistischen Vorhaben, „Frankreich ganz einfach in die Plünderung, ins Massaker, in die Vergewaltigung zu treiben“⁸⁵, wurde daher nicht selten die Hoffnung geäußert, Frankreich werde eine nationale Revolution erleben und sich der vermeintlichen Fremdherrschaft entledigen. Der seit Mitte der dreißiger Jahre offenkundig an Terrain gewinnende französische Antisemitismus konnte in diesem Zusammenhang als quasi natürliche Reaktion, als „instinktiver Verteidigungsreflex“ verstanden werden⁸⁶. Gegen Judentum und Bolschewismus müsse nachgerade ein „Krieg“ geführt werden⁸⁷, „eine regelrechte chirurgische Operation“ sei zur Heilung Frankreichs unvermeidlich⁸⁸.

Vergegenwärtigt man sich die doppelte Stoßrichtung des traditionellen Antisemitismus der gegenrevolutionären Ideologie, die ja in der Französischen Revolution sowohl das revolutionäre Prinzip als auch das aus ihr entspringende Liberale System bekämpfte, wird deutlich, daß der französische Antisemitismus der 30er Jahre den Feind nicht nur im Bolschewismus, sondern zugleich auch in der liberalen Demokratie erblickte. Es wurde oben ausgeführt, wie diejenigen antibolschewistischen Stimmen, die zugleich eine antiliberalen und antidemokratischen Stoßrichtung besaßen, den Kommunismus als letzte und folgerichtige Station des Liberalen Systems und der ihm innewohnenden Dekadenz betrachteten. Insofern sie die Juden sowohl als Profiteure des Kapitalismus als auch als Drahtzieher des Bolschewismus attackierte, lieferte die antisemitische Ideologie hierzu eine direkte Analogie. Die durch Liberalismus und Kapitalismus bewirkte Materialisierung war demzufolge ebenso ein Instrument jüdischen Machtsstrebens wie die Uniformierung des gesellschaftlichen Lebens durch den Bolschewismus. Der Reichtum aber, den jüdische Kapitalisten aufgehäuft hätten, würde durch die bolschewistische Revolution nur in solidarischer Weise von einer jüdischen Hand in die andere weitergereicht werden⁸⁹. Als „nation errante“ ohne eigene feste nationale Verwurzelung schienen die Juden so die beiden Formen des „Internationalismus“, Finanzkapital und Bolschewismus, zu nutzen, um die Nationen des christlichen

⁸⁴ Hagel, *Le péril juif*, S. 121. Vgl. Jules Blaccas, *Sous l'étreinte juive*, Paris 1936, S. 9, 48; Petit, *Les juifs*, S. 11 ff.; *Le Communisme est juif*, in: *Le Documentaire illustré* vom 1. 1. 1939, S. 15.

⁸⁵ Jean Boissel, *Nous déclarons la guerre*, in: *Le Réveil du Peuple* vom 1. 6. 1936.

⁸⁶ *Le Pays libre* vom 5. 6. 1937. Vgl. Petit, *Les juifs*, S. 11; Blaccas, *Sous l'étreinte juive*, S. 48; *Le Bloc Anti-révolutionnaire*, juin-juillet 1938, S. 442. Lucien Rebatet, *L'antisémitisme d'aujourd'hui et de demain*, in: *Je suis partout* vom 7. 2. 1939.

⁸⁷ *Face au Front Populaire. Pour le pain...*, S. 76; Milès, *La juiverie*, S. 48.

⁸⁸ Lever, *Qu'est-ce que le fascisme?*, in: *R. I. S. S.* vom 1. 12. 1937, S. 671.

⁸⁹ Hagel, *Le péril juif*, S. 55.

Westens zu unterjochen⁹⁰. Diesem ideologischen Topos, dessen Herkunft aus der katholischen gegenrevolutionären Tradition evident ist, entsprang in der radikalen antisemitischen Propaganda die trotz ihrer Absurdität häufig anzutreffende Behauptung, der Bolschewismus sei durch jüdische amerikanische Bankhäuser „finanziert“ worden⁹¹.

IV.

Wir haben bereits erwähnt, daß ein grundsätzlicher Antigermanismus einen wesentlichen Bestandteil des politischen Denkens der extremen Rechten in Frankreich bildete. Für Maurras etwa blieb Deutschland zusammen mit dem Judentum zeit lebens der Hauptfeind. Insofern sich dieser Antigermanismus aus nationalistischen Wurzeln speiste, kam ihm – zumindest solange ein machtsstaatliches Konkurrenzdenken zwischen beiden Staaten bestand – bleibende Bedeutung zu. Anders verhielt es sich mit den ideologischen Konnotationen jenes Antigermanismus. Wenn sich mit ihm bis 1933 Antisemitismus und Antibolschewismus problemlos verbinden ließen, so schuf die nationalsozialistische Machtübernahme eine grundsätzlich neue Lage. 1936 wies Henri Lichtenberger, Germanistik-Professor an der Sorbonne und einer der besten französischen Kenner des zeitgenössischen Deutschland, auf die Konfusion und die Veränderung der Wertmaßstäbe hin, die sich daraus für das französische Deutschlandbild ergaben: „Der Machtantritt des Hitlerismus hat alles in Frage gestellt. Von einem Tag auf den anderen sind fast alle Deutsche von Bedeutung, die wir kennen, verfolgt, gejagt, eingesperrt, vertrieben und mundtot gemacht worden. Infolgedessen sind auch ihre Freunde, das heißt im allgemeinen unsere ‚Linken‘, die schon Feinde des italienischen Faschismus waren, erbitterte Gegner Hitlers geworden. Umgekehrt haben einige ‚rechte‘ Gruppierungen, die noch vor kurzem gegenüber dem ‚linken‘ Deutschland äußerst mißtrauisch waren, eine heftige Zuneigung zur Hitlerdiktatur jenseits des Rheins gefaßt, wenn sie auch gelegentlich vieles von ihren Vorurteilen gegen das ‚imperialistische‘ und ‚militaristische‘ Deutschland bewahren. Unter diesen Umständen ist es zu einer vollständigen Verwirrung der Geister gekommen. Man schwankt zwischen tausend widersprüchlichen Gefühlen, die von eindeutiger Abscheu über Argwohn und Besorgnis reichen bis zu einer mit Sympathie durchsetzten Neugier oder bis zum Bedauern darüber, daß wir in Frankreich keinen ‚starken Mann‘ vom Typ Hitlers haben.“⁹²

Während also die aggressive Politik Nazi-Deutschlands die alten französischen Befürchtungen eines deutschen Imperialismus nur bestätigen konnte, ließ sich umgekehrt

⁹⁰ De Poncins, *Internationale*, S. 167 ff.; Vries de Heekelingen, *Israël*, S. 98 ff., 104. Vgl. auch Céline, *Bagatelles*, S. 53 ff.

⁹¹ Z. B.: *Le Communisme au service de la finance internationale*, Paris 1937; Massoutié, *Judaïsme et marxisme*, S. 174 ff.; *Le Communisme est juif!*, in: *Le Documentaire illustré* vom 1. I. 1939, S. 12.

⁹² Henri Lichtenberger, *L'Allemagne nouvelle*, Paris 1936, S. 262 f.

nicht leugnen, daß Hitlers ideologisch begründete Maßnahmen manchen weltanschaulichen Prioritäten der französischen extremen Rechten zumindest teilweise entsprachen. Zwischen partieller ideologischer Konvergenz und fortbestehendem machtpolitischem Gegensatz zu Deutschland bestand mithin ein spannungsvolles Nebeneinander. Die Reaktionen der extremen Rechten gegenüber diesem Dilemma waren durchaus uneinheitlich. Während die „Action Française“ und die ihr nahestehenden katholischen „Fundamentalisten“, wie sie sich etwa um die R.I.S.S. oder den „Bloc Anti-révolutionnaire“ gruppierten, im wesentlichen an ihrem prinzipiellen Antigermanismus festhielten, betonten die Jung-Maurassianer und Anhänger eines „europäischen“ Faschismus zunehmend die ideologischen Affinitäten zu Hitler und machten sich zu Fürsprechern einer deutsch-französischen Annäherung. „Die systematische Germanophobie des Südfranzosen Maurras“, so äußerte sich etwa Lucien Rebatet rückblickend, „hat mich immer nur die Schultern zucken lassen“⁹³. Bei einer grundsätzlichen Betonung der ideologischen Präferenzen mußten sich freilich ganz neue Perspektiven einer französisch-deutschen Zusammenarbeit im Zeichen eines „faschistischen“ Europas ergeben. In Ostmitteleuropa – so bemerkte etwa der Jung-Maurassianer Henri Lèbre nach dem Münchener Abkommen – übe das neue Deutschland vor allem deshalb einen profunden Einfluß aus, weil es ein politisches Modell biete für die Lösung der gravierenden Probleme, unter denen die 1919 neu gegründeten Staaten litten: „eine große Instabilität, zumeist hervorgerufen durch die parlamentarischen Institutionen und den politischen Liberalismus, die regelmäßig Wegbereiter noch viel schlimmeren Übels gewesen sind: des Sozialismus, des Kommunismus und der Juden.“ Frankreich eröffne diese Konstellation eine große, allerdings auch die letzte Chance, durch eine nationale Revolution seine „stupide“ Rolle als Verteidiger von Demokratie und Parlamentarismus sowie als „gelobtes Land der aus allen Ghettos Europas herbeigekommenen Juden“ abzustreifen und seinen gleichberechtigten Platz in einem neuen Europa einzunehmen⁹⁴.

Während sogar ein zum Extremismus neigender Vertreter der traditionellen parlamentarischen Rechten wie André Tardieu auch über Hitlers Machtergreifung hinaus an der herkömmlichen Verschränkung von Antigermanismus und Antibolschewismus festhielt⁹⁵, erfolgte im Denken von Teilen der extremen Rechten gewissermaßen ein deutschlandpolitischer Paradigmenwechsel. Georges Batault etwa, ein in der gegenrevolutionären Tradition stehender Antisemit, analysierte ausführlich das Verhältnis von „Marxismus“ und „Germanismus“. In Bataults Perspektive hatten deutsche Spra-

⁹³ Lucien Rebatet, *Les décombres*, Paris 1976, S. 19. Zu der Differenz zwischen den „orthodoxen“ Maurassianern wie Daudet, Gaxotte, Massis u. a. und den „Dissidenten“ in bezug auf die gegen Deutschland einzunehmende Haltung vgl. Sérant, *Les dissidents*, S. 178 f.

⁹⁴ François Dauture [i. e. Henri Lèbre], *La Chance d'Hitler*, in: *Je suis partout* vom 21. 12. 1938.

⁹⁵ In einem an den Präsidenten der Vereinigten Staaten gerichteten Memorandum über den Plan eines Dreierpaktes zwischen Frankreich, Großbritannien und den USA vom 28. 8. 1933 schrieb Tardieu: „L'Allemagne a fait servir à ses propres fins les ferments communistes du monde. Elle s'y connaît mieux que quiconque, puisque c'est chez elle que partit le communisme implanté en Russie.“ *Archives Tardieu*, in: *Archives Nationales* 324 AP 61.

che und Kultur für Marx zuvörderst als „Vehikel“ seines jüdisch-messianischen Denkens gedient. Zwischen jüdischem Marxismus und Germanismus hatte demzufolge eine lediglich kontingente historische Allianz bestanden, die ihren Höhepunkt während des Kaiserreiches erfahren hatte⁹⁶. Infolge der Revolution 1918/19 und unter der Weimarer Republik sei Deutschland dann endgültig dem doppelten Angriff des Judentums, dem liberalen Kapitalismus und dem marxistischen Bolschewismus erlegen. Hitlers Bewegung mit ihrem Rückgriff auf das genuine Germanentum sei als Gegenreaktion auf diese jüdische (Fremd-)herrschaft zu begreifen⁹⁷. Immerhin habe es nach 1918/19, als sich der „rote Schatten von Spartakus“ über das gesamte Reich erstreckt hatte, mehr als zehn Jahre bedurft, „um den jüdisch-messianischen Virus zu eliminieren, zu dessen Verbreitung in der Welt Deutschland beigetragen hatte“⁹⁸.

Die ideologische Disjunktion zwischen Deutscheindlichkeit einerseits und Antisemitismus sowie Antibolschewismus andererseits stellte für die extreme Rechte Frankreichs eine notwendige Voraussetzung zur Verständigung mit Deutschland dar und lag an der Wurzel der Kollaborationsideologie. Wenn früher diesem Kalkül zufolge „jüdische Agenten“ in deutschem Sold wie z. B. Dreyfus für Frankreich eine Gefahr dargestellt hatten, so ging die Bedrohung in den dreißiger Jahren von emigrierten „jüdischen Bolschewisten“ aus, die mit gutem Grund aus Deutschland vertrieben worden waren⁹⁹.

Anders als die „Fundamentalkatholiken“, die Hitler an der Elle ihres traditionellen Antigermanismus maßen¹⁰⁰, betrachteten die zumeist jüngeren Anhänger eines „faschistischen“ Europa den Nationalsozialismus daher zumindest mit wohlwollender Sympathie. Demzufolge hatte die Weimarer Republik in besonders intensiver Weise den jüdischen Einfluß – sowohl in seiner kapitalistischen Variante als auch in Form des „horreur du bolchévisme“ – erfahren¹⁰¹. Die Revolution 1918/19 sei zuvörderst ein Werk der Juden gewesen, wie die Namen Liebknecht, Luxemburg, Eisner, Leviné etc. bewiesen¹⁰². „An die Sowjets gebunden – vergiftet durch die kommunistische Propa-

⁹⁶ Batault, Israël, S. 149 ff. Georges Batault hatte schon zwei Jahrzehnte zuvor seine Ideen in einem Buch über „Le problème juif“, Paris 1920 vorgetragen. Der Geist der dreißiger Jahre sicherte dem umtriebigen Antisemiten eine größere Resonanz. Mitglied und gewissermaßen „Cheftheoretiker“ des „Parti Français National-Communiste“, erfreute er sich nach 1940 der Wertschätzung der deutschen Besatzungsbehörden, die ihn u. a. in die engere Wahl zogen für die Besetzung des Chefpostens des „Commissariat général aux questions juives“. Wirsching, *Le Parti Français National-Communiste*, und Laloum, *La France antisémite*, S. 20.

⁹⁷ Batault, Israël, S. 97, 159.

⁹⁸ Ebenda, S. 175.

⁹⁹ René Saint-Serge, *L'invasion juive*, Paris 1939, S. 3 f.; Paul Ferdonnet, *Face à Hitler*, Paris 1934, S. 223.

¹⁰⁰ Siehe z. B. *Le problème de la guerre est reporté*, in: *Action Française* vom 5. 10. 1938; *Le Bloc Antirévolutionnaire*, janvier-mars 1937, S. 42. Über die schwankende Haltung der katholischen Tageszeitung „La Croix“ vgl. Alain Fleury, „La Croix“ et l'Allemagne 1930–1940, Paris 1986, v. a. S. 401 ff.

¹⁰¹ Jérôme et Jean Tharaud, *Quand Israël n'est plus roi*, Paris 1933, S. 72 ff., das Zitat S. 74.

¹⁰² *Est-ce que je deviens antisémite?*, S. 90 ff.; de Poncins, *Internationale*, S. 147 ff.

ganda“, habe sich Deutschland unter Hitler in Form einer natürlichen Reaktion erhoben und zu neuer nationaler Kraft zurückgefunden¹⁰³.

Hitlers Antisemitismus war aus dieser Sicht genuiner Antibolschewismus. „Tatsächlich“, so konzedierte man, „bekämpft Hitler im Judentum den Kommunismus, der sowohl für Deutschland als auch für Europa und die Welt eine Frage von Leben oder Tod ist“¹⁰⁴. Und das Akademiemitglied Louis Bertrand porträtierte 1936 Hitler und den nationalsozialistischen Antisemitismus nach Abschluß eines Deutschlandbesuchs entsprechend: „Hitler und seine Anhänger wußten ganz genau, daß alle ihre Feinde – Sozialdemokraten, Kommunisten und Bolschewisten – in ihren Rängen eine große Anzahl Juden zählen. . . Und schließlich wußte der Hitlerismus ebenso gut, daß der Jude, dieser Zerstörer fremder Volksgemeinschaften, niemals selbst eine Nation begründen konnte, daß er absolut ohne politischen Geist ist und daß er gleichwohl danach trachtet, die Weltpolitik zu leiten. Nun ist aber dieser Imperialismus der natürliche Verbündete des bolschewistischen Imperialismus, wenn er nicht sogar ganz mit ihm verschmilzt. Wenn die Deutschen sagen, daß sie keinen größeren Feind haben – daß Europa keinen größeren Feind hat – als den Bolschewismus, so bin ich sicher, daß sie aufrichtig sind. Und wenn sie behaupten, daß ihr Nationalsozialismus Europa vor der bolschewistischen Invasion bewahrt hat, so übertreiben sie kaum.“¹⁰⁵

Die Vertreter einer solchen Interpretation leugneten nicht, daß sich die nationalsozialistische Machtergreifung insbesondere gegenüber den Juden in gewaltsamer Weise vollzog. Doch während das demokratische und ein Großteil des katholischen Frankreich den antisemitischen Terror der Nazis unzweideutig und vor allem nach der sogenannten „Reichskristallnacht“ auf das schärfste verurteilte¹⁰⁶, herrschte im Denken der hier untersuchten extremen Rechten eine Auffassung vor, die im Grunde von der Schuld der Opfer ausging. Daß die Abscheu und auch die latente Furcht vor bolschewistischen Greuelthaten – die häufig auf das Konto der Juden angerechnet wurden – ein konstitutives Element des französischen Antibolschewismus bzw. Antisemitismus war, ist bereits hervorgehoben worden. Bei der Diskussion der nationalsozialistischen Gewalttaten erfolgte nun durchweg gewissermaßen ihre „Aufrechnung“ gegen den – als weitaus gravierender eingeschätzten – „jüdisch-bolschewistischen“ Terror. So berichteten die Gebrüder Tharaud Ende 1933 zwar ausführlich und detailliert über die

¹⁰³ Das Zitat: *Le Communisme est juif!*, in: *Le Documentaire illustré* vom 1. 1. 1939, S. 23; *Face au Front Populaire. Contre la guerre...*, S. 45; Hagel, *Le péril juif*, S. 54 ff. Vgl. Châteaubriant, *La gerbe des forces*, S. 254.

¹⁰⁴ *Le Communisme est juif!*, in: *Le Documentaire illustré* vom 1. 1. 1939, S. 22, 29; Tharaud, *Quand Israël n'est plus roi*, S. 84.

¹⁰⁵ Louis Bertrand, *Hitler*, Paris 1936, S. 91 ff. Vgl. zu Bertrands Besuch in Deutschland Otto Abetz, *Das offene Problem. Ein Rückblick auf zwei Jahrzehnte deutscher Frankreichpolitik*, Köln 1951, S. 81.

¹⁰⁶ Siehe Hans Hörling, *Das Deutschlandbild in der Pariser Tagespresse vom Münchner Abkommen bis zum Ausbruch des II. Weltkrieges. Quantitative und qualitative Analyse*, Frankfurt a.M. 1985, S. 95 ff. Auf die Presse der extremen Rechten geht Hörling in seiner Untersuchung nicht ein. Zum Deutschlandbild der Linken siehe auch Friedrich Taubert, *Französische Linke und Hitlerdeutschland. Deutschlandbilder und Strategieentwürfe (1933–1939)*, Frankfurt a.M. 1991.

Brutalitäten, welche die Juden unter dem neuen Regime erleiden mußten, fügten dann jedoch einschränkend hinzu: „Trotzdem muß man feststellen, daß sich in Deutschland nichts, bei weitem nichts abgespielt hat, das vergleichbar wäre mit dem, was man unlängst in Rußland gesehen hat, mit den Pogromen und den systematischen Metzereien, die von der Polizei auf Anweisung der Regierung organisiert worden sind.“¹⁰⁷ Auch wenn in fünf Jahren mehr als 100 000 Juden Deutschland hätten verlassen müssen – „größtenteils revolutionäre Aktivisten und anarchistische Intellektuelle“ –, so schrieb Salomon-Koechlin am Vorabend des Zweiten Weltkriegs, dürfte man darüber doch nicht die essentielle Frage aus den Augen verlieren: „Für welche Massaker und Verwüstungen, die die ganze Zivilisation betreffen, hat nicht der jüdisch-marxistische Sieg das Signal gegeben? Die Reaktion war unvermeidlich.“¹⁰⁸ Diese Einschätzung blieb auch dann im wesentlichen unverändert, als Deutschland im November 1938, im Anschluß an die Ermordung des Pariser Gesandtschaftsbeamten vom Rath, Schauplatz von bis dahin im Westen beispiellosen antijüdischen Pogromen wurde. Léon de Poncins, ein Industriellensohn aus der Provinz und umtriebiger antisemitischer Schriftsteller, kommentierte: „Die Leute, die einen Mordjuden, einen angeblichen Rächer des verfolgten ‚Erwählten Volks‘ bemitleiden, mögen nicht vergessen, welche schreckliche Verantwortung Israel für die apokalyptischen Massaker der bolschewistischen Revolutionen Rußlands, Ungarns, Deutschlands, Mexikos und Spaniens trägt – Revolutionen, die von Juden vorbereitet, geleitet und finanziert worden sind.“¹⁰⁹ Und die Wochenzeitung „Je suis partout“ warnte vor „schändlichen und gefährlichen Heucheleien“: „Warum, katholische französische Bürger, legt ihr eine solche Entrüstung über die Plünderungen in Berlin und München an den Tag, die im übrigen begrenzt geblieben sind? Weil ihr eine Presse lest, die sich größtenteils in den Händen der Juden und derjenigen befindet, denen es durch Haß auf Hitler und rassische Solidarität gelungen ist, euer Mitleid zu wecken. Aber (. . .) was habt ihr gesagt, als die marxistische Barbarei systematisch darauf versessen war, in Rußland alle Intellektuellen, alle Priester, alle Kleinen und selbstverständlich alle Mittleren und Großen, alle Bauern, alle Gewerkschafter, alle Menschewisten, kurz, alle diejenigen zu vernichten, die der Feindschaft oder bloß der Lauheit gegenüber dem Regime Väterchen Lenins verdächtig waren?“¹¹⁰

Für weite Teile der zeitgenössischen extremen Rechten Frankreichs unterlag es mithin keinem Zweifel, daß ein mehr oder minder direkter Kausalzusammenhang zwischen dem Terror der als jüdisch deklarierten bolschewistischen Revolution und den

¹⁰⁷ Tharaud, *Quand Israël n'est plus roi*, S. 4 ff.; das Zitat S. 8. Die Gebrüder Tharaud waren enge Mitarbeiter des nationalistischen Schriftstellers Maurice Barrès gewesen und standen der Action Française nahe. Vgl. Ferdonnet, *Face à Hitler*, S. 221; *Est-ce que je deviens antisémite?*, S. 115 ff.

¹⁰⁸ Salomon-Koechlin, *Le temps de la raison*, S. 79 f.

¹⁰⁹ Léon de Poncins, *L'Assassinat de von (sic!) Rath*, in: *Contre-Révolution* (décembre 1938), S. 133. Vgl. *Encore un juif assassin*, in: *R. I. S. S.* vom 15. 12. 1938, S. 622. Vgl. damit die gegensätzliche Stimme von *La Croix* vom 27./28. 11. 1938: „On n'ignore pas la part que quelques-uns d'entre eux (i.e. die Juden, A. W.) ont prise dans la révolution sanglante du bolchevisme; mais leur misère dans le Reich fait oublier tout autre aspect de cette pénible question.“ Zit. nach Fleury, „*La Croix*“, S. 325.

¹¹⁰ Dorsay, *Honteuses et dangereuses hypocrisies*, in: *Je suis partout* vom 25. 11. 1938.

antisemitischen Verbrechen Hitlerdeutschlands bestand. Zu einer Zeit, als der millionenfache planmäßige Massenmord noch jenseits des zeitgenössischen Vorstellungsvermögens lag, erschien in dieser Perspektive der nationalsozialistische Terror gegen die Juden als eine in ihren Exzessen vielleicht bedauerliche, aber im Grund doch legitime und notwendige, ja notwehrhafte Reaktion gegen eine tödliche Gefahr. Es bedarf keiner Diskussion, daß solche ideologische Verblendung, die wehrlose Opfer zu Schuldigen verurteilte, moralisch zutiefst verwerflich war. Sätze wie die folgenden können daher in Kenntnis des nachmaligen Geschehens nur mit tiefer Beklemmung gelesen werden: „Man sieht klar und deutlich, daß der theoretische und praktische Marxismus ein doppeltes Ziel verfolgt, nämlich die Zerstörung der okzidentalen Zivilisation einerseits und den Triumph des jüdischen Volkes andererseits . . . Es wird also offenbar, daß die Nationen, wenn sie die Gefahr, die sie bedroht, bemerken, früher oder später eine Verteidigungshaltung einnehmen werden, die auf jeden Fall über Israel das schlimmste Unglück bringen wird. Viele Unschuldige drohen so für die Schuldigen zu zahlen, und in diesem Kreuzzug gegen den Marxismus könnte das jüdische Volk leicht das Opfer neuer und unangenehmer Fortschritte des Antisemitismus werden. Die Eliten Israels haben keine Minute mehr zu verlieren, um sich feierlich von den revolutionären und imperialistischen Tendenzen loszusagen, zu denen sich die zahlreichen jüdischen Schüler von Karl Marx offen bekennen. Wenn nicht, wird ein weiteres Mal die Katastrophe über das gesamte jüdische Volk kommen, und sie wird ohne jeden Zweifel schrecklicher sein als die vorhergehenden, wenn man danach urteilt, was in Hitlerdeutschland passiert und was sich anderswo vorbereitet.“¹¹¹

Die Betonung der ideologischen Affinitäten zum nationalsozialistischen Deutschland implizierte eine neue Form des „Pazifismus“ oder „Neo-Pazifismus“, wie ihn Charles Micaud genannt hat¹¹². Anders als der Großteil der traditionellen Rechten zeichnete sich der „Neo-Pazifismus“ der extremen Rechten durch einen anti-britischen Affekt aus und forderte von der französischen Außenpolitik ein genuines Vertrauen in Hitlers Friedens- und Kooperationsbeteuerungen. So wie schon während des italienischen Abessinien-Krieges lehnte diese neue, ideologisch begründete Form des

¹¹¹ Massoutié, *Judaïsme et Marxisme*, S. 138 f. Angesichts solcher Stimmen bliebe zu diskutieren, inwieweit dies eine neue Perspektive auf die stark umstrittenen Thesen Ernst Noltes werfen könnte, wonach der nationalsozialistische Antisemitismus in seinem Selbstverständnis als Funktion eines genuinen Antibolschewismus zu begreifen sei und der Nationalsozialismus insgesamt als eine ideologisch „überschießende“ Reaktion auf die „ursprünglicheren“ bolschewistischen Untaten. Ernst Nolte, Bürgerkrieg, sowie die den sog. „Historikerstreit“ mitauslösenden Aufsätze von Nolte, „Zwischen Geschichtslegende und Revisionismus?“ (1985) sowie „Vergangenheit, die nicht vergehen will“ (1986), beide neu abgedruckt in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987, S. 13–35 und 39–47. Allerdings betonten selbst diejenigen französischen antisemitischen Autoren, bei denen die höchste ideologische Konvergenz mit dem Nationalsozialismus festzustellen ist, den spezifischen völkisch-rassistischen Charakter des nationalsozialistischen Antisemitismus, dem sie einen gleichsam „politischen“ Antisemitismus entgegenhielten. Siehe etwa *Le Communisme est juif!*, in: *Le Documentaire illustré* vom 1. 1. 1939, S. 29; *Est-ce que je deviens anti-sémite?*, S. 8 ff.

¹¹² Micaud, *French Right*, S. 58 ff.

Pazifismus jegliche Sanktionen gegen Hitlers Einmarsch in das Rheinland im März 1936 ab. Im Jahre 1938 gehörte er zu den vehementesten Befürwortern des Münchener Abkommens, und noch am 1. 9. 1939 lautete die Schlagzeile von „Je suis partout“: „A bas la guerre, vive la France!“¹¹³

Insofern er mit der gesamten deutschlandpolitischen Tradition der nationalistischen Rechten brach, ist dieser „Neo-Pazifismus“ ein auffälliges und Erklärung erheischendes Phänomen. Keinesfalls ist er gleichzusetzen mit dem grundsätzlichen bürgerlichen und sozialistischen Pazifismus der Zwischenkriegszeit¹¹⁴. Die Forderung nach einer Verständigung mit dem nationalsozialistischen Deutschland mag zwar der allgemein verbreiteten Abscheu vor dem Krieg und der Sehnsucht nach einem stabilen Frieden entgegen gekommen sein; doch im Kern bildete sie gewissermaßen das außenpolitische Gegenstück zum inneren Kampf gegen Kommunismus, Volksfront und Juden. Der erwähnte deutschlandpolitische Paradigmenwechsel in der politischen Vorstellungswelt der extremen Rechten nach 1933 verlagerte die Frontlinie der politischen und ideologischen Gegensätze gewissermaßen vom Rhein in das Landesinnere. Der latente deutsch-französische Krieg trat hinter einen scheinbar drohenden innerfranzösischen Bürgerkrieg zurück. „Ich mache überhaupt keinen Unterschied zwischen der jüdischen Armee der Blum und der teutonischen Armee (armée boche) der Falkenhayn. (...) Keinerlei Unterschied zwischen dem jüdischen und dem deutschen Frieden. (...) Und ich ziehe den deutschen Frieden vor, gleich zu welchem Zeitpunkt.“¹¹⁵ Die Gegner in einem solchen Bürgerkrieg würden freilich diejenigen sein, die Hitlerdeutschland moralisch verurteilten und nach Wegen suchten, seine Aggressivität politisch einzudämmen. Härte und Standhaftigkeit gegenüber Hitler – im Zeichen des Appeasement ohnehin nicht besonders stark ausgeprägt – galten aus der Perspektive des rechtsextremen „Neo-Pazifismus“ als Kriegstreiberei im Dienste Moskaus, wobei Kommunisten, Juden und Emigranten die entscheidende Verantwortung beigemessen wurde. „Seit mehr als einem Jahrhundert sucht man zugunsten der jüdisch-orientalischen Interessen die Vorwände zum Haß und zum Krieg zu vermehren. (...) Der deutsch-französische Haß, der relativ jungen Datums ist, hat bereits so viele Opfer gekostet und dies allein mit dem Ziel der Bereicherung des Juden. Der freimaurerische und kommunistische jüdische Orient möchte diese beiden Völker gleicher Rasse, gleichen Ursprungs und gleicher Gefühle aufs Neue gegeneinander hetzen.“¹¹⁶ Das hiermit korrespondierende innenpolitische Schlagwort lautete: „Plutôt Hitler que Blum!“¹¹⁷

¹¹³ Zit. nach Maurice Vaisse, *Le pacifisme français dans les années trente*, in: *Rélations internationales* No. 53 (printemps 1988), S. 37–52, hier: S. 50.

¹¹⁴ Dazu jetzt: Norman Ingram, *The Politics of Dissent. Pacifism in France 1919–1939*, Oxford 1991.

¹¹⁵ Céline, *Bagatelles*, S. 96.

¹¹⁶ *Le Front Franc au peuple français*, in: *Le Réveil du Peuple* vom 1. 9. 1936. Vgl. des weiteren z. B. *Je suis partout* vom 11. 4. 1936, 20. 3. 1937, 11. 2., 18. 2. und 25. 11. 1938; *L'Affranchi* vom 12. 3. 1936; *Gringoire* vom 24. 4. 1936; *R.I.S.S.* vom 15. 7. 1936, S. 442, und 15. 12. 1936, S. 715 ff., Milès, *La juiverie*, S. 44 f.; *Face au Front Populaire. Contre la guerre...*, S. 91.

¹¹⁷ Siehe nur Céline, *Bagatelles*. Es ist durchaus nicht sicher, daß diese Parole lediglich die Gefühle einer

Der „Neo-Pazifismus“ der französischen extremen Rechten war mithin Teil einer komplexeren, seit der Mitte der dreißiger Jahre Gestalt gewinnenden Kollaborationsideologie, die ihren Ausgangspunkt im Empfinden der Dekadenz der westlichen Zivilisation besaß und für die man häufig die Juden verantwortlich machte. Zum einen erschien ein schrankenloser Kapitalismus als Spezifikum dieses diagnostizierten Verfallsprozesses; zum anderen aber erkannte man im Bolschewismus dessen konsequenteste und zugleich zerstörerischste Ausprägung. Der Nationalsozialismus erschien in diesem Zusammenhang keineswegs ausschließlich als Ausdrucksform eines spezifisch deutschen völkischen Nationalismus. Seit der Mitte der dreißiger Jahre und vor allem seit 1936 häuften sich in Frankreich vielmehr die Stimmen, die dem Nationalsozialismus eine transnationale, „europäische“ Rolle zur Verteidigung und Regeneration des Okzident zuschrieben. „Als Gefangene der unmittelbaren Gegenwart“, so schrieb etwa Batault am Vorabend des Zweiten Weltkriegs, „können wir noch nicht die historische Bedeutung ermessen, die Hitler ohne Zweifel erlangen wird: nicht nur seine deutsche, sondern seine ‚okzidentale‘ Bedeutung“¹¹⁸. Der Nationalsozialismus repräsentierte demzufolge eine Reaktion westlichen Geistes und westlicher Zivilisation „gegen den messianischen und rationalistischen Universalismus, der sich aus den jüdischen Vorstellungen über den Menschen und die Gesellschaft ergibt“¹¹⁹. Châteaubriant, der im Nationalsozialismus nachgerade die Kreation eines „neuen Menschen“ feierte, sah die Dinge ähnlich, wenn auch ohne die antisemitische Schuldzuweisung: „Hitler symbolisiert einen neuen Geist, nämlich den einer Revolution – der Revolution, die sich dem Bolschewismus in den Weg stellt. (. . .) Zu einem großen Teil ist diese Revolution spezifisch deutsch, aber sie ist universal in dem Sinne, daß sie (. . .) der deutsche Ausdruck einer universalen Notwendigkeit war.“¹²⁰ Außer seiner spezifisch „deutschen Mission“ – so lautete eine andere Stimme – habe sich Hitler vor der „ganzen Welt“ das Verdienst erworben, „in Deutschland einen Damm gegen den Weltbolschewismus errichtet zu haben, an dem sich die Wellen der schändlichen jüdisch-asiatischen Flut gebrochen haben. (. . .) Deutschland ist in Europa das letzte Bollwerk gegen den Bolschewismus. Wenn Deutschland im nächsten Krieg, den uns die Juden aufzwingen werden, geschlagen wird, wird dies zunächst dort und bald darauf in ganz Europa die kommunistische Revolution zur Folge haben.“¹²¹ In ihrer schärfsten Ausprägung präsentierte sich diese Geisteshaltung rassistisch, wenn sie in dem Vertei-

„verschwindenden Minderheit“ wiedergab, wie René Rémond meint: *L'image de l'Allemagne dans l'opinion publique française de mars 1936 à septembre 1939*, in: Klaus Hildebrand/Karl Ferdinand Werner (Hrsg.), *Deutschland und Frankreich 1936–1939*, München 1981, S. 4–16, hier: S. 12. Vgl. für weitere Belege im einzelnen Schor, *L'antisémitisme en France*, S. 158.

¹¹⁸ Batault, *Israël*, S. 97.

¹¹⁹ Ebenda, S. 188.

¹²⁰ Châteaubriant, *La gerbe des forces*, S. 140. Allerdings hat auch Châteaubriant gelegentlich vermutet, hinter dem Bolschewismus stehe u. a. das Judentum; vgl. ebenda, S. 255.

¹²¹ Blaccas, *Sous l'étreinte juive*, S. 59, 61. Vgl. Hagel, *Le péril juif*, S. 90 f.; *Le Communisme est juif!*, S. 22; R. van den Brock, *Hitler a raison*, in: *Le Réveil du Peuple* vom 1. 6. 1936.

digungskampf der „arischen Rasse“ zugleich die kulturelle Verteidigung des Okzidents zu erkennen glaubte¹²².

Daß der Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes vom 23. 8. 1939 für dieses politische Milieu ideologisch ebenso überraschend kam wie für die extreme Linke, liegt auf der Hand. Keineswegs aber führte dies zur Überprüfung eigener Positionen; vielmehr zog die extreme Rechte aus dem Pakt propagandistischen Nutzen, indem sie mit der angeblich zu prosovjetschen Regierung Daladier abrechnete¹²³. Nach der Niederlage von 1940, die man ebenso auf das Konto der als verdorben betrachteten demokratischen Republik buchte, schien sich die Möglichkeit zur erhofften nationalen Regeneration – wenn auch unter deutscher Vorherrschaft – zu eröffnen. Der deutsche Rußlandfeldzug von 1941 bewies dann, daß die ideologischen Fronten nur kurzfristig überdeckt worden waren.

Die Versuchung mag naheliegen, die hier skizzierte politische Richtung – die ja innerhalb des französischen Gesamtspektrums minoritär blieb – für historisch wenig bedeutsam zu halten. Doch scheinen dies unseres Erachtens Evidenz und Dichte der überlieferten Quellen nicht zu erlauben. Nicht umsonst glaubte Henri de Kerillis, ein Vertreter der traditionellen Rechten mit starken Sympathien für die außerparlamentarischen Verbände, Ende 1938 gegen den intellektuellen „Verrat“ und den nazi-ähnlichen Antisemitismus eines Teils der Rechtspresse zu Felde ziehen zu müssen¹²⁴. Zwei Jahre zuvor hatte de Kerillis – ein überzeugter Antikommunist und Gegner Hitlers – die Stimmung in Frankreich bereits als nicht ungefährlich eingeschätzt: „Warum sollen wir es nicht zugeben? Gegenwärtig entwickelt sich in einem Bereich der öffentlichen Meinung eine Denkrichtung, die zwar noch schwach, aber außerordentlich beunruhigend ist. Man hört es murmeln: ‚Hitler tritt als Vorkämpfer der moralischen Ordnung und der europäischen Zivilisation auf. (...) Müssen wir nicht wünschen, daß er uns die schreckliche Heimsuchung des Kommunismus und das Schicksal des unglücklichen Spanien erspart? Ist er nicht vielmehr ein Erretter als ein Feind?‘ Tatsächlich möchte sich Hitler vor der Welt als großer Mystiker und Erleuchteter präsentieren, als neuer Sankt Georg, der den kommunistischen Dämon zu Boden schmettern und Europa vor der asiatischen Gefahr bewahren will.“¹²⁵

Zwar dürfte es sicher sein, wenn auch quellenkritisch schwer beweisbar, daß die Suggestivkraft der etwa von dem nationalsozialistischen „Weltdienst“ in Erfurt aus-

¹²² Gontier, *Racisme français*; Alain Saint-André, *L'Aryo-racisme substratum de la rénovation occidentale*, in: *Le Réveil du Peuple* vom 1. 6. 1936. Vgl. Louis Ferdinand Céline, *L'école des cadavres*, Paris 1938, S. 264: „Si vous voulez vraiment vous débarrasser des Juifs, alors (. . .): le racisme! Les Juifs n'ont peur que du racisme! (. . .) Racisme! et pas un petit peu, du bout des lèvres, mais intégralement! absolument! inexorablement! comme la stérilisation Pasteur parfaite.“

¹²³ Jean-Paul Brunet, *La presse française et le pacte Germano-Soviétique (Août 1939)*, in: *Relations internationales* No. 2 (novembre 1974), S. 187–121, hier S. 198f.

¹²⁴ Kingston, *Anti-semitism in France*, S. 4.

¹²⁵ *L'Echo de Paris* vom 11. 9. 1936.

gehenden Propagandaformeln die Rhetorik der französischen extremen Rechten direkt und indirekt beeinflusst hat¹²⁶. Auch die zahlreichen Deutschlandbesuche vieler hier in Frage stehenden Autoren und die dabei unmittelbar erfahrene Selbstinszenierung des Nationalsozialismus haben ihre Wirkung nicht verfehlt¹²⁷. Die politische Haltung aber, die sich gegebenenfalls zum willigen Rezipienten solcher Propaganda machte, entsprang genuin französischem Denken. Auch wenn die nationalsozialistische Propaganda unter Ribbentrop und Otto Abetz in Frankreich einige Erfolge zu verzeichnen wußte und es von den Nazis regelrecht gekaufte Journalisten gab¹²⁸, bestand eine klare ideologische Kontinuität zwischen dem politischen Denken der französischen extremen Rechten während der dreißiger Jahre und der Kollaboration¹²⁹. Von der während des hier untersuchten Zeitraums entwickelten Kollaborationsideologie zur praktischen Kollaboration nach 1940 war es nur ein kleiner Schritt, und die weltanschauliche Substanz, die ihr zugrunde lag, erklärt vielleicht auch einen Teil der Verbissenheit, mit welcher – wiederum nur eine Minorität – an der Kollaboration auch dann noch festhielt, als ihre Fortsetzung bereits aussichtslos war. Ein Kollaborateur wie Lucien Rebatet jedenfalls konnte sich über das Jahr 1940 hinaus problemlos treu bleiben, wenn er etwa 1941, nach Beginn des deutschen Rußlandfeldzuges, schrieb: „Der Bolschewismus jüdischen Ursprungs, der danach trachtet, seine Barbarei über den gesamten Erdkreis auszudehnen, war überdies das gewaltigste Unternehmen jüdischen Hasses gegen die Christenheit. (...) Mit ihren Siegen haben die deutschen Armeen den bolschewistischen Alptraum, der über der ganzen Welt laste-

¹²⁶ Über Verbindungen des Erfurter „Weltdienstes“ mit französischen Antisemiten unterrichtet der von Kingston, *Anti-semitism in France*, publizierte Polizeibericht von 1939: S. 13 f., 23, 29, 44, 64.

¹²⁷ Siehe exemplarisch: Robert Brasillach, *Cent heures chez Hitler. Le Congrès de Nuremberg*, in: *La Revue Universelle* vom 1. 10. 1937, S. 55–74. Zu den Deutschlandreisen vgl. Pascal Ory, *Les collaborateurs 1940–1945*, Paris 1976, S. 14 f.

¹²⁸ So z. B. Paul Ferdinand, vgl. Ory, *Les collaborateurs*, S. 16. Zu der psychologischen Frankreichpropaganda der Nazis vgl. Wilhelm von Schramm, *Hitler und die Franzosen. Die psychologische Vorbereitung des Westkrieges 1933–1939*, Mainz 1980 (2. Auflage des zuerst 1973 unter dem Titel „... sprich vom Frieden, wenn du den Krieg willst“ erschienenen Bandes) sowie Fred Kupferman, *Diplomatie parallèle et guerre psychologique: Le rôle de la „Ribbentrop-Dienststelle“ dans les tentatives d'action sur l'opinion française: 1934–1939*, in: *Revue d'Allemagne* 10 (1978), S. 507–527. Siehe auch Dietrich Orlow, *Der Nationalsozialismus als Markenzeichen und Exportartikel. Das Dritte Reich und die Entwicklung des Faschismus in Holland und Frankreich 1933–1939*, in: Büttner (Hrsg.), *Das Unrechtsregime*, Bd. I, S. 427–468, hier: S. 442 f. Die von Max Gallo, *Cinquième colonne 1930–1940. Et ce fut la défaite...*, Paris 1970 vertretene These, wonach die Niederlage und die Errichtung des Vichy-Staates mehr oder minder direkt auf den Verrat einer von Mussolini und Hitler bezahlten Fünften Kolonne zurückzuführen seien, ist nicht haltbar.

¹²⁹ Vgl. Michael R. Marrus, *Vichy before Vichy: antisemitic currents in France during the 1930s*, in: *The Wiener Library Bulletin* 33 (1980), S. 13–19, der diese Kontinuität ebenfalls herausstreicht. Vgl. auch Michael R. Marrus/Robert O. Paxton, *Vichy et les Juifs*, Paris 1981, S. 72 ff. Im übrigen sind auch für das England der 1930er Jahre ähnliche, wenn auch in ihrer Wirkung weit begrenzte ideologische Tendenzen wie die hier beschriebenen festzustellen. Siehe Gisela C. Lebzelter, *Political Anti-Semitism in England 1918–1939*, London 1978, S. 16 ff., 63 ff.; G. C. Webber, *The Ideology of the British Right 1918–1939*, New York 1986, v. a. S. 124 ff.

te, vertrieben. (...) Weit im Osten werden sie die Grenzen des neuen Europa festsetzen, und sie werden der asiatischen Rohheit des stalinistischen Marxismus große Gebiete wegnehmen. Wir sollten den großartigen Dienst zu schätzen wissen, den auf diese Weise das nationalsozialistische Deutschland – dessen wirkliches Antlitz uns aufgrund der Lügen Moskaus, Londons und Israels so lange verborgen blieb – dem christlichen Okzident erweist.“¹³⁰

¹³⁰ Lucien Rebatet, *Le Bolchevisme contre la civilisation*, Paris 1941, S. 46 f.

JOSEF HENKE

QUELLENSCHICKSALE UND BEWERTUNGSFRAGEN

Archivische Probleme bei der Überlieferungsbildung zur Verfolgung der Sinti und Roma im Dritten Reich¹

I.

Die folgenden Darlegungen berühren vielfältige Aspekte archivischen Arbeitens. In manchen Bereichen werden die Grenzen spezifisch archivarischer Tätigkeiten sogar deutlich überschritten.

Zunächst gilt es einmal mehr, dem Schicksal bestimmter zeitgeschichtlicher Quellen aus der Zeit des NS-Regimes nachzuspüren. Ihr Weg erweist sich in diesem Fall als besonders verschlungen und unübersichtlich. Er verliert sich häufig im Dunkel der Nachkriegsjahre, um dann an unerwarteter Stelle wieder sichtbar zu werden. Es gibt auch keine eindeutige Aussage darüber, wie vollständig das Material jemals war, wieviele Verluste es im Lauf der Zeit erlitten hat und wohin die verlorenen oder nur angeblich verlorenen Quellen tatsächlich versickert waren. Es begegnet ein in seinen Verästelungen besonders symptomatisches Beispiel für das bekannte heterogene Bild des allgemeinen Schicksals deutscher zeitgeschichtlicher Überlieferungen in Kriegs- und Nachkriegszeit².

¹ Veränderte und erweiterte Fassung eines am 8. Oktober 1991 auf dem 62. Deutschen Archivtag in Aachen gehaltenen Referats. Eine Kurzfassung wurde abgedruckt in: *Der Archivar* 45 (1992), Sp. 59–63.

² Vgl. den Erkenntnisstand zu Beginn der 80er Jahre in der damaligen Bundesrepublik zusammenfassend Josef Henke, *Das Schicksal deutscher zeitgeschichtlicher Quellen in Kriegs- und Nachkriegszeit. Beschlagnahme-Rückführung-Verbleib*, in: *VfZ* 30 (1982), S. 557–620. Die politischen Umwälzungen in Ost- und Mitteleuropa seit 1989 haben auch in dieser Frage zu z. T. grundlegend neuen Erkenntnissen geführt. So wurden insbesondere in der ehemaligen Sowjetunion, in der Tschechoslowakei, aber auch in einem geheimen „NS-Archiv“ des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR in der Berliner Freienwalder Straße in beträchtlichem Umfang deutsche Quellen auch z. T. zentraler Provenienzen vor allem aus der NS-Zeit zugänglich, auf die es bis dahin nur andeutungsweise oder gar keine Hinweise gab. Vgl. zum MfS-Archiv in der Freienwalder Straße derzeit noch Götz Aly, *Stasi hortete Nazi-Akten*, in: *die tageszeitung (taz)* vom 23. 4. 1991, S. 13, sowie die Artikel: *Erpresserzentrale, Aktenhort oder was?*, in: *Neues Deutschland* vom 18./19. 5. 1992, S. 13, und: *Hälfte hinter Efeu*, in: *Der Spiegel* vom 21. 5. 1991, S. 50–56; die Archivalien befinden sich inzwischen im Bundesarchiv-Zwischenarchiv in Dahlwitz-Hoppegarten; zu den deutschen Quellen in der ehemaligen Sowjetunion Kai von Jena/Wilhelm Lenz, *Die deutschen Bestände im Sonderarchiv in Moskau*, in: *Der Archivar* 45 (1992), Sp. 457–468; über die vor allem aus den Archivalien des ehema-

Daneben sind Probleme archivischen Bewertens anzusprechen, also Aspekte der „Kerntätigkeit des Archivars, seiner gesellschaftlich gewichtigsten Aufgabe“, die das spezifisch archivische Berufsbild der Gegenwart „am stärksten charakterisiert und unverwechselbar prägt“ und deren gesellschaftliche Bedingtheit und Verantwortlichkeit Hans Booms vor zwei Jahrzehnten richtungweisend analysiert hat³. Wie ist gleichförmiges Massenschriftgut aus der Zeit des NS-Regimes archivisch zu bewerten, in diesem Fall mehr als 20 000 „rassendiagnostische Gutachten“ über Zigeuner und Zigeunermischlinge, Materialien also, die nachweislich für die „rassenmäßige Behandlung“ einer Minderheit und damit für die Vorbereitung von deren Verfolgung und späteren Vernichtung durch den NS-Terrorapparat einen zumindest sekundären, für die

ligen „Kriegsarchivs der Waffen-SS“ bestehenden deutschen Bestände in der Tschechoslowakei verfügt das Bundesarchiv über listenmäßige Übersichten und Findbücher, eine publizierte Bestandsaufnahme steht noch aus.

³ Hans Booms, Gesellschaftsordnung und Überlieferungsbildung. Zur Problematik archivarischer Quellenbewertung, in: *Archivalische Zeitschrift* 68 (1972), S. 3–40, hier: S. 3. In diesem auf dem Eröffnungsvortrag vor dem 47. Deutschen Archivtag 1971 in Dortmund basierenden Aufsatz hat Hans Booms, Präsident des Bundesarchivs 1972–1989, alle Ansätze zur Lösung des Problems der Quellenbewertung in der deutschen Archivgeschichte eingehend kritisch untersucht und die theoretischen Grundlagen und methodischen Ansätze zu einer ebenso historisch-wissenschaftlich wie gesellschaftlich verantwortbaren, auf den Inhalt der Akten ausgerichteten „positiven Wertauslese“ bei der Überlieferungsbildung gelegt. Mit einprägsamen und auch heute noch gültigen Formulierungen gelang es Booms, das – natürlich auch das archivische Berufsbild und Selbstverständnis ganz wesentlich berührende – „Schlüsselproblem der Archivwissenschaft“ aus „administrationsimmanenten“ und „strukturalistischen“ Diskussionsansätzen heraus erstmals in einen unverstellten Kontext nicht nur mit historiographischen, sondern auch allgemein politischen und gesellschaftlichen Perspektiven zu stellen. Dabei betonte Booms die „gesellschaftliche Gewichtung und damit gesellschaftliche Verantwortung archivischer Überlieferungsbildung“ (S. 12) und fragte in diesem Zusammenhang, ob die „Feststellung, daß derjenige, der darüber befindet, welche Ereignisse des gesellschaftlichen Lebens mittels ihrer Informationsträger überliefert werden und damit der Erinnerungsmöglichkeit der Gesellschaft erhalten bleiben und welche nicht, dabei gesellschaftlich gewichtige Entscheidungen trifft“, bislang überhaupt in das gesellschaftliche Problembewußtsein gedrungen sei, und ob darüber hinaus diese „monopolartig ausgeübte Tätigkeit des Archivars denn nicht einer gewissen gesellschaftlichen Kontrolle bedürfe“ (S. 10). Für die archivfachliche Diskussion der von Booms aufgestellten Thesen und Vorschläge – letztere sind indessen weitgehend ohne praktische Folgen geblieben – wie der „archivalischen Wertlehre“ überhaupt vgl. vor allem Gerhard Granier, Die archivische Bewertung von Dokumentationsgut – eine ungelöste Aufgabe, in: *Der Archivar* 27 (1974), Sp. 231–240; Fritz W. Zimmermann, Theorie und Praxis der archivalischen Wertlehre, in: *Archivalische Zeitschrift* 75 (1979), S. 263–280; Wolfram Werner, Der Standort des Archivars im Wandel politischer Wertvorstellungen, in: *Der Archivar* 41 (1988), Sp. 47–56; Siegfried Büttner, Ressortprinzip und Überlieferungsbildung, in: Friedrich P. Kahlenberg (Hrsg.), *Aus der Arbeit der Archive. Beiträge zum Archivwesen, zur Quellenkunde und zur Geschichte. Festschrift für Hans Booms*, Boppard 1989, S. 153–161; Bodo Uhl, Der Wandel in der archivischen Bewertungsdiskussion, in: *Der Archivar* 43 (1990), Sp. 529–538; die in den *Archivmitteilungen* 41 (1991), S. 101–125 (Heft 3/91) unter dem Sammeltitle „Archivarische Bewertung in Deutschland – Bilanzen und Perspektiven“ abgedruckten Referate eines Kolloquiums vom 6. bis 8.3. 1991 am Lehrstuhl für Archivwissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin; und zuletzt erneut Hans Booms, Überlieferungsbildung: Keeping Archives as a Social and Political Activity, in: *Archivaria* 33 (Winter 1991–92), S. 25–33.

„Selektion“ der zu verfolgenden Bevölkerungsgruppe sogar primären Stellenwert beisaßen⁴? Wie verhält sich also der Archivar, wenn aus zunächst so bezeichneten kriminalpolizeilichen personenbezogenen Akten plötzlich in der Öffentlichkeit „NS-Völkermordakten“ werden? Was tun also, wenn archivfachliche Kriterien offensichtlich moralisch-politischen Grundsätzen gegenüberstehen, von diesen sogar überlagert werden? Besteht hier ein Gegensatz, und disqualifiziert sich dann streng archivfachliches Handeln mitunter als eine „beispiellose Instinktlosigkeit“⁵? Oder impliziert archivfachliche Methode in bestimmten Fällen nicht gerade auch solche politisch-moralischen Entscheidungsfaktoren? Der unvermeidbare gesellschaftlich-politische Kontext, in den jede archivarische Bewertungsentscheidung gestellt ist, mag sie auch noch so formal-methodisch und „administrationsimmanent“, d. h. allein auf die federführende Tätigkeit des Registraturbildners ausgerichtet sein⁶, wird schon aus dieser Fragestellung deutlich.

Schließlich tangiert der hier behandelte Themenkomplex auch Bereiche außerhalb der engeren beruflichen Tätigkeit des Archivars. Schon einige Jahre vor dem Medienpektakel um die angeblichen „Hitler-Tagebücher“ der Illustrierten „Stern“⁷ gerieten Archive und Archivare Ende der 70er und zu Beginn der 80er Jahre in das Kreuzfeuer z. T. heftiger politischer und publizistischer Auseinandersetzungen. Das reichte vom Vorwurf der „widerrechtlichen“ Behandlung oder gar der politisch motivierten, letztlich der Verschleierung faschistischer Verbrechen dienenden Beseitigung von „NS-Völkermordakten“ und ging bis zu spektakulären Archivbesetzungen und eigenmächtigen Aktentransporten. Das führte schließlich zum gewaltsamen Eindringen des vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma organisierten Konvois zu mitternächtlicher

⁴ Zum Themenkomplex der Verfolgung der Sinti und Roma unter dem NS-Regime sowie zum Zusammenhang mit der nationalsozialistischen „Zigeunerforschung“ vgl. zuletzt Michael Zimmermann, Verfolgt, vertrieben, vernichtet. Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik gegen Sinti und Roma, Essen 1989; Sybil Milton, Nazi Policies Toward Romani and Sinti, 1933–1945, Paper for presentation at the German Studies Association annual meeting, Los Angeles, 27. Sept. 1991, Panel 2: „German and Austrian Gypsies under Nazi Rule“ (noch unveröffentlicht); Joachim S. Hohmann, Robert Ritter und die Erben der Kriminalbiologie. „Zigeunerforschung“ im Nationalsozialismus und in Westdeutschland im Zeichen des Rassismus, Frankfurt a. M. 1991.

⁵ So die Qualifizierung der Haltung des Bundesarchivs in der Fernsehendung „Report“ des Südwestfunks vom 3. 11. 1981.

⁶ Dies ist kritisch gegenüber Uhl, Bewertungsdiskussion, einzuwenden, der die praktische Folgenlosigkeit von Booms' gesellschaftlich bezogenen Ansätzen einer positiven inhaltlichen Auslese zum Anlaß nimmt, um auf die angeblichen Vorzüge rein formalmethodischer, rational nachvollziehbarer Bewertungsrichtlinien hinzuweisen. Pointiert bemerkt Uhl in diesem Zusammenhang sehr wohl, daß gerade Berufskollegen von Hans Booms aus dem Bundesarchiv selbst dessen praktische Vorschläge besonders heftig verworfen haben, so neben Granier, Archivarische Bewertung, und Irmtraud Ederstein, Praktische Erfahrungen aus dem Bundesarchiv-Zwischenarchiv, in: Archivpflege in Westfalen und Lippe Nr. 13, Münster 1980, S. 43–46, vor allem („mit geradezu schonungsloser Offenheit“) Büttner, Ressortprinzip.

⁷ Vgl. aus der Sicht des Bundesarchivs Josef Henke, Die sogenannten Hitler-Tagebücher und der Nachweis ihrer Fälschung. Eine archivfachliche Nachbetrachtung, in: Kahlenberg (Hrsg.), Aus der Arbeit der Archive, S. 287–317.

Stunde auf den Hof des Bundesarchivs und zur erzwungenen Übernahme von Archivalien in die Magazine des Bundesarchivs. In dieses Spektrum fügen sich Hungerstreiks und Blockaden von Gruppen und Sympathisanten der Sinti und Roma ebenso wie politische Pressionen von Interessengruppen auf Behörden sowie parlamentarische Gremien und politische Parteien, mit all den nur allzugut vorstellbaren Konsequenzen auf die tägliche Arbeit des zu sofortiger Stellungnahme aufgeforderten Archivars, der doch – wie man annehmen möchte – lieber ruhig und gründlich einen Archivalienbestand erschlossen und ausgewertet hätte. So reicht die Frage der Sicherung und Archivierung der Zigeunerverfolgungsakten auch mitten hinein in den komplexen Problembereich des „richtigen“ Umgangs mit unserer nationalsozialistischen Vergangenheit, tangiert schließlich auch Aspekte der heutzutage und hierzulande so gern beschworenen „politischen Kultur“.

II.

Zur rassenideologischen Behandlung und Verfolgung der Sinti und Roma unter dem NS-Regime gab es bis vor mehr als zehn Jahren keinen unmittelbar einschlägigen Bestand im Bundesarchiv. Wie auch zu anderen Bereichen des NS-Terrorystems dokumentierten sich einschlägige Vorgänge überwiegend eher punktuell und zusammenhanglos in verschiedenen Beständen, z. B. der Reichskanzlei, des Reichsgesundheitsamtes, des Persönlichen Stabes Reichsführer-SS, in zufällig überlieferten Akten von Polizeidienststellen in den besetzten Gebieten, sowie vor allem auch in den Überlieferungen der mit der Konzipierung und Durchführung der NS-Rassen- und Siedlungspolitik befaßten Behörden und Dienststellen⁸.

Als besonders schmerzlich erwies sich der Umstand, daß mit der Masse der Unterlagen des Reichskriminalpolizeiamtes auch die Akten der für die Verfolgung von Zigeunern zuständigen Organisationseinheit in der Amtsgruppe V A des Reichssicherheitshauptamtes durch Kriegseinwirkungen vernichtet worden waren⁹. Noch Anfang

⁸ Vgl. zu den Beständen des Bundesarchivs vor der Vereinigung ganz allgemein die von Gerhard Granier, Josef Henke und Klaus Oldenhege herausgegebenen Übersicht: *Das Bundesarchiv und seine Bestände*, Boppard 1977. Als unentbehrliches Hilfsmittel zur Ermittlung von Archivalien aus der Zeit des NS-Regimes in deutschen Archiven ist neuerdings heranzuziehen das von Heinz Boberach im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte bearbeitete Inventar archivalischer Quellen des NS-Staates. Die Überlieferung von Behörden und Einrichtungen des Reichs, der Länder und der NSDAP, Teil 1: Reichszentralbehörden, regionale Behörden und wissenschaftliche Hochschulen für die zehn westdeutschen Länder sowie Berlin, München/London/New York u. a. 1991. Zur Struktur des Bundesarchivs nach der Vereinigung mit den zentralen Archiven der ehemaligen DDR siehe Friedrich P. Kahlenberg, *Das Bundesarchiv nach dem 3. Oktober 1990*, in: *Der Archivar* 44 (1991), Sp. 525–536, sowie ders., *Democracy and Federalism: Changes in the National Archival System in a United Germany*, in: *American Archivist*, Vol. 55 (1992), S. 72–85.

⁹ Vgl. Heinz Boberach (Bearb.), Bestand R 58, Reichssicherheitshauptamt, Findbücher zu Beständen des Bundesarchivs, Band 22, Koblenz 1982; zum Schicksal der Überlieferung insbesondere S. XXVIII ff.

1990 insbesondere vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, aber auch vom Leiter des Wiener Dokumentationszentrums des Bundes Jüdischer Verfolgter des Naziregimes, Simon Wiesenthal, verbreitete Meldungen, bei der Landespolizeidirektion in Karlsruhe befänden sich noch tausende einschlägiger „Zigeunerakten“ des Reichssicherheitshauptamtes, die bei Kriegsende durch den bis 1937 eben bei dieser Landespolizeidirektion Karlsruhe und danach im Amt V des Reichssicherheitshauptamtes tätigen SS-Oberführer Paul Werner aus Berlin nach Karlsruhe verlagert worden seien, erwiesen sich als unbegründet. Möglicherweise waren – ein bei Nicht-Archivaren, selbst bei Historikern leider nicht beispielloser Vorgang – Provenienzen verwechselt und die in den „Zigeunerakten“ von badischen Kriminal- und Sicherheitspolizeidienststellen abgelegten eingegangenen Schriftstücke des Reichssicherheitshauptamtes als „Bestände des Reichssicherheitshauptamtes“ bezeichnet worden.

Als insgesamt ebenso unbefriedigend erwies sich zunächst die Quellenlage in den Archiven der Länder der damaligen Bundesrepublik. Dies ergab 1981 eine Umfrage des Bundesarchivs bei den Archivverwaltungen der Länder. Auch dort waren geschlossene Bestände oder Teilbestände insbesondere von Polizeidienststellen die Ausnahme, Lückenhaftigkeit oder allenfalls splitterhafte Überlieferungen hingegen die überwiegende Regel. Lediglich den in den Staatsarchiven des Landes Baden-Württemberg verwahrten Materialien konnte eine überdurchschnittliche Aussagekraft bescheinigt werden. Es ist sicherlich bemerkenswert, daß sich den forschenden Historikern ab Mitte der 80er Jahre auf Länderebene ein sehr viel erfreulicheres Bild der Quellenlage bot. Man stieß nun z. T. auf erstaunlich umfangreiche einschlägige Bestände¹⁰. Ein offenbar u. a. durch die politischen Aktionen des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma gesteigertes Problembewußtsein hinsichtlich der „Zigeunerakten“ hatte wohl dazu geführt, daß sowohl verschiedene Behörden, vor allem Dienststellen der Kriminalpolizei, z. B. in Hamburg, Nürnberg-Fürth, Köln und Duisburg, ihre Bestände in die zuständigen Archive gaben, als auch die Erschließungsarbeiten in den Archiven selbst die einschlägigen Bestände und Titel stärker als bisher berücksichtigten. Die für die archivistische Bewertung bereits angedeutete gesellschaftliche Bedingtheit und Verantwortlichkeit wäre somit auch auf die behördliche Abgabep Praxis sowie vor allem auch auf die archivistische Erschließung übertragbar.

Die dann nach der Vereinigung im Frühjahr 1991 auch in den staatlichen Archiven der neuen Bundesländer angestellten Recherchen erbrachten auf Anhieb nur wenige einschlägige Vorgänge im ehemaligen Zentralen Staatsarchiv der DDR, den heutigen Abteilungen Potsdam des Bundesarchivs. Dagegen fanden sich vergleichsweise ebenso umfangreiche wie aussagekräftige Quellen in den jetzigen Landeshauptarchiven von Sachsen-Anhalt in Magdeburg und von Brandenburg in Potsdam, und zwar als „Zigeunerpersonalakten“ in den Beständen der Polizeipräsidien Magdeburg und Berlin. Darüber hinaus konnte das zur Zeit der Ermittlungen noch bestehende Dokumentationszentrum der ehemaligen Staatlichen Archivverwaltung der DDR eine Zusam-

¹⁰ Freundliche Mitteilung von Herrn Michael Zimmermann, Essen, vom 10.7.1992.

menstellung einschlägiger Unterlagen aus verschiedenen staatlichen Archiven der ehemaligen DDR über die Tätigkeit führender Mitarbeiter der sogenannten Rassenhygienischen und bevölkerungsbiologischen Forschungsstelle beim Reichsgesundheitsamt – nämlich Robert Ritter, Eva Justin und Sophie Ehrhardt – zur Verfügung stellen.

Die Entdeckung und archivische Sicherung der erhalten gebliebenen Überlieferung der Rassenhygienischen und bevölkerungsbiologischen Forschungsstelle beim Reichsgesundheitsamt¹¹ hatte schon 1981 die triste Quellenlage im Bundesarchiv grundlegend verändert. Dieses im Frühjahr 1936 eingerichtete und von Professor Dr. Dr. Robert Ritter geleitete Forschungsinstitut mit der ebenso pseudowissenschaftlichen wie rassenideologisch überfrachteten Bezeichnung hatte u. a. im Auftrag des Reichskriminalpolizeiamtes „rassenkundliche Sippenforschungen . . . an Zigeunern, Zigeunermischlingen und nach Zigeunerart umherziehenden Personen“ vorzunehmen. Ein Runderlaß Himmlers als Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern vom 8. Dezember 1938 zur „Bekämpfung der Zigeunerplage“¹² bestimmte, daß dieser Personenkreis verpflichtet sei, „sich der zur Erstattung des Sachverständigengutachtens erforderlichen rassenbiologischen Untersuchung zu unterziehen und die notwendigen Angaben über ihre Abstammung beizubringen“. Demgemäß waren bei der Forschungsstelle auf der Grundlage einer Vielzahl von anthropologischen Meßdaten sogenannte „rassendiagnostische Gutachten“ ebenso wie umfangreiche Aufzeichnungen über die genealogischen Beziehungen des untersuchten Personenkreises entstanden.

Aufgrund eines weiteren Runderlasses vom 7. August 1941 zur „Auswertung der rassenbiologischen Gutachten über zigeunerische Personen“¹³ waren die „rassendiagnostischen Gutachten“ vom Reichskriminalpolizeiamt den Kriminalpolizeileitstellen laufend zu übersenden. Auf diese Weise entstand nicht nur eine Sammlung sämtlicher Gutachten in der Forschungsstelle selbst, sondern daneben gelangten auch in den regional zuständigen Kriminalpolizeileitstellen Ausfertigungen dieser Gutachten in die kriminalpolizeilichen Personenakten über Zigeuner. Nach 1945 sind die bei den Kriminalpolizeileitstellen geführten personenbezogenen Akten teilweise erhalten geblieben und in die Zuständigkeit der Länder übergegangen. Aus den Akten wurden „rassendiagnostische Gutachten“ wie andere „Zigeuner-Unterlagen“ in der Folge zu

¹¹ Vgl. neben Hohmann, Robert Ritter, vor allem: Das Reichsgesundheitsamt 1933–1945 – eine Ausstellung, in: Bundesgesundheitsblatt 32 (1989), Sonderheft März 1989 (darin insbesondere die Beiträge von Ute Brucker-Boroujerdi und Wolfgang Wippermann, Die „Rassenhygienische und Erbbiologische Forschungsstelle“ im Reichsgesundheitsamt, S. 13–19, und von Herbert Heuß, Wissenschaft und Völkermord. Zur Arbeit der Rassenhygienischen Forschungsstelle beim Reichsgesundheitsamt, S. 20–24) sowie Heike Krokowski, Die Rassenhygienische und Bevölkerungsbiologische Forschungsstelle am Reichsgesundheitsamt (1936–1945) unter besonderer Berücksichtigung von Sinti und Roma, Magisterarbeit am Historischen Seminar der Universität Hannover, Maschsch. Ms., Hannover 1992.

¹² Ministerialblatt des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern (RMBliV) 1938, S. 2106.

¹³ RMBliV 1941, S. 1443.

verschiedenen Zwecken verwandt, u. a. in Wiedergutmachungsangelegenheiten, aber auch zur weiteren behördlichen „Bearbeitung“ von „Zigeuner-Angelegenheiten“ ganz allgemein, d. h. durchaus auch zu weiteren diskriminierenden Maßnahmen bundesdeutscher Behörden gegenüber den nach wie vor ungeliebten Zigeunern¹⁴. Diese Nutzung oder sogar Weiterführung von rassenideologisch geprägten schriftlichen Hinterlassenschaften eines Unrechtsstaates für Zwecke eines demokratischen Rechtsstaates, wie sie auch heute noch z. B. bei der Verwendung von Unterlagen der „Einwandererzentralstellen“ und der „Deutschen Volksliste“ in Einbürgerungsangelegenheiten von Aussiedlern aus ehemaligen deutschen oder deutschbesiedelten Gebieten festzustellen ist, wurde erst Anfang der achtziger Jahre von einer zunehmend sensibilisierten Öffentlichkeit problematisiert und heftig kritisiert. Im Falle der „Zigeuner-Akten“ forderte z. B. ein Antrag der Bundestragsfraktion der Grünen vom 6. November 1985 schließlich nicht nur, daß diese „behördlichem Mißbrauch entzogen“, sondern daß sie jenseits aller archivischen Zuständigkeiten und Bewertungsmöglichkeiten „für eine historische Aufarbeitung – in einem Dokumentations- und Kulturzentrum der Sinti und Roma in der Bundesrepublik – sofort zentral gesammelt werden“ sollten¹⁵.

Das Schriftgut der Forschungsstelle im Reichsgesundheitsamt in Berlin selbst hat indessen die Kriegsergebnisse nicht ohne Einbußen überdauert. Teile des Materials waren bereits während des Krieges nach Winnenden im heutigen Baden-Württemberg sowie nach Mecklenburg ausgelagert worden. Über den Verbleib der in Mecklenburg ausgelagerten Teile liegen auch heute keinerlei Erkenntnisse vor. Die nach Winnenden verlagerten Unterlagen gelangten im Jahre 1947 an das Anthropologische Institut der Universität Tübingen, wo sie fortan Professor Dr. Sophie Ehrhardt, der bereits genannten früheren Mitarbeiterin Ritters, zur Auswertung zur Verfügung standen; – eine sicherlich bemerkenswerte, aber leider nicht beispiellose und für den Problembereich der Kontinuität und Diskontinuität bestimmter Strukturen und Denkweisen nach 1945 bezeichnende Tatsache.

Sofern Materialien bei Kriegsende noch in der Forschungsstelle in Berlin selbst vorhanden waren, wurden diese wohl von einer weiteren Mitarbeiterin, Dr. Eva Justin, zunächst gesichert und laut einer noch erhaltenen Übergabeliste vom 21. Mai 1949 einem Mitarbeiter des Landeskriminalamtes München, des späteren Bayerischen Landeskriminalamtes, übergeben. Dies war kaum ein Zufall. Die 1946 beim Landeskriminalamt München eingerichtete „Landfahrerzentrale“ hatte bereits die Akten der „Zigeunerleitstelle“ des Polizeipräsidiums München aus der NS-Zeit übernommen. In der Münchener „Landfahrerzentrale“ waren darüber hinaus eine Reihe von Mitarbeitern der

¹⁴ Vgl. Heuß, *Wissenschaft und Völkermord*, S. 21 f.; dort auch Ausführungen zum „Weg der NS-Ras-akten nach 1945“, die sich im wesentlichen mit den im Bundesarchiv vorliegenden Erkenntnissen decken. Auf Archivalien im Staatsarchiv Hamburg, die den Einsatz von „Zigeunerunterlagen“ aus der NS-Zeit im kriminalpolizeilichen Alltag in der Nachkriegszeit belegen, machte mich freundlicherweise Herr Michael Zimmermann, Essen, aufmerksam.

¹⁵ Drucksache 10/4129, in: *Anlagen zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages*, 10. Wp., Bd. 325, Bonn 1985.

ehemaligen „Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens“ des früheren Reichssicherheitshauptamtes beschäftigt, die, wie man annehmen darf, Eva Justin aus ihrer früheren Tätigkeit sicherlich bekannt waren¹⁶. Bei den Unterlagen handelte es sich ebenso wie bei dem zu diesem Zeitpunkt in Tübingen befindlichen Material im wesentlichen um anthropologische Karteien, Fotografien und Genealogien.

Im Jahre 1960 wurde das Material des Bayerischen Landeskriminalamtes mit Zustimmung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern Professor Dr. Hermann Arnold, dem damaligen Leiter des Staatlichen Gesundheitsamtes Landau/Pfalz, anvertraut, der sich nach eigenen Bekundungen seit dem Jahre 1947 mit sozialbiologischen Studien, insbesondere über Zigeuner, beschäftigt hatte. 12 Jahre später, im Jahre 1972, übergab Arnold seinerseits die genealogischen Materialien an das Anthropologische Institut der Universität Mainz, wohin bereits im Jahre 1969 auch die von Sophie Ehrhardt in Tübingen ausgewerteten Unterlagen gelangt waren, so daß beide Überlieferungsteile 1972 in Mainz vereinigt waren. Erst 1979, also sieben Jahre später, wurde das Bundesarchiv durch ein Schreiben der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ auf diese als Überlieferung einer Dienststelle des Reichsgesundheitsamtes unbestritten in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Unterlagen aufmerksam. Diese wurden in der Folge an Ort und Stelle von zwei Beamten des Bundesarchivs gesichtet. Anschließend einigte man sich denn auch, daß die Materialien baldmöglichst in die Magazine des Bundesarchivs übernommen werden sollten.

Dazu kam es zunächst jedoch nicht. Ohne Wissen des Bundesarchivs und unter bislang keineswegs völlig geklärten Umständen wurden alle in Mainz lagernden Überlieferungsteile am 19. Juni 1980 in das Universitätsarchiv Tübingen überführt, damit sie dort, wie es hieß, erneut von Sophie Ehrhardt, Lehrstuhlinhaberin an der Universität Tübingen, wissenschaftlich ausgewertet werden könnten. Es sei dahingestellt, ob das Bundesarchiv sich damals allzu sehr von seinen allenthalben bekannten Grundsätzen liberaler Benutzungspolitik leiten ließ, als es im Hinblick auf die, wie man sagte, „Forschungsinteressen von Frau Ehrhardt“ das *fait accompli* der Verlagerung unter der Bedingung tolerierte, daß nach Beendigung der Forschungen von Sophie Ehrhardt das Material dann aber unverzüglich in das Bundesarchiv gelangen sollte. Jedenfalls setzte diese Haltung das Bundesarchiv in der Folge immer wieder auch dem öffentlich, insbesondere vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma geäußerten Vorwurf aus, es habe die Akten „widerrechtlich“ behandelt. Schlimmer noch: Die Tatsache, daß man die Unterlagen mit Sophie Ehrhardt der gleichen Person zur Verfügung gestellt hatte, die an deren Entstehung im Rahmen nationalsozialistischer Rassenforschungen unmittelbar beteiligt war, führte darüber hinaus sogar zu dem implizierten, mitunter gar explizierten Vorwurf einer zumindest sekundären Komplizenschaft des Bundesarchivs mit den Wegbereitern, wenn nicht gar Mittätern am NS-Völkermord an den Sinti und Roma. Immerhin stellte 1981 der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma gegen Sophie Ehrhardt und andere Anzeige wegen Verdachts der Beihilfe zum Mord.

¹⁶ Vgl. Heuß, *Wissenschaft und Völkermord*, S. 211.

Diesem archivfachlich wie politisch unhaltbaren Zustand setzte der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma mit einer spektakulären Aktion ein Ende. Am 1. September 1981 besetzten Sinti und Roma das Universitätsarchiv in Tübingen. Man erzwang die unverzügliche Herausgabe der Unterlagen, verbrachte sie noch in der gleichen Nacht nach Koblenz und erreichte zu mitternächtlicher Stunde deren sofortige und im Hinblick auf etwaige archivfachliche Bewertungsmaßnahmen vorbehaltlose Aufnahme in die Magazine des Bundesarchivs. Dort sind sie seitdem als staatliches Archivgut zuständigkeitshalber archiviert. Besondere Bedingungen für deren Benutzbarkeit, wie sie der Zentralrat ursprünglich, insbesondere hinsichtlich des potentiellen Benutzerkreises, gefordert hatte, konnten verhindert werden, ohne daß daraus ein neuer Konfliktstoff entstand. Die Archivalien sind im Bundesarchiv geordnet und erschlossen worden. Sie bilden den Bundesarchiv-Bestand R 165. Sie umfassen über 250 Archivalieneinheiten und enthalten umfangreiche Erfassungskarteien, morphologische Materialien wie Finger- und Handabdrücke, Kopfumrißzeichnungen u. ä. Sie umfassen ferner umfangreiche Fotosammlungen mit Portraitaufnahmen, aber auch Fotos über die Tätigkeit der „Rassenkundler“ selbst, sowie schließlich vielfältige genealogische Materialien.

Schon im Frühjahr des gleichen Jahres 1981 hatte Arnold seine privaten, zum größten Teil aufgrund seiner wissenschaftlichen Forschungen entstandenen Sammlungen zur Geschichte der Zigeuner in Deutschland und in Europa dem Bundesarchiv übergeben, wo sie in die „Zeitgeschichtlichen Sammlungen“ (ZSg) aufgenommen wurden.

Im Juni 1987 konnte das Bundesarchiv – wiederum nach einer vorhergehenden Besetzungsjaktion von Mitgliedern des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma und der Berliner Sinti-Union am 18. März 1987 – sämtliche Akten aus der NS-Zeit übernehmen, die sich noch in den derzeitigen Instituten des Bundesgesundheitsamtes in Berlin fanden, darunter auch Schriftgut, das noch im Max-von-Pettenkofer-Institut aufbewahrt wurde, in dessen Räumen seinerzeit die Rassenhygienische Forschungsstelle des Reichsgesundheitsamtes untergebracht war. Innerhalb dieser Abgabe des Bundesgesundheitsamtes konnten jedoch keine Archivalien des Reichsgesundheitsamtes oder sonstiger Dienststellen des NS-Regimes ermittelt werden, die unmittelbar Aufschluß über die Verfolgung der Sinti und Roma gegeben hätten¹⁷.

Der Bestand R 165 ist seit seiner Bildung im Bundesarchiv vielfach benutzt worden, sowohl von Wissenschaftlern und Publizisten als auch in auffallendem Maße von Sinti und Roma selbst, deren Besuche im Bundesarchiv jenseits aller wissenschaftlichen und publizistischen Ambitionen zumeist den vornehmlichen Zweck hatten, ergriffen und bewegt die Unterlagen und Fotos ihrer ermordeten Verwandten, Freunde und Bekannten zu betrachten. Die oft gestellte und zuweilen durch Legaldefinition gelöste Frage, für wen und wofür der Archivar seine Überlieferung bildet und verwaltet¹⁸, sollte sicherlich auch verstärkt unter diesem Aspekt gestellt und beantwortet werden.

¹⁷ Vgl. ebenda, S. 24.

¹⁸ Vgl. z. B. Uhl, Bewertungsdiskussion, Sp. 529 mit Zitat aus dem Bayerischen Archivgesetz vom 22. 12. 1989: „Archivwürdig sind Unterlagen, die für die wissenschaftliche Forschung, zur Sicherung be-

Nicht ins Bundesarchiv gelangten und bis heute vermißt blieben jedoch die 20 000, eine andere Quelle nennt 24 000, „rassendiagnostischen Gutachten“, deren Entstehungsgeschichte bereits skizziert wurde, gleichsam das Kernstück des dokumentarischen Niederschlags der sogenannten Forschungen des Ritter-Instituts. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma konnte im Rahmen der Suche nach den vermißten Archivalien Kopien von Dokumenten vorlegen, nach denen noch für 1964 eine Existenz der Gutachten bei der Landespolizeidirektion München nachweisbar schien. Ein Vermerk vom 23. Juli 1964 über deren Aussonderung sah entweder „wegen fehlender Rechtsgrundlage für die weitere Aufbewahrung“ deren Vernichtung oder die Abgabe an Professor Arnold in Landau vor, der ja, wie geschildert, bereits seit 1960 im Besitz von „Zigeuner-Materialien“ aus München war. Aus dem Dokument geht zwar hervor, daß die Amtsleitung letzterem Vorschlag zustimmte, es ist aber nicht mit letzter Deutlichkeit dokumentiert, welche der beiden Möglichkeiten nun tatsächlich realisiert wurde¹⁹. Archivgesetzliche Regelungen, die solche archivfachlich wie historiographisch und politisch unhaltbaren Alternativen erst gar nicht entstehen lassen, gab es damals leider noch nicht.

Selbstverständlich hat das Bundesarchiv in der Folge alles mögliche unternommen, um die Vollständigkeit der übernommenen Materialien nachzuprüfen bzw. dem Verbleib der vermißten Unterlagen nachzugehen, deren Vorlage vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma und auch in den Medien nachdrücklich gefordert wurde. Bei der bereits erwähnten Sichtung des Bestandes 1979 im Anthropologischen Institut der Universität Mainz – zwei Jahre vor der Übernahme in das Bundesarchiv – war den Beamten des Bundesarchivs ein geschlossener Komplex von 20 000 „Rassegutachten“ nicht aufgefallen. Zwar hatten sie auch nicht gezielt danach gesucht; von der Existenz solcher Unterlagen war ja bis dahin nie die Rede gewesen, geschweige denn ahnte man, welche politische Bedeutung diese Unterlagen später erhalten würden. Jedoch dürfte auch ex post einsichtig sein, daß ein solcher Überlieferungskomplex, der Struktur und Ausmaße des Bestandes quantitativ wie qualitativ entscheidend geprägt hätte, auch in einer summarischen Beschreibung des Bestandes, wie sie damals vorgenommen wurde, nicht unerwähnt geblieben wäre. Da die dokumentierte Übergabe von Akten der Rassenhygienischen und bevölkerungsbiologischen Forschungsstelle durch bayerische Polizei- und Kriminalbehörden an Arnold zeitlich weit zurück lag und ohne Kenntnis des Bundesarchivs erfolgt war, waren die Möglichkeiten zu weiteren Nachprüfungen ohnehin sehr begrenzt. Auch das Bundesarchiv konnte sich nur auf die schriftlichen Erklärungen Arnolds sowie des Leiters des Anthropologischen Instituts der Universität Mainz stützen, wonach sämtliche dort vorhanden gewesenen Unterlagen schließlich in das Bundesarchiv gelangt seien. Arnold versicherte zudem in einer eidesstattlichen Erklärung, er habe einen Schriftgutkomplex von mehreren tausend „Rasse-

rechtiger Belange Betroffener oder Dritter oder für Zwecke der Gesetzgebung, Rechtsprechung oder Verwaltung von bleibendem Wert sind“ (Art. 2 Abs. 2).

¹⁹ Vgl. Heuß, *Wissenschaft und Völkermord*, S. 23; die dort gegebene Interpretation, wonach der Vermerk eindeutig die Abgabe an Arnold belege, ist daher zu weitgehend.

gutachten“ niemals erhalten. Dies trug ihm später seitens des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma eine Anzeige wegen eidlicher Falschaussage ein, als sich in seinen privaten Unterlagen ein formularmäßig erstelltes Gutachten fand, dessen Rückseite der sparsame Professor als Konzeptpapier benutzt hatte. Der häufig geäußerte Verdacht des Zentralrats, sämtliche Gutachten seien möglicherweise unter Arnolds privaten Unterlagen zu suchen und zu finden, trifft jedoch – soweit es sich um die dem Bundesarchiv übergebenen privaten Papiere Arnolds handelt – nachweislich nicht zu. Es ist hingegen zu erwarten – und Aussagen von Forschern bestätigen dies –, daß eine systematische Suche in staatlichen und kommunalen Archiven nach den an die Kriminalpolizeiinstellen übersandten Ausfertigungen der Gutachten nunmehr aufgrund neuer Bestände und neuer Erschließungen, aber auch aufgrund des bereits angedeuteten gestiegenen Problembewußtseins bei Archivaren durchaus in einigen Archiven zum Erfolg führen dürfte.

Die damaligen Folgen der Entdeckung des Überlieferungsverlustes sind nach dem bereits Geschilderten erahnbar: Nach dem Vorwurf der widerrechtlichen Behandlung der Akten gelangte zunehmend auch die Anklage einer noch dazu politisch motivierten Unterdrückung oder gar Vernichtung von „NS-Völkermordakten“ in die öffentlichen Verlautbarungen insbesondere des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma und auch in die einschlägige Berichterstattung der Medien. Und diese Vorwürfe, die mitunter gezielt an das Bundesarchiv und an das die Fachaufsicht über das Bundesarchiv führende Bundesministerium des Innern, zumeist aber global an die staatlichen Behörden und Dienststellen der Bundesrepublik gerichtet wurden, sind bis heute nicht vom Tisch. Ein Gespräch des Vorsitzenden des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma mit dem Bundesminister des Innern, das im Herbst 1990 wegen des Attentats auf den damaligen Minister Schäuble verschoben werden mußte, steht nach wie vor auf der Tagesordnung. Und erneut geht es um die angeblich verschwundenen Völkermordakten.

III.

Es wird deutlich, daß die wieder einmal darzustellende Odyssee eines zeitgeschichtlichen Quellenbestandes nach vielen Jahren und Stationen zwar nunmehr mit der Archivierung im zuständigen staatlichen Archiv auch ihr äußerliches Ende gefunden haben mag, daß die politischen Dimensionen der Angelegenheit unzweifelbar nach wie vor immanent sind. Dies gilt nicht nur wegen der andauernden Aktivitäten und bei Gelegenheit immer wieder erhobenen Vorwürfe der Organisationen und Interessengruppen der Sinti und Roma, auch nicht nur wegen der auch nach 1945 andauernden Nutzung der Unterlagen zu weiteren behördlichen Maßnahmen gegen eine Minderheit oder zur freilich nicht mehr so genannten „rassischen“ Erforschung der Sinti und Roma; schließlich auch nicht nur wegen der allzu großzügigen Überlassung der Materialien, immerhin unzweifelbar Unterlagen des NS-Terrorregimes, zur mehr oder weniger unkontrollierten „Auswertung“ durch Personen, die eben diese Auswertung bereits zu Zeiten des NS-Regimes getrieben hatten. Den Vergleich mit

Akten von Dienststellen des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit, die man heute ehemaligen führenden Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes unkontrolliert zur großzügigen „Auswertung“ überlassen würde, sollte man zumindest andeuten dürfen. Darüber hinaus tut sich auch ein archivfachliches Problem auf, ja ein systemimmanentes Dilemma, dessen vielfältige Aspekte auch die tägliche Bewertungsarbeit des Archivars, deren theoretische Grundlagen und deren politisch-gesellschaftlichen Kontext berühren.

Es fragt sich nämlich, ob die guten Gründe, die das Bundesarchiv anführen konnte, wenn es seine eigene Verantwortung für das Verschwindensein der „Rassegutachten“ nachdrücklich zurückwies, tatsächlich ein fachlich gutes Gewissen rechtfertigen können. Sind die Archivare nur infolge des Umstands, daß sie als fachlich kompetente Ansprechpartner bei anstehenden Entscheidungen über das Schicksal dieses Schriftgutkomplexes nicht präsent waren, denn nicht vor einem fachlichen Dilemma bewahrt worden? Wäre die damalige Kassationsentscheidung der Münchener Registratoren und Behördenleiter über mehr als 20 000 „Rassegutachten“ – wenn es denn eine solche gegeben hat – aus archivarischer Sicht nicht allenfalls deshalb zu bedauern gewesen, weil sie ohne das zuständige staatliche Archiv zustande gekommen wäre, weil eine archivfachliche Bewertung nicht stattgefunden hätte, weil Theorie und Praxis der „archivalischen Wertlehre“ also völlig unbeachtet geblieben wären? Haben sich nicht bereits zahllose Archivarinnen und Archivare auf Tagungen und Kongressen, in Abteilungssitzungen und in den im Bundesarchiv üblichen Bewerterbesprechungen ihre Köpfe darüber zerbrochen, wie man massenhaft anfallende, gleichförmige Einzelfallakten körperlich und inhaltlich im Sinne einer für kommende Generationen – nicht nur von Historikern – stimmigen und überzeugenden, d. h. in jeder Hinsicht aussagekräftigen Überlieferungsbildung bewältigen könne? Gewiß, man kann dabei durchaus zu differenzierten und am konkreten Beispiel ausgerichteten Ergebnissen kommen, aber sicherlich in den seltensten Fällen zu der Entscheidung, 24 000 formularmäßig nach einem bestimmten Schema erstellte, wissenschaftliche Einzelgutachten vollständig aufzubewahren. An die z. T. wohlbegründete archivfachliche Kritik an der rein politischen Entscheidung, die Millionen von Lastenausgleichs-Einzelbescheiden in Gänze und noch dazu in einem eigenen Teilarchiv des Bundesarchivs in Bayreuth zu archivieren²⁰, ist in diesem Zusammenhang zu erinnern.

Im Falle der „Rassegutachten“ war das Dilemma, wie schon erwähnt, dadurch entstanden, daß diese zunächst in Kreisen der Sinti und Roma sehr bald und beinahe stereotyp als „NS-Völkermordakten“ bezeichnet wurden, diese Sprachregelung sich in der Öffentlichkeit rasch durchsetzte und sogar in die Betreffspalten der einschlägigen Erlasse des zuständigen Bundesministers Eingang fand. Differenziertere und fachlich präzisere Quellenbeschreibungen, die zwar den ursächlichen Zusammenhang zwischen der „rassenkundlichen Erforschung“ der Sinti und Roma im NS-Staat und deren späterer physischer Vernichtung nicht verschwiegen, dennoch aber z. B. auf den quali-

²⁰ Vgl. z. B. Werner, Standort des Archivars, Sp. 51 f.

rativen Unterschied zwischen „rassenkundlichen“ Materialien und etwa erhalten gebliebenen Transportlisten und expliziten Vernichtungsbefehlen hinwies, wurden dann auch mit der bereits zitierten „beispiellosen Instinktlosigkeit“ denunziert. Als ob nicht gerade auch verantwortungsbewusste Archivarinnen und Archivare jahrzehntelang unermüdlich tätig gewesen wären, die Dokumente des nationalsozialistischen Holocaust aufzuspüren, für die kommenden Generationen „wider das Vergessen“ zu sichern, fachgerecht zu erschließen und zur Verfügung zu stellen! Es kam indessen zu Situationen, in denen eben diese Archivare etwa gegenüber Vertretern des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma mit archivfachlichen Argumenten die damals möglicherweise getroffenen Kassationsentscheidungen gewiß nicht zu entschuldigen, aber bürokratisch nachvollziehbar zu machen versuchten. Man deutete beispielsweise die Möglichkeit an, die Kassationen nicht primär und notwendigerweise als die bewußte Vernichtung von Völkermordakten zu interpretieren, sondern eher als die rein bürokratische Ausführung von Aufbewahrungsvorschriften für damals nicht mehr für Verwaltungszwecke benötigtes Schriftgut. Ferner war gelegentlich darauf hinzuweisen, daß die Verbrechen der NS-Machthaber an den Sinti und Roma damals – etwa im Unterschied zu der Vernichtung der Juden – in den Köpfen der Aktenverwalter von Polizeibehörden als ein zu sensibilisierendes Faktum oder gar als ein ausschlaggebendes Moment für den komplexen Bereich des Umgangs mit unserer jüngsten Geschichte wahrscheinlich gar nicht präsent gewesen waren, geschweige denn der ursächliche Zusammenhang zwischen den „rassenkundlichen Gutachten“ und dem NS-Völkermord. Der Vorwurf einer politisch motivierten Unterdrückung von Akten des NS-Holocaust mochte daher zwar vielleicht objektiv, aber nicht subjektiv zutreffen. Erwartungsgemäß geriet dabei selbst der ebenso fachlich versierte wie politisch verantwortungsbewußte Archivar auf ein Terrain und in eine politische Ecke, deren moralische Unhaltbarkeit oder gar Verwerflichkeit von seinen Gesprächspartnern mit überdeutlichen und drastischen Worten gekennzeichnet wurde. Es bedarf keiner besonderen Begründung, daß in derartigen Verhandlungssituationen auch wohlfundierte Leitsätze archivarischer Bewertungshandbücher in keiner Weise akzeptabel erschienen. Es ist daher nicht schwer, das Problem auf den Punkt zu bringen: eine Kassation auch nur von Teilen der „Rassegutachten“ – und wäre sie noch so archivfachlich begründet gewesen – wäre einem politischen Skandal gleichgekommen. Es wird einmal mehr sehr deutlich, daß archivfachliche Methoden und Grundsätze in der Praxis durchaus in Konflikt mit politischen Erfordernissen oder gar Kriterien der politischen Kultur geraten können.

Denn zweifellos handelt es sich bei den Akten des Ritter-Instituts in der Tat um Materialien, die – wenn nicht primär, dann jedenfalls sekundär – den verbrecherischen Grundcharakter des NS-Regimes dokumentieren. Dies gilt zunächst und vor allem vor dem Hintergrund der stets schmerzlich spürbaren allgemeinen Lückenhaftigkeit der Archivalienbestände der NS-Zeit. Dies gilt auch angesichts des nach wie vor bestehenden Kenntnisdefizits über Leiden und Tod der Sinti und Roma während des NS-Regimes. Einen sogar kausalen Zusammenhang zwischen den rassenideologischen Gutachten und der späteren physischen Vernichtung hat erst im September 1991 Sybil Milton auf der Jahrestagung der German Studies Association in Los Angeles sehr überzeugend

analysiert²¹. Im weiteren Sinne sind auch die „rassenkundlichen“ Unterlagen daher durchaus als „NS-Völkermordakten“ zu begreifen, insbesondere wenn man unabhängig von allen bisweilen vordergründigen und tagespolitisch motivierten publizistischen Interessen, die natürlich auch in diesem Fall mitunter eine Rolle spielen mögen, die Perspektive der damals Leidenden, Gedeemütigten und Ausgegrenzten, also die Perspektive der damaligen Opfer berücksichtigt, und zwar entschieden stärker, als dies archivarische Bewertungshandbücher in ihrer Ausrichtung auf das vorrangige Dokumentationsziel, nämlich primär die Tätigkeit der registraturbildenden Behörde zu belegen, häufig nahelegen. Archivfachliche Methoden und Handlungsgrundsätze sind also sehr wohl mit allgemeinen politischen oder gar moralischen Erfordernissen in Kongruenz zu bringen. Und es ist nicht nur sehr die Frage, ob das unbedingte Beharren auf rein archivfachliche Prinzipien – wie in diesem Fall – politische Konflikte riskieren sollte, sondern ob eine solche Haltung tatsächlich auch mit dem archivarischen Berufsverständnis in Übereinstimmung zu bringen ist. Der Archivar hat sein Wissen und Tun ja gewiß nicht als *l'art pour l'art* zu betrachten, sich nur an schönen Urkunden oder – in deren Ermangelung in moderneren Archiven – nur an schönen Aktenzeichen zu erfreuen, sondern seine archivarische Tätigkeit auch einzubringen in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext. In diesem steht – besonders im Hinblick auf die nach wie vor bestehende Aufgabe des richtigen Umgangs mit der jüngeren deutschen Geschichte – der Archivar nicht etwa als fachlich zwar unangreifbarer, im Blick aufs Ganze gesehen aber eher störrischer und hinderlicher Fels in der Brandung, natürlich auch nicht als „Fackel im Sturm“ des politischen Zeitgeistes, sondern als jemand, der an den politischen Strömungen der Zeit seinen Anteil zu leisten hat, der an den politischen und gesellschaftlichen Aufgaben unserer Gegenwart – auch im Hinblick auf die so oft beschworene „Bewältigung“ der NS-Epoche der deutschen Geschichte – durchaus mitzuwirken hat. Das ist, wie angedeutet, nicht zu verwechseln mit einer opportunistischen Anpassung an den politischen oder auch nur historiographischen Wind der Zeit, der in Extremfällen freilich dazu führen kann, daß z. B. von politischen Gruppierungen für ein und dieselbe Aktengruppe, nämlich die Entnazifizierungs- und Spruchkammerunterlagen, 1987 ein totales Kassationsverbot verlangt wurde, für die in den Jahren 1950–1951 ebenfalls aus politischen Gründen eine totale Kassation gefordert worden war²².

Dieser Standpunkt mag für das Schlüsselproblem der Archivwissenschaft, die archivarische Bewertung insbesondere moderner Massenakten, in vielfachen Bereichen z. T. unliebsame Konsequenzen haben. Man denke an die über 25 000 Personalakten der Reichsjustizverwaltung im Bestand des Reichsjustizministeriums im Bundesarchiv. Sie sind inzwischen eine hervorragende und vielseitig genutzte Quelle nicht nur für Forschungen im Bereich der NS-Justiz, sondern auch für lokalgeschichtliche Frage-

²¹ Milton, *Nazi Policies Toward Romani and Sinti*.

²² Vgl. Werner, *Standort des Archivars*, Sp. 53f. Zu Recht nimmt Werner dieses Beispiel zum Anlaß, um das höchst bedeutsame und von mir keineswegs unterschätzte Problem des „Standortes des Archivars im Wandel politischer Wertvorstellungen“ eingehend zu analysieren.

stellungen. Aber hält deren vollständige Aufbewahrung wirklich archivfachlichen Bewertungsstrategien stand? Man denke ferner an die viele Millionen Einzelkarten umfassende Mitgliederkartei der NSDAP im derzeit noch unter US-amerikanischer Verwaltung stehenden Document Center in Berlin. Auch nur eine Teilkassation würde das – wirklich so unberechtigte? – empörte Unverständnis von zahllosen Historikern und anderen interessierten Nicht-Archivaren auslösen. Man denke weiter an die Mitgliederkartei des NS-Lehrerbundes, deren im Bundesarchiv Mitte der 60er Jahre bereits verfügte Kassation nur deswegen nicht erfolgt ist, weil die entsprechende Wiedervorlageverfügung für die einschlägigen Dienstakten in der Registratur schlichtweg vergessen, jedenfalls nicht ausgeführt wurde. Sozialwissenschaftliche Forschungen nicht nur über den Lehrerstand in der NS-Zeit bedienen sich ihrer als unentbehrlicher Quelle. Man denke insbesondere an die derzeit noch auf zahlreiche Aufbewahrungsstellen im In- und Ausland aufgeteilten Einzelfallakten des Reichsgerichts oder vor allem des Volksgerichtshofes²³. Sicherlich niemand würde deren Kassation oder nur Teilkassation auch nur in Erwägung ziehen, gerade auch im Hinblick auf den Nachweis des unscheinbaren Einzelfalls, der doch aus archivfachlicher Sicht in der Regel nicht oder nur als Sample zu dokumentieren ist.

Man denke aber auch an die „normalerweise“, d. h. bei intakter Überlieferungslage kassabeln Sachakten etwa des SS-Verwaltungsamtes im SS-Hauptamt oder von Wirtschaftsunternehmen der SS im Bestand des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes, die gerade in der Dokumentierung routinemäßiger und „normaler“ Verwaltungsabläufe die Einbindung der Unternehmen in das Terrorsystem der NS-Konzentrationslager und damit das Funktionieren eines gewichtigen Teilbereichs des „alltäglichen“ NS-Regimes belegen²⁴. Ist es heute, so fragt man sich als verantwortlicher Archivar, überhaupt generell vertretbar, Akten von im Sinne der „Vergangenheitsbewältigung“ „sensiblen“ Dienststellen zu kassieren? Ist der Aufwand einer Rechtfertigung vor einer nach wie vor in weiten Teilen äußerst sensibilisierten Öffentlichkeit nicht sehr viel größer und zermürbender als der Aufwand für Magazinierung, Erschließung und Verwaltung der gesamten erhaltenen, mit großen Lücken behafteten, alles in allem doch jetzt überschaubaren Überlieferung, über deren Archivierung in den deutschen Archiven Heinz Boberach nunmehr eine ebenso eindrucksvolle wie detaillierte Bilanz vorgelegt hat²⁵? Und ist es dann in der Konsequenz nicht auch geboten, den Speiseplan der Kantine des SS-Führungshauptamtes schon deswegen aufzubewahren, um den unter-

²³ Für die erhalten gebliebenen Unterlagen zum Verfahren vor dem Volksgerichtshof ist unter der Leitung von Klaus Marxen am Kriminalwissenschaftlichen Institut der Juristischen Fakultät der Universität Münster ein EDV-gestütztes zentrales Nachweissystem entwickelt worden.

²⁴ Vgl. dazu Josef Henke, *Verführung durch Normalität – Verfolgung durch Terror. Gedanken zur Vielfalt nationalsozialistischer Herrschaftsmittel*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 7/84*, S. 21–31, hier vor allem S. 29, sowie ders., *Von den Grenzen der SS-Macht. Eine Fallstudie zur Tätigkeit des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes*, in: Dieter Rebentisch/Karl Teppe (Hrsg.), *Verwaltung contra Menschenführung im Staat Hitlers, Studien zum politisch-administrativen System*, Göttingen 1986, S. 255–277.

²⁵ Boberach, *Inventar archivalischer Quellen*.

schiedlichen Dokumentationswert wenigstens der erhaltenen Akten lückenlos nachweisen zu können?

Es ist begreiflich, daß die in archivarischen Fachkreisen so oft beschworene Maxime der „archivalischen Wertlehre“, nämlich mit einem Minimum an Dokumentation ein Maximum an Information zu sichern, durch einen solchen Standpunkt arg ins Rutschen zu geraten droht. Aber sowohl die absolute Beispiellosigkeit der Wesenszüge des NS-Regimes – um den die heftigen Debatten des vergangenen „Historikerstreits“ prägenden Begriff der „Unvergleichbarkeit“ hier zu vermeiden – als auch die absolute Besonderheit der Quellenlage zur Geschichte der NS-Zeit, wofür das hier geschilderte Schicksal des Bestandes R 165 des Bundesarchivs erneut ein prägnantes Beispiel lieferte, rechtfertigen generell besondere Maßnahmen auch außerhalb des in anderen Bereichen gültigen Rahmens normalen archivfachlichen Handelns²⁶.

Mag es vielleicht auch illusorisch sein, als Richtmaßstäbe für die archivarische Bewertung, wie von Hans Booms vorgeschlagen, an der zeitgenössischen Wertschätzung orientierte oder sogar ideologiefreie und gleichsam über zeitbedingte Wertehierarchien hinausragende Dokumentationspläne oder Dokumentationsprofile – und zwar primär auf der Pertinenzbasis – erstellen zu wollen²⁷, die Bewertungsentscheidung des Archivars wird sich dennoch – man mag dies bedauern oder begrüßen – niemals in einem völlig gesellschaftsfreien Raum vollziehen können. Dies gilt trotz aller Bemühungen um die Schaffung möglichst objektivierbarer und rational weitgehend nachvollziehbarer, primär auf die formale Dokumentierung der Tätigkeit des Provenienzbildners ausgerichteter methodischer Bewertungsapparate. Letztere sind ohne Zweifel notwendig und auch für die alltägliche Bewertungsarbeit, die ja oft genug unter dem Zwang des „Entscheidenmüssens“ steht²⁸, unentbehrlich geworden. Die Überlieferungsbildung kann sicherlich letztlich nicht ausschließlich von dem noch so ausgebildeten Fingerspitzengefühl und der noch so sensibilisierten Intuition der bewertenden Archivare mit all ihren subjektiven Unterschiedlichkeiten abhängig sein. Dennoch sind diese eben methodische Hilfsmittel, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Sie machen die, wie in diesem Fall, oftmals notwendigen politisch bedingten Entscheidungen und Handlungen keineswegs überflüssig, noch könnten sie sie gar ersetzen. Dabei ist es allerdings von ausschlaggebender Bedeutung, ob sich, wie Hans Booms vor zwei Jahrzehnten bereits deutlich machte²⁹, die gesellschaftlich bedingte und gesellschaftlich

²⁶ Dazu auch – freilich etwas einseitig auf die Besonderheit der Quellenlage abhebend – Werner, Standort des Archivars, Sp. 48f., wonach hauptsächlich aufgrund der „beträchtlichen Verluste an den Überlieferungen der Reichsverwaltung durch Kriegseinwirkung und den Folgen der Teilung Deutschlands, durch die zahlreiche Provenienzen ganz oder teilweise in die Archive der DDR gelangten, (...) eine eigentliche Bewertungsdiskussion über den Quellenwert einzelner Bestände aus der Zeit bis 1945 eigentlich nicht geführt zu werden brauchte. Kassiert wurde zwar das evidente Kassable, aber ansonsten wurden Bestände, die man bei einer vollständigen Überlieferung vermutlich durchkassiert hätte, aufgrund ihrer Funktion als Ersatzüberlieferung häufig so gut wie komplett aufbewahrt“.

²⁷ Vgl. Uhl, Bewertungsdiskussion, Sp. 535.

²⁸ Büttner, Ressortprinzip, S. 160.

²⁹ Booms, Überlieferungsbildung, passim.

wirksame Überlieferungsbildung im Rahmen einer totalitären oder einer pluralistischen bzw. freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung vollzieht. Die für die Rolle des Einzelnen in einer pluralistischen Gesellschaft zu beobachtenden Prinzipien, seine Abhängigkeit von den Kräften der Gesellschaft, aber auch „die Abhängigkeit der Gesellschaft von dem Wollen und Können des Einzelnen, diese Möglichkeiten individuellen Handelns“³⁰ gelten im Kern auch für den im Rahmen einer solchen Gesellschaft bewertenden und Überlieferung bildenden Archivar, insbesondere wenn dieser, wie Hans Booms fordert, den Bewertungsprozeß nach gesamtgesellschaftlichen, der gesellschaftlichen Entwicklung unmittelbar zu entnehmenden Leitwerten ausrichtet³¹. Von dem Bild des im Elfenbeinturm der Wissenschaft unpolitisch vor sich hindenkenden und hinwerkenden Forschers hat auch der Archivar sich endgültig zu verabschieden, so willkommen diese Vorstellung bisweilen, insbesondere in und nach Zeiten von Unrechtsregimen, auch sein mag. Auch Archivare dienen oder verweigern sich bei ihren Tätigkeiten, insbesondere bei der Erfüllung ihrer wichtigsten Aufgabe, der Bildung von Überlieferungen, der Gesellschaftsordnung, in der sie leben. Mag ihr berufliches Handeln auch in vielen Bereichen primär fachmethodisch und wissenschaftlich ausgerichtet sein, es hat in seinen Auswirkungen aber, wie an dem geschilderten Beispiel gezeigt, durchaus politische und gesellschaftliche Dimensionen. Es ging im beschriebenen Fall ja eben nicht um den über 30 laufende Regalmeter umfassenden Bestand der Reichsstelle für Fette und Eier, auch nicht um die Akten der Sanitärkeramik GmbH oder des Deutschen Schachbundes – alles Bestände des Bundesarchivs, deren Bewertung sicherlich „normalen“ Maßstäben ohne größere politische Implikationen zu unterliegen hat –, sondern es ging um die leider viel zu spärlich erhaltenen unmittelbaren Dokumente einer der größten Katastrophen der Weltgeschichte, die von diesem Lande ausging und für deren dokumentarische Überlieferungsbildung die Archivarinnen und Archivare dieses Landes die Hauptverantwortung haben. Und diese Verantwortung bei der, wie Dolf Sternberger formulierte, Errichtung von Dämmen „wider die Vergeßlichkeit, wider die träge schwarze Flut der Vergänglichkeit“³² ist nicht nur eine rein archivarische. Sie ist daneben auch nicht nur eine historiographische Verantwortung, der sich die Archivare als Historiker oder als der Geschichtswissenschaft besonders Verbundene annehmen müssen, sondern letztlich auch eine sehr politische, der sich die Archivare als Staatsbürger dieses Landes zu stellen haben. Daß Fehlentwicklungen bei der Überlieferungsbildung „sich als Schadenssymptome nicht nur der Überlieferung darstellen, sondern als solche des Gemeinwesens“, und zwar nicht erst, wie Siegfried Büttner noch zu vorsichtig prognostiziert, in Jahrzehnten³³, sondern schon in der aktuellen Gegenwart, sollte deutlich gemacht werden.

³⁰ Ebenda, S. 7, S. 39.

³¹ Ebenda, S. 35.

³² Rede Dolf Sternbergers zum 25jährigen Bestehen des Bundesarchivs in Koblenz am 3.6. 1977, gedruckte Fassung unter dem Titel: Geschichte als Erfahrung und Geschichte als Erkenntnis. Rede zur Feier eines Archivs, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 168, vom 23. 7. 1977.

³³ Büttner, Ressortprinzip, S. 161.

INGO JUCHLER

REVOLUTIONÄRE HYBRIS UND KRIEGSGEFAHR:
DIE KUBA-KRISE VON 1962

Der kubanische Ministerpräsident Fidel Castro händigte im Sommer 1990 dem französischen Publizisten Jean-Edern Hallier seine Korrespondenz mit Nikita Chruschtschow während der Raketenkrise im Oktober 1962 aus. Mit deren Veröffentlichung in *Le Monde* am 24. November 1990 liegen erstmals Dokumente vor, die eine zuverlässige Ortung der kubanischen Position in jenen dramatischen Herbsttagen ermöglichen. Zugleich macht diese Korrespondenz wohl auch eine partielle historische Neubewertung der Weltkrise erforderlich, denn die sich aus der Krisensituation entwickelnde Kriegsgefahr wurde durch die Politik der kubanischen Führung noch erhöht: Castro unterließ bzw. hintertrieb während der Raketenkrise zeitweilig die Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA, was die Welt an den Rand einer nuklearen Katastrophe führte.

Als am 27. August 1962 eine hochrangige kubanische Delegation unter Leitung Ernesto Che Guevaras nach Moskau reiste, standen die künftigen wirtschaftlichen und militärischen Hilfeleistungen der Sowjetunion für den Inselstaat im Mittelpunkt der Verhandlungen. In einem anlässlich dieses Besuches veröffentlichten gemeinsamen Kommuniqué heißt es, daß die Sowjetunion auf Ersuchen der kubanischen Regierung Kuba mit Waffen und der Entsendung von Ausbildern unterstützen werde, daß Kuba berechtigt sei, alle „erforderlichen Schritte zur Gewährleistung seiner Sicherheit und zum Schutze seiner Souveränität und Unabhängigkeit“ zu unternehmen, und daß die „Freunde“ Kubas das Recht hätten, „diesem berechtigten Ersuchen Folge zu leisten“; schließlich wurde auch eine „Vereinbarung über Waffenlieferungen“ bekanntgegeben¹. Zur Stationierung von sowjetischen Mittelstreckenraketen auf Kuba hatte die sowjetische Führung die Kubaner allerdings überreden müssen. Chruschtschow führte in seinen postum veröffentlichten Memoiren hierzu aus: „When Castro and I talked about the problem, we argued and argued. Our argument was very heated. But, in the end, Fidel agreed with me. Later on, he began to supply me with certain data that had come to his attention. „Apparently what you told me was right“, he said. That in itself justified what we then did.“² Der sowjetische Botschafter in Kuba von 1962 bis 1968, Alexander I. Alexejew, gab als Begründung für Castros anfangs ablehnende Haltung hin-

¹ Kubanisch-sowjetisches Kommuniqué vom 2.9. 1962, in: Archiv der Gegenwart (AdG) vom 4.9. 1962, S. 10080.

² Khrushchev Remembers. The Last Testament, hrsg. von Strobe Talbott, Boston/Toronto 1974, S. 511.

sichtlich der Raketenstationierung auf Kuba an, Castro „would jeopardize his support in Latin America if he were to be perceived as too tightly bound to the Soviet Union“³.

Nach Angaben von Sergo Mikojan stammte die Idee, Atomraketen auf Kuba zu stationieren, von Chruschtschow, der diesen Gedanken erstmals Ende April 1962 gegenüber, Anastas Mikojan äußerte⁴. Hinsichtlich der mit der Stationierung von Atomraketen auf Kuba verbundenen Intentionen Chruschtschows erklärte Sergo Mikojan: „The main idea was the defense of Fidel's regime. Krushchev had some reasons to think the United States would repeat the Bay of Pigs, but not make mistakes anymore.“⁵ Diese Einschätzung Sergo Mikojans korrespondiert mit den rückblickenden Ausführungen Nikita Chruschtschows: „We stationed our armed forces on Cuban soil for one purpose only: to maintain the independence of the Cuban people and to prevent the invasion by a mercenary expeditionary force which the United States was then preparing to launch. We had no intentions of starting a war ourselves. We've always considered war to be against our own interests. We've never thought in terms of any other than defense war. Anyone with an ounce of sense can see I'm telling the truth. It would have been preposterous for us to unleash a war against the United States from Cuba. Cuba was 11 000 kilometers from the Soviet Union. Our sea and air communications with Cuba were so precarious that an attack against the US was unthinkable.“⁶

Indessen reagierte die US-Regierung zunehmend besorgt auf die unverhohlene militärische Unterstützung Moskaus für die „Rote Insel“. Präsident John F. Kennedy kritisierte am 4. September 1962 in einer Erklärung vor Kongreßmitgliedern im Weißen Haus die sowjetische Lieferung von Flugabwehrraketen, umfassenden Radar- und anderen elektronischen Ausrüstungen sowie die Präsenz von Militärtechnikern und Ausbildern in Kuba. „The United States, in conjunction with other Hemisphere countries,“ so Kennedy, „will make sure that while increased Cuban armaments will be a heavy burden to the unhappy people of Cuba themselves, they will be nothing more.“⁷

Bis zum 16. Oktober 1962 war man in Washington allerdings davon ausgegangen, daß es sich bei der sowjetischen Militärhilfe lediglich um Waffen konventioneller Art handele. Die Auswertung von Luftbildern (von U-2 Aufklärungsflugzeugen in

³ Zitiert nach Bruce J. Allyn/James G. Blight/David A. Welch, *Essence of Revision: Moscow, Havana and the Cuban Missile Crisis*, in: *International Security*, Vol. 14, No. 3 (1989/90), S. 148, Anm. 42.

⁴ Sergo Mikojan ist der Sohn des ehemaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten der Sowjetunion und Mitarbeiter Nikita Chruschtschows, Anastas Mikojan. Sergo Mikojan arbeitete während der Kuba-Krise eng mit seinem Vater zusammen; die zitierten Angaben stammen von der Cambridge Conference zur Kuba-Krise vom 11.–13. Oktober 1987; zitiert nach James G. Blight/David A. Welch, *On the Brink. Americans and Soviets Reexamine the Cuban Missile Crisis*, New York 1990, S. 238.

⁵ Ebenda. Weiterhin habe Chruschtschow den Ausschluss Kubas aus der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) im Januar 1962 als diplomatische Isolierung Kubas und als Vorbereitung einer Invasion gedeutet.

⁶ Khrushchev Remembers, Testament, S. 511.

⁷ Statement by President John F. Kennedy on Cuba, September 4, 1962, in: David L. Larson (Hrsg.), *The „Cuban Crisis“ of 1962. Selected Documents, Chronology and Bibliography*, Lanham/New York/London 1986, S. 17 f.; vgl. hierzu auch John Newhouse, *Krieg und Frieden im Atomzeitalter. Von Los Alamos bis SALT*, München 1990, S. 243 ff.

11 000 Meter Höhe über Kuba aufgenommen) ergab jedoch ein anderes: In Kuba wurden zu dieser Zeit mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit Abschlußrampen für atomwaffenfähige Mittelstreckenraketen errichtet. Die US-Regierungsmitglieder um Präsident Kennedy waren ob dieser Ergebnisse höchst irritiert und fühlten sich von Moskau aufs äußerste düpiert, hatte die sowjetische Regierung doch erst am 11. September noch in einer öffentlichen Erklärung verlauten lassen, sie habe „es nicht nötig, die ihr zur Verfügung stehenden Mittel zur Abwehr einer Aggression, für einen Gegenschlag, in irgendein anderes Land, zum Beispiel nach Kuba, zu verlagern“⁸. Nachdem in den darauffolgenden Tagen die befürchteten Vermutungen des Pentagon durch weitere Luftaufnahmen bestätigt worden waren, wandte sich John F. Kennedy am 22. Oktober 1962 mit einer von Rundfunk und Fernsehen übertragenen Ansprache an die Bürger der Vereinigten Staaten. Er qualifizierte dabei einige der sich in Kuba in Bau befindlichen Raketenabschlußrampen als offensiv, ihr Zweck könne nur darin bestehen, eine nukleare Angriffskapazität gegen die westliche Hemisphäre zu schaffen. Dies stelle eine ausdrückliche Bedrohung des Friedens und der Sicherheit aller amerikanischen Staaten dar. Kennedy kündigte deshalb eine strikte Sperre für alle offensiven militärischen Ausrüstungen an, welche auf dem Seeweg nach Kuba gelangen sollten, und appellierte an den sowjetischen Ministerpräsidenten, diese provokatorische Bedrohung des Weltfriedens zu beenden⁹.

Tags darauf verurteilte die sowjetische Regierung ihrerseits die Errichtung einer Seeblockade um Kuba und beschuldigte die USA, damit einen Schritt hin zur Entfesselung eines weltweiten thermonuklearen Krieges zu tun. Sie unterstrich nachdrücklich, daß alle sich im Besitz der Sowjetunion befindlichen Waffen der Verteidigung gegen Aggressoren dienten. Weiter beriefen sich die Sowjets auf das im September veröffentlichte sowjetisch-kubanische Kommuniqué, in welchem bereits festgestellt worden sei, daß die Kuba gelieferten Waffen einzig und allein defensiven Charakters seien. Die Notwendigkeit sowjetischer Hilfe für die Verteidigung Kubas ergäbe sich aus der kontinuierlichen Bedrohung und aus provokatorischen Aktionen seitens der USA gegenüber der Inselrepublik. Diese schreckten noch nicht einmal davor zurück, eine bewaffnete Intervention in Kuba zu organisieren, wie es im April 1961 geschehen war¹⁰. Nach sowjetischer Darstellung verfolgte man also im Kreml mit der geplanten Stationierung von Mittelstreckenraketen keine – wie von Washington interpretiert – offensiven Intentionen gegenüber den USA oder anderen Staaten der Region, sondern wollte lediglich vor weiteren Invasionen abschrecken.

Für die Vereinigten Staaten blieben die Atomwaffen jedoch eine Gefährdung des Friedens in der Welt und der Sicherheit der USA wie auch der anderen amerikanischen Staaten. Präsident Kennedy proklamierte deshalb für den 24. Oktober 1962 das Inkrafttreten einer Seeblockade für alle für Kuba bestimmten Offensivwaffen. Angesichts der verhärteten Positionen der beiden Supermächte und der daraus resultieren-

⁸ Erklärung der Agentur TASS zur Kuba-Frage vom 11. 9. 1962, in: Europa-Archiv, 1962, D 564.

⁹ Vgl. Address by President Kennedy, October 22, 1962, in: Larson, Cuban Crisis, S. 59–64.

¹⁰ Vgl. Statement by the Soviet Government, October 23, 1962, in: ebenda, S. 70–74.

den ernststen Bedrohung für den Weltfrieden, wandten sich am selben Tag die Vereinigte Arabische Republik und Ghana im Namen von 45 nichtpaktgebundenen Staaten mit der Bitte an den amtierenden UN-Generalsekretär UThant, mit den an der Weltkrise beteiligten Staaten direkte Verhandlungen aufzunehmen. Noch am 24. Oktober richtete UThant daraufhin eine Botschaft an Kennedy und Chruschtschow, in welcher er die freiwillige Suspendierung aller Waffenlieferungen auf dem Seewege nach Kuba und der Quarantänemaßnahmen für einen Zeitraum von zwei bis drei Wochen forderte. In der Zwischenzeit sollten die betroffenen Parteien in Verhandlungen treten und eine friedliche Lösung des Problems herbeiführen.

In seinem Antwortbrief vom 25. Oktober versicherte Kennedy gegenüber UThant, daß die USA alles in ihrer Macht stehende tun würden, um eine direkte Konfrontation mit den sowjetischen Schiffen in der Karibik zu vermeiden, falls die sowjetischen Schiffe dem Blockaderaum fernbleiben würden. Zugleich betonte er, daß die Arbeiten an den offensiven Waffensystemen auf Kuba derzeit fortgesetzt würden¹¹. Daraufhin erklärte sich auch Chruschtschow dazu bereit, zur Entschärfung der Krise den Vorschlag UThants anzunehmen; die sowjetischen Schiffe mit Kurs auf Kuba seien angewiesen worden, den *cordon sanitaire* nicht zu passieren¹².

Gleichzeitig jedoch, und das war für die weitere Entwicklung der Krise und ihre letztlich Entschärfung von ausschlaggebender Bedeutung, wandte sich Chruschtschow noch am gleichen Tag mit einem Brief direkt an John F. Kennedy und brachte dabei – neben einer Geste des guten Willens – insbesondere seine grundsätzliche Ablehnung einer militärischen Konfrontation mit den USA zum Ausdruck. Nach wie vor bilde für die Sowjetunion die *friedliche Koexistenz* die Grundlage ihrer Politik gegenüber anders verfaßten Systemen. Nicht Krieg, sondern der friedliche Wettbewerb sollten das Mittel sein, um Fragen der Ideologie wie auch ökonomische Probleme zwischen diesen zu lösen. Hinsichtlich der Interpretation der USA, die auf Kuba stationierten Waffen seien Offensivwaffen und könnten zu einem Angriff auf das amerikanische Festland genutzt werden, erklärte Chruschtschow: „Consequently, how can we permit the incorrect actions which you ascribe to us? Only lunatics or suicides, who themselves want to perish and to destroy the whole world before they die, could do this. We, however, want to live and do not at all want to destroy our country.“¹³ Ein Krieg unter den gegebenen Bedingungen würde sich nach seiner Überzeugung nicht auf eine Konfrontation zwischen der Sowjetunion und den USA beschränken, sondern wäre ein weltweiter, grausamer und vernichtender Krieg. Zur Beilegung der Krise machte Chruschtschow dem US-Präsidenten deshalb folgenden Vorschlag: „(. . .) we, for our part, will declare that our ships, bound for Cuba, will not carry any kind of armaments. You would declare that the United States will not invade Cuba with its for-

¹¹ Vgl. Letter from President Kennedy to Acting Secretary General UThant, October 25, 1962, in: ebenda, S. 153.

¹² Vgl. Letter from Chairman Khrushchev to Acting Secretary General UThant, October 25, 1962, in: ebenda, S. 154.

¹³ Letter from Premier Khrushchev to President Kennedy, October 26, 1962, in: ebenda, S. 177.

ces and will not support any sort of forces which might intend to carry out an invasion of Cuba. Then the necessity for the presence of our military specialists in Cuba would disappear.“¹⁴

Vom gleichen Tag wie Chruschtschows Offerte an Kennedy datiert nun allerdings auch ein Brief des kubanischen Ministerpräsidenten Fidel Castro an den sowjetischen Regierungschef, in welchem dieser eine gänzlich konträre Position vertritt. Mit diesem Brief setzt die in *Le Monde* veröffentlichte Korrespondenz zwischen dem kubanischen und dem sowjetischen Staatschef ein¹⁵.

Castro beginnt seinen Brief mit einer Einschätzung der Krisenlage und kommt dabei zu dem Schluß, daß sich eine Aggression seitens der USA gegenüber Kuba in den nächsten 24 oder 72 Stunden vollziehen könnte. „Es gibt zwei Möglichkeiten“, so Castro, „die erste ist die wahrscheinlichste, nämlich der Luftangriff gegen präzise Ziele mit der alleinigen Absicht, sie zu zerstören; die zweite, weniger wahrscheinliche aber mögliche, ist die Invasion.“¹⁶ Ferner versichert Castro dem sowjetischen Ministerpräsidenten, „daß wir dem Angriff hart und entschlossen widerstehen werden, von welcher Art er auch sei“¹⁷. Die Moral des kubanischen Volkes sei extrem hoch, und es würde einer Aggression heroisch begegnen. Angesichts dieser Lage der Dinge – nach Castros Einschätzung scheint eine Konfrontation mit den USA unausweichlich, unentschieden sei lediglich noch, auf welche Weise Kuba angegriffen würde – unterbreitet Fidel Castro Nikita Chruschtschow einen Vorschlag (als „opinion personnelle“ bezeichnet), der, wäre der sowjetische Staatsführer darauf eingegangen, einen weltweiten Nuklearkrieg ausgelöst hätte: „Wenn die zweite Hypothese Wirklichkeit wird und die Imperialisten Kuba mit dem Ziel überfallen, es zu besetzen, ist die Gefahr einer derart aggressiven Politik für die Menschheit so groß, daß danach die Sowjetunion nie wieder eine Situation entstehen lassen dürfte, in welcher die Imperialisten gegen sie den ersten Schlag eines Atomkriegs durchführen könnten. Ich erkläre Ihnen dies, da ich glaube, daß die Aggressivität der Imperialisten extrem gefährlich wird, und, wenn sie einen solch brutalen Akt wie die Invasion auf Kuba schließlich durchführten – wobei sie universelles Recht und Gesetz verletzen würden –, dann wäre dies der Zeitpunkt, um eine derartige Gefahr für immer zu eliminieren. Es würde sich um einen völlig gerechtfertigten Akt der Notwehr handeln, so hart und schrecklich die Lösung auch sein möge, denn es würde keine andere geben.“¹⁸

¹⁴ Ebenda, S. 179.

¹⁵ Künftig zitiert: F. Castro – N. Chruschtschow, 26. 10. 1962; N. Chruschtschow – F. Castro, 28. 10. 1962; F. Castro – N. Chruschtschow, 28. 10. 1962; N. Chruschtschow – F. Castro, 30. 10. 1962; F. Castro – N. Chruschtschow, 31. 10. 1962; die Korrespondenz wurde abgedruckt in: *Le Monde* vom 24. 11. 1990, S. 2f.

¹⁶ „Il y a deux possibilités: la première et la plus probable, c'est l'attaque aérienne contre des objectifs précis avec pour seul but de les détruire; la seconde, moins probable mais possible, c'est l'invasion.“ In: F. Castro – N. Chruschtschow, 26. 10. 1962. Für die Korrektur der deutschen Übersetzung der Korrespondenz danke ich Silke Weimar-Ekdur, Doktorandin der Romanistik an der Philipps-Universität Marburg.

¹⁷ „Que nous résisterons fermement et résolument à l'attaque, quelle qu'elle soit.“ In: Ebenda.

¹⁸ „Si la seconde hypothèse se réalise et si les impérialistes envahissent Cuba, dans le but de l'occuper, le

Angesichts der Ungeheuerlichkeit dieser Äußerungen Castros stellt sich die Frage nach der Echtheit der von *Le Monde* veröffentlichten historischen Dokumente. Die Echtheit der Briefe kann als gesichert gelten, da die offizielle Zeitschrift des sowjetischen Außenministeriums, *Vestnik Ministerstva inostrannykh del SSSR*¹⁹, im Dezember 1990 ihrerseits die Korrespondenz zwischen Fidel Castro und Nikita Chruschtschow während der Raketenkrise veröffentlichte – allerdings mit einem zusätzlichen sechsten Brief Chruschtschows an Castro, datiert vom 31. Oktober 1962, welcher die Korrespondenz abschloß²⁰. Die anderen fünf Briefe stimmen in beiden Veröffentlichungen in den wesentlichen Punkten überein²¹.

Teile der Korrespondenz sind in der einschlägigen Forschungsliteratur bereits früher als existent erwähnt worden: James G. Blight und David A. Welch berichten im Nachwort ihrer Arbeit *On the Brink* von einer „message“ Castros an Chruschtschow, welche auf der Moskauer Konferenz zur Kuba-Krise (vom 27. bis 29. Januar 1989) ans Licht gekommen und die nun als Castros erster Brief an Chruschtschow zu identifizieren ist²². Castros Botschaft steht darüber hinaus im Einklang mit einer unveröffentlichten Passage von Chruschtschows Memoiren, wo dieser erklärte: „Suddenly, we received through our Ambassador a cable from Castro. The Ambassador reported that Castro had given him the report face-to-face. Castro informed him that he had reliable information that an American invasion would take place within a few hours. Therefore, he was proposing to preempt the invasion and inflict a nuclear strike on the U.S.“²³ Weiter heißt es in *On the Brink* zu diesem Sachverhalt: „But well-placed Soviets and Cubans deny that this was the content of the message. According to both Ambassador Alekseev (who transmitted the message to Khrushchev) and Emilio Aragonés (who helped draft it, and who had felt on October 26 that Khrushchev’s resolve was weakening), the telegram was intended to communicate the Cuban people’s willingness to fight to the last man and the last bullet in

danger pour l’humanité d’une telle politique agressive est si grand qu’après cela l’Union soviétique ne devrait jamais laisser se créer une situation dans laquelle les impérialistes pourraient frapper contre elle le premier coup d’une guerre nucléaire. Je vous dis ceci, car je crois que l’agressivité des impérialistes devient extrêmement dangereuse et s’ils en arrivent à un acte aussi brutal – violant la loi et le droit universel – que l’invasion de Cuba, ce serait le moment d’éliminer pour toujours un danger pareil. Il s’agirait d’un acte relevant de la plus légitime défense, aussi dure et terrible que fût la solution, car il n’en existerait pas d’autre.“ In: Ebenda.

¹⁹ „Bote des sowjetischen Außenministeriums“.

²⁰ Auf den sechsten Brief Chruschtschows wird noch ausführlich einzugehen sein (vgl. S. 95 ff.).

²¹ In Zweifelsfällen der französischen Übersetzung in *Le Monde* wurde insbesondere bei den Briefen Chruschtschows an Castro das russische Original in *Vestnik Ministerstva inostrannykh del SSSR* herangezogen.

²² Blight/Welch, *On the Brink*, S. 343. Die Untersuchung gibt den bisher neuesten Stand der Forschung zur Kuba-Krise von 1962 wieder. Die Arbeit gründet im wesentlichen auf den Forschungsergebnissen dreier jüngerer Konferenzen zur Raketenkrise: der Hawk’s Cay Conference vom 5. bis 8. 3. 1987, der Cambridge Conference vom 11. bis 13. 10. 1987 und der Moscow Conference vom 27. bis 29. 1. 1989. Vgl. ferner Bill Keller, ‘62 Missile Crisis Yields New Puzzle, in: *The New York Times* vom 30. 1. 1989.

²³ Blight/Welch, *On the Brink*, S. 343; vgl. auch Khrushchev Remembers. *The Glasnost Tapes*, hrsg. von Jerrold L. Schecter/Vyacheslav V. Luchkov, Boston/Toronto/London 1990, S. 176 f.

the event of an American attack, and to urge Khrushchev to show firmness. Both Alekseev and Aragonés believe that Khrushchev misinterpreted the telegram to be urging a preemptive strike – an entirely plausible belief, given Khrushchev's state of mind at the climax of the confrontation. Until the cable itself is made public by the Soviets or Cubans, the issue cannot be resolved conclusively.²⁴ – Die vorliegende Korrespondenz zwischen Castro und Chruschtschow läßt nun allerdings die Beantwortung dieser Frage zu und belegt, daß Chruschtschow die Botschaft Castros nicht in der Weise fehlinterpretierte, wie Alexejew und Aragonés es darstellten.

Chruschtschows Antwort auf Castros Vorschlag erfolgte am 28. Oktober 1962, doch ereigneten sich in der Zwischenzeit Dinge, welche die Welt an den Rand eines Nuklearkrieges führten. Zunächst hatte der sowjetische Staatschef mit einem neuerlichen Brief (vom 27. Oktober) bei den Mitgliedern des *Executive Committee of the National Security Council* (ExComm.) für Verwirrung und neue Mutmaßungen über die Absichten der Sowjets gesorgt²⁵. Chruschtschow brachte in dieser Botschaft – über seinen Vorschlag vom 26. Oktober hinausgehend – die in der Türkei stationierten US-Mittelstreckenraketen („Jupiter-Raketen“) ins Spiel. Sein neuer Vorschlag lautete: Die UdSSR würde die von den USA als offensiv deklarierten Waffen von Kuba abziehen, wenn jene sich im Gegenzug dazu verpflichteten, die Raketen aus der Türkei zurückzubehalten. Zugleich würden die Sowjets die Unantastbarkeit der Grenzen und die Souveränität der Türkei respektieren, eine ebensolche Erklärung sollten die USA in Bezug auf Kuba abgeben²⁶.

Doch noch bevor sich das ExComm. eine abschließende Meinung über diesen erweiterten Vorschlag Chruschtschows bilden und ein Gegenangebot formulieren konnte, traf eine Nachricht aus Kuba ein, welche den weiteren Verlauf der Krise maßgeblich beeinflussen und die prekärste Situation während der gesamten Krise herbeiführen sollte: die Meldung über den Abschluß eines US-Aufklärungsflugzeuges vom Typ U-2 über Kuba durch eine sowjetische SAM-Rakete („Surface-to-Air-Missile“) und über den Beschuß weiterer, tiefer fliegender Aufklärer. Das Tonbandtranskript der Sitzung des ExComm. legt ein beredtes Zeugnis von der Stimmung ab, die unter den Mitgliedern nach dem Eintreffen dieser Meldung herrschte. Der Abschluß der U-2 wurde von Präsident Kennedy als *Eskalation* des Raketenkonfliktes von seiten der sowjetisch-kubanischen Allianz interpretiert, und das ExComm. sah sich infolgedessen zu einer entsprechenden Reaktion unter Zeitdruck genötigt. Verteidigungsminister Robert McNamara unterbreitete deshalb den Vorschlag: „I think we can defer an air attack on Cuba until Wednesday or Thursday, but *only* if we continue our surveillance and (...) fire against

²⁴ Ebenda.

²⁵ Vgl. McGeorge Bundy/James G. Blight (Hrsg.), October 27, 1962: Transcripts of the Meetings of the ExComm, in: *International Security*, Vol. 12, No. 3 (1987/88), S. 32 ff.

²⁶ Vgl. Letter from Chairman Khrushchev to President Kennedy, October 27, 1962, in: Larson, *Cuban Crisis*, S. 183–186. Zur Diskussion der Supermächte über Nuklearwaffen während der Krise siehe Marc Trachtenberg, *The Influence of Nuclear Weapons in the Cuban Missile Crisis*, in: *International Security*, Vol. 10, No. 1 (1985), S. 147 ff.

anything that fires against the surveillance aircraft, and only if we maintain a tight blockade in this interim period. If we're willing to do these two things, I think we can defer the air attack until Wednesday or Thursday and take time to go to NATO."²⁷

Zeigten sich die Mitglieder des ExComm. zunächst überrascht und ratlos hinsichtlich der politisch-militärischen Bestimmung dieser Aktion, so waren sie gleichwohl davon überzeugt, daß die Sowjetunion für den Abschuß der U-2 verantwortlich war. Chruschtschow hatte noch am 24. Oktober gegenüber dem Industriellen William Knox erklärt, die in Kuba stationierten Boden-Luft-Raketen vom Typ SAM stünden sicher unter sowjetischer Kontrolle. Auch der US-Geheimdienst war zu dieser Zeit davon ausgegangen, daß das Raketensystem, obgleich von Kubanern zu Übungszwecken genutzt, unter der alleinigen Kontrolle der Sowjets stünde.²⁸

Im Laufe der Zeit wurden die unterschiedlichsten Mutmaßungen über Urheber und Intention dieser äußerst brisanten Aktion geäußert. So berichtete Arthur J. Olsen am 17. November 1962 in der *New York Times*, in kommunistischen Diplomatenkreisen sei das Gerücht im Umlauf, chinesisches Militärpersonal habe die SAM-Stellung besetzt und den US-Aufklärer abgeschossen²⁹. Eine andere Version stellte der ehemalige Weggenosse Castros, Carlos Franqui, 1981 vor: Castro selbst habe während einer Inspektion der sowjetischen Raketenstellung den Knopf zum Abschuß der U-2 betätigt, als diese zufällig zu diesem Zeitpunkt auf dem Radarschirm aufgetaucht war. Der einstige Leiter von „Radio Rebelde“ (zur Zeit des Guerillakampfes in der Sierra Maestra), welcher nach der siegreichen Revolution 1959 Chefredakteur des Organs der *Bewegung des 26. Juli* „Revolución“ wurde und seit der Invasion der Truppen des Warschauer Paktes in der Tschechoslowakei im Sommer 1968 in Italien lebt, hielt an dieser Darstellung der Ereignisse auch in späteren Publikationen fest, ohne diese allerdings wirklich beweisen zu können. In seiner Beschreibung der Entwicklung der kubanischen Revolution heißt es als Erklärung dazu lediglich, Castro habe am 27. Oktober geäußert, daß er jetzt wissen wolle, ob die USA intervenieren würden oder nicht, ob dies Ernst oder Spaß sei³⁰. Am 11. Oktober 1987 wartete Seymour M. Hersh mit einer weiteren Version auf: Kubanische Truppen hätten in der Nacht zum 27. Oktober die SAM-Stellung der Sowjets angegriffen, besetzt und den US-Aufklärer abgeschossen³¹.

²⁷ Bundy/Blight, *Transcripts*, S. 66.

²⁸ Vgl. Raymond L. Garthoff, *Reflections on the Cuban Missile Crisis*, Washington 1987, S. 52, sowie McGeorge Bundy, *Danger and Survival. Choices About the Bomb in the First Fifty Years*, New York 1988, S. 405f. und Graham T. Allison/William L. Ury/Bruce J. Allyn (Hrsg.), *Windows of Opportunity. From Cold War to Peaceful Competition in U.S.-Soviet Relations*, New York 1989, S. 111ff. Alexis Johnson, Stellvertretender Staatssekretär im US-Außenministerium, interpretierte den U-2-Abschuß während der Sitzung des ExComm. am 27.10. 1962 entsprechend: „It's a very different thing. You could have an undisciplined anti-air-craft – Cuban anti-aircraft outfit fire, but to have a SAM-site and a Russian crew fire is not any accident.“ Vgl. Bundy/Blight, *Transcripts*, S. 71.

²⁹ Arthur J. Olsen, *Chinese Gunners Reported in Cuba*, in: *The New York Times* vom 17. 11. 1962.

³⁰ „Ahorá voy a saber si invaden o no invaden. Si esto va en serio o en broma.“ Carlos Franqui, *Retrato de familia con Fidel*, Barcelona 1981, S. 401; vgl. auch ders., *Vida, aventuras y desastres de un hombre llamado Castro*, Barcelona 1988, S. 195ff.

³¹ Seymour M. Hersh, *Was Castro Out of Control in 1962?*, in: *The Washington Post* vom 11. 10. 1987.

Sergo Mikojan erklärte auf der Cambridge Conference zur Kuba-Krise zu dem Vorfall, daß der Abschuß der U-2 von sowjetischen Truppen getätigt worden sei; die den Kubanern zur Verfügung stehenden Geschosse seien nicht in der Lage gewesen, eine in 11 000 Meter Höhe fliegende U-2 zu erreichen. Als Erklärung für den Abschuß führte Mikojan an: „There is an impression that one of our commanders saw the U-2 on radar, and he had only two minutes' warning and had to decide quickly what to do.“³² Und im Verlauf der Diskussion erklärte Mikojan dazu weiter: „I only found out much later from a conversation – not necessarily a reliable conversation – that it was a Soviet acting without orders. He had never confessed it, because he was afraid of punishment. (...) I should not talk about the conversation any more than that, because it is not necessarily reliable, and the person is still alive.“³³ Die Sowjets legten schließlich auf der Moskauer Konferenz zur Kuba-Krise neue Berichte vor, welche besagen, daß es sich bei dem Abschuß der U-2 tatsächlich um einen Akt der auf Kuba stationierten sowjetischen Luftabwehrkräfte handelte³⁴.

Die Veröffentlichung der Korrespondenz zwischen Castro und Chruschtschow während der Kuba-Krise verschafft nun Klarheit über die Frage, welche Stelle für den Abschuß der U-2 *politisch* verantwortlich ist. In seinem Antwortbrief vom 28. Oktober forderte Chruschtschow den kubanischen Ministerpräsidenten dazu auf, sich nicht von seinen Gefühlen fortreißen zu lassen und Standfestigkeit zu zeigen. Zugleich drückte er Castro gegenüber aus, daß die Sowjets dessen „Gefühl der Entrüstung“³⁵ angesichts der aggressiven Akte der Vereinigten Staaten und der Verletzung der elementaren Normen des internationalen Rechts verstünden. Militaristische Kreise des Pentagon suchten offensichtlich nach einem Vorwand, um die in Aussicht stehende Vereinbarung über die Beilegung der Raketenkrise zu vereiteln. Weiter erklärte Chruschtschow: „Deshalb organisiert es (das Pentagon, I.J.) die Provokationsflüge. Gestern haben Sie eines von ihnen abgeschossen, obwohl Sie sie zuvor nicht beschossen, als sie Ihr Territorium überflogen. Die Aggressoren werden diese Tatsache benutzen, um ihre Ziele zu erreichen. Das ist der Grund, weshalb wir Ihnen freundschaftlich raten möchten: Legen Sie Geduld an den Tag, zeigen Sie Ausdauer und nochmals Ausdauer.“³⁶

Der Abschuß der U-2 stellte also nicht, wie vielerorts und insbesondere von den USA angenommen, eine bewußte Provokation seitens der Sowjetunion dar, um die politisch-militärischen Spielräume in der Raketenkrise auszuloten – im Gegenteil. Offen-

³² Zitiert nach Blight/Welch, *On the Brink*, S. 271.

³³ Ebenda, S. 273.

³⁴ Vgl. hierzu ebenda, S. 338 f.

³⁵ „Sentiment d'indignation“, in: N. Chruschtschow – F. Castro, 28. 10. 1962.

³⁶ „Voilà pourquoi il organise les vols de provocation des avions. Hier, vous avez abattu l'un d'eux, alors qu'avant vous ne les abattiez pas quand ils survolaient votre territoire. Les agresseurs vont utiliser ce fait pour atteindre leurs objectifs. C'est pourquoi nous aimerions vous conseiller amicalement: faites preuve de patience, montrez de la fermeté et encore de la fermeté“, in: ebenda. Zur Diskussion der Chruschtschowschen Auffassung, Kubaner hätten den Abschuß der U-2 vorgenommen, vgl. auch Blight/Welch, *On the Brink*, S. 340.

sichtlich hatten die Kubaner am 27. Oktober selbst die Initiative übernommen und waren aus der gemeinsamen Phalanx mit den Sowjets ausgeschert. Sergio Mikojan hatte diesen Umstand bei den Diskussionen auf der Cambridge Conference bereits partiell eingeräumt, als er sagte: Während sich die Sowjets intensiv um eine friedliche Beilegung des Konfliktes bemühten, hatte Fidel Castro seine „antiaircraft forces“ und seine „antiaircraft missile units“ angewiesen, „to shoot at everything“³⁷. Auf Interviews mit dem ehemaligen sowjetischen Botschafter auf Kuba, Alexejew, und mit Sergio del Valle, Mitglied des Zentralkomitees der kubanischen KP und Stabschef der kubanischen Armee im Jahre 1962, gestützt, stellten Blight und Welch hierzu fest: „From the Cuban point of view, the situation could indeed have been construed as ‚wartime‘. Throughout the crisis, Castro had authorized his own antiaircraft (AA) artillery to fire at groups of two or more low-flying American planes; on October 26, he ordered his AA units to fire on any American aircraft within range.“³⁸

Fidel Castro bestätigte in seinem Brief an Chruschtschow vom 28. Oktober, daß die kubanische Führung für den Abschluß der U-2 politisch verantwortlich zeichnet. Des weiteren läßt sich aus den Äußerungen Castros schließen, daß der Abschluß de facto nicht von Kubanern, sondern von Sowjets, die nicht länger die Politik ihrer Regierung, sondern die kubanische Position unterstützen wollten, getätigt worden war. So heißt es in dem Brief Castros an Chruschtschow vom 28. Oktober: „Wenn wir die Gefahren des Überraschungsangriffs vermeiden wollten, so war es notwendig, den Artilleristen den Befehl zum Feuern zu geben. Der Kommandant der sowjetischen Streitkräfte wird Ihnen zusätzliche Auskünfte in Bezug auf das abgeschossene Flugzeug liefern können.“³⁹ Und in seinem letzten Brief dieser Korrespondenz vom 31. Oktober sprach Castro von der „großen Verbrüderung“⁴⁰, welche sich in den entscheidenden Stunden zwischen Kubanern und Sowjets entwickelt habe: Die einen wie die anderen seien bereit gewesen, „mit einem Höchstmaß an Würde zu sterben“⁴¹.

Diese Äußerung Castros steht im Einklang mit Aussagen Jorge Risquets, die dieser auf der Moskauer Konferenz gemacht hat. Dort hatte Risquet erklärt, daß sowjetische Flugabwehrkräfte am 27. Oktober auf US-Militärmaschinen geschossen hätten, da sie „inspired by the enthusiasm of the Cubans“ gewesen seien⁴². Weiter heißt es in *On the*

³⁷ Zitiert nach Blight/Welch, *On the Brink*, S. 270; vgl. hierzu auch Jorge I. Domínguez, *To Make a World Safe for Revolution. Cuba's Foreign Policy*, Cambridge, Mass./London 1989, S. 39ff.

³⁸ Blight/Welch, *On the Brink*, S. 339.

³⁹ „Si nous voulions éviter les risques de l'attaque par surprise, il fallait donner aux artilleurs l'ordre de tirer. Le commandement des forces soviétiques pourra vous fournir des renseignements supplémentaires au sujet de l'avion abattu;“ in: F. Castro – N. Chruschtschow, 28. 10. 1962; vgl. auch Khrushchev Remembers, *Glasnost Tapes*, S. 178.

⁴⁰ „Grande fraternité“, in: F. Castro – N. Chruschtschow, 31. 10. 1962.

⁴¹ „A mourir avec le maximum de dignité;“ in: ebenda.

⁴² Zitiert nach Blight/Welch, *On the Brink*, S. 339; Risquet ist Politbüromitglied der kubanischen KP. Auch General Anatolij Gribkow, der während der Krise als Vertreter des Moskauer Verteidigungsministers Rodion Malinowskij auf Kuba stationiert war, stellte in seinen „Erinnerungen“ fest, daß der Abschluß durch sowjetisches Militär einen „Verstoß gegen den tags zuvor erlassenen Befehl, nur im Falle eines unmittelbaren Angriffs das Feuer zu eröffnen“, darstellte. Weiterhin bemerkte Gribkow,

Brink zur Resonanz des U-2-Abschusses in Kuba: „Indeed the downing of the U-2 was a tremendous boost to Cuban morale; news of it spread rapidly throughout the island and was greeted everywhere with wild celebration. As Risquet put it, „our people felt that we were not defenseless.“⁴³

Ging der Abschluß der U-2 auch *faktisch* auf das Konto von sowjetischem Militärpersonal, so liegt die *politische* Verantwortung für diese höchst brisante und provokatorische Aktion gleichwohl bei der kubanischen Führung. Mithin bleibt die Frage zu klären, welche Intention Havanna damit verfolgte. Castro erklärte hierzu in seinem Brief an Chruschtschow vom 28. Oktober: „Früher stellten diese Flüge (der US-Militärmaschinen über kubanisches Territorium, I. J.) isolierte Verletzungen dar, ohne präzises militärisches Ziel und ohne reale Gefahr. Diesmal war dies nicht der Fall. Es bestand die Gefahr eines Überraschungsangriffes auf ganz bestimmte militärische Einrichtungen. Wir haben uns entschieden, die Hände nicht in den Schoß zu legen (. . .). Wir haben gedacht, daß wir es, nach dem Aufwand und den Anstrengungen, die wir bewältigt haben, nicht erlauben dürften, und außerdem, weil es uns militärisch und moralisch schwächen würde.“⁴⁴

Die weitreichenden politischen und militärischen Konsequenzen dieses Vorgehens können Fidel Castro nicht verborgen geblieben sein. Wie hätten die USA den Abschluß eines ihrer Aufklärungsflugzeuge, die im übrigen zuvor die Beweisfotos für die geplante Stationierung der sowjetischen Mittelstreckenraketen geliefert hatten, anders als einen provokatorischen Akt der Sowjets (denn nur die unter sowjetischer Kontrolle stehenden SAM-Stellungen waren in der Lage, in 11 000 Meter Höhe fliegende Aufklärer abzuschießen) werten können? Unter diesen Umständen muß man wohl davon ausgehen, daß die kubanische Führung mit dieser einseitigen militärischen Aktion eine Eskalation der Raketenkrise bewußt in Kauf nahm und Castro damit nolens volens die Erfüllung seiner Prophezeiung vom 26. Oktober, ein militärisches Eingreifen der USA in Kuba stünde unmittelbar bevor, einen Tag später fast selbst erzwungen hätte. So erinnert sich etwa Robert F. Kennedy in seinen postum veröffentlichten Memoiren zur Reaktion im Weißen Haus auf die Nachricht vom Abschluß der U-2 durch eine sowjetische Rakete: „At first there was almost unanimous agreement that we had to attack early the next morning with bombers and fighters and destroy the SAM sites. But again the President pulled everyone back. ‚It isn’t the first step that concerns me‘, he said,

daß die „Luftabwehreinheiten der sowjetischen und kubanischen Streitkräfte bei der Luftverteidigung eng zusammenarbeiteten“. Vgl. Operation „Anadyr“. General Anatolij Iwanowitsch Gribkow über die Stationierung sowjetischer Atomraketen auf Kuba 1962 (II), in: Der Spiegel, Nr. 17 vom 20. 4. 1992, S. 205 und 208.

⁴³ Blight/Welch, *On the Brink*, S. 339; vgl. auch Michael R. Beschloss, *Powergame. Kennedy und Chruschtschow. Die Krisenjahre 1960 bis 1963*, Düsseldorf/Wien u. a. 1991, S. 518 ff.

⁴⁴ „Avant, ces vols constituaient des violations isolées, sans objectif militaire précis ou sans danger réel. Cette fois, ce n’était pas le cas. Le danger existait d’une attaque-surprise sur des installations militaires déterminées. Nous avons décidé de ne pas nous croiser les bras (. . .). Nous avons pensé que nous ne devions pas le permettre, après les efforts et les dépenses que nous avons faits, et de plus, parce que cela nous affaiblirait militairement et moralement;“ in: F. Castro – N. Chruschtschow, 28. 10. 1962.

,but both sides escalating to the fourth and fifth step – and we don't go to the sixth because there is no one around to do so. We must remind ourselves we are embarking on a very hazardous course'.⁴⁵

In Anbetracht dieser Zusammenhänge drängt sich die Frage auf, ob die kubanische Regierung durch den Abschluß der U-2 und den Beschluß weiterer Aufklärer am 27. Oktober 1962 das von Castro in dessen Brief an Chruschtschow vom 26. Oktober prophezeite militärische Eingreifen der USA bewußt provozieren und damit die Voraussetzungen für die von Castro im gleichen Brief suggerierten Maßnahmen selbst herstellen wollte: Im Falle eines amerikanischen Angriffs auf Kuba sollte die UdSSR durch einen atomaren Erstschlag die Angreifer für immer vernichten⁴⁶.

Daß es sich bei Castros Vorschlag nicht um eine voreilige, im Affekt und unter dem psychischen Druck der angespannten Krise geäußerte Idee handelte, machte dieser in seinem letzten Brief der Korrespondenz deutlich: „Meiner Meinung nach darf man im Fall einer entfesselten Aggression dem Aggressor nicht das Privileg der Entscheidung zugestehen, überdies nicht, wenn es um den Einsatz der Nuklearwaffe geht. Die Zerstörungskraft dieser Waffe ist so stark und die Schnelligkeit der Abschlußmittel ist so beschaffen, daß derjenige, welcher die Nuklearwaffe als erster einsetzt, von Anfang an einen beachtlichen Vorteil daraus ziehen kann. Und ich, ich habe Ihnen, Genosse Chruschtschow, nicht suggeriert, daß die UdSSR der Aggressor gewesen sei, denn dies wäre von meiner Seite aus mehr als unkorrekt, nämlich unmoralisch und unwürdig gewesen. Aber ich habe vorgeschlagen, daß, wenn der Imperialismus Kuba und die militärischen Kräfte der UdSSR, die auf Kuba stationiert und dazu bestimmt sind, unserer Verteidigung im Falle eines äußeren Angriffes zu helfen, angreifen würde, und somit zum Aggressor Kubas und der UdSSR werden würde, daß man dann mit einem Schlag, der zu seiner Vernichtung fähig ist, antwortet.“⁴⁷

⁴⁵ Robert F. Kennedy, *13 Days. The Cuban Missile Crisis*, London 1969, S. 96f.; zur Auseinandersetzung zwischen den Fraktionen der *Falken* und der *Tauben* innerhalb des ExComm. und zur Entscheidungsfindung J. F. Kennedys siehe grundlegend Graham I. Allison/Joseph S. Nye, Jr./Albert Carnesale (Hrsg.), *Hawks, Doves, & Owls: An Agenda for Avoiding Nuclear War*, New York 1985, sowie James G. Blight/Joseph S. Nye, Jr./David A. Welch, *The Cuban Missile Crisis Revisited*, in: *Foreign Affairs*, Vol. 66, No. 1 (1987), S. 171 ff.; vgl. zu den Vernichtungskapazitäten der beiden Supermächte in jener Zeit Paul Kennedy, *Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000*, Frankfurt a. M. 1989, S. 587 ff.

⁴⁶ Siehe ausführlich oben zitierten Passus des Briefes F. Castro – N. Chruschtschow, 26. 10. 1962.

⁴⁷ „Selon moi, une fois l'agression déchaînée, on ne doit pas accorder aux agresseurs le privilège de décider, en outre, de l'utilisation de l'arme nucléaire. Le pouvoir destructif de cette arme est si grand et la vitesse des moyens de lancement est telle que le premier utilisateur de l'arme nucléaire peut bénéficier au départ d'un avantage considérable. Et moi, je ne vous ai pas suggéré, camarade Khrouchtchev, que l'URSS fût l'agresseur, car cela aurait été plus qu'incorrect, cela aurait été immoral et indigne de ma part. Mais j'ai proposé que, si l'impérialisme attaquait Cuba et les forces militaires de l'URSS stationnées à Cuba et destinées à aider notre défense en cas d'attaque extérieure, devenant par là même agresseur de Cuba et de l'URSS, on réponde par un coup capable de l'anéantir.“ in: F. Castro – N. Chruschtschow, 31. 10. 1962.

Nach Castros dualistischer Weltsicht sollte also die UdSSR aus einer angeblich legitimen Verteidigungsposition heraus den gemeinsamen Feind mit Nuklearwaffen endgültig vernichten. Die Doppelbödigkeit dieser Position wird angesichts des Abschusses der U-2 und des Beschusses weiterer US-Aufklärer, für welche die kubanische Führung politisch verantwortlich zeichnete, offensichtlich: Denn die Kubaner provozierten zu diesem Zeitpunkt bewußt ein militärisches Eingreifen der USA, auf welches dann nach Castros Vorstellungen der alles Übel vernichtende nukleare „Verteidigungsschlag“ der Sowjets hätte erfolgen sollen.

Die offizielle Antwort der US-Regierung auf Chruschtschows Vorschläge zur Beilegung der Krise erfolgte ebenfalls am 27. Oktober: Präsident Kennedy machte in seinem Schreiben deutlich, daß die USA grundsätzlich zur Annahme der sowjetischen Vorschläge vom 26. Oktober bereit seien, unter der Voraussetzung der sofortigen Einstellung der Bauarbeiten an den Raketenbasen auf Kuba. Er vermied es, in diesem Schreiben auf den erweiterten Vorschlag Chruschtschows vom 27. Oktober einzugehen, die für Kuba bestimmten Mittelstreckenraketen gegen die in der Türkei stationierten zu „tauschen“, obwohl dieser sowjetische Vorschlag zur Zeit der Abfassung der amerikanischen Antwort bereits vorlag⁴⁸.

Ausschlaggebend für die weitere Entwicklung der Krise war jedoch nicht diese amerikanische Antwort, sondern eine Unterredung zwischen US-Justizminister Robert F. Kennedy und dem sowjetischen Botschafter in Washington, Anatoli Dobrynin, am Abend des 27. Oktober. Kennedy stellte dabei zunächst gegenüber Dobrynin fest, daß kurz zuvor US-Aufklärer über Kuba beschossen, eine U-2 abgeschossen und der Pilot dabei ums Leben gekommen seien. „That for us was a most serious turn of events.“⁴⁹ Der US-Präsident wolle keinen militärischen Konflikt, doch müsse die US-Regierung angesichts der gesamten Krisenentwicklung am 28. Oktober die Zusicherung der Sowjets erhalten, daß die Raketenbasen auf Kuba abgebaut würden. Weiter heißt es in R. F. Kennedys Memoiren: „I was not giving them an ultimatum but a statement of fact. He should understand that if they did not remove those bases we would remove them.“⁵⁰

Dieses „statement of fact“ wäre vor dem Hintergrund der Ereignisse des 27. Oktobers in Kuba vielleicht gar nicht mehr nötig gewesen, um die Sowjets zum Abbau ihrer Raketenstellungen für atomare Mittelstreckenwaffen zu bewegen: Zu risikoreich gestaltete sich die Stationierung von Atomwaffen in einem Land, dessen Führung durch den Beschuß der US-Aufklärer die Eskalation der Raketenkrise in die Nähe eines Weltkriegs provoziert hatte und dessen Premier die atomare Vernichtung des politischen Gegners während der Krise für eine adäquate militärische Option hielt⁵¹.

⁴⁸ Vgl. Letter from President Kennedy to Chairman Khrushchev, October 27, 1962, in: Larson, Cuban Crisis, S. 187f.

⁴⁹ Kennedy, 13 Days, S. 104.

⁵⁰ Ebenda, S. 105.

⁵¹ Sergio del Valle erklärte in diesem Zusammenhang auf der Moskauer Konferenz, daß in Kuba zur Zeit der Krise „no atomic culture“, soll heißen noch kein wirkliches Verständnis der möglichen Konsequenzen eines atomaren Krieges, entwickelt gewesen sei; vgl. Blight/Welch, On the Brink, S. 343.

Gleichviel, die sowjetische Entscheidung fiel am 28. Oktober 1962 schnell und eindeutig aus: Um jede zeitliche Verzögerung bei der Übermittlung der Antwort zu vermeiden, wurde diese von Radio Moskau sofort übertragen, die offiziellen Dokumente erreichten Washington erst ca. zwei Stunden nach dieser Sendung. Offensichtlich waren die Sowjets darüber hinaus sehr darauf bedacht, keinen Zweifel an der Lauterkeit ihrer Absichten aufkommen zu lassen. Noch bevor das State Department zu der Botschaft aus Moskau Stellung genommen hatte, wurde in Kuba mit dem Abbau der Raketenbasen begonnen. Die Diktion dieser Maßnahmen war eindeutig und sprach für sich: „The dismantling was thorough; everything that could not be taken away was broken up and bulldozed.“⁵²

In der offiziellen Botschaft erklärte Chruschtschow gegenüber dem US-Präsidenten: „I regard with great understanding your concern and the concern of the United States' people in connection with the fact that the weapons you describe as offensive are formidable weapons indeed. Both you and we understand what kind of weapons these are. In order to eliminate as rapidly as possible the conflict which endangers the cause of peace, to give an assurance to all people who crave peace, and to reassure the American people, all of whom, I am certain, also want peace, as do the people of the Soviet Union, the Soviet Government, in addition to earlier instructions on the discontinuation of further work on weapons construction sites, has given a new order to dismantle the arms which you described as offensive, and to crate and return them to the Soviet Union. (. . .) I regard with respect and trust the statement you made in your message of 27 October 1962 that there would be no attack, no invasion of Cuba, and not only on the part of the United States, but also on the part of other nations of the Western Hemisphere, as you said in your same message. Then the motives which induced us to render assistance of such a kind to Cuba disappear.“⁵³

Im Gegenzug begrüßte Präsident Kennedy in einer ersten Stellungnahme den Abzug der Mittelstreckenraketen als „staatsmännische Entscheidung“ Chruschtschows. In seinem Brief an den sowjetischen Staatschef heißt es weiter: „I think that you and I, with our heavy responsibilities for the maintenance of peace, were aware that developments were approaching a point where events could have become unmanageable. So I welcome this message and consider it an important contribution to peace.“⁵⁴ Der drohende Konflikt zwischen den beiden Supermächten war damit beigelegt, die Kuba-Krise von 1962 war die bisher größte Gefahr eines weltweiten Atomkrieges. Zugleich läutete die Raketenkrise allerdings auch eine Entspannungsperiode zwischen Ost und West ein. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion bemühten sich in der Folgezeit, politischen oder militärischen Konflikten durch die Einrichtung von direkten Kommunikationsverbindungen zwischen beiden Regierungen und eine friedensstabilisierende Vertragspolitik vorzubeugen. Als unmittelbar auf die Erfahrun-

⁵² Raymond L. Garthoff, *Reflections*, S. 58.

⁵³ Letter from Chairman Khrushchev to President Kennedy, October 28, 1962, in: Larson, *Cuban Crisis*, S. 189f.

⁵⁴ Letter from President Kennedy to Chairman Khrushchev, October 28, 1962, in: ebenda, S. 194 f.

gen während der Raketenkrise verweisende Konsequenz ist hier die Errichtung einer direkten Nachrichtenverbindung zwischen den USA und der UdSSR zu nennen⁵⁵: Der sogenannte *heiße Draht* sollte eine direkte Kommunikation zwischen Weißem Haus und Kremel gewährleisten – die Notwendigkeit, wie sie während der Kuba-Krise für Nikita Chruschtschow am 28. Oktober bestand, eine Nachricht für die andere Konfliktpartei um ihrer schnellen Übermittlung willen via Rundfunk zu vermitteln, entfiel damit. Zwei Monate später wurde darüber hinaus in Moskau der Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser („Atomteststoppabkommen“) zwischen der UdSSR, Großbritannien und den USA abgeschlossen.

Hatten sich die Vertreter der beiden Supermächte am 28. Oktober 1962 friedlich geeinigt, so sperrte sich die kubanische Führung vehement gegen die über ihren Kopf hinweg getroffene Vereinbarung. In einem an UN-Generalsekretär UThant gerichteten Schreiben forderte Castro als Bedingung für die Annahme des Abkommens durch Kuba u. a. die Beendigung der Wirtschaftsblockade und die Aufgabe des Marinestützpunktes Guantanamo durch die USA⁵⁶. Die Kubaner fühlten sich insbesondere durch die allein von Moskau getragene und ohne vorherige Konsultation mit dem karibischen Partner gefällte Entscheidung für den Abzug der Raketen hintergangen und im Stich gelassen⁵⁷. Entsprechend war die kubanische Politik der folgenden Jahre darauf ausgerichtet, die außenpolitische Isolierung Kubas in der westlichen Hemisphäre durch die Unterstützung weiterer sozialrevolutionär bestimmter Revolutionen in Lateinamerika zu durchbrechen und dadurch auch weniger abhängig vom Wohlwollen des großen Bruderstaates im Osten zu sein. Allerdings erachtete insbesondere der Guerilla-Theoretiker Ernesto Che Guevara nicht nur die bewaffneten Bewegungen des benachbarten Subkontinents als Verbündete, vielmehr definierte er deren Kampf wiederum als Teil einer weltweiten Auseinandersetzung zwischen den nationalen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt und den als imperialistisch bezeichneten Ländern der westlichen Welt. Die Trikontinentale Konferenz (1966) mit Vertretern nationaler Befreiungsbewegungen aus Afrika, Asien und Lateinamerika und die Lateinamerikanische Solidaritätskonferenz (OLAS, 1967), beide in Havanna, stellten die Höhepunkte des kubanischen Versuchs dar, diese Kämpfe weltweit zu koordinieren und auf ein gemeinsames Ziel – die soziale Revolution – auszurichten. Damit standen die Kubaner in dem vom sino-sowjetischen Schisma geprägten kommunistischen Kosmos den von der chinesischen KP vertretenen Positionen in ideologischer Hinsicht weit näher als den von der KPdSU auf der Grundlage der Politik der friedlichen Koexistenz postulierten Grundsätzen. Die einseitige ökonomische und militärische Abhängigkeit von der Sowjetunion erforderte allerdings auch weiterhin eine politische Gratwanderung der Kubaner zwischen den beiden verfeindeten Bruderparteien – was

⁵⁵ „Heißer-Draht-Abkommen“ vom 20. 6. 1963.

⁵⁶ Vgl. Letter from Prime Minister Castro to Acting Secretary General UThant, October 28, 1962, in: Larson, Cuban Crisis, S. 197 f.

⁵⁷ Vgl. hierzu auch den Brief F. Castro – N. Chruschtschow, 28. 10. 1962.

die kubanische Führung gleichwohl nicht daran hinderte, auf dem internationalen Parkett der sowjetischen Linie entgegenstehende Ansichten zu vertreten⁵⁸.

Doch stand der Tod Ernesto Che Guevaras im Oktober 1967 schließlich beispielhaft für das Scheitern des Versuches einer Kontinentalisierung der kubanischen Revolution. Er markierte zugleich auch eine Zäsur in der kubanischen Politik: Von nun an orientierte sich Havanna nicht mehr ausschließlich an den bewaffneten Kämpfen von Guerillagruppen (auch wenn sie diese gleichwohl weiterhin unterstützte), sondern lehnte sich zusehends stärker an die Sowjetunion und die anderen Staaten des Ostblocks an, was seinen formellen Ausdruck letztlich im Jahre 1972 im Beitritt Kubas in den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) fand.

Die kubanisch-sowjetischen Differenzen während der Raketenkrise hatten allerdings auch ein Nachspiel auf inoffizieller Ebene. In seinem Brief an Castro vom 30. Oktober verteidigte Chruschtschow zum einen das sowjetisch-amerikanische Abkommen über den Abzug der Nuklearwaffen von Kuba und das im Gegenzug von den USA abgegebene Versprechen, in Kuba nicht militärisch zu intervenieren. Es sei möglich, so Chruschtschow, daß unter dem kubanischen Volk Stimmungen vorhanden seien, welche sich gegen dieses Abkommen richteten, „doch wir, politische Persönlichkeiten, Staatschefs, sind die Führer des Volkes, und das Volk weiß nicht alles. Es ist nicht imstande, alles das zu erfassen, was die Führer in Rechnung stellen müssen. Deshalb müssen wir an der Spitze des Volkes marschieren. Dann wird es uns folgen und uns respektieren.“⁵⁹ Außerdem machte der Sowjetpremier noch einmal deutlich, daß die Maxime für das Verhältnis der Sowjetunion zu den westlichen Staaten die Politik der friedlichen Koexistenz sei. Auch deshalb lehne er den Vorschlag Castros vom 26. Oktober, den nuklearen Erstschlag durchzuführen, ab: „In Ihrem Brief vom 27. Oktober (gemeint ist der Brief Castros vom 26., nach dem sowjetischen Eingangsdatum hier 27. Oktober, I.J.) haben Sie uns vorgeschlagen, als erste einen nuklearen Schlag gegen das Territorium des Feindes auszuführen. Sie wissen sicherlich, was das für uns zur Folge haben würde. Dies wäre nicht nur ein einfacher Schlag, sondern der Beginn des thermonuklearen Krieges. Lieber Genosse Fidel Castro, ich halte Ihren Vorschlag für unkorrekt, auch wenn ich die Gründe dafür verstehe. (...) Wenn wir gegen den Imperialismus kämpfen, dann ist es nicht um zu sterben, sondern um alle unsere Möglichkeiten nutzbar zu machen, um in diesem Kampf so wenig wie irgend möglich zu verlieren, hernach um so mehr zu gewinnen und den Kommunismus triumphieren zu lassen.“⁶⁰ Die hier von Chruschtschow bekundete Einstellung korre-

⁵⁸ So folgte beispielsweise die kubanische Regierung in ihrer konsequenten Weigerung, das Moskauer Atomteststoppabkommen zu unterzeichnen, der chinesischen Position.

⁵⁹ „Mais nous, personnalités politiques, chefs d'Etat, sommes des dirigeants du peuple et le peuple ne sait pas tout. Il n'est pas en mesure de comprendre tout ce que les dirigeants doivent, eux, prendre en compte. C'est pourquoi nous devons marcher à la tête du peuple. Alors, il nous suivra et nous respectera;“ in: N. Chruschtschow – F. Castro, 30. 10. 1962.

⁶⁰ „Dans votre câble du 27 octobre, vous nous avez proposés d'être les premiers à asséner le coup nucléaire contre le territoire de l'ennemi. Bien sûr, vous comprenez où cela nous entraînerait. Ce ne serait pas un simple coup, mais le commencement de la guerre mondiale thermonucléaire. Cher cama-

spondiert mit der in seinem Schreiben vom 26. Oktober gegenüber Kennedy geäußerten Position hinsichtlich eines nuklearen Angriffes seitens der Sowjetunion auf die USA: Nur „Verrückte“ oder „Selbstmörder“ seien zu einer solchen Tat imstande⁶¹.

Castro erklärte in seinem letzten Schreiben dieser Korrespondenz am 31. Oktober 1962, er habe dieses Thema seinem Bewußtsein und seiner revolutionären Moral gehorchend angeschnitten, ohne sich um dessen schwierigen Charakter zu sorgen, und verteidigte nochmals ausdrücklich seine Position. Besonders auffällig an diesem Brief ist, wie häufig Castro auf Kategorien wie revolutionäres Bewußtsein, Moral, Würde und Pflicht zu sprechen kommt. So betont er immer wieder den hohen Stand der Moral des kubanischen Volkes, weshalb „wir der Aggression heldenhaft widerstanden hätten“⁶². Weiter erklärt Castro dem sowjetischen Premier: „Sie wissen vielleicht nicht, bis zu welchem Grade das kubanische Volk bereit war, seine Pflicht gegenüber dem Vaterland und der Menschheit zu erfüllen. (. . .) wenige Male in der Geschichte, und ich könnte sogar sagen niemals, denn niemals hat sich irgendein Volk einer vergleichbaren Gefahr ausgesetzt, niemals war ein Volk bereit, mit einem derart universellen Pflichtgefühl zu kämpfen und zu sterben. Wir wußten, glauben Sie nicht, daß wir uns dessen nicht bewußt waren, daß wir vernichtet worden wären, wie Sie uns in Ihrem Brief zu verstehen geben, falls der thermonukleare Krieg ausgebrochen wäre. Dies hat uns nicht dazu veranlaßt, deshalb von Ihnen zu verlangen, die Geschosse abzuziehen, von Ihnen zu verlangen, zurückzuweichen.“⁶³

Nikita Chruschtschow indessen zog in seinem letzten Brief der Korrespondenz mit Castro am 31. Oktober 1962 eine ganz andere Bilanz⁶⁴. Nach Auffassung des Ersten Sekretärs der KPdSU konnte von einem sowjetischen „Aufgeben“ in der Auseinandersetzung um die Stationierung sowjetischer Atomraketen auf Kuba nicht die Rede sein, im Gegenteil. Chruschtschow beglückwünschte Castro dazu, eine „Auseinanderset-

rade Fidel Castro, je trouve votre proposition incorrecte bien que j'en comprenne les raisons. (. . .) Si nous luttons contre l'impérialisme, ce n'est que pour mourir mais pour tirer parti de toutes nos potentialités, pour perdre le moins possible dans cette lutte et gagner ensuite davantage, afin de vaincre et de faire triompher le communisme;“ in: ebenda.

⁶¹ Vgl. oben zitierten Passus.

⁶² „Nous aurions résisté héroïquement à l'agression;“ in: F. Castro – N. Chruschtschow, 31. 10. 1962.

⁶³ „Vous ne savez peut-être pas jusqu'à quel point le peuple cubain était prêt à accomplir son devoir envers la patrie et l'humanité. (. . .) peu de fois dans l'Histoire et je pourrais même dire jamais, car jamais aucun peuple n'a couru un danger pareil, un peuple n'a été prêt à lutter et à mourir avec un sens si universel de son devoir. Nous savions, ne croyez pas que nous l'ignorions, que nous aurions été exterminés, comme vous l'insinuez dans votre lettre, au cas où la guerre thermonucléaire aurait éclaté. Cela ne nous a pas amenés pour autant à vous demander de retirer les projectiles, à vous demander de céder (. . .);“ in: ebenda.

⁶⁴ Dieser Brief Nikita Chruschtschows an Fidel Castro wurde nicht mit den anderen in *Le Monde* veröffentlicht; wir beziehen uns deshalb im folgenden auf die Veröffentlichung aus dem „Archiv der Außenpolitik der UdSSR“ durch das (ehemalige) sowjetische Außenministerium, in: *Vestnik Ministerstva inostrannykh del SSSR*, No. 24 (82), 31. 12. 1990, S. 72–80; künftig zitiert N. Chruschtschow – F. Castro, 31. 10. 1962. Erika Beermann, Doktorandin der Slawistik an der Philipps-Universität Marburg, bin ich für die Übersetzung aus dem Russischen sehr verbunden.

zung mit dem Imperialismus“, welche die „Welt erschüttert hat“, überstanden zu haben. Der Plan der Vereinigten Staaten – „Liquidierung der kubanischen Revolution“, „Sturz der Revolutionsregierung und deren Einrichtungen“ – sei mit dem nunmehrigen Versprechen der USA und deren Verbündeten, in Kuba nicht zu intervenieren, durchkreuzt worden. Damit sei das mit dem Stationierungsversuch anvisierte „Hauptziel“ Kubas und der Sowjetunion, nämlich zu gewährleisten, daß sich die kubanische Revolution entwickeln und der Sozialismus dort aufgebaut werden könne, erreicht worden⁶⁵.

Die Gefahr einer abermals von den USA unterstützten Intervention in Kuba war nach Auffassung Chruschtschows derart akut gewesen, daß eine zum Zwecke der Abschreckung durchgeführte Stationierung von Atomraketen auf Kuba gerechtfertigt gewesen war. So habe beispielsweise US-Außenminister Dean Rusk im Vorfeld der Kuba-Krise gegenüber seinem sowjetischen Amtskollegen Andrej Gromyko erklärt, die Vereinigten Staaten könnten ein revolutionäres Kuba ebensowenig dulden wie die Sowjetunion ein konterrevolutionäres Ungarn⁶⁶. Angesichts dieser Fakten sei das Resultat der Raketenkrise sowohl für Kuba als auch für dessen Verbündete als „Sieg“ zu werten.

Darüber hinaus ging Chruschtschow in diesem Brief nochmals auf die Diskussion über einen möglichen Einsatz von auf Kuba stationierten Atomwaffen gegen die USA „für eine entscheidende Auseinandersetzung mit dem amerikanischen Imperialismus“ ein. Er bezog dabei gegenüber Castro dieselbe Haltung, die bereits aus seinem Brief an John F. Kennedy vom 26. Oktober 1962 bekannt ist: Etwas derartiges „kann nur ein Wahnsinniger denken oder derjenige, der unsere Ziele verzerren will zugunsten der Imperialisten“⁶⁷.

Dem kubanischen Volk (und Castro) attestierte Chruschtschow, daß sein Heroismus in die Geschichte eingehen werde und sein Mut bei niemandem irgendeinem Zweifel unterliegen würde. Doch weder mit Mut noch mit Heroismus wäre aufgrund des ungleichen Kräfteverhältnisses viel zu erreichen gewesen, wenn die Vereinigten Staaten interveniert hätten: „Sie hätten heroisch verloren, doch die Revolution wäre zerschlagen worden, und das wäre wirklich eine ernste Niederlage der revolutionären Kräfte gewesen, weil die kubanische Revolution nicht nur allein für sich von Bedeutung ist in der Geschichte des revolutionären Kampfes, des Kampfes für den Sozialismus, sondern auch der Katalysator der revolutionären Bewegung der lateinamerikanischen Länder und der Länder Asiens und Afrika ist.“⁶⁸ Mithin wäre es auch nicht „vorteilhaft“ gewesen, wenn sich die Krise zu einem „thermonuklearen Krieg“ ausgeweitet hätte, denn: „Wir brauchen keinen Krieg. Die aggressiven Kräfte brauchen ihn, diese Wahnsinnigen, die die Perspektive verloren haben, im weltweiten Wettkampf mit

⁶⁵ Vgl. N. Chruschtschow – F. Castro, 31. 10. 1962, S. 73 f.

⁶⁶ Vgl. ebenda.

⁶⁷ Ebenda, S. 75; vgl. Letter from Premier Khrushchev to President Kennedy, October 26, 1962, in: Larson, Cuban Crisis, S. 177.

⁶⁸ N. Chruschtschow – F. Castro, 31. 10. 1962, S. 75.

dem Sozialismus zu gewinnen. Deshalb denken sie auch, daß sie, wenn sie sowieso sterben müssen, mit Musik sterben wollen, wie man sagt, selbst wenn diese Musik in den Explosionen der Atombomben bestehen würde. Wir jedoch, die Menschen, die an einer hellen Zukunft für die Menschheit bauen – dem Kommunismus –, haben keinerlei Interesse daran zu sterben, weder mit Musik noch ohne. Wir müssen leben, um die Sache des Kommunismus zum endgültigen Sieg zu führen.“⁶⁹

Die in der Korrespondenz mit Chruschtschow zum Ausdruck kommende Haltung Fidel Castros steht im Einklang mit den Auffassungen Ernesto Che Guevaras, dem eigentlichen ideologischen Kopf der kubanischen Führung. In einem zur Zeit der Raketenkrise verfaßten Text⁷⁰ hebt auch er den sich auf den Beispielcharakter der kubanischen Revolution für ganz Lateinamerika gründenden Auftrag des kubanischen Volkes hervor. Dieses revolutionäre Exempel, und nicht die auch von Guevara als „Verteidigungswaffen“ deklarierten Atomraketen, stelle die „Hauptgefahr“ für die USA dar. „Es ist das fiebererregende Beispiel eines Volkes“, so Guevara, „das bereit ist, sich im Atomkrieg zu opfern, damit noch seine Asche als Zement diene für eine neue Gesellschaft, und das für einen Waffenstillstand nicht dankbar ist.“⁷¹

Wie Castro führt auch Guevara ein in revolutionärer Pflichterfüllung aufgehendes kubanisches Volk vor, das zu allen Opfern bereit ist. Doch sind die von ihm zu einer Art ausgewähltem Volk stilisierten Kubaner, wiewohl stets als Avantgarde des revolutionären Prozesses in Lateinamerika dargestellt, nicht die einzigen, die Opfer bringen müssen. In apokalyptischen Visionen überträgt Guevara seinen moralischen Rigorismus auf den gesamten Subkontinent und greift dabei auf Bilder zurück, welche der griechischen Opfermystik entstammen: „Eine Hekatombe auf dem gesamten Territorium (gemeint ist Lateinamerika, I. J.) und ein Volk, das ohne Angst vorzudringen sucht, eine Hekatombe, die dennoch die endgültige Befreiung bedeuten wird. (. . .) Woran wir festhalten ist, daß wir auf dem Weg der Befreiung bleiben müssen, selbst wenn er durch einen Atomkrieg Millionen Opfer kostet, weil wir im Kampf auf Leben oder Tod zwischen zwei Systemen nichts anderes denken können als den endgültigen Sieg des Sozialismus oder den Rückschritt durch den atomaren Sieg der imperialistischen Aggression.“⁷²

⁶⁹ Ebenda, S. 77.

⁷⁰ Ernesto Che Guevara, Taktik und Strategie der lateinamerikanischen Revolution, in: André Gunder Frank/Rodolfo Stavenhagen u. a., Lateinamerika: Entwicklung der Unterentwicklung, hrsg. von Bolívar Echeverría/Horst Kurnitzky, Berlin 1980, S. 130–143. Die Herausgeber dieser Schrift erklärten, daß der Text nach einem kubanischen Flugblatt übernommen wurde. Ob Chruschtschow zur Zeit der Niederschrift seines Briefes vom 31. 10. 1962 an Castro der Guevarasche Text bereits bekannt war, sei, gleichwohl einige Anspielungen im Text dafür sprechen, dahingestellt und ist für unsere Untersuchung unerheblich. Die in Guevaras Schrift dargelegte Position war Chruschtschow hinlänglich bekannt.

⁷¹ Ebenda, S. 137.

⁷² Ebenda, S. 142. Der Brisanz der von Guevara hier vertretenen Haltung dürfte sich die kubanische Führung wohl bewußt gewesen sein, denn sie vermied bis zum Tode Guevaras, diesen Text (außer in Form des oben bereits erwähnten Flugblattes) zu veröffentlichen. Vgl. hierzu Rolando E. Bonachea/Nelson P. Valdes (Hrsg.), Che. Selected Works of Ernesto Guevara, Cambridge, Mass./London 1970, S. 77.

Diese Position vertrat Guevara auch nach der Raketenkrise, so etwa, wenn er in einem Interview mit Sam Russel vom *Daily Worker*, dem Organ der kommunistischen Partei Großbritanniens, am 4. Dezember 1962 erklärte: „In the face of an aggressor like the U. S. there can be no other solution than a fight to the death, inflicting the maximum damage to the enemy.“⁷³ Kurz darauf berichteten sowohl *Time* als auch *U. S. News & World Report*, daß Teile dieses Interviews vom *Daily Worker* mit Rücksicht auf die politische Linie Chruschtschows unterdrückt worden seien. Der vollständige Text läge jedoch *United Press International* vor, und *Time* zitiert daraus die folgende Erklärung Guevaras: „If the rockets had remained, we would have used them all and directed them against the very heart of the U. S., including New York, in our defense against aggression. But we haven't got them, so we shall fight with what we've got.“⁷⁴

In dem zur Zeit der Raketenkrise abgefaßten Text benutzt Guevara zur Charakterisierung der Lage des revolutionären Kuba das Bild eines Frontgrabens, ein „Graben, aus dem kein Rückzug möglich ist“ und aus welchem Kuba „entschlossen Amerika zum Kampf“ rufe, „zu einem Kampf, der nicht in einer Stunde entschieden wird oder in den wenigen Minuten einer grausamen Schlacht, sondern der in Jahren erschöpfender Kämpfe in allen Teilen des Kontinents mit grausamen Opfern geführt werden wird“⁷⁵. Auch Castro benutzt gegen Ende seines letzten Briefes an Chruschtschow vom 31. Oktober diese Metapher zur Veranschaulichung der kubanischen Kampfbereitschaft und Todesverachtung: „Darüber hinaus war derjenige, der mit Ihnen sprach, nicht da, um aufzustacheln, sondern um im gefährlichsten Schützengraben zu kämpfen.“⁷⁶ Völlig überzeugt von dem missionarischen Auftrag der kubanischen Revolution beschließt Guevara seinen Text: „Von hier, aus dem einsamen Graben der Avantgarde erhebt unser Volk seine Stimme. Es ist nicht der Schwanengesang einer gescheiterten Revolution, es ist eine revolutionäre Hymne, dazu bestimmt, sich zu verewigen auf den Lippen der Kämpfer Amerikas. Sie hat die Resonanz der Geschichte.“⁷⁷

Wäre aus diesem moralischen Rigorismus der kubanischen Führung während der Raketenkrise im Oktober 1962 historische Wirklichkeit geworden, so hätte dies unweigerlich zu einem nuklearen Weltbrand geführt. Die eigentliche Kriegsgefahr auf diesem Höhepunkt des Kalten Krieges resultiert mithin nicht aus der Konfrontation der beiden Supermächte, sondern liegt vielmehr in dem Versuch der kubanischen Führung begründet, die Sowjetunion für die eigene Position zu funktionalisieren; die Verhandlungen der beiden Atommächte um eine friedliche Beilegung des Konfliktes wären dadurch beinahe zum Scheitern verurteilt worden.

⁷³ Ernesto Che Guevara, Interview with Sam Russell, in: *Daily Worker* vom 4. 12. 1962, S. 2.

⁷⁴ Castro's Warhawk, in: *Time* vom 21. 12. 1962, S. 24; vgl. auch What Castro planned: Destroy U. S. Cities, in: *U. S. News & World Report* vom 24. 12. 1962, S. 36 ff.

⁷⁵ Guevara, *Taktik und Strategie*, S. 142.

⁷⁶ „En outre, celui qui vous parlait n'était pas là pour exciter mais pour combattre dans la tranchée la plus dangereuse;“ in: F. Castro – N. Chruschtschow, 31. 10. 1962.

⁷⁷ Guevara, *Taktik und Strategie*, S. 143.

Bleibt die Frage, weshalb Castro die heikle Korrespondenz mit Chruschtschow 1990 veröffentlichte und warum er hierzu Jean-Edern Hallier als Vermittler wählte. Zu letzterem nur soviel: Hallier wollte mit dem bereits erwähnten Interview ganz offensichtlich an eine vornehmlich aus der Frühzeit der kubanischen Revolution stammende Tradition anknüpfen, nämlich an die solidarische Auseinandersetzung westlicher Intellektueller mit der jungen Führung der Revolution. Doch während die meisten intellektuellen Sympathisanten spätestens nach den Repressionsmaßnahmen gegen ihre kubanischen Kollegen zu Beginn der siebziger Jahre auf kritische Distanz zum *maximo líder* gingen⁷⁸, wird Castro von Hallier 1990 noch immer als „*héros révolutionnaire*“ verehrt und während des Interviews in Anspielung auf Castros schulische Ausbildung am Jesuitenkolleg Belén in Havanna als „materialistischer *Saint Fidel de Loyola*“ nachgerade beweihräuchert. Weshalb sich Hallier durch die Wahl des Buchtitels *Conversation au clair de lune* in Beziehung setzen wollte zu Jeannine Verdès-Leroux Studie *La lune et le caudillo*, bleibt offen – bestenfalls kann seine Arbeit als Beleg für Verdès-Leroux kritische Thesen dienen⁷⁹. In die Reihe der Intellektuellen um Jean-Paul Sartre und Simone de Beauvoir, die früher die gelungene Revolution der *barbudos* begrüßten, wird er damit wohl kaum aufgenommen.

Im Interview mit Hallier finden sich auch Hinweise auf die Motive, die Fidel Castro zur Veröffentlichung der Dokumente bewegen haben mögen. Dort moniert der kubanische Staatschef im Zusammenhang mit der Raketenkrise von 1962 insbesondere die seiner Ansicht nach begangenen Fehler der Sowjets: „Sie haben militärische Fehler begangen, es gab Unschlüssigkeiten, Furcht, ‚gebastelte‘ Politik.“⁸⁰ Über Chruschtschow als Person befand Castro, daß der ehemalige Schlosser, Ingenieur und spätere sowjetische Staatschef ein „Bauer“ mit einem guten Sinn für Humor und sympathisch gewesen sei. Ferner erklärte Castro im Zusammenhang mit seiner Erörterung der während der Raketenkrise von den Sowjets begangenen Fehler, daß „die Geschichte der Oktoberkrise noch nicht geschrieben ist“⁸¹. Mit der Aushändigung seiner Korrespondenz mit Chruschtschow an seinen Interviewpartner bestätigte er allerdings diese Aussage: Die Krise in ihrer Brisanz erscheint nun ohne Zweifel in einem neuen Licht.

Die Interessen, die Castro mit der Veröffentlichung der Briefe verfolgte, stehen in der Kontinuität zunehmender politisch-ideologischer Spannungen zwischen Kuba und der Sowjetunion seit dem Amtsantritt Michail Gorbatschows als Generalsekretär der KPdSU im Jahre 1985⁸². Der von diesem eingeleiteten politischen Wende in der sowjetischen Innenpolitik setzt Castro sein Konzept der „*rectificación*“ (Berichtigung

⁷⁸ Siehe exemplarisch den Fall des kubanischen Schriftstellers Heberto Padilla.

⁷⁹ Vgl. Jeannine Verdès-Leroux, *La lune et le caudillo. Le rêve des intellectuels et le régime cubain*, Paris 1989.

⁸⁰ „Ils ont commis des erreurs militaires, il y a eu des hésitations, des craintes, du ‚bricolage‘ politique;“ vgl. Fidel Castro in Jean-Edern Hallier, *Conversation au clair de lune*, Paris 1990, S. 228.

⁸¹ „(...) l'histoire de la crise d'octobre n'a pas été encore écrite; in: ebenda, S. 229.

⁸² Vgl. zu den ideologischen Divergenzen zwischen Kuba und der UdSSR Rhode Rabkin, *Implications of the Gorbachev Era for Cuban Socialism*, in: *Studies in Comparative Communism*, Vol. XXIII (1990), S. 34 ff.

von Fehlern) entgegen. Dieses Konzept sah im Gegensatz zu den Entwicklungen in der Sowjetunion keinen politisch-ökonomischen Strukturwandel für das sozialistische Kuba vor, vielmehr berief sich Castro von nun an wieder verstärkt auf die revolutionäre Moral der Frühzeit der kubanischen Revolution und den Mann, der diese Haltung beispielhaft verkörperte: Ernesto Che Guevara, der „guerrillero heroico“.

Die Veröffentlichung der Korrespondenz aus dem Jahre 1962 durch Fidel Castro stellte also insbesondere ein Pochen auf die reinen, unverfälschten revolutionären Ideale Kubas und deren Tradition dar – in deutlicher Abgrenzung zu den Umbrüchen in Osteuropa und in der UdSSR. Im September 1990, also etwa zwei Monate nach der Übergabe der brisanten Korrespondenz an Hallier im Juni/Juli, hielt Castro eine dieser revolutionären Einstellung entsprechende Grundsatzrede zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Kuba und insbesondere zum ambivalenten Verhältnis zur Sowjetunion. Danach hätten die Vereinigten Staaten die Sowjetunion gebeten, ihr „bei der Vernichtung der kubanischen Revolution behilflich zu sein, sich der US-Blockade gegenüber Kuba anzuschließen“, die heute „härter und gnadenloser“ sei „als je zuvor“⁸³. Auch die Sowjetunion, wichtigste Stütze und wichtigster Handelspartner Kubas, trage durch ihre neue Politik gegenüber Kuba zu der wirtschaftlichen Misere bei, die durch zunehmende Rationierungsmaßnahmen v. a. bei Nahrungsmitteln, Kleidung, Haushaltsgeräten und Treibstoffen gekennzeichnet sei⁸⁴. Doch hielt Castro weiterhin unbeirrt an den „revolutionären Ideen“ fest, diese seien „nicht besiegt – sie gehen durch harte Zeiten, aber sie werden zurückkehren“. Die dargelegten moralischen Prinzipien sollten auch in Zukunft in Kuba gelten, und Castro war nach wie vor von der prophetischen Mission des kubanischen Volkes überzeugt: „Je mehr Ausbeutung in der Welt ist, je mehr Hunger und Chaos, desto klarer müssen wir unseren geschichtlichen Auftrag erkennen, die Fahne der Revolution hochzuhalten.“⁸⁵

Fidel Castro, der sich wie sein ehemaliger Kampfgefährte Ernesto Che Guevara gerne mit dem „Ritter von der traurigen Gestalt“, Don Quijote, vergleicht⁸⁶, wird also seinen Kampf weiterführen. Indessen kann die Welt nur von Glück sprechen, daß ihm im Herbst 1962 für seinen Kreuzzug nicht alle Waffen zur Verfügung standen.

⁸³ AdG vom 28. 9. 1990, S. 34910.

⁸⁴ Zur aktuellen ökonomischen Situation Kubas siehe Gillian Gunn, *Cuba in Crisis*, in: *Current History*, Vol. 90, No. 554 (1991), S. 101 ff., sowie ders., *Cuba's Search for Alternatives*, in: ebenda, Vol. 91, No. 562 (1992), S. 59 ff.

⁸⁵ AdG vom 28. 9. 1990, S. 34910.

⁸⁶ Siehe exemplarisch Hallier, *Conversation*, S. 133.

Miszelle

PER FISCHER

DER DIPLOMATISCHE PROZESS DER ENTSTEHUNG DES DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN VERTRAGES VON 1963

„Selten wurde einer Neugeburt ein so kritisches Willkommen zuteil“, so urteilte der damalige französische Botschafter in Bonn, François Seydoux¹, über die Aufnahme, die der Deutsch-Französische Vertrag bei seiner Veröffentlichung allgemein fand. Andere Kritiker sprachen² von dem „überflüssigen Vertrag“ oder dem „totgeborenen Kind“. Als aber im Januar 1988 der 25. Jahrestag feierlich begangen wurde, war die Würdigung zu beiden Seiten des Rheins und auch sonst in der Welt einhellig positiv. In den Worten von Wichard Woyke³ ist der Vertrag im vergangenen Vierteljahrhundert zum „Instrument und Symbol privilegierter deutsch-französischer Beziehungen“ geworden.

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Vertrag und seiner Bedeutung schlägt sich sowohl in Frankreich als auch in Deutschland in zahlreichen Arbeiten⁴ nieder. Alle Memoiren der Zeitgenossen enthalten aufschlußreiche Einschätzungen und vielsagende Auslassungen; das gilt in erster Linie für die „Erinnerungen“ Konrad Adenauers⁵ und die „Mémoires d'espoir“ von Charles de Gaulle⁶. Zur Entstehung des Deutsch-Französischen Vertrages sind auch einige Spezialstudien vorgelegt wor-

¹ François de Seydoux, *Botschafter in Deutschland – Meine zweite Mission 1965 bis 1970*, Frankfurt a. M. 1978, S. 26.

² Vgl. Werner Weidenfeld, *Der deutsch-französische Vertrag in europäischer Perspektive*, in: *Universitas* 38 (1983), S. 1295–1302.

³ Wichard Woyke, *Frankreichs Außenpolitik von de Gaulle bis Mitterrand*, Opladen 1987, S. 167.

⁴ Vgl. aus deutscher Sicht: Hans-Peter Schwarz, *Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963*, Stuttgart 1983, S. 254–261 und 288 ff.; ders., *Eine Entente Élémentaire, das deutsch-französische Verhältnis im 25. Jahr des Elysée-Vertrages*, Bonn 1988; Weidenfeld, *Der deutsch-französische Vertrag*; ders., *Die Schlüsselrolle der deutsch-französischen Zusammenarbeit für den Fortschritt Europas*, in: *Europa-Einheit in der Vielfalt*, hrsg. von Reinhold Biskup, Bern/Stuttgart 1988, S. 53–65; Ernst Weisenfeld, *Welches Deutschland soll es sein? Frankreich und die deutsche Einheit seit 1945*, München 1986, S. 85–112; Gilbert Ziebura, *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945 – Mythen und Realitäten*, Pfullingen 1970; aus französischer Sicht: Raymond Poidevin, *Die Vernunftfeie. 1945–1975*, in: ders./Jacques Bariéty, *Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1850–1975*, München 1982, S. 423–462; Alfred Grosser, *Affaires Extérieures. La Politique de la France 1944–1984*, Paris 1984, S. 189 ff.; Guy de Carmoy, *Les politiques étrangères de la France 1944–1966*, Paris 1967.

⁵ Konrad Adenauer, *Erinnerungen*, insbes. Bd. 3: 1955–1959, Stuttgart 1967 und Bd. 4: 1959–1963. *Fragmente*, Stuttgart 1968.

⁶ Charles de Gaulle, *Mémoires d'espoir*, Bd. II: *L'effort 1962–...*, Paris 1971.

den⁷. Am wenigsten ist aber bisher der diplomatische Prozeß zur Ausarbeitung des Vertrages Gegenstand wissenschaftlicher Forschung gewesen, da die wünschenswerte, breite Quellenbasis noch fehlt. Einiges gelangte in den Rhöndorfer Gesprächen vom Herbst 1983⁸ an das Licht der Öffentlichkeit; an ihnen nahmen Politiker teil, die persönlich Anteil an der damaligen Politik gehabt hatten, etwa Bundeskanzler a. D. Kurt Georg Kiesinger, Vizekanzler a. D. Erich Mende und Bundesminister a. D. Kai von Hassel sowie der ehemalige französische Ministerpräsident Pierre Pflimlin. Weitere Erkenntnisse vermittelt der dokumentarische Bericht des damaligen Leiters der außenpolitischen Abteilung des Bundeskanzleramtes, Ministerialdirektor a. D. Dr. Horst Osterheld⁹. Nachstehend wird dieser diplomatische Prozeß dargestellt, und zwar selbstverständlich unter Auswertung des publizierten Quellenmaterials, oder auch so, wie er dem Autor aus der damaligen Mitarbeit im zuständigen Referat des Auswärtigen Amtes im Gedächtnis haften geblieben ist.

I.

Um die heftigen Auseinandersetzungen um den Abschluß des Vertrages nachvollziehen zu können, wird man gut daran tun, sich des damaligen Umfeldes zu erinnern. Die erste Phase der sechziger Jahre fällt noch ganz in die Nachkriegsära des „Kalten Krieges“. Der Schock des Berlin-Ultimeatums von Chruschtschow vom November 1958 war kaum abgeklungen, die harte Haltung de Gaulles hatte Bundeskanzler Adenauer beruhigt. Sein Vertrauen in den französischen Partner datierte von dieser Erfahrung. Es wuchs, nachdem sich seit 1959 für die Bundesregierung als neue, gefährliche Tendenz die Bereitschaft der amerikanischen und der britischen Regierung abzeichnete, mit der Sowjetunion über die Zufahrtswege nach Berlin zu einem Arrangement zu kommen. Adenauer widersetzte sich diesen Plänen hartnäckig und fand wiederum bei de Gaulle volle Unterstützung.

Kurz darauf stellte die Kuba-Krise vom Oktober 1962 den Westen vor die Wahl: Kapitulation oder Risiko nuklearer Auslöschung. Die Krise konnte dank der konsequenten Haltung, die der amerikanische Präsident Kennedy, unterstützt von de Gaulle, hier einnahm, beigelegt werden. Dafür trat nun als neues, beunruhigendes Ele-

⁷ Thomas Jansen, Die Entstehung des deutsch-französischen Vertrages vom 22. Januar 1963, in: Konrad Adenauer und seine Zeit, hrsg. von Dieter Blumenwitz/Klaus Gotto u. a., Bd. 2: Beiträge der Wissenschaft, Stuttgart 1976, S. 249–271; Wilhelm Werner Arnold, Die Entstehung des deutsch-französischen Vertrages vom 22. Januar 1963 und seine Bedeutung für die Außen- und Europapolitik Konrad Adenauers, Köln 1980; Irmgard Heinemann, Le Traité franco-allemand du 22 Janvier 1963 et sa mise en œuvre sous le général de Gaulle, Nizza 1977.

⁸ Veröffentlicht in „Rhöndorfer Gespräche“, Bd. 7: Adenauer und Frankreich. Die deutsch-französischen Beziehungen 1958 bis 1969, hrsg. von Hans-Peter Schwarz, Bonn 1985.

⁹ Horst Osterheld, „Ich gehe nicht leichten Herzens . . .“ Adenauers letzte Kanzlerjahre. Ein dokumentarischer Bericht, in: Adenauer-Studien Bd. 5, hrsg. von Rudolf Morsey/Konrad Repgen, Mainz 1986.

ment das nukleare Patt in das politische Bewußtsein und führte im Winter 1962/63 in der NATO zur Ausarbeitung der neuen Strategie der „flexiblen Antwort“. Sie wirkte wie eine Verminderung der amerikanischen Sicherheitsgarantie für Westeuropa und hatte zur Folge, daß das Mißtrauen Adenauers und de Gaulles gegenüber Amerikanern und Briten wieder zunahm, was beide mehr und mehr verband. Nicht von ungefähr fällt in die erste Phase der sechziger Jahre der Aufbau der unabhängigen französischen Kernwaffenstreitmacht. Sie gab der Außenpolitik de Gaulles ein – objektiv allerdings begrenztes – Unterfutter und ließ ihm den einige Jahre später vollzogenen Austritt aus der militärischen Integration der NATO möglich erscheinen.

In Südostasien erlebte der zweite Vietnam-Krieg – nun nicht mehr von Frankreich, sondern von den Vereinigten Staaten bestritten – eine sich verschärfende Phase, die Frankreich in immer feindseligere Distanz zu Washington brachte. Zugleich bewegte sich das Algerien-Drama im März 1962 mit dem Abkommen von Evian auf einen schmerzlichen, aber ehrenvollen Abschluß zu. Dieses Ergebnis stärkte de Gaulle innen- wie außenpolitisch und eröffnete ihm den Spielraum, die Energie der französischen Außenpolitik und der Öffentlichkeit auf Europa umzulenken. In jenen Jahren begann sich auch der Erfolg der von Adenauer beharrlich verfolgten Politik der europäischen Gemeinschaftsbildung zu konsolidieren, die EWG florierete.

De Gaulles Rückkehr an die Macht 1958 wurde als Bedrohung dieser günstigen Entwicklung empfunden. Zwar beruhigte zunächst seine Bestätigung der Römischen Verträge, aber seine europäische Vision erschreckte doch viele: Sie ging von den europäischen Nationen als den einzig zum Handeln legitimierten Einheiten aus, neben denen die Hohe Behörde der EGKS und die EWG-Kommission trotz gewisser Souveränitätsrechte, die man ihnen übertragen hatte, zu reinen Beratungs- und Ausführungsorganen herabgestuft wurden. Aus dem Wurzelgrund der europäischen Nationen heraus hoffte de Gaulle unter französischer Führung das von ihm erstrebte „europäische Europa“ entstehen zu lassen; es sollte das „atlantische Europa“ ersetzen, das er vehement ablehnte. Er sah darin das Ergebnis der verderblichen Spaltung zwischen Ost und West und eine Folge der Abhängigkeit Westeuropas vom amerikanischen Nuklearschutz; in seinen Augen war Europa der Hegemonie der Vereinigten Staaten unterworfen, die ein Gegengewicht zur expansionistischen Sowjetunion bieten wollte. Anknüpfend an den Dreisatz „Entspannung-Wandlung-Zusammenarbeit“ wollte de Gaulle, gestützt auf den von ihm zu schmiedenden westeuropäischen politischen Willen, gemeinsam mit der Sowjetunion, die von der Politik der Drohungen um Berlin und Kuba Abschied genommen hätte, auf einen Zustand hinarbeiten, der eines Tages gesamteuropäische Lösungen erlauben und damit das von ihm so bekämpfte Jalta überwinden sollte.

Erste Voraussetzung zur Realisierung dieser holzschnittartig skizzierten Vision de Gaulles war ein Zusammengehen zwischen dem politisch wieder handlungsfähig gewordenen Frankreich und der wirtschaftlich starken Bundesrepublik Deutschland – und das trotz der in Bonn herrschenden, abweichenden Meinungen hinsichtlich des supranationalen Ordnungsprinzips in der Gemeinschaft, trotz der Ausrichtung der deutschen Sicherheitspolitik auf die NATO-Integration, trotz des Mißtrauens Adenauers gegenüber den Intentionen der Sowjetunion.

Die deutsche Politik sah sich damit ab 1958 vor eine schwierige Entscheidung gestellt: Sollte sie sich de Gaulle widersetzen, wie andere Partner in Westeuropa es taten – was aber angesichts der Rolle Frankreichs als einer der für Deutschland als Ganzes und Berlin verantwortlichen Mächte und de Gaulles entschiedener Haltung in den Berlin-Krisen nicht realistisch erschien –, oder sollte sie versuchen, mit ihm so weit zu gehen, wie es angesichts der Meinungsverschiedenheiten möglich war, und ihn vielleicht sogar noch etwas im eigenen Sinn zu bewegen versuchen?

Schon im Lauf der ersten Begegnung zwischen den beiden Staatsmännern in Colombey-les-Deux-Eglises am 14. und 15. September 1958 scheint sich Adenauer zu dem zweiten Weg entschlossen zu haben. Daraus entstand ein Vertrauensverhältnis, das in 16 Begegnungen gefestigt wurde und trotz zahlreicher Krisen über 10 Jahre hinweg Bestand hatte. Während dieser langen Jahre glaubte jeder der beiden, den anderen von der Richtigkeit seiner eigenen Meinung überzeugen zu können. Botschafter Seydoux schrieb über das erste Zusammentreffen in seinen Erinnerungen¹⁰: „Die Begegnung übertraf ihre Erwartungen: jeder von ihnen war großartiger und schlichter als ihn sich der andere vorgestellt hatte.“

II.

Beide Staatsmänner waren der Überzeugung, daß das deutsch-französische Verhältnis der Schlüssel für eine friedliche Zukunft Europas und seine Einheit war. Bei Adenauer erklärt sich diese Auffassung mit seiner Herkunft und seinen politischen Erfahrungen, bei de Gaulle ist das Konzept sicherlich nicht immer vorhanden gewesen, denn für ihn gab es notfalls auch eine Alternative, nämlich das Bündnis mit der Sowjetunion zur Kontrolle Deutschlands. Aber es ist doch vielsagend, daß Adenauers erster öffentlicher Vorstoß als Regierungschef zugunsten einer deutsch-französischen Union – schon damals, es war der 6. März 1950, als „Grundstein für die Vereinigten Staaten von Europa“ bezeichnet – in Frankreich nirgends so volle, spontane Zustimmung fand wie bei de Gaulle. In einer Pressekonferenz versicherte der damals in Opposition stehende General am 16. März 1950, er verfolge schon seit 30 Jahren, also seit 1920, „avec intérêt et considération“ die Taten und Äußerungen Adenauers, dieses guten Deutschen, wie er hinzufügte¹¹.

Deutsch-französische Union und Europäische Politische Union waren denn auch die Themen, die bei ihren Gesprächen zwischen 1958 und 1963 immer wieder behandelt wurden. Überblickt man diese Gespräche, soweit die Memoiren oder andere Quellen Auskunft darüber geben, so wird deutlich, daß die beiden Partner wiederholt Rückschläge hinnehmen und manchen Umweg gehen mußten, ehe sie zu einer Lösung fanden. Schon bei der ersten Begegnung schlug Adenauer ständige Konsultationen

¹⁰ Seydoux, *Meine zweite Mission*, S. 8.

¹¹ Arnulf Baring, *Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie*, München 1971, Bd. 1, S. 123, Anm. 22.

über Probleme der Außenpolitik vor¹²; daraus wurde später das Kernelement des Vertrages. Beim Treffen vom 1./2. Dezember 1959 wollte Adenauer prüfen lassen, ob man auf staatlichem oder völkerrechtlichem Gebiet etwas tun könne, um, wie er sagte¹³, „das gute Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland auch für die Zeit zu sichern, während ich nicht mehr im Amt bin“. De Gaulle seinerseits überraschte¹⁴ Adenauer bei einem weiteren Gespräch am 21. Dezember 1959 mit dem Vorschlag, daß sich beide Kabinette öfter treffen sollten. Noch weiter ging de Gaulle mit seinem zweimal vorgetragenen Plan – am 1./2. Dezember 1959 in Paris¹⁵ und am 29./30. Juli 1960 im Jagdschloß Franz I. in Rambouillet¹⁶ –, eine Deutsch-Französische Union mit gemeinsamer Außen- und Verteidigungspolitik und einer einzigen Staatsangehörigkeit zu bilden – als Motor und erstem Vorläufer eines westeuropäischen Staatenbundes. Adenauer schien von dem Vorschlag zunächst sehr angetan gewesen zu sein, doch dann kamen ihm und den Mitarbeitern Bedenken, ob die gaullistische Außen- und Verteidigungspolitik nicht zu weit von der gesicherten deutschen Europa- und Atlantik-Politik entfernt war. Nachdem der als Initialzündung gedachte bilaterale Ansatz nicht zu realisieren war, lancierte de Gaulle den Vorschlag einer Europäischen Politischen Union, der die sechs Kernländer der europäischen Integration angehören sollten. Doch die Verhandlung darüber im sogenannten Fouchet-Ausschuß endeten wegen der Forderung Hollands und Belgiens, nur mit Großbritannien weiter verhandeln zu wollen, am 17. April 1962¹⁷ ergebnislos.

Damit waren die beiden Protagonisten wieder an den Anfangspunkt zurückgeworfen, aber nicht entmutigt. Als sie sich bei Adenauers Besuch in Frankreich vom 2.–8. Juli 1962 mehrfach sprachen, brachte der Bundeskanzler am 4. Juli 1962 seinen ursprünglichen Gedanken eines „Konsultationsarrangements“ zwischen ihnen erneut vor, „ohne daß dazu das Parlament gehört werden müsse“. Die Konsultationen sollten zunächst auf die Chefs beschränkt bleiben, „ohne daß dabei schon Diplomaten hinzugezogen würden“¹⁸. Der damalige französische Außenminister Couve de Murville gibt in seinen Erinnerungen¹⁹ eine Schlüsselszene aus dem Gespräch vom 5. Juli 1962 wieder, das im größeren Kreis geführt wurde. Nachdem man sich insbesondere auf Wunsch von Adenauer darauf geeinigt hatte, einen weiteren Versuch zu machen, eine Einigung zwischen den Sechs zu erreichen, habe de Gaulle den Bundeskanzler gefragt, ob die Bundesregierung bei einem Fehlschlag dieser Bemühungen bereit sei, eine Politische Union zu zweit zu schließen. Ohne zu zögern habe Adenauer zugestimmt.

¹² Adenauer, *Erinnerungen* Bd. 3, S. 432.

¹³ Adenauer, *Erinnerungen*, Bd. 4, S. 15

¹⁴ Vgl. Jansen, *Entstehung des deutsch-französischen Vertrages*, S. 250.

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ Vgl. Schwarz, *Epochenwechsel*, S. 116; siehe auch ders. (Hrsg.), *Adenauer und Frankreich*, S. 55.

¹⁷ Siehe Thomas Jansen, *Die Bemühungen um eine Europäische Politische Union 1960–1962*, in: *Material zur Diskussion der Europäischen Integration*, hrsg. von der Politischen Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bonn 1971, S. 35 ff.

¹⁸ Adenauer, *Erinnerungen*, Bd. 4, S. 168.

¹⁹ Maurice Couve de Murville, *Außenpolitik, 1958–1969*, München 1983, S. 208.

Horst Osterheld schreibt in seinem dokumentarischen Bericht²⁰, daß Adenauer zunächst eine direkte Antwort vermeiden wollte. Als de Gaulle aber das dritte Mal die gleiche Frage stellte – er hatte zuvor betont, wie wichtig sie für Frankreich sei –, kam zum Befremden einiger Mitglieder seiner Delegation das Ja Adenauers. Das war die Geburtsstunde des späteren Vertrages.

Um diese Absichtserklärungen in die Tat umzusetzen, wurde im August 1962 im Auswärtigen Amt der Entwurf einer deutsch-französischen Erklärung ausgearbeitet²¹. Darin sollten die beiden Staats- und Regierungschefs im Vertrauen auf die grundsätzliche Einigung, die unter den Sechs bereits erzielt worden war, und in der Hoffnung, daß sich die übrigen Länder anschließen würden, die bereits im Fouchet-Plan ins Auge gefaßten Maßnahmen ankündigen: periodische Treffen auf oberster Ebene, der zuständigen Minister und Vorbereitung dieser Tagungen sowie Durchführung ihrer Beschlüsse durch hohe Beamte der Außenministerien im Rahmen einer besonderen Politischen Kommission. Zugleich sollten Adenauer und de Gaulle die Regierungschefs der übrigen Vier auffordern, sich dieser Zusammenarbeit anzuschließen. Großbritannien sollte nach erfolgtem EWG-Beitritt ebenfalls beteiligt werden und zuvor die Gelegenheit zur Meinungsäußerung erhalten.

Aber nicht dieser Weg wurde beschritten, als die beiden Staatsmänner bei de Gaulles Deutschland-Besuch vom 4.–9. September 1962 mehrfach zusammentrafen. Stattdessen beschlossen sie, wie es das Kommuniqué vom 7. September 1962²² in dürren Worten verzeichnet, „praktische Maßnahmen zu ergreifen, um die Bande wirksam zu verstärken, die bereits auf zahlreichen Gebieten bestehen“.

Im Gespräch unter vier Augen insistierte Adenauer am 5. September 1962 aber auf einer „präzise(n) und feste(n) Abmachung“²³. Er wolle die beiden Völker, wie er sagte, dauerhaft verbinden, damit, wie er an anderer Stelle schon erklärt hatte²⁴, „auch auf Jahre hinaus weder eine französische noch eine deutsche Regierung mit der Sowjetunion zusammengehen könne“. Damit enthüllte er ein Grundmotiv, das beide von Anfang an zu einem Zusammengehen bewog, nämlich die Furcht vor einem „renversement des alliances“ des einen oder des anderen Staates.

Am 5. September 1962 wurde Einigkeit erzielt. Sie wollten, wie Adenauer das Ergebnis resümierte²⁵, keinen Vertrag schließen, dessen Abschluß mit Glockengeläut und Feuerwerk gefeiert würde. Aber etwas Schriftliches mußte es schon sein, wie Adenauer schrieb²⁶: „Ich würde jedoch großen Wert darauf legen, etwas schwarz auf weiß zu haben.“ Am Schluß der Begegnung vereinbarte man, daß de Gaulle eine Niederschrift über die zukünftige Zusammenarbeit entwerfen sollte. Hatte man sich darüber

²⁰ Osterheld, Adenauers letzte Kanzlerjahre, S. 132.

²¹ Jansen, Die Entstehung des deutsch-französischen Vertrages, S. 262.

²² Text in: Europa-Archiv, Folge 19/1962, S. D 457f.

²³ Adenauer, Erinnerungen, Bd. 4, S. 178 ff.

²⁴ Ebenda, S. 168.

²⁵ Ebenda S. 179.

²⁶ Ebenda, S. 180.

geeignet, sollte diese Niederschrift mittels eines Briefwechsels ausgetauscht werden. Der Inhalt sollte nicht veröffentlicht werden²⁷.

Erst jetzt, nachdem die Sechser-Lösung nicht möglich gewesen war und auch die Rettungsaktion vom Juli 1962 fehlgeschlagen war, sahen die beiden Hauptakteure die Zeit zum Handeln für gekommen. Aber sie gingen weiterhin vorsichtig vor: Die deutsch-französische Bindung sollte einerseits eine Verstärkung der ohnehin schon umfassenden, zweiseitigen Zusammenarbeit sein, andererseits sollte sie den Charakter einer Initialzündung für die Bildung einer möglichst breiten Union behalten, wie de Gaulle in einem Schreiben vom 15. Juli 1962²⁸ an Adenauer erklärt hatte: „In dieser Hinsicht wird der kommende September sicherlich entscheidend sein; sei es, daß die ‚Sechs‘ in Rom ein Unionsabkommen schließen auf der Basis, die wir untereinander festgelegt haben, und die die französisch-deutsche Solidarität umschließt; sei es, daß wir uns dazu gebracht sehen, diese Solidarität als unsere Sache zu organisieren, wobei wir den vier anderen die Möglichkeit offenlassen, sich jederzeit anzuschließen.“

Diese Ausrichtung war besonders für Adenauer wichtig, denn er war der innenpolitisch Verwundbarere. Angesichts der Krise um Verteidigungsminister Franz Joseph Strauß im November 1962 rückte sein Rücktritt näher, und im Kabinett und in der CDU/CSU-Fraktion war die Strömung stark, die wenig Vertrauen in Frankreichs Eignung zum bevorzugten Partner setzte; sie orientierte sich mehr an Großbritannien und an den Vereinigten Staaten. Adenauer teilte zwar nach wie vor de Gaulles Skepsis gegenüber Washington und London, er unterstützte aber dennoch wegen der deutschen Sicherheitsabhängigkeit die von der amerikanischen Regierung im gleichen Winter vorgeschlagene Multilaterale Kernwaffenflotte (MLF) und konnte sich auch dem von einer breiten Mehrheit im Kabinett und in der deutschen Öffentlichkeit befürworteten EWG-Beitritt Großbritanniens nicht widersetzen, selbst wenn er ihm zu dem Zeitpunkt kritisch gegenüber stand. Umso mehr lag ihm daran, noch vor seinem Ausscheiden eine deutsch-französische Bindung herzustellen, die auch spätere Bundesregierungen hindern sollte, Frankreich links liegen zu lassen.

Adenauer wußte, daß er sich keine Blöße geben durfte. Das mag auch der Grund dafür gewesen sein, daß er bis zum Jahresende 1962 das Kabinett mit der Vorbereitung der deutsch-französischen Absprache nicht befaßte; im Kabinett hätten ihm vielleicht Fesseln angelegt werden können. Auch verfolgte er die Ausarbeitung des Textes aus der Ferne, er selbst griff kaum ein. Er überließ die Arbeit dem Auswärtigen Amt, wo er in dem zuständigen Leiter der Politischen Abteilung, Ministerialdirektor Dr. Josef Jansen, einen Verantwortlichen wußte, der seine Intentionen voll unterstützte²⁹. Jansen gab die Bearbeitung an das gleiche Referat³⁰, das für die Europäische Politische

²⁷ Osterheld, Adenauers letzte Kanzlerjahre, S. 142.

²⁸ Charles de Gaulle, *Lettres, notes et carnets*. Janvier 1961–décembre 1963, Paris 1986; vgl. auch Weidenfeld, *Der deutsch-französische Vertrag*, S. 57.

²⁹ Jansen, *Entstehung des deutsch-französischen Vertrages*, S. 265; die Studie wertet die relevante Korrespondenz, Papiere und Tagebücher von Josef Jansen aus dessen Nachlaß, im Besitz des Autors, aus.

³⁰ Ihm gehören LR Dr. Norbert Lang, heute Botschafter a. D., und der Autor an; sowie, als Berater von

Union zuständig war, nicht an das für bilaterale Beziehungen verantwortliche Länderreferat – auch das ist aufschlußreich.

De Gaulle ging mit unglaublicher Dynamik ans Werk. 48 Stunden nach der Rückkehr aus Deutschland leitete er eine Ministerbesprechung im Elysée, dort wurden die Aufträge an die einzelnen Ressorts erteilt. Vier weitere Ministersitzungen folgten in schnellem Rhythmus. Am 19. September 1962, nur 10 Tage nach dem Ende des Staatsbesuches, ging ein 7-seitiges Memorandum nach Bonn ab. Nach offensichtlich vom Quai d'Orsay verbreiteten Informationen³¹ schlug die französische Regierung darin, wie auch in den Fouchet-Verhandlungen vorgesehen, periodische Begegnungen zwischen Bonn und Paris sowie eine „thematisch breitere und organisatorisch straffere Zusammenarbeit“ in Außen-, Verteidigungs-, Wirtschafts- und Finanz- sowie Jugend- und Erziehungspolitik³² vor.

Die deutsche Seite brauchte mehr Zeit, um ihr Antwortmemorandum fertigzustellen. Am 10. Oktober 1962 kamen die Staatssekretäre der beteiligten Ressorts trotz allerlei Bedenken zu einer grundsätzlich positiven Stellungnahme zum französischen Memorandum. Doch dann stockte es, letztlich wurde die deutsche Antwort nach Wochen der Formulierung und Abstimmung zwischen den Ressorts und nach Einschaltung der für Erziehungsfragen zuständigen Kultusministerkonferenz am 8. Oktober 1962 fertiggestellt und abgesandt; wegen einiger nicht geklärter Sachfragen wurde sie freilich immer noch als „vorläufig“ bezeichnet. Botschafter Seydoux³³ schrieb dazu: „Die deutsche Antwort kam erst (. . .), als wir begonnen hatten, die Geduld zu verlieren. Dafür war sie aber so, wie man sie sich nicht besser hätte wünschen können.“ Sie übernahm in der Tat den größten Teil der französischen Vorschläge und fügte ergänzend weitere hinzu. Grundsätzlich teilte die Bundesregierung „darin die Auffassung der französischen Regierung, daß alle Anstrengungen übernommen werden sollten, um die deutsch-französische Zusammenarbeit auf allen Gebieten zu fördern, auf denen dies möglich ist“³⁴.

Nun ging es Schlag auf Schlag. Am 30. November und am 1. Dezember 1962 bereitete Jansen mit seinem französischen Gegenüber, dem Politischen Direktor des Quai d'Orsay, Charles Lucet, in Paris die Begegnung der Außenminister Schröder und Couve de Murville vor. Sie identifizierten dabei die offenen Fragen, die den Außenministern zur Entscheidung vorgelegt werden sollten. Diese einigten sich am 16./17. Dezember 1962 in Paris bei der Prüfung der beiden weitgehend übereinstimmenden Memoranden dahingehend, daß das französische Außenministerium aus beiden Texten den Entwurf einer Niederschrift für das Treffen der Staats- und Regie-

MD Jansen, der ehemalige Ständige Vertreter bei der EWG, Botschafter a. D. Professor Carl Friedrich Ophüls.

³¹ France Soir vom 27. 9. 1962; Paris Presse vom 29. 9. 1962.

³² Vgl. Osterheld, Adenauers letzte Kanzlerjahre, S. 146.

³³ Seydoux, Meine zweite Mission, S. 182.

³⁴ Norbert Lang, Die Bemühungen um die politische Einigung Europas seit dem Ende der europäischen Verteidigungsgemeinschaft, in: Walter Hallstein/Hans-J. Schlochbauer (Hrsg.), Zur Integration Europas, Festschrift für Carl Friedrich Ophüls, Karlsruhe 1966, S. 125 ff.

rungschefs, das für den 21.–23. Januar 1963 anberaumt war, erarbeiten sollte. Die Außenminister verständigten sich über einige Formulierungen, regelten die konkreten Einzelheiten der außenpolitischen Konsultationen und vereinbarten gemeinsame Weisungen an die diplomatischen Missionen für künftige Zusammenarbeit. Als letztes beschlossen sie auf deutschen Vorschlag, daß bei der Verabschiedung des Entwurfs der Niederschrift durch die Staats- und Regierungschefs auch eine gemeinsame Erklärung abgegeben werden sollte – der Entwurf war von der deutschen Seite vorzubereiten –, durch die die Öffentlichkeit von der neuen Qualität und Intensität der deutsch-französischen Zusammenarbeit unterrichtet würde. Couve de Murville konnte mit Recht später feststellen³⁵: „Es gab keinerlei Schwierigkeiten, wenn man einmal von dem Problem der bundesstaatlichen Ordnung in Deutschland absieht, die insbesondere auf Bundesebene keine Zuständigkeit für Erziehungsfragen vorsieht.“

Der französische Entwurf der gemeinsamen Niederschrift wurde am 28. Dezember 1963 in Bonn übergeben; das Auswärtige Amt schlug am 7. Januar 1963 einige Änderungen vor; am 11./12. Januar 1963 wurden die Entwürfe der Niederschrift und der Gemeinsamen Erklärung bei einem Treffen der Unterhändler mit Begleitern in Bonn fertiggestellt. Nur noch wenige Formulierungen blieben einer abschließenden politischen Entscheidung vorbehalten. Der Inhalt entsprach weitgehend dem späteren Vertrag, nur die Präsentation war die eines Sitzungsprotokolls. Beide Dokumente wurden mit der Bemerkung, daß von keiner Seite eine Unterzeichnung, sondern nur eine Billigung durch de Gaulle und Adenauer vorgesehen sei, den Regierungen zur Vorabgenehmigung zugeleitet. Die abschließende Kabinettsitzung in Bonn war für den 16. Januar 1963 anberaumt.

III.

Vor der Darlegung der letzten Phase des diplomatischen Prozesses sollen die strittigen Formulierungen in ihrer Entwicklung während der kurzen Verhandlungswochen untersucht werden.

Das französische Memorandum hatte vorgeschlagen, daß in Zukunft keine der beiden Regierungen eine außenpolitische Entscheidung im Bereich der gemeinsamen Interessen ohne vorherige Konsultation fällen sollte, selbst wenn es nicht in jedem Fall möglich sein werde, zu einer übereinstimmenden Auffassung zu gelangen. Das deutsche Antwortmemorandum stimmte diesem Vorschlag zu³⁶. Das Auswärtige Amt regte außerdem an, die Themen der außenpolitischen Konsultation über die im französischen Text erwähnten Angelegenheiten der Europäischen Gemeinschaften, der Europäischen Politischen Zusammenarbeit und der Ost-West-Beziehungen zu erweitern auf die Themen der NATO, anderer europäischer und weltweiter Organisa-

³⁵ Couve de Murville, Außenpolitik, S. 210.

³⁶ Figaro vom 13. 11. 1962.

tionen, der Vereinten Nationen und – ohne geographische Einschränkung – auf alle außenpolitischen Fragen, die für die beiden Länder gemeinsam von Bedeutung waren.

Schröder und Couve de Murville verabredeten am 16./17. Dezember 1962 in Paris folgende Formulierung für das Ziel der Konsultationen: „um so weit wie möglich zu einer gleichgerichteten Haltung zu gelangen“ – wobei in dieser positiven Zielsetzung der etwas schwächer wirkende Begriff „gleichgerichtet“ (französisch: *analogue*) den Begriff „übereinstimmend“ ersetzte, der in den beiden Memoranden in einer negativ formulierten Weise („auch wenn es nicht in jedem Fall möglich ist, zu einer übereinstimmenden Auffassung zu gelangen“) enthalten gewesen war. Die Liste der Themen war entsprechend dem deutschen Wunsch sehr weit gefaßt; das blieb auch im abschließenden Text so und stellte eine Neuerung in der modernen Staatenpraxis dar, denn in keinem der europäischen oder atlantischen Verträge der Nachkriegszeit gibt es eine so präzise gefaßte und umfassend gestaltete Pflicht zur Konsultation – und zwar bis heute nicht.

Dennoch erwies sich auch diese Formulierung in der Folgezeit als nicht stringent genug. Entweder unterließ der eine oder der andere Partner die vorherige Konsultation oder sie führten sie nur in der konventionellen Form der Unterrichtung, Anhörung der Gegenseite, vielleicht noch Diskussion der beiderseitigen Standpunkte durch, ohne sich zu bemühen, „soweit wie möglich zu einer gleichgerichteten Haltung zu gelangen“. Um diesem Erfordernis Rechnung zu tragen, bedurfte es eines weiteren, noch nicht verwirklichten Schritts im Konsultationsprozeß: Zu jedem Thema mußte eine konkrete Einigungsformel auf den Tisch gelegt und intensiv diskutiert werden. Erst dann könnte sich erweisen, ob eine „gleichgerichtete Haltung“ möglich ist³⁷.

Der Abschnitt über die Zusammenarbeit in Verteidigung und Rüstung verursachte die größten Schwierigkeiten, da hier die Positionen am weitesten auseinanderlagen. Das französische Memorandum hatte vorgeschlagen, beide Seiten sollten versuchen, in allen strategischen und taktischen Bereichen zu konkreten Schlußfolgerungen zu gelangen. Die Deutschen konnten sich konkrete Schlußfolgerungen in der Strategie nur im Rahmen des einheitlichen NATO-Konzepts vorstellen und hoben das in ihrem Antwortmemorandum auch hervor. Die Franzosen wiesen darauf hin, ihre Fassung schließe auch eine von beiden Seiten getragene, einheitliche NATO-Konzeption nicht aus. Über deren Inhalt sollten sich die beiden Partner auseinandersetzen.

Aber schon das Gespräch über das mehrseitige NATO-Konzept erregte deutsche Bedenken, bis Verteidigungsminister Strauß befand, auch die strategische Planung könnte, ja sollte mit den Franzosen erörtert werden, um zu versuchen, sie zu einer NATO-konformen Haltung zu bringen. Die alleinige Ausrichtung auf eine NATO-konforme Haltung war für die französische Seite wiederum inakzeptabel; sie blieben bei dem Argument, daß weder das eine noch das andere Ergebnis der strategischen Erörterung ausdrücklich ausgeschlossen werden dürfte.

Diese Festlegung wurde am 16. Januar 1963 im Kabinett gestrichen und der im end-

³⁷ Vgl. Per Fischer, *Vom Wert und Unwert politischer Konsultationen*, in: *Außenpolitik*, Stuttgart, Nr. 9/1964, S. 589–594.

gültigen Text stehende Satz akzeptiert: „Auf dem Gebiet der Strategie und der Taktik bemühen sich die zuständigen Stellen beider Länder, ihre Auffassungen aneinander anzunähern, um zu gemeinsamen Konzeptionen zu gelangen.“ Dieser Teil der Vereinbarung wurde später von der amerikanischen Regierung als Indiz einer deutschen Abwendung von der NATO am heftigsten angegriffen; er bestärkte Washington in dem Bemühen, durch die etwa gleichzeitig angestrebte deutsche Beteiligung an der Multilateral Nuclear Force (MLF) ein Gegengewicht gegen die befürchtete gaullistische Orientierung zu schaffen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß diese Bestimmungen des Deutsch-Französischen Vertrages bis in die Mitte der siebziger Jahre zu nichts Greifbarem führten. Erst Bundeskanzler Helmut Schmidt einigte sich 1974 mit Präsident Giscard d'Estaing darauf, die alten Vorsätze im Hinblick auf eine Annäherung der Auffassungen über Strategie und Taktik wieder aufzunehmen, doch erst gegen Ende von Schmidts Amtszeit zeichneten sich erste Ergebnisse ab, die sich allerdings dann wieder zerschlugen³⁸. Mit dem am 22. Januar 1988 unterzeichneten Protokoll über die Einrichtung eines Deutsch-Französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrates, der unter anderem „die Ausarbeitung gemeinsamer Konzeptionen auf dem Gebiet der Verteidigung und der Sicherheit“ (Artikel 4) zur Aufgabe hatte, wurde, so steht zu hoffen, die Lücke geschlossen.

Dieser Rat sollte sich auch der Entwicklung und Vertiefung der Rüstungszusammenarbeit annehmen; das war ein weiteres in den Verhandlungen von 1962/63 umstrittenes und in der Folgezeit nicht gelöstes Problem. Das französische Memorandum vom September 1962 hatte den Ausbau gemeinsamer Untersuchungen und Forschungsarbeiten sowie eine rasche Einigung über einige, damals zur Diskussion stehende Projekte gemeinsamer Rüstungsproduktion vorgeschlagen. Auf deutscher Seite wurden die Möglichkeiten der Rüstungszusammenarbeit mit Frankreich angesichts der Stärke des amerikanischen Engagements von Anfang an als sehr begrenzt angesehen; das deutsche Antwortmemorandum mußte deshalb in diesem Punkt die Franzosen als zu unverbindlich enttäuschen. Das Ergebnis bestand in einer Klausel, in der das Bemühen hervorgehoben wurde, eine Gemeinschaftsarbeit zu organisieren und zwar dadurch, daß man eine gemischte Kommission ins Leben rufen wollte, die eine vergleichende Prüfung der in beiden Ländern betriebenen Forschungsvorhaben vornehmen sollte. Auch dazu ist es damals nicht gekommen, nicht zuletzt auch deshalb, weil kurz nach dem Abschluß des Vertrages – auch aus Rücksicht auf die harte amerikanische Reaktion – umfangreiche deutsche Rüstungskäufe in Washington vertragswidrig vereinbart wurden³⁹.

³⁸ Vgl. Schwarz, *Entente Élémentaire*, S. 21 ff; Helmut Schmidt, *Die Deutschen und ihre Nachbarn*, Berlin 1990, S. 185 ff.

³⁹ Vgl. Paul Frank, *Entschlüsselte Botschaft*, Stuttgart 1981, S. 94: „Zu diesem Prozedere gehört, daß der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes nach Washington geschickt wurde, um Kennedy von der Harmlosigkeit (des deutsch-französischen Vertrages) zu überzeugen. Dies gelang Bundesverteidigungsminister von Hassel vollständig, als er in Washington Milliardenaufträge für US-Rüstungsgüter tätigte, obwohl es gerade Sinn des deutsch-französischen Vertrages war, zu einer gemeinsamen deutsch-französischen Rüstungszusammenarbeit zu gelangen.“

Auch die Sprachenfrage war umstritten. Das im französischen Memorandum formulierte Ziel, daß jeder deutsche oder französische Schüler einer Höheren oder Fachhochschule die Möglichkeit erhalten sollte, die Sprache des anderen Landes zu erlernen, stieß auf die Ablehnung der dafür allein zuständigen deutschen Länderregierungen. Dieses Ziel sei, so hieß es, mit dem Vereinheitlichungsbeschluß der Kultusminister von 1958 nicht vereinbar; danach war Englisch in allen Bundesländern erste lebende Fremdsprache. In dem Antwortmemorandum beschränkte sich die Bundesregierung auf die Aussage, sie strebe zunächst eine Regelung an, die es ermögliche, an allen Höheren und Fachhochschulen die französische Sprache zu erlernen. Dies war der französischen Seite aber zu unpräzise und zu wenig verpflichtend; sie verwies darauf, daß ihre Zielformulierung dem Ist-Zustand in Frankreich entspreche, der in Deutschland ebenfalls verwirklicht werden sollte.

Die Bundesregierung besaß in dieser Frage aber so gut wie keinen Spielraum; das Ergebnis, das in letzter Stunde zustande kam, war eine wässrige Bemühensklausel, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die Zahl der deutschen Schüler, die Französisch lernen, und der französischen Schüler, die Deutsch lernen, zu erhöhen. Das Ergebnis lautete nach 25 Jahren Vertragslaufzeit: In Frankreich lernen 13,5 % Gymnasiasten Deutsch als erste lebende Fremdsprache, in Deutschland dagegen nur 3,5 % Französisch⁴⁰.

In den beiden Memoranden war die Frage der Verknüpfung mit den übrigen EG-Mitgliedsstaaten noch nicht angesprochen worden. Die beiden Außenminister waren sich bei ihren Beratungen am 16./17. Dezember 1962 aber einig, daß die deutsch-französische Bindung die übrigen EG-Partner dazu stimulieren sollte, den abgerissenen Faden der Fouchet-Verhandlungen wieder aufzunehmen. Das deutsch-französische Duett sollte die Europäische Politische Union aber nicht ersetzen. Die französischen Unterhändler meinten, diese Zielsetzung verstehe sich von selbst, sie sollte weiterhin mündlich erklärt werden, gehöre aber nicht in den Vertragstext. Dies gerade aber wollte die deutsche Seite – aus gutem Grund: die deutsch-französische Vereinbarung sollte ja ein vorweggenommener Schritt der Einigung im Sechserrahmen sein.

Schließlich konnte man eine Einigung erzielen. Sie kam zum einen im Präambelsatz der Gemeinsamen Erklärung zum Ausdruck: „In der Erkenntnis, daß die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern einen unerläßlichen Schritt auf dem Weg zu dem vereinigten Europa bedeutet, welches das Ziel beider Völker ist“, zum anderen in der operativen Klausel, daß „beide Regierungen die Regierungen der übrigen Mitgliedsstaaten der EG über die Entwicklung der deutsch-französischen Zusammenarbeit laufend unterrichtet halten werden“ – ein ungewöhnlicher Satz in einem zweiseitigen Vertrag.

Während der Prüfung des französischen Entwurfs der gemeinsamen Niederschrift hatte die Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes festgestellt, daß manche Formulierungen – insbesondere die außen- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit be-

⁴⁰ Vgl. Kölner Rundschau vom 13. 12. 1988.

treffend – die parlamentarische Zustimmung nach Art. 59 Abs. II GG erforderten. Denn sie regelten die politischen Beziehungen des Bundes im Sinne dieses Paragraphen und seiner Auslegung durch das Bundesverfassungsgericht – und zwar unabhängig davon, ob es sich um ein Protokoll oder ein Regierungsabkommen handelte. Dies gelte selbst bei einer eventuellen Umformulierung der Niederschrift zu reinen Absichtserklärungen. Nun war guter Rat teuer: Eine parlamentarische Debatte wollten sowohl das Auswärtige Amt als auch das Bundeskanzleramt vermeiden – aus Sorge vor einer weiteren Polarisierung zwischen „Atlantikern“ und „Gaullisten“.

Die französische Seite hatte deutlich gemacht, daß sie eine parlamentarische Behandlung nicht wünschte und auch verfassungsmäßig nicht benötigte. Sie wollte vielmehr weiterhin entsprechend der mündlichen Festlegung zwischen de Gaulle und Adenauer vom September 1962 vorgehen: kein völkerrechtlich bindender Staatsvertrag, kein förmliches Regierungsabkommen, sondern eine beiderseitig genehmigte Niederschrift. Die Unterhändler einigten sich schließlich, daß die Bundesregierung, falls es sich nicht umgehen ließe, auch die Niederschrift der parlamentarischen Billigung unterwerfen könnte, selbst wenn die Franzosen dies nicht täten.

Bundeskanzler Adenauer hatte auf die Mitteilung, daß der Text ratifizierungsbedürftig sei, zunächst ungehalten reagiert⁴¹. Aber die Furcht vor einem Verfassungskonflikt einerseits und die Aussicht andererseits, die Vereinbarung auf den Rang eines Staatsvertrages zu heben, der auch jede Nachfolgeregierung völkerrechtlich binden würde, ließ ihn allmählich doch Geschmack an dem Gedanken gewinnen. Er entschloß sich etwa in der ersten Januarwoche 1963 zur Vertragsform mit der damit verbundenen Ratifizierung im Bundestag und bat de Gaulle, in Frankreich die Weichen für eine ähnliche Regelung zu stellen. So lange de Gaulles Zustimmung nicht vorlag, behielt Adenauer diese Absicht für sich. Vor der Abreise nach Paris ließ er sich vom Bundespräsident mündlich das Einverständnis geben, gegebenenfalls im Namen der Bundesrepublik auch einen Vertrag zu unterschreiben. Wenn er in dieser Angelegenheit so diskret vorging, dann nicht zuletzt auch deshalb, um die innen- und außenpolitische Diskussion nicht noch mehr zu belasten.

Denn inzwischen hatte sich im Vorfeld der deutsch-französischen Gespräche vom 21.–23. Januar 1963 ein weiteres Hindernis aufgetürmt: de Gaulles Pressekonferenz vom 14. Januar 1963. Der französische Staatspräsident hatte dabei zum britischen EWG-Beitritt ein unmißverständliches „Noch nicht“ und zum amerikanischen Plan einer Multilateralen Kernwaffenflotte ein hartes „Nein“ gesagt, beides verknüpft mit beißender Kritik an dem kurz zuvor geschlossenen amerikanisch-britischen Bahamas-Abkommen. Ein Sturm der Entrüstung brach los, und er richtete sich sehr schnell insbesondere gegen die Absicht des Bundeskanzlers, gerade in diesem Augenblick mit de Gaulle zu einem Abschluß zu gelangen. Adenauer wurde von allen Seiten, in Deutschland und aus dem Ausland, mündlich und schriftlich, bedrängt, die Reise nach Paris oder wenigstens die Einigung über eine Vereinbarung zu verschieben. De Gaulle sollte

⁴¹ Vgl. Osterheld, Adenauers letzte Kanzlerjahre, S. 174 ff.

international isoliert werden – so wollten es Washington und London und ihre kontinentalen Anhänger. Adenauer lehnte mit dem Argument ab, dies würde das Ende der seit Kriegsende von allen Seiten beschworenen Versöhnung Deutschlands mit Frankreich bedeuten.

Eine Vorlage im Auswärtigen Amt kam zu dem gleichen Ergebnis: eine Ablehnung oder eine Verschiebung zu diesem Zeitpunkt sei ein Affront gegen Frankreich und zöge eine deutliche Verschlechterung des bilateralen Verhältnisses nach sich, ohne Deutschland dafür einen entsprechenden Vorteil anderswo zu verschaffen. Großbritannien würde auch dann nicht in die EWG kommen, und die französischen Kernwaffenbestrebungen würden auch dann nicht zugunsten der MLF aufgegeben. Halte man dagegen an der geplanten Absicht trotz allen Ärgers, der sich daraus sicherlich ergeben werde, fest, so bliebe jedenfalls das Verhältnis zu Frankreich intakt; auch Einwirkungsmöglichkeiten auf de Gaulle blieben weiter offen. Immerhin habe kein anderer Staat der Bundesrepublik je ein derart weitgehendes Angebot der Partnerschaft gemacht wie Frankreich; angesichts der gefährdeten weltpolitischen Lage der Bundesrepublik könnte dieses Angebot auch unter den neuen Umständen nicht ausgeschlagen werden.

Das Kabinett folgte dem Bundeskanzler und dem Bundesaußenminister. Am 16. Januar 1963 genehmigte es einstimmig die Entwürfe der Gemeinsamen Erklärung und der Niederschrift mit der Maßgabe, daß über die endgültige Form in Paris entschieden werde. Der Beschluß erfolgte nach dem Vortrag von Außenminister Schröder, der die Texte erst während der Sitzung verteilen ließ, um sie nicht als Kabinettsache zuvor in großer Anzahl in Umlauf bringen zu müssen. Besonders positives Echo fand im Kabinett die erst in der letzten Runde auf französischen Vorschlag beschlossene Errichtung eines „Deutsch-Französischen Jugendwerkes“, das mit 20 Mio. DM von jeder Seite ungewöhnlich hoch dotiert war.

Als die deutsche Delegation, neben dem Bundeskanzler gehörten ihr die Minister Schröder, von Hassel und Heck an, am 20. Januar 1963 nach Paris flog, lagen in den Aktenmappen nach wie vor die Entwürfe der Gemeinsamen Erklärung und der Niederschrift. Am 19. und 20. Januar 1963 war Jansen zu letzten Absprachen in Paris. Für Montag, den 21. Januar 1963, vormittags war ein erstes Gespräch zwischen de Gaulle und Adenauer anberaumt, gleichzeitig sollten die begleitenden Minister in Parallel-Runden tagen. Während an diesem Vormittag die Außenminister noch im Quai d'Orsay berieten, kam aus dem Elysée die endgültige Bestätigung: die Niederschrift war in völkerrechtliche Vertragsform umzugießen, die Unterzeichnung sollte am Dienstag, dem 22. Januar 1963, stattfinden, anschließend sollte die Vorlage an die Parlamente gehen.

So einfach dieser Abschluß war, so schwierig war es, ihn in die Tat umzusetzen. Da eine Vertragsunterzeichnung nicht vorgesehen gewesen war, fehlten die Utensilien⁴²: das blau-umrandete Papier, auf das deutsche Vertragstexte zu schreiben sind – so

⁴² Vgl. Schwarz (Hrsg.), Adenauer und Frankreich, S. 46 ff., siehe auch Rainer Hagen/Karl Ernst Mohring, Adenauer, Das Buchmanuskript zur Fernseh-Biographie, München 1987, S. 153; Schwarz, Entente Élémentaire, S. 9.

mußte das französische rot-umrandete benutzt werden; die Petschaften, mit denen die Deutschen das Siegel aufdrücken – sie mußten in aller Eile nachgeschnitten werden; die dunkelblaue Ledermappe mit dem goldenen Adler auf der Vorderseite, in die Verträge mit Siegellack und dreifarbigem Schnur eingebunden werden – eine etwas hellere Ledermappe ohne Adler aus einer Pariser Boutique mußte als Ersatz dienen. In dieser Form liegt der Vertrag heute im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes.

Am 22. Januar 1963 war alles zur feierlichen Unterzeichnungszeremonie im Salon Murat des Elysée bereit. Nachdem de Gaulle und Adenauer ihre Unterschriften unter den Vertrag gesetzt hatten, umarmte der französische Staatspräsident den deutschen Bundeskanzler, beide waren tief bewegt. Der diplomatische Prozeß war damit beendet, es folgte der nicht weniger schwierige parlamentarische Prozeß.

IV.

Der Vertrag vom 22. Januar 1963 hat in den 30 Jahren seiner Existenz trotz der erstaunlich kurzen Verhandlungszeit und der Dürre seines Inhalts in der deutschen Politik eine einmalige, nicht hoch genug zu bewertende Rolle gespielt – und spielt sie weiter. Ausschlaggebend dafür ist, daß der Text am Ende des diplomatischen Prozesses die Form eines völkerrechtlich verbindlichen Vertrages erhielt.

Die damit etablierten periodischen Begegnungen und die – allerdings nicht durchweg genügend respektierte – Verpflichtung zur außenpolitischen Konsultation haben ebenso wie die übrigen, zum Teil erst nach Jahren schrittweise realisierten Bestimmungen die Regierungen in Bonn und Paris ganz gleich, von welcher Partei sie getragen wurden, in das Prokrustesbett der Aussprache und der Zusammenarbeit gezwungen. Ohne diesen Zwang hätte jede der vielen deutsch-französischen Krisen tiefer gehen können, vielleicht wäre eine von ihnen unheilbar geworden. Zugleich hat diese regelmäßige deutsch-französische Aussprache den Weg geöffnet zu Lösungen von Streitfragen in allen sonstigen Bereichen, in denen beide Staaten engagiert sind: etwa Europäische Gemeinschaft, Atlantisches Bündnis, Sicherheit, Abrüstung, Ost-Westverhältnis. Das von Werner Weidenfeld⁴³ erkannte europäische Grundgesetz, daß integrationspolitische Fortschritte nur dann möglich sind, wenn sich die Bundesrepublik und Frankreich vorher einigen, trifft auf ein sehr viel breiteres Feld außenpolitischer Tätigkeit zu⁴⁴.

Rückblickend ist damit auch festzustellen, daß der Vertrag bei seiner Geburt zu Unrecht verteufelt wurde. Weder hat er, wie damals allenthalben angenommen, Großbritannien den Beitritt zur EG verwehrt, noch eine Fortsetzung der europäischen politischen Einigung behindert. Auch die NATO ist nicht aus den Angeln gehoben worden, wie insbesondere die amerikanische Regierung glauben machen wollte. Die Befürch-

⁴³ Weidenfeld, Schlüsselrolle, S. 53.

⁴⁴ Ebenda, S. 25; hier der Begriff des „Komplementären deutsch-französischen Bilateralismus“ der multilateral konzipierten Außenpolitik.

tungen, die in Hülle und Fülle verbreitet wurden, waren übertrieben, ja unreal, weil sie Bundeskanzler Adenauer und der deutschen Außenpolitik Entscheidungen unterstellten, die sie nie getroffen hätten.

Aus der anfangs negativen Einschätzung des Vertrags entstand großer außen- und innenpolitischer Druck auf Bundeskanzler Adenauer, von der Bindung an Frankreich abzusehen; dies wiederum hat die Präambel zum deutschen Genehmigungsgesetz als eine Art Ausgleich nach sich gezogen – eine sachliche unnötige, völkerrechtlich als Präzedenzfall gefährliche und politisch-psychologisch falsche Entscheidung⁴⁵: Der Vertrag hat den dadurch bedingten Rückschlag trotz schwieriger Anfangsjahre überstanden. Offensichtlich waren seine Väter bei ihrem Herantasten an die endgültige Ausgestaltung der deutsch-französischen Bindung auf eine Lücke im Verhältnis zwischen den beiden so eng aufeinander angewiesenen Rhein-Anrainern gestoßen, die zu schließen – trotz der multilateralen EWG-, NATO- und sonstigen Verpflichtungen – einem objektiven Bedürfnis entsprach. Es bleibt allerdings die Frage, ob bei voller, konsequenter Ausschöpfung des Vertrages, so wie er von Adenauer konzipiert war, nicht noch mehr zugunsten der europäischen und deutschen Politik hätte erreicht werden können.

⁴⁵ Vgl. Schwarz (Hrsg.), Adenauer und Frankreich, S. 101; danach hat Bundeskanzler Adenauer die Präambel im April 1963 erst akzeptiert, als ihm führende CDU/CSU- und FDP-Politiker erklärten, daß die Ratifizierung andernfalls scheitern oder nur mit schwacher Mehrheit erfolgen werde; Bundesaußenminister Schröder war immer ein Gegner der Präambel.

Dokumentation

BERND WEGNER

HITLERS BESUCH IN FINNLAND

Das geheime Tonprotokoll seiner Unterredung mit Mannerheim am 4. Juni 1942*

I.

Am Vormittag des 3. Juni 1942 erhielt der deutsche Geschäftsträger in Helsinki, Wipert von Blücher, überraschenden Besuch. Kurz zuvor nämlich waren der Gesandte Hewel und Generalmajor Schmudt, Hitlers persönlicher Adjutant, mit einer Sondermaschine aus dem Führerhauptquartier kommend in Finnland gelandet, um Blücher und General Erfurth, den deutschen Verbindungsoffizier zum finnischen Hauptquartier, von der Absicht des „Führers“ zu unterrichten, Feldmarschall Mannerheim, dem Oberkommandierenden der finnischen Streitkräfte, aus Anlaß seines 75. Geburtstages am folgenden Tage einen persönlichen Besuch abzustatten. Dabei sollte es sich nach Hitlers Vorstellung um keine offizielle Staatsvisite, sondern vielmehr um einen „Frontbesuch“ handeln, von welchem der Gastgeber freilich – schon allein aus Sicherheitsgründen – nur wenige Stunden vor Eintreffen seines Gastes unterrichtet werden sollte¹.

Hitlers Ansinnen stellte den erfahrenen Diplomaten v. Blücher, vor allem aber die finnische Staatsführung, die schließlich doch noch am Abend des 3. Juni unter der Auflage strengster Geheimhaltung von den Absichten des deutschen Diktators informiert wurde, vor eine Reihe delikater Probleme². Diese waren zum Teil protokollarischer Natur – wie z. B. die Frage, welche Rolle der finnische Staatspräsident bei diesem Treffen der Oberbefehlshaber zu spielen hätte –, zum Teil ergaben sie sich aus den besonderen Umständen,

* Einen ersten Hinweis auf das hier behandelte Dokument gab mir mein finnischer Kollege Sampo Ahto. Antti Juutilainen, Eero Saarenheimo, Antero Tuomi (alle Helsinki), ferner Dr. Hans J. Künzel (Tausenstein) sowie Frau Dr. Maria Keipert (Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn) gewährten mir Unterstützung bei den weiteren Recherchen. Ihnen allen gilt mein besonderer Dank.

¹ Zur Vorgeschichte des Besuchs vgl. eingehend Blüchers „Aufzeichnung über den Besuch des Führers bei Feldmarschall Mannerheim am 4. Juni 1942“, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn (künftig: PA/AA), Nachlaß Blücher, Tagebuch VI, Bl. 1975–1983, ferner das persönliche Tagebuch des deutschen Verbindungsgenerals zum finnischen Hauptquartier, Waldemar Erfurth, Eintragungen vom 2. und 3. 6. 1942, in: Bundesarchiv-Militärarchiv (künftig: BA-MA), N 257/ v. 2, S. 441 ff. sowie, weniger ergiebig, die Erinnerungen der Botschaftsattachés Horst Kitschmann, Als Militär attaché in Helsinki (unveröff. Manuskript von 1962, in: BA-MA, MSg 2/3317), S. 53 f., und Hans Metzger, Poliittiset Aseveljet (Politische Waffenbrüder), Helsinki 1986, S. 80 ff.

² Laut Erfurth (Tagebuch, S. 442) soll v. Blücher „entsetzt gewesen sein und jede Verantwortung für den Besuch Hitlers abgelehnt haben“.

unter welchen der 75. Geburtstag des seit dem finnisch-russischen Winterkrieg (1939/40) zum nationalen Helden avancierten Marschalls begangen werden sollte. Nach der Regie der finnischen Führung nämlich sollte der Festtag zum Anlaß einer eindrucksvollen, wenn auch in ihrem äußeren Rahmen³ dem Ernst der Kriegslage Rechnung tragenden Manifestation nationaler Geschlossenheit benutzt werden, die der finnischen Regierung in Anbetracht eines unerwartet langen, entbehrungsreichen und alles in allem bislang enttäuschend verlaufenen Krieges⁴ als das vielleicht wichtigste Kapital ihrer Politik erschien. Daß dem greisen, Teilen der finnischen Bevölkerung einst als „weißer“ Konterrevolutionär verhaßten Marschall⁵ die Rolle einer nationalen Integrationsfigur zugewachsen war, war nicht allein innen-, sondern auch außenpolitisch ein Faktor von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Ihn in Erinnerung zu bringen, würde der Sowjetunion die Aussichtslosigkeit jeglichen Versuchs vor Augen führen, die Politik Helsinkis mit ideologisch-propagandistischen Kunstgriffen auszuhebeln, wie Moskau dies in Überschätzung der seit dem Bürgerkrieg 1917/18 fraglos bestehenden ideologischen Gräben zwischen „weißen“ und „roten“ Finnen bereits während des Winterkrieges vergeblich versucht hatte⁶. Davon abgesehen war die Demonstration nationaler Einmütigkeit aber auch eine wesentliche Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit der von Helsinki insbesondere gegenüber den Westmächten und Neutralen beanspruchten politischen Unabhängigkeit, wie sie vor allem in der These vom eigenen, mit dem europäischen Großmachtkonflikt nur indirekt verknüpften „Sonderkrieg“ gegen die Sowjetunion zum Ausdruck kam⁷.

Vor dem Hintergrund derartiger Überlegungen konnte der überfallartige Besuch Hitlers, obgleich diplomatisch unabweisbar, der finnischen Regierung nicht wirklich gelegen kommen, drohte die spektakuläre Geste doch den avisierten Charakter des nationalen Festtages zu stören und die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit von der rein finnischen Szenerie

³ Im Unterschied zu Mannerheims 70. Geburtstag im Jahre 1937 sollte auf Paraden und ähnliche prunkvolle Demonstrationen ganz verzichtet werden.

⁴ Zu den Belastungen des Krieges für die finnische Gesellschaft vgl. die Beiträge von Hannu Soikkanen, Erkki Pihkala, Erja Saraste und Silvo Hietanen in: *Kansakunta Sodassa (Die Gesellschaft im Krieg)*, Bd. 2, Helsinki 1990, S. 127–151 und 252–337, ferner, zusammenfassend, Manfred Menger, *Deutschland und Finnland im zweiten Weltkrieg. Genesis und Scheitern einer Militärallianz*, Berlin (Ost) 1988, S. 144 ff.

⁵ Dieser Ruf Mannerheims ging auf seine Rolle im finnischen Bürgerkrieg 1918 zurück. Vgl. dazu eingehend, jedoch streckenweise beschönigend Stig Jägerskiöld, *Mannerheim 1918*, Keuruu 1967, sowie knapper, aber kritischer Anthony E. Upton, *The Finnish Revolution 1917–1918*, Minneapolis 1980, hier vor allem Kap. 12.

⁶ So vor allem durch die Ausrufung einer finnischen Marionettenregierung unter dem Komintern-Funktionär Otto W. Kuusinen. Vgl. in diesem Zusammenhang Osmo Jussila, Terijoet Hallitus (Die Terijoki-Regierung), Juva 1985, sowie zuletzt Gerd R. Ueberschär, *Die ‚Volksregierung Kuusinen‘ der ‚Demokratischen Republik Finnland‘ im Kalkül Stalins und Hitlers 1939/40*, in: *Finland-Studien*, hrsg. von Edgar Hösch, Wiesbaden 1990, S. 228–247.

⁷ Zur These des Sonderkrieges vgl. Gerd R. Ueberschär, *Koalitionskriegführung im Zweiten Weltkrieg. Probleme der deutsch-finnischen Waffenbrüderschaft im Kampf gegen die Sowjetunion*, in: *Militärgeschichte. Probleme, Thesen, Wege*. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes (MGFA) hrsg. von Manfred Messerschmidt/Klaus A. Maier u. a., Stuttgart 1982, S. 355–382, sowie Mauno Jokipii, *Jatkosodan Synty (Der Ursprung des Fortsetzungskrieges)*, Helsinki ²1988, S. 625–628.

auf ein aus der Sicht Helsinkis eher heikles Thema, nämlich die deutsch-finnische „Waffenbrüderschaft“, abzulenken.

II.

Die auf keinem formalen Bündnis, wohl aber partiell gemeinsamen Interessen gegenüber der Sowjetunion gründende „Waffenbrüderschaft“⁸ war, nach außen hin kaum erkennbar, seit dem Herbst 1941 zunehmend in eine Krise geraten, deren Ursachen sich aus dem Zusammentreffen zweier gegenläufiger Entwicklungen ergaben: der Verschlechterung der allgemeinen Kriegslage bei gleichzeitig wachsender Abhängigkeit Finnlands vom Deutschen Reich. Seit infolge der ausbleibenden Eroberung Leningrads und des Beginns der großen sowjetischen Winteroffensiven Anfang Dezember die auch finnischerseits gehegten Hoffnungen auf einen schnellen deutschen Sieg im Osten zusammengebrochen, ja stellenweise erste Zweifel an der Chance eines deutschen „Endsieg“ überhaupt laut geworden waren⁹, zeigte sich in weiten Teilen der finnischen Führung wie auch der Bevölkerung eine gewisse Ernüchterung, und zwar um so mehr, als aufgrund der sehr begrenzten Wirtschafts- und Menschenkraft des Landes sowie seines Mangels an Rohstoffen absehbar war, daß Finnland einem langen Krieg weit weniger noch als das Reich gewachsen sein würde. Hinzu kam eine wachsende Beunruhigung in Helsinki über den Stil der deutschen Besatzungspolitik im ethnisch eng verwandten Estland sowie im benachbarten Norwegen und die damit möglicherweise verbundenen langfristigen deutschen Ziele im nordeuropäischen Raum.

Es war somit nur folgerichtig, daß die finnische Politik 1942 im Rahmen der durch die „Waffenbrüderschaft“ gebotenen Grenzen ihren Handlungsspielraum insbesondere gegenüber den angelsächsischen Großmächten, aber auch im Verhältnis zu Schweden, zu wahren suchte. Freilich waren solchen Bemühungen von vornherein schon dadurch enge Grenzen gesetzt, daß dieselbe Kriegslage, die den Finnen eine flexible Außenpolitik angeraten erscheinen ließ, ihre ökonomische, militärische und damit zugleich politische Abhängigkeit vom Reich noch verstärkte. Die Anwesenheit stärkerer deutscher Truppen im Lande, der Einsatz eines finnischen Freiwilligen-Bataillons im Rahmen der Waffen-SS¹⁰ sowie Finnlands Beitritt zum Anti-Kominternpakt waren ebenso eindeu-

⁸ Die am breitesten fundierte und wichtigste Analyse der deutsch-finnischen „Waffenbrüderschaft“ in der Anfangsphase des Krieges bietet Jokipii, *Jatkosodan Synty*, V. Teil. Vgl. darüber hinaus auch die Beiträge von Gerd R. Ueberschär in: Horst Boog/Jürgen Förster/Joachim Hoffmann u. a., *Der Angriff auf die Sowjetunion*, Stuttgart 1983 (= *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 4), S. 365–403 und 810–858, sowie von Manfred Menger, *Deutschland und der finnische „Sonderkrieg“ gegen die Sowjetunion*, in: *Zwei Wege nach Moskau. Vom Hitler-Stalin-Pakt zum „Unternehmen Barbarossa“*. Im Auftrag des MGFA hrsg. von Bernd Wegner, München/Zürich 1991, S. 547–563. Einen allgemeinen, freilich sehr an der Oberfläche verbleibenden Überblick bietet auch Michael Salewski, *Staatsräson und Waffenbrüderschaft. Probleme der deutsch-finnischen Politik 1941–1944*, in: *VfZ* 27 (1979), S. 370–391.

⁹ Vgl. Olli Vehviläinen, *Die Einschätzung der Lage Deutschlands aus finnischer Sicht*, in: Manfred Messerschmidt/Ekhard P. Guth (Hrsg.), *Die Zukunft des Reiches: Gegner, Verbündete und Neutrale (1943–1945)*, Herford/Bonn 1990, S. 147–160, hier S. 148 f.

¹⁰ Grundlegend dazu Mauno Jokipii, *Pantipataljoona. Suomalaisen SS-pataljoonan historia (Das Pfandbataillon. Die Geschichte des finnischen SS-Bataillons)*, Helsinki 1968.

tige Symptome dieser Abhängigkeit wie die Entwicklung des finnischen Außenhandels, der sich seit Mitte 1940 immer einseitiger auf das Deutsche Reich hin ausgerichtet hatte¹¹.

Angesichts einer derart augenfälligen ökonomischen und machtpolitischen Asymmetrie zwischen den „Waffenbrüdern“ erscheint durchaus bemerkenswert, wie weit es der finnischen Führung seit dem Winter 1941/42 gelang, sich politisch auf eine abwartende Haltung, militärisch auf eine im Großen defensive Kriegführung zurückzuziehen. Vor allem in der Frage gemeinsamer deutsch-finnischer Operationen hielt man sich in Helsinki – nicht zuletzt unter massivem diplomatischen Druck der USA¹² – nun auffallend zurück. Spürbar wurde dies vor allem in Mannerheims behutsamem, aber doch entschiedenen Abrücken von der – auf ihn selbst zurückgehenden – Idee einer Winteroffensive gegen den am Weißen Meer gelegenen Verkehrsknotenpunkt Sorokka (Belomorsk), der er, „die Tücken des nordischen Winters“ vorpiegelnd, in einem Schreiben an Keitel vom 3. Februar 1942 eine endgültige Absage erteilte¹³.

Es kennzeichnet die Sonderstellung Finnlands unter den Bundesgenossen des Reiches, daß man sich deutscherseits mit einer solchen Zurückhaltung Helsinkis abzufinden bereit war. In einer für das deutsche Verständnis von Bündnispolitik durchaus untypischen Weise verzichtete die Reichsregierung 1942 weitestgehend darauf, Finnland mit diplomatischen, wirtschaftlichen oder gar militärischen Pressionen zur Aufgabe seines politischen und militärischen Attentismus zu zwingen. So etwa führten die Anfang Februar wiederaufgenommenen deutsch-finnischen Wirtschaftsverhandlungen binnen kürzester Zeit zu einem Abschluß, welcher den Versorgungsbedürfnissen Finnlands großzügig Rechnung trug, damit freilich zugleich die Abhängigkeit des finnischen Außenhandels von Deutschland erneut augenfällig machte¹⁴.

Im Vergleich zu den deutschen Pressionen, welchen sich zur gleichen Zeit z. B. Rumänien und Ungarn ausgesetzt sahen¹⁵, gemessen aber auch an dem nach Stalingrad zwischen Berlin und Helsinki einsetzenden diplomatischen Kleinkrieg, erscheint die deutsche Bereitschaft im Jahre 1942, „die Finnen mit Samthandschuhen anzufassen“¹⁶, höchst ungewöhnlich. Drei Umstände vor allem dürften für diese Nachgiebigkeit verantwortlich gewesen sein. Erstens war, wie zahlreiche Äußerungen Hitlers und seiner Umgebung belegen, der spätestens seit dem Winterkrieg ohnehin bestehende Respekt des Diktators vor dem nationalen Selbstbe-

¹¹ Vgl. Ilkka Seppinen, *Suomen Ulkomaankaupan Ehdot, 1939–1944* (Die Außenhandelsbedingungen Finnlands, 1939–1944), Helsinki 1983, Kapitel V.

¹² Siehe dazu Tuomo Polvinen, *Barbarossasta Teheraniin. Suomi kansainvälisessä politiikassa* (Von Barbarossa nach Teheran. Finnland in der internationalen Politik), Bd. 1: 1941–1943, Porvoo/Helsinki/Juva 1979, S. 150 f., sowie Michael R. Berry, *American Foreign Policy and the Finnish Exception. Ideological Preferences and Wartime Realities*, Helsinki 1987, S. 140 ff.

¹³ Die Korrespondenz mit Keitel findet sich im BA-MA, RH 2/2917. Vgl. auch Erfurth, *Tagebuch*, S. 331 ff. und 338 ff. (28. 1. und 3. 2. 1942).

¹⁴ Näheres bei Seppinen, *Ulkomaankaupan Ehdot*, S. 142 ff., sowie (in deutschsprachiger Zusammenfassung) S. 261 ff.

¹⁵ Vgl. dazu Bernd Wegner, *Der Krieg gegen die Sowjetunion 1942/43*, in: Horst Boog/Werner Rahn, Reinhard Stumpf u. a., *Der globale Krieg*, Stuttgart 1990 (= *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 6), S. 820 ff. und 823 ff.

¹⁶ So der Gesandte Schnurre, zit. nach Erfurth, *Tagebuch*, S. 348 f. (15. 2. 1942).

hauptungswillen der Finnen¹⁷ angesichts der „über jedes Lob erhaben[en]“ und für die deutschen Verbände beispielhaften Leistungen der finnischen Armee in der Unwirtlichkeit des skandinavischen Winters spürbar gewachsen¹⁸. Mehr als bei jedem anderen Bündnispartner des Reiches war Hitler überzeugt, daß das dem „bolschewistischen“ Feind unmittelbar benachbarte Land die äußersten Anstrengungen für den gemeinsamen Sieg unternehme. So zeigte er sich 1942 denn auch geneigt, auf die noch im Vorjahr als Fernziel angepeilte „Angliederung Finnlands als Bundesstaat“¹⁹ zu verzichten. Es sei richtiger, so äußerte Hitler Anfang April im Kreise seiner Tafelrunde, „solch ein Heldenvolk als Bundesgenossen zu erhalten, als es dem germanischen Reich einzugliedern zu versuchen, da es dann doch nur zu Schwierigkeiten komme. Die Finnen als unsere eine Flanke und die Türkei als unsere andere Flanke seien für ihn ideale Lösungen unseres politischen Flankensystems überhaupt. Abgesehen hiervon eigne sich Karelien usw. auch seinem ganzen Klima nach nicht für uns Deutsche.“²⁰

Eine zweite Ursache für Hitlers diktatorischen „Großmut“ ergibt sich aus dem Umstand, daß der militärische Beitrag Finnlands für die 1942 schwerpunktmäßig auf dem Südflügel der Ostfront geplanten deutschen Offensivoperationen unbedeutend, für die defensive Sicherung der Nordflanke dagegen unverzichtbar war. Dies um so mehr, als die von Hitler seit Anfang 1942 befürchtete alliierte Landungsoperation in Nordnorwegen²¹ in Verbindung mit einer ggf. parallel dazu angesetzten sowjetischen Offensive an der Finnlandfront den gesamten nördlichen Kriegsschauplatz aufzurollen drohte. Vor dem Hintergrund dieser Ge-

¹⁷ Schon vor Beginn des gemeinsamen Krieges gegen die UdSSR hatte Hitler wiederholt die Tapferkeit der Finnen hervorgehoben; vgl. in diesem Zusammenhang z. B. seine Unterredung mit Sven Hedin am 4. 3. 1940 (Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler. I. Teil: Vertrauliche Aufzeichnungen über Unterredungen mit Vertretern des Auslandes 1939–1941, hrsg. von Andreas Hillgruber, Frankfurt a. M. 1967, S. 77) und seine Rede vor den Armeeführern und Stabschefs am 30. 3. 1941 (zit. bei Gerd R. Ueberschär, Hitler und Finnland 1939–1941. Die deutsch-finnischen Beziehungen während des Hitler-Stalin-Paktes, Wiesbaden 1978, S. 286).

¹⁸ Unterredung Hitlers mit dem spanischen Botschafter Espinosa am 12. 8. 1941, zit. nach: Staatsmänner und Diplomaten, S. 622. In seinem Schreiben an Mussolini vom 29. 12. 1941 sprach der deutsche Diktator von der den eigenen Truppen im Norden „an Erfahrung überlegenen“ finnischen Armee und der „beispiellosen Haltung ihrer Soldaten“; ADAP, Serie E, Bd. 1, Göttingen 1969, S. 107 (Dok. 62). Man habe, so wiederholte er wenige Monate später gegenüber dem Duce, an den Finnen „einen großen Lehrmeister“ in der Winterkriegführung gehabt; Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler. II. Teil: Vertrauliche Aufzeichnungen über Unterredungen mit Vertretern des Auslandes 1942–1944, hrsg. von Andreas Hillgruber, Frankfurt a. M. 1970, S. 66 (29. 4. 1942). Die Beispiele ließen sich beliebig vermehren.

¹⁹ Aktenvermerk Bormanns vom 16. 7. 1941, in: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof (IMT), Bd. 38, Nürnberg 1949, S. 90 (Dok. 221-L).

²⁰ Zit. nach Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier, Stuttgart³ 1976, S. 191 (5. 4. 1942); vgl. auch ebenda, S. 356 (5. 6. 1942). Bereits in seinem Gespräch mit dem finnischen Außenminister Witting am 27. 11. 1941 hatte Hitler den Finnen eine vom Weißen Meer bis zum Svir und zur Neva verlaufende Grenze sowie den Besitz der Kola-Halbinsel in Aussicht gestellt; vgl. Staatsmänner und Diplomaten, I. Teil, S. 642 und 645. In Wittings eigenem Kurzbericht über seine Deutschlandreise („Lyhyt selonteko matkastani Berliiniin“, 29. 11. 1941) ist von solchen Zusagen allerdings keine Rede; vgl. Sammlung Ryti/no. 24, in: Staatsarchiv Helsinki. Andererseits ließ Ribbentrop am 4. 4. 1942 seinen Gesandten in Helsinki mitteilen, daß für Deutschland allein Finnland als rechtmäßiger Besitzer der Kola-Halbinsel in Betracht komme; vgl. ADAP, Serie E, Bd. 2, Göttingen 1972, S. 191 (Dok. 111).

²¹ Näheres in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4, S. 833 ff.

fahr mußte Hitler eine Überforderung und Schwächung der finnischen Armee unter allen Umständen zu vermeiden trachten. Hinzu kam drittens schließlich, daß ökonomische oder gar militärische Pressionen im Falle Finnlands nur kontraproduktive Wirkungen versprachen, lag doch auf der Hand, daß eine von Hungersnot und wirtschaftlichem Zusammenbruch bedrohte Demokratie schwerlich in der Lage sein würde, den Verlockungen Moskauer Sonderfriedensofferten zu widerstehen²². Die Vorstellung aber, ein Ausscheren Finnlands aus der gemeinsamen Front der Achsenmächte militärisch, d. h. durch eine Besetzung des Landes zu „kompensieren“, lag für die nachhaltig geschwächte deutsche Wehrmacht auch 1942 bereits außerhalb des Möglichen.

III.

Der in Hinblick auf den finnischen Kriegsbeitrag 1942 alles in allem niedrige Erwartungshorizont der deutschen Führung wirft die Frage auf, welchem Zweck der plötzliche „Führer“-Besuch vom 4. Juni eigentlich dienen sollte. Immerhin handelte es sich um eine für den politischen Stil des deutschen Diktators – zumal während des Krieges – absolut ungewöhnliche Geste, pflegte er ausländische Staatsmänner doch beinahe ausschließlich in der ihm vertrauten Umgebung der Reichskanzlei, später des Führerhauptquartiers bzw. des „Berghofes“ zu empfangen²³. Warum also nun die spektakuläre Geste eines Auslandsbesuches?

Sicher ist, daß der Besuch keinerlei konkrete politische oder militärische Absprachen zwischen beiden Ländern zur Folge hatte oder auch nur bezweckte. Weder das im folgenden wiedergegebene Gesprächsfragment noch die Aufzeichnungen Staatspräsident Rytis oder Mannerheims geben darauf den leisesten Hinweis. Handelte es sich bei Hitlers Visite mithin um keinen Akt von eigenständiger politischer Bedeutung, so stellte sie doch ein nicht zufällig gewähltes diplomatisches Signal dar, dessen innen- wie außenpolitische Wirkungen wohl kalkuliert waren. Innenpolitisch nämlich konnte sich der Diktator der Popularität seines Schrittes völlig sicher sein. Dies nicht allein darum, weil seine eigene Hochachtung der finnischen Kriegsanstrengungen offenbar von weitesten Kreisen der deutschen Bevölkerung geteilt wurde²⁴, sondern auch, weil der Führerbesuch als eine symbolische Wiedergutmachung jener in Deutschland höchst unpopulären Haltung gedeutet werden konnte, die

²² Noch im Januar 1942 hatte die finnische Führung ein informelles Gesprächsangebot der sowjetischen Gesandtin in Stockholm, Frau Kollontaj, unbeantwortet gelassen; vgl. Polvinen, *Barbarossasta Teheraniin*, S. 146 ff..

²³ So unternahm Hitler während des ganzen Krieges keinen einzigen offiziellen Staatsbesuch; seiner Finnlandvisite noch am ehesten vergleichbar dürften seine Treffen mit Franco in Hendaye an der französisch-spanischen Grenze am 23. 10. 1940, mit Pétain am folgenden Tage in Montoire sowie anschließend mit Mussolini in Florenz (am 28. 10. 1940), ferner seine späteren Begegnungen mit dem Duce am Brenner (2. 6. 1941) und zuletzt in Feltre (19. 7. 1943) sein.

²⁴ Dies zeigen deutlich die Stimmungsberichte des SD: Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS, 1938–1945, hrsg. von Heinz Boberach, Herrsching 1984, hier Bd. 8, S. 2836 (Nr. 226 vom 6. 10. 1941) und S. 3071 (Nr. 244 vom 8. 12. 1941). In der Tat wurde Hitlers Besuch denn auch, wie der Bericht Nr. 290 vom 11. 6. 1942 erkennen läßt (Bd. 10, S. 3804), trotz allgemeiner Überraschung in der Bevölkerung „freudig aufgenommen“.

das Regime – mit Rücksicht auf die Vertragsbeziehungen zur Sowjetunion – gegenüber dem finnisch-russischen „Winterkrieg“ eineinhalb Jahre zuvor eingenommen hatte²⁵.

Auch unter bündnispolitischem Aspekt war der Besuch ein recht geschickter Schachzug. Zunächst einmal bot er Hitler Gelegenheit, den ihm bis dahin persönlich unbekanntem finnischen Nationalhelden, den er als „Mordssoldat[en]“ schätzte und zugleich ob seiner anglophilen und freimaurerischen Neigungen beargwöhnte²⁶, unter für diesen schmeichelhaften Umständen kennenzulernen. Der Zeitpunkt hierfür war klug gewählt²⁷. Zwar waren die Rückschläge des Winters auch in Finnland noch keineswegs vergessen, doch konnte der Gast mit den deutschen Frühjahrssiegen bei Kerč und Char'kov auf hinreichend glänzende Waffenerfolge verweisen²⁸, um das finnische Zutrauen in die deutsche Überlegenheit neu zu befestigen. Des weiteren mochte der Diktator mit guten Gründen davon ausgehen, daß die einfache Tatsache seines Besuches (in Verbindung mit dem dann zu erwartenden Gegenbesuch Mannerheims) unabhängig von der Frage konkreter Ergebnisse die Bindungen Finnlands an das Reich augenfällig machen und so die deutscherseits mit Argwohn betrachtete Politik Helsinkis gegenüber den Westalliierten (insbesondere den USA) kompromittieren würde²⁹. Die Aussicht darauf mußte die finnische Regierung um so mehr beunruhigen, als den zeitlich unmittelbar vorangegangenen, in Helsinki mit einiger Nervosität verfolgten Visiten Molotovs in London und Washington am 5. Juni die amerikanische Kriegserklärung gegenüber Ungarn, Rumänien und Bulgarien folgte. Kein Wunder also, daß die finnische Regierung bemüht war, ihre amerikanischen Gesprächspartner davon zu überzeugen, daß weder Hitlers Besuch noch Mannerheims Gegenbesuch wenige Wochen später irgendetwas am grundsätzlich defensiven Charakter der finnischen Kriegführung ändern würden³⁰.

IV.

Seinem Charakter als Höflichkeitsgeste entsprechend verlief der Besuch des deutschen Diktators ohne Besonderheiten und wäre allenfalls eine Fußnote der Geschichte, verdanken wir ihm nicht eines der ungewöhnlichsten und bislang kaum bekannten Dokumente zur

²⁵ Vgl. dazu eingehend Risto O. Peltovuori, *Saksa ja Suomen talvisota (Deutschland und der finnische Winterkrieg)*, Keuruu 1975; Ueberschär, *Hitler und Finnland*, S. 108–122.

²⁶ Gerhard Engel, *Heeresadjutant bei Hitler 1938–1943. Aufzeichnungen des Major Engel*, hrsg. von Hildegard von Kotze, Stuttgart 1975, S. 112 (9. 10. 1941).

²⁷ Will man Hitlers offizieller Ansprache zu Mannerheims Geburtstag glauben (vgl. Bd.-Nr. 74 U 3211/5, in: *Deutsches Rundfunkarchiv*, Frankfurt a. M.), so hatte der „Führer“ ursprünglich beabsichtigt, als Privatperson bereits die für 1940 in Helsinki geplanten Olympischen Spiele zu besuchen. Auch Hitlers Blitzbesuch vom 4. 6. 1942 war, wie ein Tagebuchvermerk des finnischen Verbindungsgenerals Talvela verrät, kein ganz spontaner Entschluß; Paavo Talvela, *Muistelmat. Sotilaan Elämä (Erinnerungen. Ein Soldatenleben)*, Bd. II, Jyväskylä 1977, S. 145 (7. 5. 1942).

²⁸ Näheres dazu bei Wegner, *Krieg gegen die Sowjetunion*, S. 841 ff. und 852 ff.

²⁹ Ein solches Kalkül wurde von Seiten Washingtons freilich durchaus durchschaut; vgl. Telegramm Hulls an den Geschäftsträger in Helsinki vom 6. 6. 1942, in: *Foreign Relations of the United States (FRUS), Diplomatic Papers 1942, Bd. II: Europe, Washington, D. C., 1962*, S. 64 f.

³⁰ Vgl. Memorandum Sumner Welles' vom 5. 6. 1942, in: ebenda, S. 63 f., sowie Telegramm Schoenfelds (amerikanischer Gesandter in Helsinki) vom 30. 6. 1942 an Secretary of State, in: ebenda, S. 67.

Person Hitlers. Zur Erklärung der Genese dieses Dokuments bedarf es einiger Bemerkungen zum Ablauf des Besuchs³¹: Am 4. Juni, kurz nach 12 Uhr mittags, landete der „Führer“ mit seiner Begleitung auf einem Flugplatz unweit der kleinen ostfinnischen Ortschaft Imvola³², wo er von Staatspräsident Ryti, dem deutschen Gesandten sowie einigen deutschen Generalen (Erfurth, Dietl, Stumpff) begrüßt wurde. Im Wagen ging es dann zum nur wenige Kilometer entfernt abgestellten Sonderzug Mannerheims, wo Hitler diesem seine Glückwünsche übermittelte und das „Goldene Großkreuz des Deutschen Adlerordens“, die für Ausländer höchste deutsche Auszeichnung, überreichte³³. Einem kurzen Höflichkeitsbesuch im Waggon des Staatspräsidenten schloß sich ein Essen im größeren Kreise an, zu dem auch das Kabinett, das Präsidium des Reichstages, hohe Generale sowie Repräsentanten wichtiger gesellschaftlicher Gruppen (einschließlich der Gewerkschaften) geladen waren. Die vor und während des Essens teils auf deutsch, teils auf finnisch gehaltenen Ansprachen hielten sich in dem vom Protokoll gebotenen Rahmen³⁴. Anders steht es mit einer dem Essen folgenden, etwa eineinhalbstündigen vertraulichen Unterredung zwischen Hitler und Mannerheim, der Ryti und Keitel als mehr oder minder stumme Zeugen beiwohnten. Durch reinen Zufall sind uns die ersten elf Minuten dieser Unterhaltung in Form einer geheimen Bandaufzeichnung erhalten, die allein schon darum von Interesse ist, weil sie anscheinend das einzige überlieferte Tondokument eines von Hitler ohne Wissen um ein Mikrophon geführten politischen Gesprächs darstellt. Zu verdanken ist dieser Mitschnitt dem Übereifer eines finnischen Radiotechnikers namens Thor Damén, der in Hinblick auf spätere Rundfunksendungen mit den Tonaufzeichnungen der Geburtstagsfeierlichkeiten betraut worden war³⁵. Mit einiger Überraschung hatte Damén nach dem gemeinsamen Essen feststellen müssen, daß der Marschall sich mit seinem hohen Gast in seinen Salonwagen begab, und damit just in einen jener Waggons, die für eine offizielle Tonübertragung nicht präpariert worden waren. Bemüht, sein vermeintliches Versäumnis in letzter Minute auf diskrete Weise doch noch gutzumachen, beförderte daraufhin Damén, der die beabsichtigte Vertraulichkeit

³¹ Vgl. dazu Blüchers „Aufzeichnung“, in: PA/AA, Nachlaß Blücher, Tagebuch VI, Bl. 1975–1983.

³² Zu Hitlers Begleitung zählten neben Keitel u. a. die Adjutanten Schmundt und Below, der Gesandte Hewel, Reichspressechef Dr. Dietrich und der finnische Verbindungsgeneral Talvela. Bezeichnenderweise fehlte Außenminister Ribbentrop, der am gleichen Tag im Führerhauptquartier den finnischen Gesandten, Professor Kivimäki, empfing. Über den Inhalt dieses Gesprächs existiert nur eine finnische Aufzeichnung Kivimäkis für Außenminister Witting vom 13. 6. 1942, in: Staatsarchiv Helsinki, Nachlaß Kivimäki/1.

³³ Bereits in den Tagen zuvor waren drei Steyr-Geländewagen als Geschenk des „Führers“ an Mannerheim nach Finnland überführt worden; vgl. Telegramm des Auswärtigen Amtes an Blücher, Nr. 576 vom 25. 5. 1942, in: PA/AA, R. 29 581, Bl. 256.

³⁴ Vgl. hierzu die Tondokumente im Deutschen Rundfunkarchiv, Bd.-Nrn. 74 U 3211/5, 89 U 4948/10, 89 U 4966/1. Die Ansprachen Rytis und Mannerheims sind ferner in der aus Anlaß des Geburtstages erschienenen Festschrift „Kesäkuun Neljäs Päivä 1942“ (Der 4. Juni 1942), Helsinki 1942, S. 74–84, abgedruckt; vgl. auch Keesings Archiv der Gegenwart 1942, S. 5519, Ziff. F.

³⁵ Die folgenden Ausführungen basieren im wesentlichen auf der Rundfunkdokumentation von Eero Saarenheimo, Salainen äänite (Die geheime Tonaufzeichnung) vom 4. 6. 1966 (in: Schallarchiv des Finnischen Rundfunks, Helsinki, Bd.-Nr. 2773 I) sowie auf seinem gleichnamigen Beitrag in: Yleisradio julkaisusarja No. 2 (1966), S. 1–8. Vgl. ferner Ilmari Turja, Arkisto auki (Das offene Archiv), Helsinki 1986, S. 333–340 sowie die Erinnerungen von Aladar Paasonen, Marsalkan Tiedustelupäällikönä ja hallituksen asiamiehenä, Helsinki 1974, S. 129 ff.; Wiljo E. Tuompo, Päiväkirjani päämajasta 1941–1944, Helsinki 1968, S. 136 ff.; Kalle Lehmus, Tuntematton Mannerheim, Helsinki 1967, S. 87 ff.

des Gesprächs ganz offenbar verkannte, durch ein offen stehendes Fenster ein Mikrophon in das Gepäcknetz des Wagens und begann, Hitlers Ausführungen aufzuzeichnen.

Da all dies zwar ohne Wissen der Betroffenen, aber auch ohne besonderes Bemühen um Geheimhaltung vonstatten ging, überrascht nicht, daß Angehörige des deutschen Begleitkommandos Daméns Treiben schon bald entdeckten und über Mannerheims Informations- und Pressechef, Hauptmann Kalle Lehmus, einen Abbruch der Aufzeichnungen erwirkten. Interessanterweise scheint der brisante Vorgang jedoch weder Hitlers engerer Umgebung noch Erfurth oder Blücher zur Kenntnis gelangt zu sein, sodaß deutscherseits niemals auf eine Herausgabe des Bandes gedrängt wurde³⁶. Stattdessen überstand es den Krieg in der Obhut des Chefs der finnischen Zensurbehörde, Kustaa Vilkkuna. Anfang der fünfziger Jahre erfuhr die interessierte Öffentlichkeit dann auf indirektem Wege vom Inhalt des Bandes, da Mannerheim eine Abschrift desselben bei der Abfassung seiner Memoiren zugrundelegte, ohne freilich seine Quelle auch nur mit einem Wort zu erwähnen³⁷. Tatsächlich scheint der finnische Marschall sich nach dem Kriege an keinerlei Einzelheiten seines Gesprächs mit Hitler erinnert, noch sich jemals Aufzeichnungen dazu gemacht zu haben. Infolgedessen orientiert sich die entsprechende Passage der Memoiren zwar zum Teil eng am Wortlaut der Bandaufzeichnung, geht jedoch an keiner Stelle über deren Inhalt hinaus³⁸. Man wird darin zurecht nicht nur ein Indiz für das nachlassende Erinnerungsvermögen des mittlerweile greisen Marschalls erblicken dürfen, sondern zugleich eine Bestätigung für unsere Auffassung, wonach sich die Unterredung der beiden Staatsmänner auch in ihren nicht überlieferten Passagen auf einen allgemeinen und unverbindlichen Meinungs-austausch beschränkte.

V.

Der nachstehend abgedruckte Wortlaut der Bandaufzeichnung illustriert diesen Eindruck. Die von Hitler aufgeworfenen Themen entsprechen, für sich genommen, durchweg jenen, die er auch in anderen Unterredungen mit auswärtigen Staatsmännern, Diplomaten und Militärs während jener Monate mit Vorliebe ansprach³⁹. Auch verläßt er in seinen Darlegungen nicht die im Umgang mit der finnischen Regierung schon in der Planungsphase von „Barbarossa“ festgelegte und später in die deutsche Propaganda eingegangene Sprachregelung, wonach es sich beim Überfall auf die Sowjetunion um eine deutsche Präventiv-

³⁶ Blücher erwähnt in seiner „Aufzeichnung“, S. 8 (in: PA/AA, Nachlaß Blücher, Tagebuch VI, Bl. 1975–1983), lediglich, daß die *offiziellen* Ansprachen auf Stahlbänder aufgenommen worden seien, was „bezüglich der Führerrede jedoch nicht erwünscht“ war. Die Finnen hätten daraufhin zugesichert, das Band der Gesandtschaft zuzusenden.

³⁷ Gustav Mannerheim, Muistemat. Toimien Osa, Helsinki 1952; die gekürzte deutsche Ausgabe erschien u. d. T.: Erinnerungen, Zürich/Freiburg 1952.

³⁸ Vgl. Mannerheim, Muistemat, S. 401–407.

³⁹ Siehe hierzu neben den Gesprächsprotokollen in „Staatsmänner und Diplomaten“, Teil II, auch die Dokumentation von Andreas Hillgruber/Jürgen Förster, Zwei neue Aufzeichnungen über „Führer“-Besprechungen aus dem Jahre 1942, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 11 (1972), S. 109–126, ferner die Aufzeichnungen Talvelas über seinen Empfang bei Hitler am 18. 3. 1942: Sotilaan Elämä, Bd. II, S. 129–136, sowie die Bemerkungen György Ránkis, Hitlers Verhandlungen mit osteuropäischen Staatsmännern, 1939–1944, in: Klaus Hildebrand/Reiner Pommerin (Hrsg.), Deutsche Frage und europäisches Gleichgewicht, Köln/Wien 1985, S. 195–228.

maßnahme gehandelt habe⁴⁰. Gleichwohl sind seine Ausführungen nach Stil und Inhalt in mehr als einer Hinsicht äußerst bemerkenswert. Zunächst einmal überrascht die im Unterschied zu sonstigen Hitlerschen Tondokumenten geradezu angenehme Diktion. Ungeachtet seiner – in diesem Fall die Grenzen der Höflichkeit zweifellos überschreitenden – Neigung zum Monologisieren ist Hitlers Rhetorik im Tonfall zwar engagiert, aber keineswegs schneidend, lebhaft im Duktus, aber nicht polternd, dabei sachlich, aber dank ihrer Dialektfärbung nicht ohne Charme. Auch wenn zu berücksichtigen ist, daß Hitler über die von ihm angesprochenen Themen zu reden gewohnt war und manch eine Formulierung seinem rhetorischen Standardrepertoire entstammte, ergibt sich alles in allem doch das Bild eines gewandten Erzählers, der seine Zuhörer zu überzeugen versteht⁴¹.

Auf den ersten Blick ungewöhnlich ist das Gespräch auch von seiner inhaltlichen Seite her, erstaunt doch die scheinbare Rückhaltlosigkeit, mit welcher der „Führer“ die eigene Fehleinschätzung der Sowjetunion und die Schwächen der deutschen militärischen Planung („Schönwetterbewaffnung“!) einräumt. Bis zu einem gewissen Grade mag dieser Eindruck durch die absolut wortgetreue, im Unterschied zu sonstigen Quellen durch keinerlei schriftliche Aufzeichnungen Dritter geglättete Überlieferung bedingt sein, doch gibt es für die Offenheit des Diktators gerade im vorliegenden Falle besondere Gründe. Die zeitliche Distanz und die spektakulären Frühjahrssiege des Osttheeres machten es dem deutschen Besucher ohne Zweifel leichter, einigermaßen freimütig über die Katastrophe der Wintermonate zu sprechen⁴². Wichtiger noch war, daß gegenüber einem Gastgeber, der auf eine dreißigjährige Karriere als zaristischer Offizier⁴³ sowie reiche persönliche Er-

⁴⁰ Auch in seiner dem vertraulichen Gedankenaustausch mit Mannerheim vorausgehenden offiziellen Ansprache (Siehe Anm. 27) hatte Hitler erklärt, daß der gegenwärtige Krieg gegen die Sowjetunion „weder vorgesehen noch vorbereitet“ gewesen sei; andernfalls wären die Vorbereitungen entschieden gründlicher und zweckmäßiger ausgefallen. Tatsächlich handelt es sich hier um eine Argumentation „ad usum delphini“, in der sich der Versuch zur Rechtfertigung der deutschen Rückschläge mit der älteren Präventivkriegspropaganda verband. Bereits am 28. 4. 1941 hatte das OKW/Abt. Landesverteidigung für die Besprechungen mit den Finnen „eine Tarnung der gesamten deutschen Operationsabsichten“ dahingehend vorgeschlagen, „daß a) die Gesamtplanung überhaupt nicht erwähnt wird und b) die Absichten aus dem finnischen Raum als notwendigenfalls vorgesehene offensive Abwehrmaßnahmen dargestellt werden“ (BA-MA, RW 4/v.575, Bl. 74). Vgl. zur deutschen Präventivkriegspropaganda im übrigen Wolfram Wette, Die propagandistische Begleitmusik zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941, in: Gerd R. Ueberschär/Wolfram Wette (Hrsg.), „Unternehmen Barbarossa“. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941. Berichte, Analysen, Dokumente, Paderborn 1984, S. 111–129, hier bes. S. 118f.

⁴¹ Zu Hitlers Kommunikationsverhalten im kleinen Kreis vgl. auch die einführenden Bemerkungen Werner Jochmanns (Hrsg.) zu seiner Edition: Adolf Hitler. Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims, Hamburg 1980, S. 13 ff. Daß die vorliegende Quelle für eine diesbezügliche Beurteilung Hitlers von entschieden größerem Wert als die zusammenfassenden Gedächtnisprotokolle Heims und Pickers ist, liegt auf der Hand.

⁴² Bei früheren Gelegenheiten hatte Hitler es sich meist einfacher gemacht. So hatte er Witting gegenüber Ende November 1941, also kurz vor Beginn der sowjetischen Winteroffensive, erklärt, „daß es nicht an den Russen, sondern an dem Schnee, dem Schlamm und an der Kälte läge, wenn wir unsere Ziele noch nicht erreicht hätten“. Staatsmänner und Diplomaten, I. Teil, S. 643; zur Lageentwicklung an der Ostfront vgl. im übrigen Wegner, Krieg gegen die Sowjetunion.

⁴³ Vgl. dazu eingehend Stig Jägerskiölds biographische Studien: Nuori Mannerheim (Der junge Mannerheim), Keuruu 1964, und Gustaf Mannerheim 1906–1917, Keuruu 1965.

fahrungen im Kampf gegen die Rote Armee zurückblicken konnte, jeder Versuch einer plumpen Beschönigung der deutschen Rückschläge im Osten von vornherein zwecklos gewesen wäre. Ihr Eingeständnis dagegen versprach – gerade in Verbindung mit dem Eindruck der erwähnten neuerlichen Erfolge – die Glaubwürdigkeit Hitlers und das Vertrauen des finnischen Bundesgenossen in seinen Realitätssinn weitaus nachhaltiger zu stärken.

Zudem ermöglichte dem deutschen Gast sein Bekenntnis, den Feind im Osten gröblich unterschätzt zu haben, einen eleganten Einstieg in das Thema, an dem ihm vor allem gelegen war: die gigantische Dimension der „bolschewistischen“ Bedrohung, die, wie man aus seinen Worten schließen mußte, ja noch weit größer war als bei Beginn des „Barbarossa“-Unternehmens zu vermuten stand. Neben der nachträglichen Legitimierung, die der deutsche Angriff damit erfuhr, enthielten Hitlers Worte zwei (vielleicht) unausgesprochene, aber doch eindeutige Signale: zum einen die Warnung an seine finnischen Gesprächspartner vor jeglichem Versuch, sich aus dem Schutz der deutschen Großmacht herauszutasten und Kontakte zum gemeinsamen Feind aufzunehmen⁴⁴, zum anderen die Versicherung, daß es für das Reich keine Alternative zur Fortsetzung des bisherigen Kampfes gebe und darum eventuelle finnische Befürchtungen grundlos seien, erneut (wie schon 1939) zum Opfer einer deutsch-sowjetischen Verständigung zu werden⁴⁵.

Der letztgenannte Punkt verweist auf ein zweites zentrales Thema in Hitlers Ausführungen: die Rechtfertigung der deutschen Finnlandpolitik in der Phase des Hitler-Stalin-Paktes. Ohne auf den eigentlich heiklen Punkt, nämlich das deutsche Verhalten während des Winterkrieges⁴⁶ direkt zu sprechen zu kommen, bemühte sich der Diktator, seinen Gesprächspartnern eine Gradlinigkeit seiner Politik zu suggerieren, für die der Schutz Finnlands schon lange vor Beginn der „Waffenbrüderschaft“ ein besonderes Anliegen gewesen sei. Als „Beweis“ dienten ihm dabei seine Unterredungen mit Molotov vom November 1940, deren Inhalt er im wesentlichen korrekt referierte, ohne freilich zu erwähnen, daß er dem sowjetischen Außenminister die prinzipielle Zugehörigkeit Finnlands zum sowjetischen Einflußbereich (entsprechend den Absprachen des Geheimen Zusatzprotokolls vom 23. 8. 1939) seinerzeit formal noch zugestanden hatte⁴⁷.

Nicht weniger bemerkenswert als das, was Mannerheim und sein Gast sich an jenem

⁴⁴ Tatsächlich sollte es nicht vor August 1943 zu einer ersten direkten Fühlungnahme zwischen Helsinki und Moskau kommen; vgl. Olli Vehviläinen, *Finland's withdrawal from the Second World War*, in: *Aspects of Security – The Case of Independent Finland*, Revue Internationale d'Histoire Militaire, Bd. 62 (1985), S. 189–212, ferner Tuomo Polvinen, *Die Alliierten und die finnische Friedensfrage im Herbst 1943*, in: Inge Auerbach/u. a. (Hrsg.), *Felder und Vorfelder russischer Geschichte*, Freiburg 1985, S. 309–321.

⁴⁵ Derartige finnische Befürchtungen waren stets latent vorhanden. So etwa hatte Helsinki noch unmittelbar vor der eigenen Mobilmachung im Juni 1941 den deutschen Partner zu einer bindenden Erklärung gedrängt, daß es auch wirklich zum Waffengang komme bzw. daß das Reich im Falle einer friedlichen Verständigung mit Moskau für die Erfüllung der zentralen politischen Ziele Finnlands einstehe. Vgl. Fernschreiben des Militärattachés, Oberst Buschenbagen, an das OKW (Jodl), o.D. [14. 6. 1941?], in: BA-MA, RH 2/3012, Bl. 64.

⁴⁶ Siehe dazu Anm. 25.

⁴⁷ Die Protokolle der Unterredungen Hitlers mit Molotov am 12. und 13. 11. 1940 sind abgedruckt in ADAP, Serie D, Bd. XI/1, Göttingen 1964, S. 455–472 (Dok. 326 und 328). Vgl. auch Anm. 84.

4. Juni zu sagen hatten, ist, worüber sie *nicht* sprachen. Daß sich die Unterredung nämlich auf eine unverbindliche „tour d'horizon“ über den bisherigen Kriegsverlauf beschränkte, muß angesichts der Umstände, in denen sich beide Gesprächspartner befanden, überraschen und ist mit Anlaß und Kürze des Hitler'schen Besuchs allein kaum zu erklären. In Anbetracht des in wenigen Wochen bevorstehenden zweiten deutschen Feldzuges im Osten⁴⁸, der ungeklärten Lage im Raum Leningrad sowie der erheblichen Schwierigkeiten beider Länder bei der Umstellung auf die Erfordernisse eines langen Krieges hätte für beide Staatsmänner Grund genug bestanden, sich in ihren strategischen und operativen, politischen und kriegswirtschaftlichen Interessen im vertraulichen Gespräch abzustimmen. Daß all dies nicht geschah, Mannerheim vielmehr erst bei seinem Gegenbesuch im Führerhauptquartier am 27. Juni⁴⁹ – genau einen (!) Tag vor dem Anlaufen der deutschen Sommeroffensive – in deren Grundzüge eingeweiht wurde, wirft ein bezeichnendes Licht auf den Charakter der deutsch-finnischen „Waffenbrüderschaft“. Zwar war in ihr das verbindende strategische Interesse – die Niederrichtung der Sowjetunion – stärker ausgeprägt als in den Bündnissen des Reiches zu anderen Ländern (Italien, Rumänien, Ungarn), doch handelte es sich gleichwohl um eine Verbindung höchst unterschiedlicher Partner, von denen keiner ein ernstliches Interesse an einer gleichberechtigt kooperativen Beziehung hatte. Was die finnische Führung angeht, so erklärt sich ihre diesbezügliche Zurückhaltung aus dem bereits eingangs erläuterten Bestreben einer betont eigenständigen Politik und Kriegführung. Dem totalitär regierten Deutschen Reich andererseits waren typische Koalitionstugenden wie Kooperation und Konsultation, Machtteilhabe und Kompromiß allein schon aufgrund seines politischen Systems wesensfremd. Stattdessen vertraute man in Berlin auf die Wirksamkeit der machtpolitischen Asymmetrie zwischen beiden Partnern. Allein die mannigfache politische, ökonomische und militärische Abhängigkeit Helsinkis würde, wie man zurecht erwartete, dem Reich die Durchsetzung seiner eigenen vitalen Interessen garantieren und offene Bündnis-konflikte zumindest solange verhindern, als die deutsche Vormachtstellung in Europa nicht in Frage gestellt war.

VI.

So unverbindlich das Gespräch zwischen Hitler und Mannerheim inmitten der finnischen Wälder verlief, so gering blieben die Folgen dieses „Führer“-Besuchs. Freilich, die deutsche wie auch die – einer weniger strengen Vorzensur unterworfenen – finnische Presse⁵⁰ feierten das Treffen beider Staatsmänner als „historische Begegnung“, als „geschichtlichen Tag“ für Finnland, als „Beweis stärksten Vertrauens“ und „Markstein deutsch-finnischer Schicksalsverbundenheit“⁵¹. Die britische und amerikanische Öffentlichkeit registrierten den Besuch

⁴⁸ Zu dessen Ausgangsbedingungen vgl. Wegner, *Krieg gegen die Sowjetunion*, Kap. I.

⁴⁹ Siehe dazu den eingehenden Bericht Erfurths in: *Tagebuch*, S. 471–479 (27./28. 6. 1942) sowie Mannerheims eigene Erinnerungen (dt. Ausgabe), S. 486 f.

⁵⁰ Vgl. Alpo Rusi, *Lehdistöensuuri jatkosodassa. Sananvalvonta sodankäynnin välineenä 1941–1944* (Die Pressezensur im Fortsetzungskrieg. Die Zensur als Mittel der Kriegführung 1941–1944), Helsinki 1982, hier S. 205 ff.

⁵¹ So einige typische Schlagzeilen der im Nachlaß Mannerheims gesammelten deutschen Zeitungsberichte, in: *Staatsarchiv Helsinki, Sammlung Mannerheim*, Ordner 21 bis 23. Zum finnischen Presse-

schon allein seiner höchst ungewöhnlichen äußeren Umstände wegen und ergingen sich in lebhaften Spekulationen über seine Bedeutung⁵². Die diplomatischen Beziehungen Helsinki zu Washington erlebten eine neuerliche Baisse, die in finnischen Regierungskreisen ohnehin bestehende Befürchtungen vor einem völligen Abbruch der Beziehungen verdichtete⁵³. Aber all diese Wirkungen blieben vordergründig. Wie die folgenden Monate zeigten, veränderten weder Hitlers Finnlandbesuch noch der Gegenbesuch Mannerheims die Qualität des deutsch-finnischen Verhältnisses. Ungleich stärker als vom persönlichen Kontakt ihrer Staatsmänner war das Verhältnis beider Länder zueinander vom Erfolg der deutschen Waffen abhängig. Die finnische Position blieb darum zunächst weiterhin abwartend, bis nach dem Scheitern auch des zweiten deutschen Ostfeldzuges die Würfel endgültig gefallen schienen. Die Aufgabe der deutschen Angriffsabsichten gegen Leningrad (Operation „Nordlicht“) im September 1942, die erfolgreiche Durchbrechung der Blockade der Stadt durch die Rote Armee im Januar des folgenden Jahres und die sich zur gleichen Zeit vollendende Schlacht um Stalingrad wurden für die Regierung in Helsinki zum Signal, mit äußerster Vorsicht zunächst und dann mit wachsender Beharrlichkeit nach einem eigenen Weg aus dem Krieg zu suchen⁵⁴.

VII.

Das nachstehend abgedruckte Dokument stellt eine unter Zuhilfenahme professioneller Wiedergabe- und Repeniertechneiken vorgenommene Verschriftung der im Rundfunkarchiv Helsinki befindlichen Originalaufzeichnung des Hitler-Mannerheim-Gesprächs dar⁵⁵. An der Echtheit des Dokumentes bestehen keinerlei begründete Zweifel. Dafür spricht sowohl der Inhalt des Gesprächs, der sich – abgesehen von wenigen, durchweg plausiblen Abwei-

Echo vgl. auch die Berichte von Bonins: Kriegstagebuch des Marineattachés Helsingfors, Juni 1942, S. 4 ff., in: BA-MA, RM 12 II/12.

⁵² Vgl. die Aufzeichnungen im Nachlaß Blücher, Tagebuch VII, S. 1996–1999 („Unterhaltung mit Außenminister am 8. Juni 1942“) und S. 2004f. („Nachklänge zum Führerbesuch“) in: PA/AA, ferner Mannerheim, Erinnerungen, S. 485. Auch in Deutschland gab der Besuch offenbar Anlaß zu Spekulationen über geheime deutsch-finnische Absprachen; vgl. Meldungen aus dem Reich, Bd. 10, S. 3804 (Bericht Nr. 290 vom 11. 6. 1942).

⁵³ Vgl. Memorandum Sumner Welles' vom 5. 6. 1942, in: FRUS, Diplomatic Papers 1942, Bd. II: Europe, S. 63 f., ferner Blüchers Telegramm vom 15. 6. 1942, wonach Staatspräsident Ryti einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Washington „in Rechnung“ stelle, den Amerikanern dafür aber „keinen Anlaß bieten“ wolle, in: PA/AA, R 29 581, Bl. 282. Zuvor bereits hatte der Außenminister den deutschen Gesandten wissen lassen, es werde „für manche kritiklose Finnen bitteren Nachgeschmack bedeuten, wenn auf Führerbesuch sofortiger Abbruch der Beziehungen seitens USA folgte“; Telegramm Blüchers vom 8. 6. 1942, in: ebenda, Bl. 272.

⁵⁴ Eingehend dazu: Menger, Deutschland und Finnland, S. 160–227, sowie zuletzt Bernd Wegner, Jenseits der Waffenbrüderschaft. Die deutsch-finnischen Beziehungen im Schatten von Stalingrad, in: Jürgen Förster (Hrsg.), Stalingrad. Ereignis, Wirkung, Symbol, München/Zürich 1992, S. 293–309.

⁵⁵ In: Schallarchiv des Finnischen Rundfunks, Helsinki, Bd.-Nr. 1105 I. Eine Kopie der Aufnahme befindet sich seit wenigen Jahren auch im Deutschen Rundfunkarchiv, Bd. Nr. 86 U 4294/5. Die Verschriftung wurde im Auftrag des Autors von Herrn Dr. Künzel, einem Sachverständigen des Bundeskriminalamtes, vorgenommen.

chungen – ganz auf der Linie vergleichbarer Unterredungen Hitlers bewegt, als auch die lückelos rekonstruierbare Überlieferungsgeschichte des Bandes⁵⁶. Auch ist für eine theoretisch denkbare Fälschung oder Manipulation des Dokuments kein Motiv erkennbar. Wohl hat es während der letzten Jahrzehnte in der finnischen Tages- und Wochenpresse ebenso wie im Rundfunk wiederholt Hinweise auf und Berichte über die Gesprächsaufzeichnung gegeben⁵⁷, doch scheint eine kommerzielle Verwertung in größerem Stil nie erfolgt zu sein.

Ungeachtet der Eindeutigkeit dieser Hinweise wurde bei der Vorbereitung der vorliegenden Dokumentation auch ein Sachverständiger des Bundeskriminalamtes für forensische Sprecheridentifizierung zugezogen. Seine Beobachtung des Verbalverhaltens der auf der Tonbandkopie in Erscheinung tretenden Sprecher sowie seine Analyse der Hintergrundgeräusche ergaben keine die Echtheit des Dokumentes in Frage stellenden Hinweise, dagegen eine Reihe von Anhaltspunkten – neben dem Tonfall Hitlers vor allem die für Eisenbahnwaggons charakteristischen Nachhalleffekte und Türgeräusche –, die für seine Authentizität sprechen⁵⁸.

DOKUMENT

Vorbemerkung:

Im Interesse einer möglichst exakten Wiedergabe der Redetexte wurden Versprecher, Wiederholungen und dialektale Varianten ebenfalls verschriftet sowie besondere Betonungen, Pausen und Häitationen (Verzögerungen in der Rede) mit Hilfe der entsprechenden Symbole der phonetischen Transkriptionstechnik vermerkt. Die auf diese Weise erschwerte Lesbarkeit steht dabei unvermeidlich in einem gewissen Gegensatz zum akustischen Eindruck eines insgesamt durchaus flüssigen Gesprächsverlaufes. Im einzelnen bedeuten:

- / (kurze) Pause
- // lange Pause
- /// überlange (mehrere Sekunden dauernde) Pause
- (H) sog. gefüllte Pause, vorwissenschaftlich meist als „äh“ wiedergegeben
- ' starke, über den normalen Wortakzent hinausgehende Betonung
- ” sehr starke, sog. emphatische Betonung der auf das Symbol folgenden Silbe.

Fragliche Stellen bzw. auditiv mögliche Varianten wurden in runde Klammern gesetzt, Kommentare des Transkribenten sind zwischen dreifache Spiegelstriche (---) gesetzt.

Sprecher H = Hider

Sprecher M = Mannerheim

Text:

--- jemand kommt herein, eine Tür wird geöffnet und wieder geschlossen ---

H: eine sehr große Gefahr, vielleicht die schwerste // deren ganzen Umfang wir überhaupt

⁵⁶ Vgl. in diesem Zusammenhang vor allem die in Anm. 35 erwähnten Vorarbeiten von Saarenheimo.

⁵⁷ Vgl. etwa die Beiträge in „Suomen Kuvalehti“, Nr. 39 vom 1. 10. 1966 sowie in „Helsingin Sanomat“ vom 4. 6. 1987, S. 26.

⁵⁸ So Dr. Künzel in seinem für den Autor erstellten Gutachten vom 18. 6. 1989.

jetzt erst ermessen können / Wir wußten das selber auch nicht so "ganz genau // wie ungeheuerlich dieser "Staat"⁵⁹ gerüstet war.

M: Das hätten wir nicht ge"ahnt

H: Ich auch nicht, nein

M: im Winterkrieg. Im Winterkrieg hatt hätten wir das nicht geahnt. Natürlich

H: Ja

M: hatten wir den Eindruck, daß sie gut gerüstet waren,

H: Ja

M: aber "so, wie sie / in "Wirklichkeit / und jetzt ist eben gar kein "Zweifel, was was sie hatt / was sie hatten in ihrem "Schild.

H: Ganz klar. Das ist ge / Sie haben die ungeheuerste Rüstung, die (H) Menschen denkbar ist. Also / wenn mir jemand gesagt hätte, daß ein Staat / mit ///

--- H. unterbricht seine Rede: eine Tür wird geöffnet; jemand kommt herein; Tür wird wieder geschlossen; danach fährt H. fort: ---

H: Wenn mir jemand gesagt hätte, daß ein Staat mit / 35 000 "Tanks antreten kann, dann hätte ich gesagt: Sie sind wahnsinnig geworden⁶⁰!

M: Fünfunddreißig?

H: 35 000 Panzer.

3. Stimme im Hintergrund: Fünfunddreißigttausend, ja!

H: Wir haben über / zur Zeit über vierunddreißig / Panz / tausend Panzer vernichtet⁶¹. / Wenn mir das jemand gesagt hätte, ich hätte gesagt: Sie / Wenn mir ein General von mir erklärt hätte, daß hier ein Staat 35 000 Panzer besitzt, dann hätte ich gesagt: Sie, mein Herr, Sie sehen / alles doppelt oder zehnfach / Sie sind wahnsinnig; Sie sehen Gespenster. / Das habe ich nicht für möglich gehalten / Ich habe ja vorher erzählt, wir haben Fabriken gefunden, allein eine da in / Klamano(w)skaja⁶² zum Beispiel. Das waren vor zwei Jahren ein paar hundert, wir hatten "keine "Ahnung. / Heute ist dort eine Panzerfabrik / die / in der in der (H) ersten Schicht etwas über dreißigttausend und in dem Vollausbau über "sechzig"tausend Ar-

⁵⁹ Gemeint ist die Sowjetunion. Den Umfang der sowjetischen Rüstungsproduktion thematisierte Hitler in jenen Monaten wiederholt, so z. B. – in abgeschwächter Form – auch beim Abschiedsempfang für den türkischen Botschafter am 13. 7. 1942; vgl. Staatsmänner und Diplomaten, II. Teil, S. 89.

⁶⁰ Die gleiche rhetorische Figur ist – bezeichnenderweise unter Verwendung einer völlig anderen Bezugszahl – bereits fünf Monate früher in einem Tischgespräch Hitlers (Hitler, Monologe, S. 180, 5./6. 1. 1942) nachzuweisen: „Aber hätte mir einer erklärt, die haben zehntausend Panzer, ich hätte geantwortet: Sind Sie wahnsinnig?“ Was die tatsächliche Zahl der Panzer angeht, die der Roten Armee bei Kriegsbeginn im Juni 1941 zur Verfügung standen, so lag sie neueren sowjetischen Angaben zufolge bei insgesamt 23 200, von denen ca. 14 700 gefechtsbereit gewesen sein sollen. Vgl. Jurij J. Kiršin, Die sowjetischen Streitkräfte am Vorabend des Großen Vaterländischen Krieges, in: Wegner (Hrsg.), Zwei Wege nach Moskau, S. 393.

⁶¹ Diese Zahl ist eindeutig übertrieben. Einer auf den Truppenmeldungen basierenden Schätzung der Abteilung „Fremde Heere Ost“ vom 15. 2. 1943 zufolge beliefen sich die sowjetischen Panzerverluste bis einschließlich Mai 1942 auf insgesamt 26 271; ein unter Berücksichtigung unvermeidlicher Doppelmeldungen bereinigter Ansatz der Abteilung vom 26. 1. 1944 kam für denselben Zeitraum auf eine Gesamtverlustzahl von 25 560 Panzern; in: BA-MA, RH 2/2621, Bl. 51 und 101. Zu den methodischen Problemen derartiger Berechnungen vgl. Hans-Heinrich Wilhelm/Louis de Jong, Zwei Legenden aus dem Dritten Reich. Die Prognosen der Abteilung Fremde Heere Ost, 1942–1945, Stuttgart 1974, S. 21 ff.

⁶² Gemeint ist vermutlich Kramatorskaja (Kramatorsk), ca. 175 km südöstlich Char'kov.

beiter beschäftigen sollte: eine "einzige Panzerfabrik! / Wir sind, wir haben sie besetzt. / Eine gigantische Fabrik! / Arbeitermassen, die allerdings (H) wie die Tiere leben und (H) 3. Stimme im Hintergrund: Im Donezgebiet?

H: Im Donezgebiet.

--- Geräusche von Tassen und Tellern ---

--- ein Sprecher (H?) redet im Hintergrund sehr leise mit einem weiteren Sprecher; Stimmen nicht identifizierbar, Text nicht verständlich. Diese Unterhaltung dauert an, während M folgendes spricht: ---

M: Ja wenn man denkt, daß sie 'zwanzig Jahre, über zwanzig Jahre, fünfundzwanzig Jahre beinahe Freiheit gehabt haben, sich zu rüsten

H (leise): Ist ja (möglicherweise auch: "s' war") ungeheuerlich.

M: und "alles, / "alles ausgegeben für Rüstung.

H: Nur für Rüstung.

M: "nur Rüstung! //

H (seufzt): Nur! // Hach, es ist halt ein // Ich sagte vorher dem Herrn Staatspräsidenten: // ich habe das vorher nicht geahnt. Hätt' ich's geahnt, / dann wäre mir noch schwerer zu Herz gewesen, "aber den Entschluß hätte ich dann erst 'recht gefaßt, denn / es blieb ja gar keine andere Möglichkeit⁶³ / Ich war mir ja // schon klar / (H) schon im Winter 39 auf 40, daß die Auseinandersetzung kommen "musste / ⁶⁴

--- dumpfes Geräusch wie von einer ins Schloß fallenden Tür ---

H: Ich hatte nur den Alpdruck: / Da ist noch mehr! Denn ein Zweifrontenkrieg, / das wäre unmöglich gewesen. D(a)ran wären wir auch zerbrochen. / Das sehen wir heute besser / als wir es 'damals vielleicht noch erkannten // und wären wir zerbrochen. Und mein ganzes / ich wollte an sich / noch im / Herbst 39 wollte ich an sich noch den Westfeldzug durchführen // nur dieses / 'dauernde 'schlechte 'Wetter, das wir hatten

--- eine Tür wird geschlossen ---

H: das hat uns daran gehindert⁶⁵. Denn unsere ganze Bewaffnung / war ja / es ist eine Schönwetterbewaffnung. Sie ist sehr tüchtig, sie ist gut, aber sie ist leider eine Schönwetterbewaffnung⁶⁶. Wir haben das jetzt / hier ja auch im / dem Krieg gesehen. Unsere Waffen sind natürlich auf den "Westen zugeschnitten, und wir alle waren der Überzeugung, das war auch bisher der (H) ja das war unsere "Meinung eben seit der ältesten Zeit:

⁶³ Genau die umgekehrte Schlußfolgerung, nämlich daß er den Krieg gegen die Sowjetunion in Kenntnis der tatsächlichen Panzerstärken wohl *nicht* begonnen hätte, soll Hitler in einer Unterredung mit Guderian am 4. 8. 1941 gezogen haben; vgl. Heinz Guderian, *Erinnerungen eines Soldaten*, Heidelberg 1951, S. 172.

⁶⁴ In der Tat hatte Hitler schon in seiner Rede vor der Wehrmachtgeneralität am 23. 11. 1939, gerade drei Monate nach Abschluß seines Paktes mit Stalin, den Krieg gegen die Sowjetunion für unvermeidlich erklärt; vgl. Max Domarus, *Hitler. Reden und Proklamationen, 1932-1945*, Bd. 2, Wiesbaden 1973, S. 1058.

⁶⁵ Trotz der fraglos großen Bedeutung der Witterungsbedingungen ist dies eine grobe Vereinfachung, in der die grundsätzlichen Bedenken eines Teils der Heeresführung geflissentlich übergangen werden. Vgl. dazu eingehend Hans Umbreit, *Der Kampf um die Vormachtstellung in Westeuropa*, in: Klaus A. Maier/Horst Rohde/Bernd Stegemann/u. a., *Die Errichtung der Hegemonie auf dem europäischen Kontinent*, Stuttgart 1979 (= *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2), S. 238-259.

⁶⁶ Schon in seiner Unterredung mit Talvela am 18. 3. 1942 hatte Hitler diesen Mangel grundsätzlich, wenn auch in weniger drastischen Worten, eingestanden; vgl. Talvela, *Sotilaan Elämä*, Bd. II, S. 131.

Im Winter kann man nicht Krieg führen⁶⁷ / und wir haben auch / (H) die deutschen Panzer, und die deutschen Panzer, die sind nicht erprobt worden, / um sie etwa für den 'Winterkrieg' herzurichten, / sondern man hat 'Probefahrten gemacht, um zu beweisen, daß man im Winter "nicht Krieg führen kann"⁶⁸. // Das ist ein eine ein anderer 'Ausgangspunkt gewesen. Wir sind im Herbst neunzehnhundertund / neununddreißig immer vor der Frage gestanden, ich wollte unter "allen "Umständen noch angreifen, und ich war der Überzeugung, daß ich in "sechs Wochen mit Frankreich fertig werden würde. / Aber es war die Frage / ob man sich be'wegen kann, / und / es war dauernd a (dialektal für „ein“) Regenwetter. Und nun kenne ich ja dieses französische Gebiet selber sehr gut, und auch "ich / konnte mich / den Auffassungen (H) vieler meiner Generale nicht verschließen, daß wir / wahrscheinlich / diesen / E'lan nicht bekommen würden, daß wir die 'Panzerwaffe nicht auswir (H) werten würden können, daß wir auch die Luftwaffe nicht würden auswerten können mit den Feldflugplätzen / in Folge des Regens. Ich kannte ja Nordfrankreich selber: Ich bin vier Jahre lang Soldat gewesen in dem Großen Krieg⁶⁹. / Und / so kam diese Verzögerung. / Hätte ich im Jahre 39 / Frankreich er (H) ledigt, dann wäre die Weltgeschichte anders ge'laufen. / So mußte ich bis zum Jahr 1940 warten, und das nun ging leider / vor / Mai, erst am / Der zehnte Mai war der 'erste 'schöne 'Tag / und am zehnten Mai habe ich sofort angegriffen. / Ich habe am achten Mai den Befehl gegeben, am zehnten Mai zum Angriff⁷⁰. / Und / dann mußten nun / (H) diese, mußte diese "riesige Umstellung unserer Divisionen vom Westen nach dem Osten vorgenommen werden. Erst die Besetzung in / dann hatten wir in Norwegen diese Aufgabe⁷¹ / im selben Augenblick kam ja kam eigentlich - ich darf es heute ruhig sagen - ein sehr großes Unglück über uns, nämlich die / Schwächen / die sich (H) in Italien ergeben hatten durch / erstens die nordafrikanische Situation, dann zweitens durch die / Situation in Albanien und Griechenland⁷²: Ein / ganz großes Unglück. / Wir mußten nun helfen. / Das bedeutete für uns mit "einem "Schlag zunächst / wieder eine Zerreißung unserer "Luftwaffe, Zerreißung unserer "Panzerverbände; während wir gerade dabei waren, (H,H) die

⁶⁷ Angesichts der deutschen Erfahrungen in der Winterkriegführung während des Ersten Weltkrieges sowohl an der West- wie an der Ostfront erscheint diese Argumentation Hitlers überspitzt. Gänzlich unerwähnt bleibt hier zudem, daß die Winteruntauglichkeit der Wehrmacht 1941 weitgehend auch auf das Versäumnis der Führung zurückging, der Truppe rechtzeitig eine geeignete Winterausrüstung zuzuführen. Vgl. dazu Rolf-Dieter Müllers Ausführungen in: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 4, S. 982 ff.

⁶⁸ Gemeint sind hier offenbar die im Entwicklungsstadium der einzelnen Panzertypen routinemäßig durchgeführten Truppenversuche.

⁶⁹ Zur Bedeutung dieser Phase für Hitlers Entwicklung vgl. Joachim Fest, *Hitler. Eine Biographie*, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1973, S. 101–116.

⁷⁰ Der Befehl erging am 9. 5. 1940; vgl. Alfred Jodl, *Tagebuch*, Eintrag vom 9. 5. 1940, in: *IMT*, Bd. 28, Nürnberg 1948, S. 429 (Dok. 1809-PS).

⁷¹ Grundlegend zum militärischen Ablauf noch immer Walther Hubatsch, „Weserübung“. Die deutsche Besetzung von Dänemark und Norwegen 1940, Göttingen ²1960. Vgl. ferner demnächst: Hans-Martin Ottmer, „Weserübung“. Der deutsche Angriff auf Dänemark und Norwegen im April 1940, Herford/Bonn 1993.

⁷² Vgl. dazu eingehend die Darlegungen Detlev Vogels bzw. Bernd Stegemanns in: *Der Mittelmeerraum und Südosteuropa*, Stuttgart 1984 (= *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 3), Teile 3 und 5.

(H) Panzerverbände hier für den Osten fertigzumachen, mußten wir nun / mit einem Schlag zwei Divisionen, zwei geschlossene Divisionen, und es ist noch eine dritte geworden, abgeben⁷³ / "und "dauernd "sehr "große "Verluste dort ergänzen. Es sind doch / 'blutige 'Kämpfe gewesen, die in der Wüste ausgefochten worden sind. / Das alles hat uns natürlich dann auch später im Osten gefehlt, und / es war nicht anders denkbar, als / die Entscheidung, die "unausbleiblich war, na ich hatte ja eine Unterredung damals mit / Molotov, (H) und es war ganz "klar, daß / Molotov ging fort mit dem Entschluß, den Krieg zu beginnen, und ich habe ihn entlassen mit dem Entschluß, / wenn möglich, ihm zuvorzukommen⁷⁴. Da war / das war der einzige / denn die Forderungen, die der Mann stellte, zielten ganz klar darauf 'ab, letzten Endes (H) Europa zu beherrschen. (H spricht fast flüsternd leise weiter) Ich habe ihm das dann / nicht öffentlich (?) (einige Silben unverständlich) ... gewesen.

Das war schon im im im Herbst 1940 für uns 'ununterbrochen die 'Frage: / (H) Soll man (H,H) / es auf einen 'Bruch ankommen lassen? / Ich habe damals (H) der finnischen Regierung immer geraten, / (H) zu / verhandeln und / (H) Zeit zu gewinnen und (H,H) die Sachen dilatorisch zu behandeln⁷⁵, / weil ich immer eine Angst hatte: / daß Rußland im Spätherbst plötzlich Ru'mänien überfällt / und sich in den Besitz der Petroleumquellen setzt, und wir wären ja im Spätherbst 1940 noch nicht fertig gewesen. // Wenn nun Rußland die rumänischen Petroleumquellen besetzt hätte, dann wäre ja Deutschland ver'loren gewesen. Es brauchte / mit mit mit "sechzig russischen Div'isionen war die Sache zu machen⁷⁶. Wir

⁷³ Hitler meint hier wohl die in Nordafrika eingesetzte 15. Panzerdivision und 5. leichte Division (später: 21. Panzerdivision) sowie die ebenfalls noch 1941 dem Deutschen Afrikakorps überstellte 90. leichte Division.

⁷⁴ Gemeint sind Hitlers Unterredungen mit Molotov am 12. und 13. 11. 1940 in Berlin; vgl. ADAP, Serie D, Bd. XI/1, Dok. 326 und 328. Hitler suggeriert hier erneut ein Präventivkriegsmotiv (siehe auch Anm. 40), von dem in Wahrheit keine Rede sein kann: Hitlers Entschluß zum Krieg war, wie unlängst noch einmal Jürgen Förster (Hitlers Wendung nach Osten. Die deutsche Kriegspolitik 1940–1941, in: Zwei Wege nach Moskau, S. 113–132) überzeugend nachgewiesen hat, lange vor Molotovs Besuch, nämlich bereits im Juli 1940, gefallen.

⁷⁵ Diese Ratschläge sind im Zusammenhang mit Hitlers im Sommer 1940 getroffener Entscheidung für einen Krieg gegen die Sowjetunion sowie vor dem Hintergrund deutscher Befürchtungen vor einem neuerlichen sowjetischen Angriff auf Finnland zu sehen. In der Sache ging es Berlin dabei in erster Linie um Konzessionsrechte an den kriegswichtigen Nickelervorkommen von Petsamo, wo sich deutsche und sowjetische Interessen überschneiden. In der zweiten die finnisch-sowjetischen Verhandlungen des Sommers 1940 beherrschenden Frage, bei der es um die von Moskau geforderte Demilitarisierung der Ålandinseln ging, hielt sich Berlin hingegen ostentativ zurück. Vgl. Ueberschär, Hitler und Finnland, S. 207, 217 ff. und 231 ff., ferner speziell zum Petsamo-Konflikt Hans P. Krosby, Finland, Germany and the Soviet Union, 1940–1941. The Petsamo Dispute, Madison, Wisc., 1968, S. 73–90, sowie zuletzt Esko Vuorisjärvi, Petsamon Nikkeli Kansainvälisessä politiikassa 1939–1944 (Petsamos Nickel in der internationalen Politik 1939–1944), Keuruu 1990, Kap. IV.

⁷⁶ Befürchtungen dieser Art hatten zweifellos bestanden und waren für Hitlers Entscheidung, die sowjetische Annexion Bessarabiens Ende Juni 1940 tatenlos hinzunehmen und so einen die deutsche Ölversorgung gefährdenden rumänisch-sowjetischen Krieg zu vermeiden, mitbestimmend gewesen. Andererseits wurde die Gefahr eines eigenmächtigen sowjetischen Angriffs gegen die rumänischen Ölfelder von der Abteilung „Fremde Heere Ost“ in jenen Monaten für wenig akut gehalten. Einer Stellungnahme ihres Chefs, Oberstleutnant i. G. Kinzel, vom 27. 9. 1940 zufolge war mit einem solchen „kühnen russischen Entschluß nicht zu rechnen“; zit. in: Boog/Förster/Hoffmann u. a., Der Angriff auf die Sowjetunion, S. 336.

hatten in Rumänien ja / damals noch / weiter keine Verbände. Die rumänische Regierung hat (sich) sehr spät an uns gewendet⁷⁷ / und das, was wir hatten, wär' ja "lächerlich gewesen. Sie brauchten 'nur die Petroleumquellen besetzen. Ich konnte im September oder Oktober mit unseren Waffen keinen (H) Krieg mehr be"nennen, das war ja un"möglich. (H) Wir hatten auch den 'Aufmarsch natürlich im Osten in "keiner Weise so weit / vorbereitet. Die Verbände mußten ja auch im "Westen erst wieder konsolidiert werden⁷⁸. Es mußte erst die 'Be'waffnung in Ordnung gebracht werden, denn letzten Endes haben wir ja / ja 'auch natürlich 'Opfer gebracht in unserem Westfeldzug⁷⁹. Es wäre 'unmöglich gewesen, / vor dem Frühjahr neunzehnhundertund / (H) einundvierzig anzutreten. Und wenn nun der Russe damals, / im Herbst 1940, / Rumänien besetzt hätte / und sich in den Besitz der Petroleumquellen gebracht hätte, dann wären wir im Jahre 1941 eben (H) hilflos gewesen /

3. Stimme im Hintergrund: Ohne Petroleum.

(Anhand der Intonation ist nicht eindeutig, ob als Bekräftigung oder Frage intendiert).

H: Wir hatten / wir haben eine große 'deutsche Produk'tion; aber / was allein die Luftwaffe verschlingt, was unsere Panzerdivisionen verschlingen / das ist denn doch etwas ganz Unge'heueres. Es ist ein ein ein ein Verbrauch, der über alle "Vorstellungen hinweggeht, und ohne die / die Zubuße von mindestens vier bis fünf Millionen Tonnen rumänischen Petroleums würden wir den Krieg nicht 'führen können / und hätten ihn lassen müssen⁸⁰, / und davor hatte ich eine 'große 'Sorge. Daher auch mein Bestreben, (H) durch Ver'handlungen diese Zeit zu überwinden, bis wir stark genug waren, um (H) diesen er'presserischen Forderungen entgegenzutreten, denn / die Forderungen waren einfach 'nackte Er'pressungen. Das sind Erpressungen gewesen. / Die 'Russen 'wußten, daß wir uns nicht 'helfen konnten, daß wir im 'Westen gebunden waren. Sie konnten uns ja 'alles ab'pressen⁸¹. / Und erst bei dem Besuch von Molotov, / da // habe ich ihm dann kurzer-

⁷⁷ Die Bitte um Entsendung einer deutschen Militärmission nach Rumänien war von König Carol erstmals am 27. 6., also im unmittelbaren Zusammenhang mit dem sowjetischen Annexionsultimatum, geäußert und später von Antonescu aufgenommen worden. Bis Mitte November war die Masse der Heeres- und Luftwaffenverbände eingetroffen: eine verstärkte Division (13. ID mot.), zu der später noch die 16. Panzerdivision kam, zwei Jäger- und eine Aufklärungsstaffel sowie weitere Luftwaffeneinheiten, darunter zwei Flak-Abteilungen; vgl. ebenda, S. 337, sowie Andreas Hillgruber, *Hitler, König Carol und Marschall Antonescu. Die deutsch-rumänischen Beziehungen 1938–1944*, Wiesbaden 1954, S. 75 und 96–104.

⁷⁸ Zu den vielfältigen Problemen der Umgliederung der Wehrmacht nach dem Frankreichfeldzug vgl. Bernhard R. Kroeners grundlegende Darstellung in: *Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs*, hrsg. von ders./Rolf-Dieter Müller/Hans Umbreit, Stuttgart 1988, S. 833 ff. (= *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 5/1).

⁷⁹ Die Zahl der Toten belief sich bei Heer und Luftwaffe auf insgesamt ca. 48 000.

⁸⁰ Das Mineralölaufkommen des Reiches im Jahre 1942 hatte einen Gesamtumfang von rd. 9,5 Mill. Tonnen; davon wurde gut die Hälfte (4,9 Mill. to) durch die synthetische Produktion und ein weiteres Viertel (2,3 Mill. to) durch die – fast ausschließlich rumänischen – Importe abgedeckt, während die Förderung im Reich und in den besetzten Gebieten lediglich ein gutes Fünftel (2,0 Mill. to) ausmachte. Vgl. Dietrich Eichholtz, *Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945*, Bd. II., Berlin (Ost) 1985, S. 354/Tab. 72. Bei den von Hitler hier genannten „4 bis 5 Millionen Tonnen“ handelt es sich also etwa um die Gesamtlieferungen der Jahre 1941 und 1942.

⁸¹ Hitler bezieht sich hier offenbar auf jene Forderungen und Maßnahmen Moskaus, die den Rahmen der 1939 mit Berlin geschlossenen Vereinbarungen überschritten, also die Besetzung des ursprünglich

hand erklärt, daß die Forderungen, diese vielen Forderungen, daß wir die nicht akzeptieren können. // Damit waren an sich die Verhandlungen ab völlig abrupt beendet, das dann gleich am Morgen.

Das waren die vier Punkte⁸². Der eine Punkt, der / (H) Finnland betraf, (H) die (H) Freiheit, sich vor den finnischen Bedrohungen zu schützen, sagte er. – Sie werden mir doch nicht einreden, daß "Finnland Sie be"droht!. – Sagte er: Ja, es sei in Finnland / gegen die (H,H) "Freunde (H) der "Sowjetunion würde man vorgehen, man würde gegen die Gesellschaft, gegen diesen / die würden fortgesetzt (H) ver"folgt, und (H) eine "Großmacht könne sich nicht von einem kleinen Staat in seiner Existenz bedrohen lassen. Also ich sagte: Ihre (H) Ihre Existenz ist doch nicht von "Finnland bedroht! Das ist doch, das werden Sie mir doch nicht

--- 1 Wort unverständlich, da M dazwischenredet: ---

M: Lächerlich!

H: daß Ihre Existenz von Finnland bedroht ist. – Ja, es gebe auch eine mo'ralische Bedrohung ei / der Existenz eines Großstaates, und das, was 'Finnland betreibe, das sei die moralische, die Bedrohung der mo'ralischen Existenz⁸³, (H) Ding/, Da sag(t)' ich ihm, wir würden einen weiteren Krieg in der Ostsee würden wir "nicht mehr als passive Zuschauer 'hinnehmen 'können⁸⁴. // Darauf frug er mich, wie unsere Stellung in / (H) Rumänien sei. Wir hatten ja die Garan'tie abgegeben. Ob die Garantie sich auch gegen 'Rußland richte⁸⁵. / Da sage ich, das glaube ich 'nicht, daß sich die gegen 'Sie richtet, denn Sie haben doch wohl gar nicht die 'Absicht, Rumänien zu über'fallen. Sagen Sie: wir haben nie etwas gehört, daß

Deutschland zugesprochenen litauischen Grenzstreifens im Juni 1940 sowie, noch im gleichen Monat, die über Bessarabien hinausgehende Annexion auch der Nordbukovina und eines Zipfels der Moldau-Provinz, ferner die sowjetischen Ansprüche auch auf die Südbukovina, auf ehemals russische Provinzen in der Türkei (Kars, Ardahan) sowie auf Stützpunkte an den Dardanellen.

⁸² Mit den vier Punkten dürfte Hitler neben der in der Tat breiten Raum einnehmenden Finnlandthematik die deutsch-sowjetischen Interessenkollisionen bezüglich Rumänien, Bulgarien sowie in der Meerengenfrage gemeint haben.

⁸³ Dem deutschen Protokoll zufolge beanstandete Molotov vor allem die antisowjetischen „Demonstrationen“ in Finnland. Dazu zählten für ihn auch die seit der Anwesenheit deutscher Truppen (im Rahmen des Transitabkommens) sich wieder häufenden Manifestationen deutsch-finnischer Verbundenheit, die es zu unterbinden gelte. Vgl. Aufzeichnung über die Unterredung am 13. 11. 1940, in: ADAP, Serie D, Bd. XI/1, S. 466 (Dok. 328).

⁸⁴ In der Tat betonte Hitler diesen Punkt Molotov gegenüber mehrfach mit auffallendem Nachdruck. Da er dabei seine wahren Gründe, nämlich die Einbeziehung Finnlands in seine Ostkriegsplanungen, nicht enthüllen konnte, zog er sich auf das Argument zurück, ein neuer russisch-finnischer Krieg lasse ein Eingreifen auch Schwedens und der angelsächsischen Mächte erwarten und stelle damit eine unerträgliche Beeinträchtigung der deutschen Kriegsanstrengungen gegenüber England dar. Im übrigen seien die Interessen des Reiches gegenüber Finnland wirtschaftlicher Art (Petsamo!) und beschränkten sich auf die Dauer des Krieges; hingegen habe Deutschland „keinerlei politische Interessen in Finnland und akzeptiere die Tatsache der Zugehörigkeit dieses Landes zur russischen Einflußzone vollständig“. Ebenda, S. 464.

⁸⁵ Die deutsch-italienische Garantie der rumänischen Grenzen war Bestandteil des am 30. 8. 1940 unterzeichneten Wiener Schiedsspruchs, durch den Rumänien sich zur Abtretung Nordsiebenbürgens und des Szekler-Zipfels an Ungarn genötigt sah. Die Garantieerklärung erfolgte ohne vorherige Konsultation Moskaus, mit dessen Ansprüchen auf die Südbukovina sie unvereinbar war; siehe auch Anm. 86.

Sie die Absicht haben, daß Sie Rumänien / überfallen wollen. Sie haben immer gesagt, das Bessa'rabien Ihnen gehört, aber Sie haben doch / nie erklärt, daß Sie Rumänien überfallen wollen⁸⁶! // Ja, sagte er, er möchte prä'zise 'wissen, --- Geräusch einer aufgehenden Tür --- ob diese Garan

--- Ende der Aufzeichnung ---

⁸⁶ Wenn mit „Rumänien überfallen“ die sowjetischen Ansprüche auf die Südbukovina gemeint sind, so ist Hitlers Darstellung hier nicht korrekt. Vielmehr hatte Molotov seine deutschen Partner bereits am 23. 6. 1940, also im Vorfeld der sowjetischen Annexion Bessarabiens, darauf hingewiesen, daß Moskau auch die gesamte Bukowina beanspruche (Einzelheiten bei Hillgruber, Hitler, König Carol und Marschall Antonescu, S. 72). Im Geheimen Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt war dieser Punkt bemerkenswert unpräzise geblieben: so hatte der Kreml dort sein Interesse an Bessarabien angemeldet (von der Bukovina war nicht die Rede), während das Reich sein „völliges politisches Desinteressement an diesen Gebieten“ erklärt hatte. Bei weitherziger Interpretation mochte diese vage geographische Umschreibung auch die Bukowina einschließen; vgl. auch Johann W. Brügel, Das sowjetische Ultimatum an Rumänien im Juni 1940, in: VfZ 11 (1963), S. 404 ff.

Notiz

JÜRGEN ZARUSKY

BEMERKUNGEN ZUR RUSSISCHEN ARCHIVSITUATION

Die Diskussion darüber, welche neuen Perspektiven der welthistorische Umbruch in den Ländern des sowjetischen Machtbereichs und in der ehemaligen Sowjetunion selbst für die künftige Zeitgeschichtsforschung eröffnet, befindet sich gerade erst in den Anfängen. Fest steht aber schon jetzt, daß sich – den durchaus noch möglichen Rückfall in diktatorische politische Verhältnisse einmal ausgeschlossen – den Zeithistorikern, und keineswegs nur den Osteuropa- und Kommunismusexperten unter ihnen, der Zugang zu einer Fülle bedeutender, umfangreicher und kaum oder gar nicht bearbeiteter Quellenbestände eröffnet. Das betrifft insbesondere eine Reihe russischer Archive, in denen in großem Umfang Material auch nicht-sowjetischer, darunter auch deutscher Provenienz zugänglich wird, dessen Bedeutung für verschiedenste Zweige der Zeitgeschichtsforschung noch gar nicht abzusehen, in jedem Falle aber sehr hoch einzuschätzen ist. Es eröffnet sich eine neue, weitgehend unbekannte Archivlandschaft, die derzeit zudem wesentlich von den Problemen bestimmt ist, die die Umstellung von einer geschlossenen zu einer offenen Gesellschaft und die tiefe ökonomische Krise mit sich bringen. Als Beitrag zu dem in dieser Situation besonders angebrachten Informations- und Erfahrungsaustausch folgen einige notwendig unsystematische und fragmentarische Anmerkungen zur russischen Archivsituation.

Archivwesen in den Spannungsfeldern des politischen Umbruchs

Die Forderung nach Öffnung der sowjetischen Archive zählte zu den zentralen Topoi der Glasnost'-Periode. In ihrer Resolution über Glasnost' oder, wie es in der offiziellen Übersetzung heißt, „Über die Offenheit“ forderte die 19. Unionsparteikonferenz der KPdSU, die vom 28. Juni bis 1. Juli 1988 stattfand, „die Inanspruchnahme von Archivunterlagen gesetzlich zu regeln“¹. Die Forderung hat von ihrer Aktualität nichts verloren, denn ein russisches Archivgesetz steht immer noch aus. Hingegen zeichnen sich in der Archivpraxis bedeutsame Veränderungen ab. Die Zustände, die dazu führten, „daß nur Spitzenkader (und auch sie oft nur mit Patronage) unter Bedingungen zu arbeiten vermochten, wie sie in der westlichen Welt für jeden Doktoranden selbstverständlich sind“², gehören heute mehr oder weniger der Vergangenheit an. Wie in vielen gesellschaftlichen Bereichen, so hat auch hier der Re-

¹ Der deutsche Text der Resolution in: Sowjetunion heute, Sondernummer Juli 1988, S. 66ff., hier S. 67. Den Verlauf der Diskussion über das geplante Archivgesetz bis Juli 1991 skizziert Dietrich Geyer, Perestrojka in der sowjetischen Geschichtswissenschaft, in: ders. (Hrsg.), Die Umwertung der sowjetischen Geschichte, Göttingen 1991, S. 9–31, hier S. 26f. und S. 31.

² Geyer, Perestrojka, S. 24.

formschub in der Folge des gescheiterten Putschversuchs vom August 1991 wesentliche Anstöße gebracht. So wurden als Konsequenz des Verbots der KPdSU deren Archive verstaatlicht und der Verwaltungshoheit des Komitees für Archivangelegenheiten bei der Regierung der Russischen Föderation (abgekürzt: Roskomarchiv)³ unterstellt. Ihm unterstehen auch alle übrigen staatlichen Archive Rußlands mit Ausnahme des Archivs des Außenministeriums und der Militärarchive. Der Status der KGB-Archive und des Kremlarchivs ist nicht völlig geklärt⁴.

In einer Gesellschaft, die sich anschickt, ihre totalitär entstellte Vergangenheit zurückzuerobern, ist Archivgut politisch brisantes Material. Das zeigte sich besonders deutlich bei der Suche nach den geheimen Zusatzprotokollen zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom August 1939, mit der eine hochrangige Kommission des Volksdeputiertenkongresses befaßt wurde, war doch die Stellung zu den baltischen Unabhängigkeitsbestrebungen auf engste mit der Klärung dieses dunklen Kapitels verknüpft. Im Archiv des Außenministeriums fand die Kommission allerdings nur Kopien dieser Unterlagen⁵. Im Oktober 1992 wurden diese Akten im Präsidentenarchiv aufgefunden. Ob der ehemalige sowjetische Präsident Gorbatschow sie schon kannte, als die Kommission angestrengt nach ihnen suchte, ist eine offene Frage, die in Rußland allerhand politischen Sprengstoff birgt⁶. Auch die zentrale Archivverwaltung ist heute in Rußland eine hochpolitische Einrichtung. Der Vorsitzende von Roskomarchiv, Rudolf G. Pichoja, wurde wiederholt mit delikaten Aufgaben diplomatischen Charakters betraut. So begleitete er im Juli 1992 Präsident Jelzin bei seinem USA-Besuch, wo die Frage möglicherweise noch in ehemals sowjetischen Lagern befindlicher amerikanischer Staatsbürger eine wichtige Rolle spielte. Zur Untersuchung dieser Problematik wurde in Rußland eine Kommission gebildet, der der als Stalinbiograph bekannt gewordene Dmitrij A. Volkogonov vorsteht. Pichoja ist sein Stellvertreter. Im Oktober 1992 übergab Pichoja im Auftrage von Jelzin dem polnischen Staatspräsidenten Walesa Dokumente über die Ermordung der polnischen Offiziere in Katyn, die aus dem sogenannten Präsidentenarchiv stammen. Wurde damit ein wichtiger Schritt zur Aufarbeitung einer die polnisch-sowjetischen bzw. polnisch-russischen Beziehungen seit 50 Jahren belastenden Tragödie getan, so begann gleichzeitig ein innenpolitischer Streit darüber, seit wann Gorbatschow die Akten gekannt und ob er sie seinem polnischen Amtskollegen verheimlicht habe. Allerdings kannte wohl auch Präsident Jelzin die Akten schon vor dem Staatsbesuch Walesas in Moskau im Frühjahr 1992. Politisch bedeutsamer als die Rivalität Jelzin-Gorbatschow ist bei der Aktenübergabe offenbar das Bestreben der russischen Regierung, Polen als Ankläger gegen die KPdSU und damit als Unterstützer ihrer Position in dem laufenden Prozeß über die Verfassungsmäßigkeit von Jelzins KP-Verbot zu gewinnen⁷.

³ Die Anschrift des Roskomarchiv, das auch Benutzungsgenehmigungen erteilt, lautet: Komitet po delam archivov pri Pravitel'stve Rossijskoj Federacii, ul. Il'inka 12, 103132 Moskau.

⁴ Vgl. Hermann Weber, Immer noch Probleme mit Archiven, in: Deutschland Archiv 25 (1992), S. 580–587, hier S. 587.

⁵ Vgl. dazu Lew Besymenski, „Niemand kann uns überführen“, in: Der Spiegel 3/1991, S. 104–112.

⁶ Vgl. Thomas Urban, Moskau: Hitler-Stalin-Pakt echt. Original des geheimen Zusatzprotokolls in Archiv entdeckt, in: Süddeutsche Zeitung vom 31. 10./1. 11. 1992.

⁷ Vgl. die Berichte in der Süddeutschen Zeitung: „Gorbatschow: Nichts über Katyn-Akten gewußt“, 16. 10. 1992; „Gorbatschow rechtfertigt sich“, 17./18. 10. 1992; „Jelzin kannte Katyn-Akten seit Dezember 1991“, 20. 10. 1992.

Nicht nur die Aufarbeitung „weißer Flecken“ der Geschichte der UdSSR, auch der Umgang mit dem Archivmaterial selbst ist in Rußland Gegenstand zum Teil heftiger öffentlicher Diskussion. So kam im Frühjahr 1992 auch Rudolf Pichoja wegen einer Vereinbarung von Roskomarchiv mit der Hoover Institution on War, Revolution and Peace und dem britischen Verlag Chadwyck-Healey über eine weitreichende Verfilmung russischer Archivalien unter öffentlichen Beschuß. Der bekannte Historiker und Reformpolitiker Jurij Afanas'ev warf ihm in einer Reihe von Artikeln in großen Zeitungen vor, er habe nicht nur einen finanziell unbefriedigenden Abschluß getätigt, sondern auch Bedingungen zugestimmt, die den Zugang zu den verfilmten Akten in den USA eher ermöglichten als in Rußland selbst⁸.

Schlagzeilen machte der Umgang mit Material aus russischen Archiven im Sommer 1992 auch in Deutschland, Großbritannien und anderen Ländern. Der rechtsextreme britische Publizist und Dokumentenjäger David Irving hatte sich einige Kopien unbekannter Tagebuchaufzeichnungen von Joseph Goebbels verschafft, die im Moskauer ehemaligen Sonderarchiv in einer Verfilmung auf Glasplatten aufbewahrt werden, und konnte diese Fragmente im britischen Boulevardblatt *Sunday Times* und im deutschen *Spiegel* profitabel vermarkten. Der äußerst umfangreiche Gesamtbestand der hochempfindlichen Glasplatten ist aufgrund einer Vereinbarung über wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Roskomarchiv und dem Institut für Zeitgeschichte mittlerweile auf Mikrofiche reproduziert worden und wird in München für die große Goebbels-Edition bearbeitet.

Die Gefahren der Kommerzialisierung russischen Archivgutes sind beträchtlich. Der Kontrast zwischen den beträchtlichen Valutagewinnen, die im Einzelfall im Dokumentengeschäft zu erzielen sind, und der kärglichen Bezahlung russischer Archivare, die, wie die Angestellten öffentlicher Einrichtungen generell zu den ökonomischen Reformverlierern gehören, ist zu groß, um nicht für den einen oder anderen eine Versuchung für illegale Geschäfte darzustellen. Entsprechende Vorkommnisse, Nachrichten und Gerüchte beunruhigen die internationale wissenschaftliche Öffentlichkeit nicht ohne Grund⁹. Die manchmal anzutreffende Ansicht, daß, wie in den großen Moskauer Hotels, auch im russischen Archivwesen nur Dollars und Kreditkarten zählen, ist dennoch ein Trugbild. Nicht nur an der Spitze, auch an der Basis gibt es entschiedene Bemühungen, zum internationalen Standard überzugehen, wenngleich das Selbstverständnis des Archivars als Partner der Wissenschaft manchem Altgedienten einen nicht einfachen Umdenkungsprozeß abverlangt¹⁰.

Daneben stellt vor allem die schwere ökonomische Krise das Archivwesen vor erhebliche Probleme. Da die Hyperinflation Etatsätze schon binnen weniger Monate zu Makulatur macht und, wie es ein Moskauer Archividirektor im privaten Gespräch ausdrückte, „das, was

⁸ Vgl. z. B. Jurij Afanas'ev, Archivnaja „Berězka“, in: *Komsol'skaja Pravda* vom 23. 5. 1992. Afanas'ev startete seine Angriffe in den *Izvestija*. Daß ihm mehrere große Zeitungen, darunter neben den genannten auch die *Moskovskie novosti* an prominenter Stelle Raum gaben, zeugt von dem recht hohen Stellenwert, den die Diskussion über das Archivwesen in der russischen Öffentlichkeit einnimmt.

⁹ Vgl. z. B. Weber, *Probleme*, S. 85, und das Interview von Bernd Ziegler mit dem Leiter des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte, Werner Röder: „Der Run auf die Goebbels-Tagebücher“, in: *Die Tageszeitung* vom 14. 7. 1992.

¹⁰ Dieses Selbstverständnis propagiert der Leiter des Russischen Zentrums für Aufbewahrung und Studium von Dokumenten der Neuesten Geschichte, V. P. Koslov in seinem programmatischen Artikel „*Rossijskij centr chranenija i izučenija dokumentov novejšej istorii i ego perspektivy*“, in: *Novaja i novejšaja Istorija* 1992/2, S. 192–197.

der Staat den Archivmitarbeitern zahlt, noch nicht mal für's Eis reicht“, ist es kein Wunder, daß die Archive nach Quellen für eine teilweise Selbstfinanzierung suchen und sie vor allem in ausländischen Benutzern finden. So wirbt der Leiter des Russischen Zentrums für Aufbewahrung und Studium von Dokumenten der neuesten Geschichte, das die Bestände des ehemaligen Zentralen Parteiarchivs verwaltet, V.P. Koslov, um Verständnis dafür, daß seine Einrichtung in einzelnen Fällen Lizenzen für die vollständige Publikation von Dokumenten aus ihren Beständen erteilt¹¹. Auch Kopierkosten können so gestaltet werden, daß sie zu einer Einnahmequelle werden.

Häufig klagen russische Archivare über die hohen Kosten für Wartung und Verbrauchsmittel archivtechnischer Geräte. Bei dem derzeit in Rußland herrschenden Papiermangel – nicht wenige Publikationsvorhaben scheitern daran – kann der ausländische Benutzer wenigstens ein bißchen Abhilfe schaffen (und die eigenen Kosten senken), wenn er eigenes Kopierpapier mitnimmt.

Das ehemalige Sonderarchiv¹²

Das ehemalige Sonderarchiv in Moskau, das zwischenzeitlich als „Zentrales Staatsarchiv“ figurierte und seit Juli 1992 die offizielle Bezeichnung „Zentrum für die Aufbewahrung historisch dokumentarischer Sammlungen“ (ZAS) trägt¹³, hat in jüngster Zeit die besondere Aufmerksamkeit von Forschern auf sich gezogen, die sich mit der Weimarer Republik und der NS-Zeit befassen. Das Archiv wurde 1945 gegründet. Der Grundstock waren von sowjetischen Truppen in Schlesien und im Potsdamer Reichsarchiv erbeutete deutsche Akten. Bis Februar 1990, als die *Izvestija* über dieses Archiv berichteten¹⁴, war seine schiere Existenz der Öffentlichkeit unbekannt. Es wurde als Staatsgeheimnis behandelt. Es diente nicht der historischen Forschung, sondern staatlich-administrativen Zwecken. In dem erwähnten *Izvestija*-Bericht wird erklärt, die Akten seien zur Verfolgung von Kollaborateuren der deutschen Besatzungsmacht, aber auch von sowjetischen Kriegsgefangenen, Lagerinsassen

¹¹ Ebenda, S. 195.

¹² Über Forschungserfahrungen und Bestände in diesem Archiv berichtete zuerst Bernd Wegner, *Deutsche Aktenbestände im Moskauer Zentralen Staatsarchiv. Ein Erfahrungsbericht*, in: VfZ 40 (1992), S. 311–319. Siehe ferner auch: Kai von Jena/Wilhelm Lenz, *Die deutschen Bestände im Sonderarchiv in Moskau*, in: *Der Archivar* 45 (1992), Sp. 458–468. Von Jena und Lenz geben vor allem die nach Provenienzgruppen umgeordnete Liste der deutschen und österreichischen Bestände des Archivs (*kniga fondov*) wieder, ohne allerdings den Inhalt der einzelnen Fonds näher zu umschreiben. Dabei werden auch die teilweisen Materialübergaben an die DDR nicht berücksichtigt. So wurden beispielsweise der Bestand 585 „Redaktion ‚Pariser Tageszeitung‘“ und der Bestand 584 „Redaktion ‚Das neue Tagebuch‘“ zum größten Teil abgegeben, ebenso die persönlichen Papiere aus dem Nachlaß Walter Benjamin, von dem nur die Sammlungen in Moskau geblieben sind. Ferner ist jetzt eine von Götz Aly und Susanne Heim zusammengestellte Übersicht über „Die deutschen Bestände des Sonderarchivs der Russischen Archivverwaltung“ bei der Hans-Böckler-Stiftung, Bertha-von-Suttner-Platz 3, 4000 Düsseldorf 1 zu beziehen.

¹³ Adresse: Centr chranenija istoriko - dokumental'nych kollekcij, Vyborskaja ul. 3 A, 125212 Moskau. Direktor: V. N. Bondarev.

¹⁴ Gekürzte deutsche Fassung des Berichts: Ella Maximowa, *Streng geheim! Im Zentralen Staatlichen Sonderarchiv der UdSSR*, in: *Sowjetunion heute*, 8/1990, S. 32 ff.

und Zwangsarbeitern, die nach 1945 pauschal der Kollaboration verdächtigt wurden, benutzt worden. Aus den Angaben zur Herkunft des Materials in diversen Bestandsinventaren ergibt sich jedenfalls, daß ein erheblicher Teil bis etwa Mitte der fünfziger Jahre zunächst im sowjetischen Innenministerium, aber auch bei Abteilungen des KGB bearbeitet worden ist. Das Archiv hat demnach möglicherweise eine ähnliche Funktion erfüllt, wie das ehemals dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR unterstehende NS-Aktenarchiv in der Berliner Freienwalder Straße, das nach dem Ende der DDR in die Verwaltung des Bundesarchivs übergang und mittlerweile nach Berlin-Hoppegarten überführt worden ist.

Die letzten größeren Aktenzugänge an das ZAS scheinen ausweislich der gesichteten Findmittel etwa Mitte der sechziger Jahre erfolgt zu sein. Die Gesamtzahl der deutschen Archivalieneinheiten soll 174 000 betragen und drei laufende Kilometer umfassen¹⁵. Das Bundesarchiv strebt die Rückgabe der Akten deutscher Provenienzen an, der der Roskomarchiv-Vorsitzende Pichoja auch schon grundsätzlich zugestimmt hat, vorbehaltlich allerdings einer vorherigen Verfilmung der Bestände¹⁶. Da dies allein schon angesichts der Masse des Materials voraussichtlich noch beträchtliche Zeit in Anspruch nehmen wird, werden sich noch viele Forscher auf den Weg nach Moskau machen müssen.

Sie finden dort heute im ZAS allerdings vergleichsweise günstige Bedingungen vor. Die Kopierung von Dokumenten ist in der Regel ohne weiteres möglich, und der Benutzer erhält eigenen Einblick in Findmittel. Neben der in deutsch und russisch verfaßten Bestandsübersicht („Kniga fondov“) handelt es sich dabei im wesentlichen um Inventarlisten zu den einzelnen Beständen („Fond“). Diese in russischer Sprache verfaßten Inventare („Opisi“) unterscheiden sich allerdings beträchtlich von den üblichen Findbüchern. Da das ZAS früher ausschließlich administrativen Zwecken diente, entsprechen auch die Findmittel den Bedürfnissen der ehemaligen sowjetischen Staatsbürokratie. Obwohl die „Opisi“ zumeist kurze Einleitungen enthalten, in denen auch die Institutionengeschichte berücksichtigt wird, entsprechen sie in der Regel nicht den Ordnungsprinzipien der ursprünglichen Registratur. Sie geben jedoch die tatsächliche Ordnung des Bestands wieder. Häufig existieren zu einem Bestand mehrere „Opisi“, die sich zumeist thematisch und zeitlich überschneiden. Die „Beschreibungsdichte“ für einzelne Akteneinheiten schwankt stark. Eine in jeweils wenigen Zeilen charakterisierte Akteneinheit kann nur wenige Seiten oder auch bis zu 600 Blatt und mehr umfassen. Neben den „Opisi“ existieren manchmal weitere Findmittel, wie etwa Namenskarteien, geographische Indices usw.

Da Wegner und von Jena/Lenz bereits allgemeine Bestandsübersichten gegeben haben¹⁷, sollen hier nur einige ergänzende Hinweise zu einzelnen Beständen nachgetragen werden. Einer der umfangreichsten Bestände ist mit über 11 600 Akteneinheiten der „Fond“ 1361 „Dokumente gerichtlicher Behörden in Deutschland“. In diesen „Fond“ ist der ehemalige „Fond“ 1357 „Volksgerichtshof“ eingegangen. Die Materialzugänge erfolgten in einigen Schüben von 1953 bis 1967 aus dem sowjetischen Innenministerium und vom KGB. In der Einleitung des Bestandsinventars wird festgestellt: „Die Hauptmasse der Materialien stellen gerichtliche Ermittlungsakten dar, die Personen betreffen, die kommunistischer und antifaschistischer Tätigkeit, der Teilnahme an der Widerstandsbewegung, der Hilfe für Kriegsge-

¹⁵ Vgl. von Jena/Lenz, Sonderarchiv, Sp. 459.

¹⁶ Vgl. ebenda, Sp. 457.

¹⁷ Siehe Fußnote 12. Über den Teilnachlaß von Joseph Wirth, der sich im ZAS befindet, berichtet Ulrike Hörster-Philipps, *Der „Rapallo-Kanzler“ Joseph Wirth und sein Leben*, in: *Das Parlament* Nr. 44 vom 23. 10. 1992.

fangene und der Zugehörigkeit zu ausländischen Spionageorganisationen beschuldigt werden.“ Die „Opisi“ führen zu über 11 300 Angeklagten jeweils Name, Vorname, Geburtsjahr und -ort an und nennen die Anfangs- und Endjahre des Zeitraums, auf die sich die jeweilige Akte bezieht. Leider geht aus der Liste nicht hervor, vor welchen Gerichten und wegen welcher Delikte sich die Angeklagten zu verantworten hatten. Ein weiteres Problem ist, daß die Namensliste der Ordnung des lateinischen Alphabets folgt, jedoch in kyrillischer Schrift verfaßt ist, was die schnelle Orientierung erheblich erschwert. In dem Bestand finden sich unter anderem Verfahrensakten des Volksgerichtshofs aus Hochverrats- und in Landesverratsachen. Auch hier spiegelt sich die für diese Überlieferung typische Fragmentierung wider: Neben Aktensplittern, die in deutschen Archiven verwahrte Dokumente ergänzen, trifft man auf vollständige Akten der Oberreichsanwaltschaft beim Volksgerichtshof, die neben Anklage- und Urteilsschriften auch Vernehmungsprotokolle und häufig auch Briefe und beschlagnahmte Schriften enthalten. Insbesondere für die Widerstandsforschung dürfte dieser Bestand daher von besonderem Interesse sein. Daneben finden sich aber auch so interessante Einzelstücke wie eine umfangreiche Ermittlungsakte des Oberreichsanwalts beim Reichsgericht gegen den damaligen Gerichtsassessor Werner Best wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Zusammenhang mit den Boxheimer Dokumenten oder Protokolle von Zeugenvernehmungen der französischen Kriminalpolizei in der Sache der Erschießung des deutschen Legationssekretärs vom Rath durch Herschel Grünspan. Diese Akten wurden vom Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof für die eigenen Ermittlungen gegen Grünspan genutzt. Bei den wenigen Generalakten, die der Bestand enthält, sind besonders die Korrespondenzen des Volksgerichtshofs mit dem Justizministerium und verschiedenen Parteistellen im Umfang von einigen Hundert Blatt hervorzuheben.

Ein zweiter umfangreicher Bestand deutscher Justizakten ist der „Fond“ 567 „Reichsgericht und Reichsanwaltschaft Leipzig“ mit 14 464 Akteneinheiten für die Jahre 1881 bis 1944. Zusammen mit der vollständigen Urteilssammlung des Reichsgerichts, die sich bis 1990 in der Bibliothek des Obersten Gerichts der DDR befand und jetzt an die Bibliothek des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe übergegangen ist, ist dieser Bestand geeignet, neue Kenntnisse über das bislang zu wenig beachtete höchste Gericht des deutschen Reiches zu vermitteln. Generell ist aus diesem Bestand das meiste, was die Verfolgung deutscher Kommunisten betrifft, an die DDR abgegeben worden. Jedoch wurde eine aus dem Jahre 1915 stammende Anklageschrift gegen Karl Liebknecht 1949 dem Moskauer Institut für Marxismus-Leninismus übergeben. Eine umfangreiche Materialsammlung zum Reichstagsbrandprozeß ging 1952 an das ZK der KPdSU. Enthalten sind in dem „Fond“ u. a. ein umfangreicher Bestand von Ermittlungsakten gegen Teilnehmer des Kapp-Putsches (890 Akteneinheiten – AE) und Materialien zur Organisation Consul und zum Rathenau-Mord (ca. 130 AE). In einer Vielzahl von Akten wird die Geschichte des Ersten Weltkriegs beleuchtet, so in Ermittlungs- und Gerichtsakten zu Personen, die zur Beendigung des Krieges aufgerufen haben, ferner Ermittlungs- und Gerichtsakten betreffend die Sabotage kriegswichtiger Produktion, kriegswichtige Handelsbeziehungen deutscher Geschäftsleute zu Ententeländern und Kriegsverbrechen deutscher Soldaten, Offiziere und Generale im Ersten Weltkrieg. Des weiteren finden sich Unterlagen zu Fällen von Spionage und Landesverrat, Desertion und zu separatistischen Bewegungen. 150 Akteneinheiten dokumentieren die Rechtsprechung des Reichsgerichts zu den NS-Rassegesetzen.

Die Rassepolitik ist auch ein wesentlicher Gegenstand der Akten im „Fond“ 500 „Reichssicherheitshauptamt“, in dem die Gestapounterlagen dominieren. Hier finden sich u. a. Materialien zur Konferenz von Evian und eine Materialsammlung zum geplanten Grünspan-

prozeß mit Berichten von SD-Mitarbeitern. Außerdem sind Dokumente zur Tätigkeit von SPD und KPD und zur deutschen Emigration enthalten.

Von sehr unterschiedlichem Umfang sind die Teilbestände des „Fond“ 1367 „Dokumente von KZs und Kriegsgefangenenlagern in Deutschland“. Das Schwergewicht bilden hier Unterlagen des KZ Sachsenhausen, darunter Häftlingslisten. Auch zum Kriegsgefangenenlager Luckenwalde sind Akten in größerem Umfang vorhanden, während beispielsweise das KZ Dachau nur schwach dokumentiert ist.

Den Bestand 519 „NSDAP“ bildeten hauptsächlich Materialien der NSDAP-Führer aus dem märkischen Sorau-Forst und aus Sprottau in Schlesien. Die entsprechenden 2708 Akteneinheiten wurden schon 1957 an die DDR übergeben. Bei den verbliebenen 404 Akteneinheiten dominieren Rundschreiben und Anordnungen der NSDAP-Parteikanzlei und nachgeordneter Ebenen der Partei. Die ältesten Dokumente des Bestandes stammen aus dem Jahr 1922, generell dürften jedoch Akten aus der Zeit des Dritten Reiches überwiegen. Erwähnenswert erscheinen Materialien über die Schaffung und die Arbeit der persönlichen Kanzlei Hitlers sowie die Dokumente über die Zusammenarbeit der NSDAP mit der „weißen“ russischen Emigration, die offenbar einen gewissen Schwerpunkt des Bestandes bilden. Neben den „Opisi“ ist der Bestand unter anderem durch ein geographisches Register und eine Mitgliederkartei der NSDAP erschlossen.

Die deutschen Provenienzen dominieren im ZAS, es finden sich aber auch Akten aus einigen anderen Ländern. Die „Fonds“ 1–500 umfassen französische, belgische und polnische Quellenbestände, darunter etwa Akten des Deuxième Bureau, der Ligue de Défense des Droits de l'Homme et du Citoyen, von diversen französischen Ministerien, diverser gewerkschaftlicher Organisationen Frankreichs, Unterlagen von Freimaurerlogen und personenbezogene Bestände, darunter einer zur Familie Rothschild. Die „Fonds“ 1716 ff. bestehen aus Materialien zur französischen Besatzungsherrschaft im Rheinland nach dem Ersten Weltkrieg. Die Bestände 300 bis 499 umfassen polnische Akten, darunter Akten des polnischen Sejm und des Außenministeriums.

Unter den Nummern 512 und 513 verzeichnet das Bestandsbuch die Titel „Sozialistische Arbeiter-Internationale“ und „II. Internationale“. Diese Akten wurden bereits 1947 an das ZK der KPdSU übergeben. Ähnlich verhält es sich mit dem Bestand 528 „Internationales Institut für Sozialgeschichte“, der an das Institut für Marxismus-Leninismus abgegeben wurde. Das weitere Schicksal dieser Quellen wäre beim Russischen Zentrum für Aufbewahrung und Studium von Dokumenten der neuesten Geschichte zu eruieren.

Die Öffnung der KPdSU-Archive

Am 24. August 1991, unmittelbar nach dem Scheitern des Putsches, stellte der russische Präsident Jelzin per Dekret die Archive der KPdSU und des KGB unter russische Kontrolle. Während der KGB im Russischen Ministerium für Staatssicherheit eine Nachfolgeorganisation fand, wurde die KPdSU von Jelzin verboten. Ihre Archive bilden jetzt die Grundlage zweier wissenschaftlicher Einrichtungen, die am 12. Oktober 1991 von der russischen Regierung ins Leben gerufen wurden, nämlich des Russischen Zentrums für Aufbewahrung und Studium von Dokumenten der neuesten Geschichte (Rossijskij centr chranenija i izučenija dokumentov novejšej istorii, abgekürzt: RCChIDNI) und des Zentrums für die Aufbewahrung zeitgenössischer Dokumente (Centr chranenija sovremennoj dokumentacii, abge-

kürzt: CChSD)¹⁸. Während das RCChIDNI auf den Beständen des ehemaligen Zentralen Parteiarchivs basiert, sind in das CChSD die Dokumente des ZK der KPdSU, der Zentralen Kontrollkommission der KPdSU und des ZK der Kommunistischen Partei Rußlands eingegangen, die sich bis 20. August 1991 in deren Geschäftsgang oder in den Archiven für laufende Angelegenheiten der Abteilungen befanden.

Das RCChIDNI verwahrt die Bestände des ehemaligen Zentralen Parteiarchivs, das nicht nur die Unterlagen der zentralen politischen Parteinstanzen, sondern auch etwa die der zentralen Parteizeitungen, -schulen und -institute sowie Sammlungen, insbesondere privater Nachlässe, umfaßt. Das Zentrum verfügt u. a. über Dokumente von Marx, Engels, Saint-Simon, Proudhon, Bakunin, Bebel, Kautsky, Lafargue, Lassalle, Wilhelm und Karl Liebknecht, Zetkin, Luxemburg, Plechanov, Bogdanov, Martov, Bucharin, Džeršinskij, Sinovjev, Kamenev, Kirov, Kuusinen, Lunačarskij, Trockij, Gramsci, Serrati, Katajamy, Togliatti und anderen prominenten Vertretern der sozialistischen Arbeiterbewegung, ferner Sammlungen zur Französischen Revolution 1789 und den französischen und deutschen Revolutionen von 1848, über den Bund der Kommunisten, die Pariser Kommune, die I., II. und III. Internationale, die Kominform etc. Das Zentrum verfügt über mehr als 1,5 Mio. Archiveinheiten in über 500 Beständen, dazu 9300 Photos und 8600 Filme zur Geschichte Rußlands, vieler anderer Länder und der internationalen Arbeiterbewegung.

Ein wesentlicher Bestandteil des RCChIDNI ist das Kominternarchiv, das 1958 dem Zentralen Parteiarchiv übergeben wurde¹⁹. Es versteht sich von selbst, daß dieses Archiv für die internationale Forschung von besonderem Interesse ist. Dementsprechend hat sich bereits im Februar 1992 eine internationale Forscherinitiative gebildet, die sich die Erschließung, aber auch den Erhalt des Archivs (angesichts der Gefahren der Zerstückelung infolge von Ansprüchen einzelner nationaler kommunistischer Parteien und der Kommerzialisierung) zum Ziel gesetzt hat. Ihr stehen so namhafte Kommunismusexperten wie Hermann Weber, Pierre Broué, Fridrich Firsov und Helmut Konrad vor²⁰.

Das Kominternarchiv dokumentiert die Tätigkeit der Komintern und anderer internationaler Organisationen von 1919 bis 1943²¹. Es enthält unter anderem Originaldokumente der sieben Kominternkongresse und der 13 Plena des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI), ferner Materialien der Ländersekretariate, die für den Balkan, den anglo-amerikanischen Raum, Lateinamerika, Polen und das Baltikum, den romanischen Raum, Skandinavien, Mitteleuropa und den Fernen Osten bestanden. Dokumentiert wird außerdem die Tätigkeit der Sekretariate der EKKI-Sekretäre Dimitrow, Manuiskij, Pieck, Ercoli (Togliatti), Gottwald, Florin, Kuusinen, Ibarruri, Marti und Pjatnickij in den Jahren 1935–43. Neues Licht auf die Frühgeschichte der Weimarer bzw. der ersten österreichischen Republik könnten möglicherweise die Materialien der Kominternbüros werfen, die 1919/20 in Deutschland und Österreich bestanden. Neben den wichtigen Unterlagen der einzelnen kommuni-

¹⁸ Das Folgende nach den programmatischen Artikeln der Leiter der beiden Zentren: Koslov, Rosijskij cent; R. A. Usikov: K sozdaniju Centra Chranenija Sovremennoj dokumentacii, in: Novaja i novejšaja istorija 2/1992, S. 198–202.

¹⁹ Zur Geschichte des Kominternarchivs: E. N. Šachnazarova/V. N. Ščečilina, Archiv Komintern, in: Novaja i novejšaja istorija 3/1992, S. 209–214, hier S. 213.

²⁰ Vgl. Bernhard H. Bayerlein, Europäische Kulturgüter in Gefahr, in: Die Zeit vom 19. 3. 1992, S. 79; Weber, Probleme, S. 586. Sekretariat der Initiative: Dr. Jan Foitzik c/o Zentrum für Europäische Sozialforschung der Universität Mannheim, Steubenstr. 46, 6800 Mannheim 1.

²¹ Die Bestandsübersicht folgt Šachnazarova/Ščečilina, Archiv Komintern.

stischen Parteien – schon 1923 wurden erste Beschlüsse zur Überführung der Archive nicht-russischer kommunistischer Parteien nach Moskau gefaßt, 1926 gab das EKKI-Sekretariat eine Direktive an alle Kominternsektionen aus, so zu verfahren – gehören zum Kominternarchiv auch die Dokumente der Kommunistischen Jugendinternationale, der Roten Sportinternationale, der Internationalen Roten Hilfe, der Internationalen Arbeiterhilfe und anderer internationaler kommunistischer Front- und Nebenorganisationen. Es finden sich hier die Materialien der Internationalen Leninschule und ähnlicher Einrichtungen ebenso wie Dokumente der Interbrigaden aus dem Spanischen Bürgerkrieg.

Da die Komintern bereits im April 1921 die Zentralkomitees aller angeschlossenen Parteien aufforderte, regelmäßig Material über die kommunistische Bewegung, die Gewerkschaftsbewegung, die anderen Parteien und allgemein über das politische und ökonomische Leben ihrer Länder zu schicken, steht zu vermuten, daß sich auch eine Fülle von Quellenmaterial über kommunistische Provenienzen im engeren Sinne hinaus findet.

Das CChSD ist demgegenüber stärker auf die sowjetische Geschichte bezogen. Die dort befindlichen Quellen dokumentieren im wesentlichen die Jahre 1952 bis August 1991. Hier finden sich eine Vielzahl entscheidungsvorbereitender Quellen des ZK der KPdSU, unter anderem auch über internationale Verträge, ferner Briefe und Eingaben an das ZK, Dokumente zur Kaderpolitik etc. Es fehlen allerdings die zugehörigen Unterlagen des Politbüros für die Jahre 1952 bis 1985. Der Leiter des CChSD, Usikov, führt dazu aus: „Sie wurden traditionell in der zweiten archivischen Unterabteilung der allgemeinen Abteilung des ZK abgelegt, die im Juli 1990 aufgelöst wurde. Auf ihrer Grundlage wurde das Archiv des Präsidenten der UdSSR geschaffen. Von Januar bis August 1991 erhielt das Archiv der allgemeinen Abteilung des ZK einen Teil der Dokumente des Politbüros (für die Jahre 1986 bis 1990) aus dem Archiv des Apparats des Präsidenten der UdSSR. Das CChSD hofft in der nahen Zukunft die Dokumente des Politbüros für die vorangehenden Jahre (bis 1986) zu erhalten und sie mit dem Bestand der Dokumente über die Tätigkeit des ZK der KPdSU zu vereinen.“²²

Die ersten Dokumente des CChSD wurden im Februar 1992 zugänglich gemacht. Gerade bei diesem Archiv, das Quellen aus dem Herrschaftszentrum der ehemaligen Sowjetunion aufbewahrt, wirkt sich das Fehlen verbindlicher Maßstäbe, an denen sich die Deklassifizierung der überwiegend pauschal als geheim eingestuftten Akten orientieren könnte, besonders nachteilig aus. Neben dem schon lange geforderten Archivgesetz fehlen auch gesetzliche Regelungen der Informationsfreiheit, des Schutzes von Staatsgeheimnissen und des Personendatenschutzes.

Mit der Öffnung der russischen Archive ergeben sich vielversprechende Perspektiven auch für die westliche Zeitgeschichtsforschung. Ihre gedeihliche Nutzung setzt jedoch Verständnis für die spezifische Situation des russischen Archivwesens und eine zunehmende Intensivierung der Kooperation zwischen westlichen und russischen Historikern und wissenschaftlichen Einrichtungen voraus.

²² Usikov, K. sozdaniju, S.200.

Abstracts

Anselm Doering-Manteuffel, German Contemporary History after 1945. Development and Problems of Historical Research in the Post-War Years.

The article gives an overview of the development in the field of West German contemporary history from 1945 to 1967. Until the mid-1970s this area was dominated by the writings of political scientists. This explains the difficulty of discussing the postwar period in the context of Modern History up to 1945. The recognition of the importance of social history to the work of the historian, that followed the Fischer controversy in 1961, was mostly ignored by contemporary historians at that time. But by the end of the 1970s clear changes become visible. Increased access to archival records permitted more thorough and far-reaching research. Studies of the development of Germany's industrial society after World War I reduced the significance of the break of 1945. The significance of "Oral History" for the historian was recognized. Therefore, the difference between "modern history and contemporary history before 1945" and "contemporary history after 1945" was minimized in the 1980s. – After the end of the East-West conflict and the unification of Germany, contemporary history needs new orientation. It is necessary to recognize the history of the GDR as an integral part of German history in the twentieth century. In view of the common history until 1945 and the differing developments after 1945 we need comparative research, not only regarding European dictatorships, but also, and especially, regarding the establishment and stabilization of free societies.

Andreas Wirsching, Toward Ideological Collaborationism. Anti-Bolshevism, Anti-Semitism and National Socialism in the Political Thought of the French Extreme Right 1936–1939.

The strong revival of anti-Semitic propaganda in France during the Thirties has only recently become the subject of historical research. The present study is concerned with the ideological merger of anti-Semitism and radical anti-Bolshevism, beginning with the formation of the Popular Front government in France and going on to the outbreak of World War II. During this short, yet crisis-stricken period, a large section of the French extreme right, consisting mainly of young intellectuals and former members of the "Action Française", who now went beyond the traditional framework of counter-revolutionary doctrine and "integral" nationalism set up by Maurras, aspired to a sort of "European" fascism. In this context, the ideological identification of "International Jewry" and Bolshevism served as an instrument of political mobilisation against the Popular Front government. Moreover, by stressing the ideological common ground with Nazi Germany, the French extreme right turned away from the traditional anti-German attitude of French nationalism. Consequently, National Socialist terror against Communists and Jews was justified as an act of self-defence against actual or potential Jewish and Bolshevik atrocities. Thus, an important aspect of ideological collaborationism was established.

Josef Henke, The Fate of Source Materials and Problems of their Appraisal. Archival Problems on the Formation of Documentary Heritage Concerning the Persecution of the Sinti and Roma during the Third Reich.

The fate of important source material concerning the racially based research on the Sinti and Roma people, their subsequent persecution and extermination in the NS-period is symptomatic of the fate, in general, of contemporary German source materials during the war and post-war years. It also illustrates the basic problems facing the archivist in his most vital tasks: the appraisal of official records and the formation of documentary heritage to document the political and social reality of past epochs for future generations. Considering the uniqueness of source materials in the NS-period, and, in particular, the quite unprecedented characteristic features of the regime, it is not possible to appraise the documents from the NS-period merely on the grounds of formal and administrative criteria. It is imperative for the archivist to realise that his appraisal is conditioned by society, and that it could have political consequences; he must, therefore, act responsibly, as flaws in the formation of documentary heritage are not only symptomatic of problems within the material but could also be detrimental to society itself.

Ingo Juchler, Revolutionary Hbris and Danger of War: The Cuban Missile Crisis of 1962.

The basis of this essay is the correspondence between Fidel Castro and Nikita Khrushchev during the Cuban Missile Crisis of 1962, which has now been published in 'Le Monde' and 'Vestnik Ministerstva inostrannykh del SSSR'. The Cuban attitude and its consequences for the development of the crisis emerge in these documents, making a partial reassessment of the 1962 crisis necessary. It becomes clear that Castro made his own policy, thus thwarting the negotiations and nearly provoking a nuclear catastrophe. Furthermore, the correspondence verifies how the deviation from the common phalanx with the Soviets had filled Khrushchev with consternation. Realising that the control over the crisis was slipping away from him, Khrushchev yielded his position in the missile conflict very rapidly. Castro's reason for publishing these instructive documents at the present time is to emphasize the continuing independent ideological position of Cuba.

Per Fischer, The Diplomatic Preparation of the Franco-German Treaty of 22 January 1963.

Little has previously been known concerning the preparation of the Franco-German Treaty of 22 January 1963. Here, a member of the German team of negotiators outlines its various stages. After the breakdown of the Fouchet Plan – due to the Dutch-Belgian veto at the UK's absence – Chancellor Adenauer and General de Gaulle decided to apply the provisions of this plan to a bilateral endeavour. Originally conceived in the form of an informal summary of decisions taken, the text was changed into a full treaty at the last moment, both in order to fulfil the demands of the German constitution and because Adenauer wished to extend its validity beyond the term of his chancellorship. He insisted on the ratification on 22 January 1963, despite the fact that de Gaulle's veto on the British entry into the EEC on 14 January 1963 had provoked a storm of criticism. This led to the adoption by the *Bundestag* of a preamble to the law approving the Treaty, which, in the eyes of both Adenauer and de Gaulle, falsified its contents. Nevertheless, in the thirty years of its existence, the Treaty has proved its importance for Franco-German relations and European integration.

Bernd Wegner, Hitler's Visit to Finland. The Secret Recording of his Conversation with Mannerheim on June 4, 1942.

On the 4th of June 1942, Marshal Mannerheim celebrated his 75th birthday, and Hitler took the opportunity to pay a short visit to Finland's national hero, whom he hadn't met before, in spite of their being 'comrades in arms'. By chance rather than by conspiracy, a Finnish radio engineer recorded parts of the confidential conversation between the two warlords. The tape, which gives a unique impression of Hitler's rhetoric in private talks, survived the war in the custody of various Finnish agencies and has since been kept in the archives of Finland's broadcasting corporation. The recorded part of the conversation consists almost exclusively of a monologue, in which the German dictator gives a "tour d'horizon" of the course of the war since 1939/40. For the historian, the document is of particular interest, not so much for what Hitler says, but for how he presents his arguments on the eve of his second campaign against the Soviet Union. Talking to a statesman, who spent half his life in the Russian army, Hitler seems determined to take the bull by the horns and is remarkably frank about his own misjudgements and the shortcomings of the German war machine.